

Frauenmission noch keine Antwort eingegangen; der Vorstand der MFEM tagt erst Mitte Januar.

- Dr. Gruhn, der sein Visum verspätet erhalten hat, ist jetzt zusammen mit Präses Dr. Reihlen in Südafrika. U.a. nehmen sie an der Generalsynode der ELCSA, die vom 9. - 12. Dezember in Lobethal tagt, teil.
- Die Beschlüsse der Regionalsynode: Drucksache 142 (Flüchtlingsarbeit in Somalia) und Drucksache 144 (Fortführung des Dialogprogramms) sind vom Kollegium begrüßt worden; weitere Schritte werden erörtert.
- Die Regionalsynode hat das von der Missionskonferenz an den Staatspräsidenten der Republik von Korea gesandte Brieftelegramm zur Kenntnis genommen und die Kirchenleitung gebeten, ähnlich dem Osnabrücker EKD-Beschluß wegen Kim, Dae Jung zu reagieren.
- Seitens der EKD ist Herr von Heyl zur Konsultation in Seoul entsandt worden, wo sich Vertreter aus den USA, Japan und Deutschland für die Rettung des Oppositionsführers verwenden wollen.
- Die Auswertung der kleinen Taiwanesisch-Deutschen Kirchenkonsultation hat bei den Vertretern der PCT eine starke Resonanz gefunden und hat zur Vertiefung der partnerschaftlichen Beziehungen beigetragen.
- Am 6. Januar 1981 wird vom BMW ein Epiphaniastages-Gottesdienst in KWG vorbereitet, bei dem Bischof Dr. Kruse die Predigt halten wird.

Zu TOP 4. NAHOST

Unter Zugrundelegung der dem Missionsrat zugesandten Unterlagen berichtet Hoffman über die weitere Entwicklung in der Auseinandersetzung um Talitha Kumi seit der letzten Missionsratssitzung. Die in Aussicht genommene COCOP-Sitzung wurde durch Absage seitens der ELCJ vertagt. Die Gesamtsituation hat durch einen an Dr. Bohne gerichteten Drohbrief eine andere Gewichtigkeit und Zuspitzung erfahren. Sie machte den umgehenden Besuch des Referenten in Nahost notwendig. Hoffman berichtet von seinen Gesprächen mit Dr. Bohne, Bischof Haddad, Präses Nassar und dem Church Council sowie über weitere Beratungen in Berlin. Der Vorsitzende gibt seinen Brief (Entwurf) an Bischof Haddad in dieser Angelegenheit dem Missionsrat zur Kenntnis.

Nach sehr eingehender Diskussion über den Gesamtkomplex, insbesondere auch über Inhalt und Übermittlung des Briefes, beschließt Missionsrat wie folgt:

Missionsrat nimmt den Bericht Hoffmans zur Kenntnis. Die Initiative des Bischofs mit seinem Schreiben an Bischof Haddad wird begrüßt. Anregungen aus der Diskussion werden in den Brief mit einfließen.

Zu TOP 5. Sitzungstermine 1981

Für 1981 werden folgende Sitzungstermine festgelegt:

19. Januar	(Montag)
30. März	(Montag)
22. Juni	(Montag)
31. August	(Montag)
19. Oktober	(Montag)
7. Dezember	(Montag)

Zu TOP 6. Stellvertretung des Direktors 1981

Missionsrat beschließt die Stellvertretung des Direktors für 1981 nach der bisherigen Regelung wie folgt:

1. Stellvertreter	Pfr. Meißner
2. Stellvertreter	Pfr. Dr. Hasselblatt

Bei einer Überarbeitung des Missionswerksgesetzes soll auch die Stellvertretung des Direktors grundsätzlich erörtert werden.

Zu TOP 7. Tätigkeitsbericht 1980 (1. Lesung)

Missionsrat erörtert die Vorlagen zum Tätigkeitsbericht 1980, die - bis auf die Tischvorlage zu II. Nahost - als gelesen vorausgesetzt werden können. Die einzelnen Referatsberichte werden aufgerufen. Auf Rückfragen nehmen die zuständigen Referenten Stellung. Es werden einige stilistische Änderungsvorschläge gemacht. Teil V. Gemeindedienst soll durch statistische Angaben konkretisiert und an einigen Punkten präzisiert werden.

Missionsrat beschließt den Tätigkeitsbericht 1980 in 1. Lesung. Der überarbeitete Bericht soll in der Januar-Sitzung zur 2. Lesung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Zu TOP 8. Südliches Afrika

a. Aussprache zum Bericht

1. Der von Meißner in der Oktober-Sitzung vorgelegte Bericht über seine Reise in das Südliche Afrika wird zur Diskussion gestellt.

Meißner nimmt auf Fragen u.a. wie folgt Stellung:

- Im Blick auf ein Engagement des BMW in Zimbabwe soll zunächst der Besuch von Dr. Gruhn in Bulawayo und seine Gespräche mit Bischof Shiri abgewartet werden.
- Für Botswana werden vier qualifizierte und christlich engagierte Krankenschwestern gesucht. Sie haben in großer Einsamkeit viel Verantwortung zu tragen und sollen nur zu zweit zum Einsatz kommen.
- Über das Projekt 'Internat für Buschmannkinder in Kang' liegt noch kein Konzept vor. Als Alternative zu einem Internat wird ein eigener Unterrichtsplan für Buschmannkinder erörtert.
- Die Geschäftsstelle wird die Anregung, Hedwig Eschen für ihre Arbeit an der Bibelübersetzung ins Siswati eine angemessene Würdigung zukommen zu lassen, weiter beraten.

Missionsrat diskutiert den Wert des Einsatzes missionarisch-diakonischer Helfer(innen). Er ist nach Meißner insofern positiv zu beurteilen, wenn er als Dienst der Partnerkirche an dem

jungen Menschen geschieht und so verstanden wird. Dem BMW wachsen damit Menschen zu, die sich später in ihren Gemeinden als Multiplikatoren engagieren. Ein missionarisch-diakonischer Einsatz muß auf klaren Absprachen und Ordnungen basieren; der Zeitraum von einem Jahr wird für den jungen Menschen als hilfreich, für die Partnerkirche als tragbar angesehen.

2. Von der Südafrika-Kommission des Rates gibt Meißner insbesondere den Stand der Diskussion über das Verhältnis der donar agencies zu den Partnerkirchen weiter. Die damit verbundenen Fragen müssen in der Kommission weiter aufgearbeitet werden. Über den EG-Kodex soll in einer späteren Sitzung des Missionsrates berichtet werden.
3. Die European Partners von ELCSA haben in ihrer Sitzung am 6.12.1980 die weitere Entwicklung in Botswana und die damit zusammenhängenden Konsequenzen erörtert. Es ist zu befürchten, daß es zu einem endgültigen Bruch zwischen ELCSA und ELCB/Botswana kommt. U.U. kann die Nichtverlängerung der Arbeits-erlaubnis für Christel Hoyer in einem Zusammenhang mit dem Streit zwischen ELCSA und ELCB/Botswana zu sehen sein.

Missionsrat nimmt Bericht und Ausführungen von Meißner mit Dank zur Kenntnis.

b. Südafrika-Beschlüsse

Meißner erläutert die Beschlußvorlage mit bezug auf die früher gefaßten Beschlüsse und die inzwischen eingetretenen Entwicklungen. Er geht dabei auf Zusammensetzung und Funktion von Property Management Company ein.

Nach ausführlicher Diskussion, auch über die Bedeutung und Konsequenzen dieses Beschlusses, beschließt Missionsrat wie folgt:

Missionsrat beschließt, die Mitarbeiterhäuser und Grundstücke in der Republik Südafrika, die Eigentum der Berliner Missionsgesellschaft sind, mit Ausnahme von Pniel (inklusive Haus in Kimberley) und Bethanien an die Evangelical Lutheran Church Property Management Company zu übertragen.

Diese Übertragung soll mittels "General Power of Attorney" vollzogen werden. Der Wortlaut dieser "General Power of Attorney" wird z.Zt. noch verhandelt und Missionsrat und BMG-Vorstand zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bis zur Registrierung dieser "General Power of Attorney" bei den zuständigen Behörden in Südafrika wird ELC/PMC ab 1.1.1981 mit der Verwaltung des oben angeführten Eigentums beauftragt.

Zu TOP 9. Bericht über Haushaltsausschuß 1.12.1980

Frau Dr. Seeber und Dreusicke berichten von den Beratungen im Haushaltsausschuß. Die in der Sitzung am 1.12.1980 gefaßten Beschlüsse mit ausführlicher Begründung sind dem Missionsrat zugesandt worden.

Nach z.T. ausführlicher Diskussion zu einzelnen Punkten beschließt Missionsrat wie folgt:

1. Missionar Dr. Klaus Nürnberger wird aus Billigkeitsgründen der Abschluß einer Lebensversicherung für ihn mit einem einmaligen Betrag von DM 80.000.- genehmigt. Die Deckung des Betrages erfolgt zur Hälfte aus der Nichtbesetzung der Stelle 1980 AHSt 40.421 zu DM 40.000,- und AHSt 40431 zu DM 40.000,-.
2. Missionar R. Schiele wird mit einem einmaligen Betrag von DM 50.000,- der Versorgungskasse der EKIBB angeschlossen. Dies schließt nach dem Verständnis des Missionsrates die volle Anrechnung aller auf die Versorgung anrechenbaren Zeiten ein. Die Finanzierung erfolgt aus AHSt 40.431 (Versorgungsbeiträge für Pfarrer in Übersee).
3. Pfarrer Paul E. Hoffman wird rückwirkend ab 1.9.1978 bei der Versorgungskasse der EKIBB angemeldet. Die Nachfinanzierung der Beiträge erfolgt aus AHSt 31.431 (Beiträge zur Versorgungskasse der Pfarrer) und, falls dies nicht ausreicht, auch aus AHSt 31.421 (Bezüge der Pfarrer).
4. Talitha Kumi
Die erwarteten nicht gedeckten Mehrkosten für den Neubau der Schule Talitha Kumi/Bethlehem in Höhe von DM 195.000.- sollen - sofern sich keine Geldgeber dafür finden - aus den Rücklagen Nahost zu DM 134.000.- (Neubau Bethlehem) und zu DM 61.000.- (Grunderwerb Nahost) gedeckt werden. Bis zum Abschluß des Bauvorhabens unterliegen die anderen Nahostrücklagen einer Ausgabesperre.
Der Beschluß erfolgt vorbehaltlich, daß sich keine anderen Gesichtspunkte aus einer Beratung beim Vorstand des Jerusalemvereins ergeben.
5. Rücklagen Farmen Südafrika
Bei den Farmen des Berliner Missionswerkes Bethanien A, Bethanien B, Pniel, wird jeweils eine Rücklage von R.10.000,- = DM 26.000.-, insgesamt DM 78.000,- gebildet. Die Finanzierung erfolgt aus EHSt 63.179 (Überschüsse der Farmen), da im Jahre 1980 höhere als die geplanten Überschüsse zu erwarten sind.
6. Flüchtlingshilfe Somalia / Äthiopien
Die AHSt 80.741 (Hilfe für besondere Notfälle Äthiopien/Somalia) wird auf DM 200.000.- angehoben. Die Finanzierung erfolgt aus dafür eingegangenen zweckgebundenen Gaben und Kollekten. Die weiteren Mehreinnahmen 1980 werden in der Haushaltsplanung 1981 (AHSt 80.741) berücksichtigt werden müssen.
7. Finanzielle Förderung der Ev. Koptischen Kirche in Ägypten
Die Beratung wird insbesondere im Blick auf die noch ausstehende Grundsatzdebatte auf die nächste Sitzung vertagt.
8. Förderung des Finanzamtes für Körperschaften
Die zu erwartende Förderung des Finanzamtes für Körperschaften bis zu DM 22.000,- wird zur Hälfte aus AHSt 31.421 und zur anderen Hälfte aus AHSt 31.423 finanziert. Sollte die Zahlung erst in 1981 fällig werden, muß eine entsprechende zweckgebundene Rückstellung erfolgen.
Dem Haushaltsausschuß muß zu gegebener Zeit über evtl. Rückforderungen an die Mitarbeiter berichtet werden.
9. Morgenländische Frauenmission
In der Diskussion über die Vorlage wird u.a. mit Hinweis auf die Bschlüsse vom 8.9. und 20.10. d.J. erneut die Frage gestellt, welche finanziellen Belastungen bei Abschluß der Kooperationsvereinbarung auf das BMW zukommen.

Missionsrat nimmt zur Kenntnis, daß der Haushaltsausschuß in seinen Beratungen die evtl. finanziellen Fragen hinsichtlich § 3 Abs.1,

Satz 2 und 3 des Entwurfes des Kooperationsvertrages wegen der übergeordneten Bedeutung des Vertrages zurückgestellt hat.

Dreusicke teilt ergänzend mit, daß der Vorstand der Morgenländischen Frauenmission Frau OKR Pfarrerin Otto zur Vorsteherin der Morgenländischen Frauenmission mit Dienstbeginn 1.4.1981 gewählt hat. Die Frage ihrer rechtlichen und pfarrbesoldungsmäßigen Absicherung muß mit dem Konsistorium noch geklärt werden. Missionsrat faßt keinen Beschluß.

10. Der Zwischenabschluß per 30.9.1980 zeigt, daß einige Haushaltsstellen zu gering angesetzt sind. Missionsrat stimmt der Erhöhung der entsprechenden Ausgabehaushaltsstellen zu.

AHSt Gruppe		Erhöhung um DM	Finanzierung aus AHST	mit DM
31.62	Telefon	10.000	33.51	10.000
31.67	Werbung	30.000	35.746	30.000
32.951	Baumaßnahmen			
	Lichterfelde	2.000	32.942	2.000
33.52	Bewirtschaftung			
	Handjerystraße	20.000	33.94	10.000
33.55	Inventar dto.	5.000	31.94	15.000

TOP 10. Verschiedenes entfällt.

Die Sitzung schließt um 20.25 Uhr mit Gebet.

A. Leebz!

(stellvertr. Vorsitzende)

J. Künzle

(für das Protokoll)

Wriedel 14R
Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



zu TO 9
Anlage

Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder des Missionsrates
des Berliner Missionswerkes

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: LEITUNG
Telefon: (030) 85 10 21
cable: Weltmission Berlin

3. Dezember 1980

Betr.: Sitzung des Missionsrates am 8. Dezember 1980

Liebe Schwestern und Brüder!

Im Nachgang zu unserer Einladung vom 28. November 1980
übersenden wir Ihnen noch folgende Unterlagen zu TOP 9 - NAHOST:

1. Brief Bischof Haddad vom 24. Oktober 1980
2. Brief BMW vom 13. November 1980
3. "Zur Auseinandersetzung um Talitha Kumi, Stand 24. Nov. 1980"
4. Umriß des Ablaufs der Kontroverse mit der ELCJ über Talitha Kumi

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Gruhn

(Dr. Klaus Gruhn)

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي: لوثرشورش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable: LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem

24.10.1980

To the
Secretary and COCOP members

Re.: Talitha Kumi and E.L.C.J.

The ELCJ extends thanks to all who supported it to become an indigenous church. Never has the ELCJ been compatible and of one mind towards its goal as it is in these days. It looks eagerly forward that the Partner churches will continue supporting it to carry on its mission undauntedly according to its understanding to people and circumstances without imposing on it things that are irrelevant and heterogeneous.

In the hope that it will not take a long time that Talitha Kumi will be integrated in it, the Advisory Committee accepted the post. After almost three years of good cooperation with its Principal Dr. Bohne, it was a shock for it to find out that integration has become further than before. A drastic example is the theatre of the building tenders and the manouver accompanying them. Everyone who can think independently will dis-favour being a toy in the hands of others, or a shadow for them. We knew that our friends in the Partner Churches, in no way, like us to be so. We know at the same time that some persons living in the past do not like us have our own identity. We have no other explanation for the unilateral decision of the Collegium. We thank those persons who raised a voice of protest against the decision for their open mind. The future will prove who is right and who is mistaken. Our friends who know little about the recent developments of Talitha Kumi will allow us to give a survey thereof:

- 1.1. The BMW who took over Talitha Kumi which was founded by Fliedner in Kaiserswerth, gave in 1975 the ELCJ to understand that it is very natural that Talitha Kumi, not before long, will be integrated in the schools' system of the ELCJ as a first step for integration in the ELCJ.
- 1.2. A Steering Committee for Talitha Kumi was formed at that time, for a full integration into the schools' system of the ELCJ. We were told that January 1st, 1977 was fixed for this purpose.

الكنيسة الانجيلية اللوثرية في الأردن

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي : لوثرشورش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable : LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem

24.10.1980

القدس

- 2 -

1.2. (cont'd)

In the meantime efforts were made to find an Arab Principal to lead Talitha kumi. This, apparently, was an argument to remove the old sisters who lead the school for almost half a century. This argument tranquilized the sisters whose wish was to find an indigeneous person to be their successor.

1.3. An Arab successor was in fact appointed, but because of human ambition she was forced to resign and a German teacher took her place.

1.4. After a period of two years the German teacher had to go back to Germany. In the CC of the ELCJ long discussions about the successor took place. The name of Dr. Bohne was proposed. After long hesitation, Propst Glatte, the spiritual leader of the ELCJ at that time, convinced the CC to accept Dr. Bohne as Principal of Talitha kumi for a period of three years. This was in summer of 1976. After elapsing of this period neither the BMW took the pains to ask the ELCJ to prolong the period of service of Dr. Bohne nor Dr. Bohne himself did that. He always tried to ignore the hints of the Advisory Committee.

1.5. It was explicit that Dr. Bohne did not want to work under the leadership of the CC of the ELCJ. The Advisory Committee that was nominated by the BMW instead of the dissolved Steering Committee hoped to reach more in this aspect than its previous committee through quite negotiations, but without good result.

1.6. The ELCJ, on hand of its previous experience, did not accept this nomination, but the Chairman of the nominated members tried hard to convince the CC that he will go alone ahead in taking this step to find out if the BMW is serious and genuine in talking about integration. After 3 years of waiting the AC came to a negative conclusion.

2.1. In 1978 the schools Director of the ELCJ and the Principal of Talitha kumi presented to the CC of the ELCJ a draft of the unified scheme for the Lutheran schools in Jordan. The CC accepted the scheme and submitted it to the JCCOJ. The JCCOJ in its turn welcomed it.

...../3

الكنيسة الانجيلية اللوثرية في الأردن

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي : لوثرشيش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable : LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem 24.10.1980 القدس

- 3 -

- 2.2. Accordingly the ELCJ applied to the LWF/CDS to build a new section in Talitha Kumi to fulfil the contents of the unified scheme. The LWF/CDS approved the project, 25 % of the costs were covered by the BMW, CSM, LWF/SS and the American National Committee. EZE in Germany picked the project and approved it. It adopted also the addition of the Gymnasium and the Kindergarten Seminary requirements.
- 2.3. Personal contacts between the Personnel of the BMW, ELCJ and the EZE (Dr. Fisher) were made to reach a final approval.
- 2.4. In a separate agreement the AC was then considered as the building committee for the whole project and responsible for building on the site. (See App. No. 2) "Meeting of the AC on 28th. of Nov. 1979).
- 2.5. In May 1980 the tenders for the Gymnasium for the school were given to several contractors as the first step in the unified scheme. Different contractors applied. After thorough discussions, three only remained with the following total costs for the tenders:

1. Issa Taweel	US Dollars 258130.-
2. Alfred Musallam	US Dollars 253436.-
3. Saleh Sammour	US Dollars 250000.-
originally	US Dollars 272770.-

The price of Mr. Sammour was reduced in a concealed way to US Dollars 250000.-

The reduction which Mr. Sammour gave was not at all based on units and cost per unit. It was only reported that the whole tender price was reduced to US Dollars 250000.- on the basis of having advanced payments for materials. We wonder how such a price was given and accepted by the Architect whereby the whole matter should be calculated afterwards. Would Mr. Sammour have given at that time a percentage reduction it would have been understood.

- 2.6. The AC after studying the whole matter, taking into consideration the report of the Architect Mr. B. Khoury, decided to give the tender to Mr. Musallam relying on Mr. Khoury's statement who said that he was ready to accept anyone of the three contractors. Later on he dropped one and left two: Sammour and Musallam. Then he dropped Musallam whose price was US Dollars 253436.-. It was the lowest price if we disregard the unrealistic price for Mr. Sammour which is US Dollars 250000.-

الكنيسة الانجيلية اللوثرية في الأردن

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي : لوثرشورش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable : LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem 24.10.1980 القدس

- 4 -

2.7. The AC took a decision to give the tender to Mr. Lusallam, but the BMW disapproved it. This was the reason of delay and not the Advisory Committee as Mr. Dreusicke unvarnishedly and inexcusably asserted. (See App. 10. 3). The whole matter was rediscussed after the COCOP meeting with **BMW representatives**: Mr. Dreusicke, the General manager and Rev. Paul Hoffmann, the Near East Secretary." The meeting was partially attended by Mr. Hellberg the Chairman of COCOP. The suggestion came from BMW representatives to withdraw the Gymnasium tenders and include it in the school tenders in September. The AC, trying to avoid a clash with BMW representatives, agreed to the proposals of the BMW with the additional condition that an Arab Architect should work together with a German.

3.1. Tenders for the school and Gymnasium were given to several people. Only four responded:

1. Mr. Issa Taweel
2. Mr. Tannous/Musallam
3. Mr. Saleh Nasser
4. Mr. Khaliliyeh/Harb

3.2. The German Architect came, as if we do not have skilled Architects in this part of the world. The AC did not call an Arab Architect to avoid unnecessary further tension. The German Architect gave a report which the AC accepted with thanks.

3.3. The AC after thorough study and discussion based on:

- a) The German Architect report
- b) Our experience with both Mr. Khaliliyeh when building Dr. Bohne's residence and Mr. Harb when building the parsonage Bethlehem, decided to give the tender to Mr. Tannous/Musallam. (See AC decision Appendix C). The Collegium eventually influenced by certain persons, rejected the decision and decided to give the building to Khaliliyeh/Harb. (See App. 4,5,6.)

4.0. After studying the aforementioned facts, we would like to give the following comments:

.... /5

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي : لوترتشرش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable : LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem 24.10.1980 القدس

- 5 -

- 4.1. It was obvious that the task of the Advisory Committee was to prepare Talitha Kumi for full integration with the ELCJ schools' system (Appendix No. 1). But during the last three years the AC could not make one single step in this direction.
- 4.2. Due to the absence of Rev. Hollm, and due to the absence of Rev. Paul Hoffmann, we would think that the Collegium was directed mainly by one person. We are sorry for the absence of the Near East Secretary in this very time.
- 4.3. The unified scheme is a scheme of the ELCJ. The project is a project of the ELCJ that in a subtle way was transferred to be a BMW project. The argument of the BMW people, which says that one of the main conditions of the EZE was that BMW is to be responsible for the money and not the ELCJ, is untenable, because it means mistrust from the BMW towards the ELCJ. A mistrust that evokes disgust. It should be known that we will not give up the integration of Talitha Kumi in the work of the ELCJ. We see the difficulties, but we are determined to challenge them. When the members of the AC, viz. leaders of the Church of the ELCJ took their decision, they took into consideration the persons whom they very well know, because their aim was to have:
 - a) A very good quality of work
 - b) A very reasonable price, though it seems for the first while that the price of Musallam/Tannous is higher by US Dollars 26000.- than the lowest price of Khaliliyeh, but they looked into the future and saw the loss which could be much higher.
- 5.1. Since the ELCJ feels it was knowledgeably ignored, the AC finds it impossible to continue working under such conditions (See App. No. 7).
- 5.2. The ELCJ is now reviewing all the procedures of the unified scheme, because the aim of this scheme was to strengthen the indigenous Lutheran Schools and not to weaken them.

...../6

الكنيسة الانجيلية اللوثرية في الأردن

THE EVANGELICAL LUTHERAN CHURCH IN JORDAN

المجلس الكنسي

THE CHURCH COUNCIL



ص. ب ١٤٠٧٦ ، شارع المارستان الصلاحي ، القدس ٩٧٦٠٠

هاتف ٢٨٢٥٤٣ (٠٢) — ٢٨٥٥٦٤ (٠٢)

العنوان البرقي : لوترتشيرش — القدس

P.O.Box 14076 — Muristan Road — Jerusalem 97600

Tel. 02-282543 — 02-285564

Cable : LUTHERCHURCH — JERUSALEM

Jerusalem

24.10.1980

القدس

- 6 -

- 5.3. The ELCJ will reserve the right of revising all its policy concerning its relation to Talitha Kumi.
- 5.4. The ELCJ is forced to a position where it has no other alternative than to continue struggling for its independence from people who are still looking down on it and by all occasions try to defame it directly or indirectly.
- 5.5. Talitha Kumi is too expensive and too luxurious compared with the schools of the ELCJ.

Again "nisi dominus, frustra."

Respectfully submitted

Daoud Haddad

Bishop

cc. E.L.C.J. Church Council
Dr. Fisher, EZE
Mrs. Christa Held, CDS
Dr. Pohne, Talitha Kumi



Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

To the ELCJ
and the COCOP Members

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: - Director - GRU/Mü
Telefon: (030) 85 1021
cable: Weltmission Berlin

November 13, 1980

Preliminary Response to the letter of the ELCJ of
October 24, 1980 concerning Talitha Kumi

Dear Friends,

It cannot be the task of such a letter prior to a meeting to respond in detail to all the various points of the letter of October 24th. Some things in this letter and other things that have occurred can surely better be discussed in a small group. We hope that it will be possible jointly to overcome whatever misunderstandings have arisen. In advance of a meeting, the Executive Staff or Collegium of the BMW would like, however, to point out the following, in the hope of clearing up some of these misunderstandings:

1. The BMW Executive Staff (collegium) has up till now actively supported every effort to secure the further independence of the ELCJ. It has actively supported the free decision of the ELCJ to elect its own spiritual leader and has worked to secure understanding in Germany for the decision of the ELCJ to introduce the office of bishop and to elect a bishop to head up the administration of the church. It has supported the idea of Waqf income for the ELCJ and will, I am sure, respond favourably to further steps to make the ELCJ less and less dependent on foreign giving. The decisions of the

BMW in regard to tenders for the new building at Talitha Kumi were in no way intended to undermine or disregard the independence of the ELCJ.

2. As to the past, the description of the past given by the ELCJ in 1.2 up to 1.6 does not give the whole picture, in fact the Church Council of the ELCJ decided on the 6th of October, 1976: "Talitha Kumi - Beit Jala: After discussing the Headmastership of Talitha Kumi the CC decided to ask the BMW to send a German Headmistress starting 1st of September 1977."

Later Dr. Jürgen Bohne was appointed by the BMW and got a call from the ELCJ.

In 1976 the BMW offered the integration of Talitha Kumi into the ELCJ, as mentioned in the Church Council Minutes dated the 25th of November, 1976. But the Church Council - after discussing it for quite some time - was hesitating to act as decided on the 21st of January, 1977 "after lengthy discussion the CC is of the opinion that under the present circumstances with so many work responsibilities with the project on its shoulders the ELCJ would prefer not to take over Talitha Kumi already after this scholastic year. Nevertheless in case BMW considers it to be necessary the ELCJ will be willing to take over Talitha Kumi already by the end of this scholastic year 1976/1977."

The CC also agrees in the Advisory Committee as it was pointed out in the Church Council Minutes dated the 25th of July, 1977: "The new Advisory Committee meets and acts on behalf of Talitha Kumi until Dr. Bohne arrives."

In fact, Dr. Bohne did not ignore the hints of the Advisory Committee, there was no advice by the Advisory Committee where the decision was not reconfirmed by BMW or not fulfilled by Dr. Bohne.

3. It was - as pointed out - at the specific request of the ELCJ that the BMW in 1976 was requested to seek a German director to be appointed as the principal of Talitha Kumi. Dr. Bohne, like all German teachers sent out by the Bundesverwaltungsamt in Köln, had a two-year contract which, after consultation

with the Chairman of the Advisory Committee, was extended for a second two-year period. This expires at the end of the school year 1980/81. In June 1980 the Chairman of the Advisory Committee told the BMW representatives that there were no objections to a further prolongation of Dr. Bohne's contract. Nevertheless, the BMW and Dr. Bohne are ready to make prolongation of this contract dependent on an official request by the Advisory Committee, provided that a resolution of the present controversy and re-establishment of cooperation can be achieved. We believe that finding Arab personnel who are academically, administratively and, from their leadership experience and ability, qualified to head up an institution like Talitha Kumi, has top priority. The BMW is prepared to continue discussions on this matter with the Advisory Committee.

4. With respect to the withdrawal of tenders for the gymnasium in June 1980, when difficulties arose in the first instance, we should like you to note the report of June 26, 1980 (Doc. 4.2.).

According to the gratification the Arabian architect gave the advice to give the building project to the contractor Sammour. Contrary to this advice of the architect the Advisory Committee decided to give the project to Musallam/Younan (the brother of Munib Younan, who also took part in the voting). The worldwide recognized criterias established by the architect reportedly have never been discussed. Considering all these circumstances it is evident that the delay was caused by the Advisory Committee.

5. We have full confidence in the Arab architect, Mr. Bassem Khoury, with whom the BMW - with the full concurrence of the Advisory Committee - signed the contracts for the new building programme. The additional role of the German architect was to insure that proper procedures and criteria would be followed in the light of the responsibility which the BMW has as the "project partner" according to the contract with the EZE (Doc. 2.6.).

6. Considering all necessary factors the decision of the Collegium was passed unanimously. The statement that the Collegium has been influenced by one person must be deplored and rejected. Rev. Hollm already left the Berlin Mission Work on April 1st. It is also an insinuation that BMW distrusts the ELCJ.
7. EZE as the supporter of the project has chosen the BMW as a partner who is responsible for Talitha Kumi with respect to personnel as well as financially. EZE insisted on the BMW as partner because it has also the former approx. 12 million US Dollars as an approach for a similar project of the ELCJ in mind. Only under these conditions realization of the Unified School Scheme has been possible.
8. As was agreed to at the COCOP meeting in June 1980, the BMW is ready, in consultation with its partners and the ELCJ, to consider further steps in integration of Talitha Kumi, and is looking forward to further discussion of such matters in connection with the proposed consultation on Christian schools next May.
9. We welcome in this connection also a review of the Unified School Scheme presented and adopted in 1978.
10. We would like to assure the ELCJ and our partners in COCOP that staff of the BMW is not engaged in defaming directly or indirectly the ELCJ, but tries to speak well of the ELCJ whenever it can and to create understanding for it in its difficult situation. For this reason we regret the present controversy very much, which, with all its side effects and consequences, does not further efforts of the BMW in this regard.
11. Any effort by COCOP to help resolve the present difficulties as quickly as possible is urgently needed. The consequences of failure to resolve the controversy quickly and amicably are incalculable.

Sincerely yours,

Klaus Gruhn
(Dr. Klaus Gruhn)

Zur Auseinandersetzung um Talitha Kumi

Stand 24. November 1980

Vorbemerkung:

Bei meinem kurzen Besuch in Jerusalem vom 14. - 20 November 1980, der ausschließlich dem von Dr. Bohne empfangenen Drohbrief galt, habe ich mich als Nahostreferent des BMW außerstande gesehen, in Sachen Talitha Kumi zu verhandeln, da sowohl die ELCJ als auch das BMW die Einschaltung von COCOP beschlossen haben. Trotzdem - sozusagen als Nebenprodukt meines Besuchs - bin ich zu folgenden Erkenntnissen gekommen, die sich z.T. aus den verschiedenen mir gegenüber gemachten Bemerkungen und Beobachtungen ergeben.

1. Das Urproblem - die noch nicht vollzogene Integration

- 1.1. Urproblem der Auseinandersetzung ist die - seit den Verhandlungen der 50er Jahre, die zur Gründung der ELCJ geführt haben - bei der ELCJ gehegte Vorstellung und Hoffnung: eines Tages sollten und würden sämtliche - grob bezeichnete - "lutherischen" Einrichtungen im arabischen Teil des Heiligen Landes in Besitz und Verwaltung der ELCJ übertragen werden. Um diese Hoffnung ist die ELCJ, ihrer Meinung nach, seit 1967 - dieses Datum bezeichnet auch den politischen Hintergrund des Streites - systematisch (besonders von deutscher Seite) betrogen worden. Die seit 1974 vom BMW in Aussicht gestellte Integration Talitha Kumis in die Verwaltung der ELCJ scheint durch die Ereignisse seit Mai 1979 (Vorschlag einer internationalen Stiftung für die Schulen während der COCOP-Sitzung 1979; Abschluß einer Vereinbarung zwischen BMW und ELCJ über Talitha Kumi Mai 1979; Unterzeichnung des EZE-Vertrages durch das BMW August-Dezember 1979; der Dreusicke/Hoffman-Entwurf einer Stiftungssatzung Juni 1980; die Entscheidung des Kollegiums gegen die - wie die ELCJ meint - begründete Entscheidung des Talitha Kumi Advisory Committees Oktober 1980) in weite Ferne gerückt zu sein. Die ELCJ meint aus deutschen Äußerungen verstanden zu haben, daß Berlin es mit der in Aussicht gestellten Integration überhaupt nicht ernst meint. Der jetzige Streit mit dem BMW, der Verdacht, daß Dr. Bohne die Ursache der Verzögerung jeglicher Integration ist, schließlich selbst der "mißbilligte" Drohbrief zeigen deutlich auf dieses Urproblem hin. Die Erwartung einer Integration Talitha Kumis in die ELCJ dürfte m.M.n. trotz Bedenken etwa seitens Pfarrer Nijims (Ramallah) große Resonanz auch in der ELCJ-Synode haben.
- 1.2. Bischof Haddad hat während meines Besuchs ein paar Mal ausdrücklich gesagt: wenn das BMW ausdrücklich den Willen zur Integration bekräftigt und ein Termin für die Übergabe festgesetzt wird (er meinte, eine Integration müsse in zehn oder zwölf Monaten erfolgen können), dann wäre der Streit - trotz tiefer Wunden durch die erfolgte Bauvergabe, die gegen ihn als Vorsitzenden des Advisory Committees in Berlin gefaßt wurde - sofort erledigt.

- 1.3. OKR Dreusicke und ich hatten gehofft, daß der Forderung nach einer beschleunigten Integration, die schon bei meinem Besuch im Februar 1980 in einer Church Council Sitzung vor der COCOP-Sitzung und noch einmal in der COCOP-Sitzung selber (Juni 1980) erhoben wurde, dadurch begegnet werden könnte, daß:
 - die ELCJ wiederum gebeten werden sollte, selber weitere Schritte auf dem Weg der Integration vorzuschlagen (Brief an die ELCJ vom 9. Juni 1980);
 - die organisatorische Form einer internationalen Stiftung für die lutherischen Schulen, die wir bei der COCOP-Sitzung im Juni 1980 präsentiert haben und die z.Z. zur Diskussion steht, auch eine für die ELCJ akzeptable Form der Integration werden könnte;
 - die nächste Runde in der Diskussion um die Integration Talitha Kumis bei der ^{die} in der COCOP-Sitzung 1980 anvisierte und vom LWB einzuberufene Konsultation über die christlichen Schulen (18./19. Mai 1981) stattfinden würde.
- 1.4. Besonders anstößig für die ELCJ in dieser ganzen Frage ist die Tatsache, daß das Advisory Committee nach Willen des BMW bis jetzt nur beratende, nicht beschließende Funktionen hat (siehe Advisory Committee Terms of Reference, April 1978, die das Church Council der ELCJ zögernd und nur als Anhängsel zur Vereinbarung vom Mai 1979 akzeptiert hat).
- 1.5. Die Haltung des Advisory Committees unter dem Vorsitz des Bischofs sowohl bei der gescheiterten Bauvergabe der Turnhalle (Mai/Juni 1980) als auch bei der Gesamt-Bauvergabe (Oktober 1980) verrät eine Mißachtung der vom BMW dem Advisory Committee - auch als Bauausschuß - zugesprochene beratende Funktion. Der von der ELCJ eingereichte LWB/CDS-Antrag sollte offensichtlich die Begründung für die Übernahme der Entscheidungsgewalt durch die ELCJ sein.
- 1.6. Der Rücktritt des Advisory Committees, den wir nach dem unerfreulichen Verlauf des Streits nur begrüßen können, gibt uns allen - auch der ELCJ - Anlaß und Möglichkeit zu einem neuen Denken über einen vielleicht erst völlig neu zu konzipierenden Vorschlag.
- 1.7. Indessen könnte während dieser Denkpause das Interesse an einer eventuellen internationalen Schulstiftung bei der ELCJ wachsen. Es müßte allerdings der ELCJ klar gemacht werden, daß die Intention einer solchen Stiftung die gesicherte Finanzierung und eine umfassende Strategie für alle lutherischen Schulen wäre, nicht "die Integration der ELCJ Schulen in Talitha Kumi"(!) oder eine "Wegnahme" der Schulen von der ELCJ oder den Gemeinden. Eine Schulstiftung wäre nur der äußere Rahmen. Eine enge, noch engere Verbindung der Pfarrer und Gemeinden mit den Schulen - allen diesen Schulen - müßte angestrebt werden.
- 1.8. Eine gemeinsame Internationalisierung der finanziellen Schulträgerschaft - besonders in Bezug auf Talitha Kumi und möglicherweise auch auf die Berufsschule des LWB in Beit Hanina - steht bestimmt nicht einer Arabisierung der Führungskräfte an diesen Schulen im Wege. Erst eine koordinierte internationale Aktion - mit der ELCJ - zur Heranbildung von Lehrern und Führungskräften an den Schulen kann, wenn überhaupt, ein Überleben dieser Schulen als christliche Schulen für die arabisch-palästinensische Bevölkerung sichern.

2. Die Rechtslage Talitha Kumis und die Mittelim Streit

- 2.1. Der jetzige Streit mit der ELCJ unterstreicht die Dringlichkeit einer Klärung der Rechtslage. Bischof Haddad versicherte mir gegenüber bei meinem jetzigen Besuch, die ELCJ hätte jetzt die nötigen rechtlichen Dokumente. Aus welchem Grund auch immer hat die ELCJ aber von der telefonisch angekündigten Klage gegen das BMW abgesehen. Bischof Haddad versicherte mir gegenüber aber auch, er persönlich hätte verhindert, daß - von der Rechtsgrundlage, daß Talitha Kumi der ELCJ gehöre - der LWB von der ELCJ aufgefordert werden solle, von weiteren CDS Zahlungen an das BMW zur Durchführung des Projekts Abstand zu nehmen. Die Lage ist also entschärft, aber nicht geklärt.
- 2.2. Es kann weder im Interesse des BMW noch der ELCJ liegen, einer Klärung dieser Frage im Wege zu stehen. Falls es tatsächlich je zu einer Klage oder zu anderen verwerflichen Maßnahmen käme, müßte das BMW jegliche Zahlungen an die ELCJ einstellen. Die freiwilligen Leistungen von Gemeinden, Freundeskreisen und kirchlichen Stellen - sicherlich auch von den COCOP-Partnern insgesamt - beruhen auf einem Verständnis von Partnerschaft, das rechtliche und finanzielle wie auch gewaltsame Druckmittel und Drohungen grundsätzlich ausschließen müßte. Bei der Ergreifung von gewissen Mitteln stünde die ELCJ auf einmal vielleicht mit Grundstücken und Gebäuden, aber ohne Zahlungsmittel da. In wessen Interesse läge ein derart aufgebauschter Streit? Statt mit Gegen-drohungen unsererseits vorzugehen, müßte man an die Vernunft wenn nicht an die Partnerschaft der ELCJ appellieren. Wenn allerdings Partnerschaft aufhört, werden auch Zahlungen jeglicher Art aufhören.
- 2.3. In der im Mai 1979 für das BMW von OKR Dreusicke und mir mit der ELCJ abgeschlossenen Vereinbarung erkennen wir im BMW die ELCJ als Eigentümer des Grundstückes an, während die ELCJ ihrerseits unsere Verantwortung für Personal, Finanzen, Verwaltung und Unterhaltung des Eigentums und für die Vertretung und Vollmacht nach außen anerkennt. Wir bestreiten nicht, daß Talitha Kumi auf "arabischem Grund und Boden" gebaut ist. Wir sind bereit mit der ELCJ alle diesbezüglichen Fragen zu klären. Uns geht es in dieser Frage überhaupt nicht darum, Eigentümer von Talitha Kumi zu werden, sondern die Besitzverhältnisse mit der ELCJ für die ELCJ zu klären. Im übrigen stellten wir damals auf Wunsch der ELCJ fest: "Diese (Vereinbarung) gilt solange, bis eine weitere Vereinbarung bezüglich Talitha Kumi zwischen dem BMW und der ELCJ bzw. dem Koordinationsausschuß der Überseepartner der ELCJ zustande kommt".

3. Der Verbleib im Lande und die Verlängerung des Vertrages von Dr. Bohne

- 3.1. Vorausgesetzt wir können die Bedrohung der Familie Bohne in irgendeiner Weise aufheben und Dr. Bohne erklärt sich bereit zu bleiben, sollte m.M.n mit ihm und dem BVA der Bundesregierung eine erneute Verlängerung bis Ende des Schuljahres 1983/84 vereinbart werden.

- 3.2. Der Vorsitzende des Advisory Committee, Bischof Haddad, hatte schon 1978 die Zustimmung zur ersten Verlängerung Dr. Bohnes gegeben. Im Juni 1980 hatte er mir gegenüber auch wissen lassen, es stünde einer erneuten Verlängerung Dr. Bohnes nichts im Wege, Dr. Bohne möge aber selber um eine Verlängerung beim Church Council der ELCJ bitten.

Ein Brief vom 9. Juni 1980, wonach OKR Dreusicke und ich im Namen des BMW folgendes anbieten, blieb allerdings bis heute unbeantwortet:

"... In Bezug auf ausländisches Lehrpersonal, die durch das BMW ausgesandt werden sollen, sollte in Zukunft die Zustimmung des Church Council der ELCJ eingeholt werden".

In einem Brief Dr. Gruhns vom 13. November 1980 erklärt das BMW der ELCJ und den COCOP Mitgliedern:

"Das BMW und Dr. Bohne sind bereit, die Verlängerung dieses Vertrages von einem offiziellen Gesuch (request) des Advisory Committee abhängig zu machen, vorausgesetzt, daß eine Lösung des gegenwärtigen Streits und eine Wiederherstellung der Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann".

- 3.3. Inzwischen haben uns die Ereignisse allerdings eingeholt. Am 19. November 1980 hat Bischof Haddad in der Bohne'schen Wohnung bemängelt, daß bis jetzt kein schriftlicher Gesuch Dr. Bohnes beim Church Council vorliege. Leider lag der Brief Dr. Gruhns vom 13. November noch nicht in Jerusalem vor. Dr. Bohne sagte allerdings, er sei bereit zu gehen, wenn die ELCJ es wünsche. Es wurde ihm aber versichert, er solle im Lande als Schulleiter von Talitha Kumi bleiben. Leider wurde von Mr. Abu Leil, gefolgt von Bischof Haddad und den übrigen Church Council Mitgliedern meine Auskunft über die derzeitige Lage des Vertrages mit Dr. Bohne als evidente Weigerung seitens des BMW gedeutet, hierüber überhaupt mit der ELCJ zu verhandeln, und die Sitzung wurde durch das Aufstehen der Vertreter der ELCJ aufgehoben. Die in der Wohnung von Dr. Bohne ausgesprochene Meinung der ELCJ genügt m.M.n., um eine Vertragsverlängerung mit Dr. Bohne - falls er sich dazu entschließen sollte - abzuschließen. Das BMW müßte aber ihr Vorgehen in dieser Sache noch einmal deutlich und unmißverständlich der ELCJ und den COCOP Mitgliedern darlegen.

4. Der Church Council und die Einheit der ELCJ

- 4.1. In letzter Zeit werden in vielen Fragen Beschlüsse des Church Councils 4 zu 1 protokolliert. D.h., in vielen Fragen wird auf Einmütigkeit in der ELCJ verzichtet. Das BMW und seine Partner müssen in den ganzen Fragen, die mit dem Streit zwischen der ELCJ und dem BMW zusammenhängen, hierauf achtgeben. In gewissen, wichtigen Fragen sollten wir als Partner darauf dringen, daß nur einmütige Beschlüsse seitens des Church Councils der ELCJ anerkannt werden.
- 4.2. Vielleicht sollten wir erwarten, daß gewisse Beschlüsse in Antwort auf von uns gestellte Fragen nur in Anwesenheit des erweiterten Church Councils gefaßt werden.

4.3. Auch das Organ der Synode darf nicht außer acht gelassen werden; vielleicht sollte die Erwartung ausgesprochen werden, daß COCOP Vertreter an der nächsten Sitzung der Synode (Januar 1981) teilnehmen, da Talitha Kumi bzw. das Verhältnis zum BMW mit ziemlicher Sicherheit dort auch auftauchen werden.

4.4. Unser Handeln als COCOP Partner - und das schließt das BMW mit ein - müßte bei den schwierigen Fragen auch der Einheit und Gesundheit der Entscheidungsprozesse in der ELCJ, wenn irgendmöglich, förderlich sein.

5. COCOP

5.1. Sowohl die ELCJ als auch das BMW haben COCOP angerufen, sich an der Suche nach Beilegung des Streites zu beteiligen.

5.2. Mit dem COCOP Chairman, Dr. Hellberg, war seitens des BMW eine Sitzung in Berlin am 28. November 1980 verabredet. Von Anfang an zögerte Bischof Haddad, daran teilzunehmen. Am Montag, dem 17. November hat er telegrafisch seine Teilnahme Dr. Hellberg gegenüber abgesagt, gleichzeitig aber mitgeteilt, er sei bereit, ab Mitte Januar an einer Sitzung teilzunehmen. Wenn ich richtig verstanden habe, hat die ELCJ auch Anstoß an dem Ort Berlin für Gespräche zur Beilegung des Streites genommen.

5.3. In einem Brief an den COCOP Chairman vom 27. Oktober 1980 habe ich die Haltung des BMW so beschrieben: "Das BMW ist bereit, alle COCOP-Mitglieder oder auch nur einzelne Mitglieder - als Partner der ELCJ mit dem BMW - anzuerkennen in der Suche nach einer Lösung der Kontroverse zwischen der ELCJ und dem BMW über das Bauprojekt Talitha Kumi. Wir erwarten daß bei einem Unternehmen in dieser Richtung Direktor Gruhn, OKR Dreusicke und ich anwesend sein werden".

5.4. Eine COCOP-Sitzung am 28. November ist wegen der Absage durch Bischof Haddad und anderer Kommunikations- und Terminschwierigkeiten abgesagt worden. Die Erscheinung des Drohbriefes und mein Besuch in Jerusalem haben die Notwendigkeit der Einschaltung von COCOP sogar dringlicher denn je gemacht. Zu überlegen ist, wie in der neuen Situation eine COCOP-Initiative aus Berliner Sicht eingeleitet werden kann.

5.5. Dr. Hellberg ist bereit, irgendwann im Januar nach Jerusalem - auf Kosten des CSM - zu fahren. Da es sich m.M.n. um die Lösung von gemeinsamen Problemen handelt, vor welchen wir alle - ELCJ und alle COCOP Partner - stehen, geht es nicht um eine COCOP-Vermittlung zwischen der ELCJ und dem BMW.

6. Prioritäten

6.1. Hilfe, die Bedrohung der Familie Bohne zu beheben und Konsequenzen aus dem Drohbrief zu ziehen.

6.2. Gemeinsame Aktionen, die rechtliche Lage Talitha Kumis zu klären.

6.3. Vertrauensvolle Partnerschaft mit der ELCJ neu aufzubauen.

6.4. Perspektiven über diesen Streit hinaus zu entwickeln.

Berlin, den 24. November 1980

Paul E. Hoffman

U m r i ß

des Ablaufs der Kontroverse mit der ELCJ über Talitha Kumi

1. Voraussetzungen

- | | |
|-------------------------------|--|
| 2. Oktober 1978 | - ELCJ Antrag auf Erweiterung TKs beim LWB/CDS. |
| 17. Mai 1979 | - Abschluß einer "Vereinbarung" mit der ELCJ über TK;
Anerkennung der Funktionen des Advisory Committees. |
| Aug./Dez. 1979 | - Abschluß des EZE-Vertrages durch das BMW. |
| Dezember 1979/
Januar 1980 | - Abschluß der Architekten-Verträge durch BMW/TK. |

2. Vorspiel

- | | |
|---------------|---|
| Mai 1980 | - Uneinigkeit in der Bauvergabe der Sporthalle. |
| 13. Juni 1980 | - Aufhebung der Ausschreibung der Sporthalle durch Dreusicke/Hoffman. |
| 30. Juni 1980 | - Bericht vor dem Missionswerk. |
| 1. Juli 1980 | - Bestätigung der Aufhebung der Ausschreibung durch das Kollegium und Festlegung des Verfahrens der Durchführung einer neuen Ausschreibung. |

3. Gegensätzliche Entscheidungen

- | | |
|------------------|---|
| 1. Juli 1980 | - Benachrichtigung der ELCJ über den Beschluß des Kollegiums und Ankündigung der Entsendung eines deutschen Architekten, der Verfahrensweise und Kriterien festlegen soll;
Kollegium behält sich letzte Entscheidung nach Architekten-Bericht vor. |
| 23. Sept. 1980 | - Kollegium bestätigt die von Zwirner/Hoffman festgelegten Kriterien für die Bauvergabe.
Mitteilung an TK und Advisory Committee. |
| 3. Oktober 1980 | - Advisory Committee in Sondersitzung entscheidet gegen Empfehlung Zwirner. |
| 7./10. Okt. 1980 | - Kollegium beschließt Bauvergabe aufgrund Empfehlung Zwirner. Baubeginn beschlossen.
BMW informiert die Partner. |

4. Die Kontroverse

- | | |
|---------------|---|
| 11. Okt. 1980 | - Advisory Committee kündigt die Zusammenarbeit mit TK, fordert rechtlichen Baustop, appelliert an alle Partnerkirchen. |
| 13. Okt. 1980 | - Rücktritt des Advisory Committees |
| 24. Okt. 1980 | - Telegramm an COCOP-Sekretär: "Integration Talithas bis zu einem bestimmten Datum löst Probleme". |

- 24. Oktober 1980 - Beschwerde-Brief der ELCJ über das BMW.
- 27. Oktober 1980 - Antwort-Telegramm: "BMW hat schon COCOP-Vorsitzenden gebeten, eine Sitzung einzuberufen um Sache zu erörtern. Hoffe auf sachliche Diskussion über Talitha Kumi und BMW/ELCJ-Beziehungen".

5. Nachspiel

- 3. November 1980 - Dr. Böhne erhält Drohbrief.
- 4. November 1980 - Dr. Hellberg schlägt COCOP-Sitzung Berlin am 28. November vor.
- 13. November 1980 - Vorläufige Antwort des BMW auf den Brief vom 24. Oktober 1980.
- 14.-20. Nov. 1980 - Besuch Hoffmans in Jerusalem.
- 17. November 1980 - Bischof Haddad sagt Teilnahme an Sitzung Ende November ab, ist aber bereit, nach Mitte Januar an einer Sitzung teilzunehmen.
- 19. November 1980 - Besuch des ELCJ Church Council bei Dr. Böhne und Frau; er "mißbilligt" den Drohbrief.

WARTEN AUF COCOP.

Berlin, den 27. November 1980

Paul E. Hoffman

Reise 5.9.58

MR 20.10.80

Reise nach Zimbabwe, Botswana, Südafrika und Tanzania

zu TO
Anlage

4 + 5

- a) Zimbabwe: 31.8. - 4.9.
- b) Botswana: 5.9. - 7.9.
- c) Südafrika: 8.9. - 21.9.
- c) Tanzania: 22.9. - 6.10.

- a) 1. Der Besuch in Zimbabwe knüpfte an an alte traditionelle Bindungen zwischen Berliner Missionsgesellschaft und der Arbeit im Mashona Land, an einen Besuch von Hollm bei Bischof Shiri und geschah auf Einladung durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Zimbabwe.
- 2. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Zimbabwe ist hervorgegangen aus der Arbeit der Berliner Mission, die bis 1906 bis Fort Victoria vorgedrungen war und aus der Arbeit der Church of Sweden Mission. Die Kirche hat ungefähr 32.000 Mitglieder, die sich auf 30 Großgemeinden mit über 200 Einzelgemeinden verteilen. 40 Pfarrer und über 100 Evangelisten sind für die Betreuung dieser Gemeinden eingesetzt. Die Kirche wird geleitet durch einen "Church Council", der sich viermal jährlich trifft und alle vier Jahre von der Synode neu gewählt wird, die einmal alle zwei Jahre zusammentritt. Der Bischof, zur Zeit Bischof Shiri, wird auf Lebenszeit gewählt. Während des Befreiungskampfes war die Lutherische Kirche Mitglied im Christian Council, der durch seine Abteilung Christian Care für Betreuung und Versorgung der vom Befreiungskampf betroffenen Bevölkerung verantwortlich war. Nach dem Krieg hat sich der Christian Council praktisch aufgelöst, nur die Leiter der verschiedenen Kirchen treffen sich regelmäßig, ohne jedoch eine fest verfaßte Gruppe zu sein. Allerdings soll der Christian Council wieder eingesetzt und gestärkt werden und dann die Hilfs- und Wiederaufbauarbeiten koordinieren.
- 3. Das Programm in Salisbury wurde vorbereitet durch Pfarrer W. Löwe. Dreusicke und ich trafen Pastor L. Moyo von der Lutherischen Kirche, Pastor L.M. Dube, den Leiter des United Theological College, Rev. Chigwida, Dozent am United Theological College, Pastor F. Gomendo, den Präsidenten der United Church of Christ und Bischof A. Muzorewa, den Leiter der methodistischen Kirche in Zimbabwe. Aus den verschiedenen Gesprächen ergab sich folgende vorläufige Analyse der gegenwärtigen Situation in Zimbabwe:
- 4. Der Ausgang der Wahlen, die Mugabe mit überzeugender Mehrheit gewonnen hat, spiegelt den Willen des Volkes wider. Druck und Bedrohung der Wählerschaft hat es von seiten aller

beteiligten Parteien gegeben und sollen sich einigermaßen ausgeglichen haben. Selbst Muzorewa bestätigt, daß die jetzige Verteilung der Sitze im Parlament eine gerechte Widerspiegelung des Willens des Volkes ist, was nach seiner Meinung nicht ausschließt, daß bei den nächsten Wahlen in vier Jahren es zu größeren Verschiebungen kommen wird.

Alle, die wir sprachen, waren von Optimismus beherrscht. Es gilt, das Land "wieder aufzubauen". Darunter versteht die Regierung vor allem die Versöhnung der bisher miteinander streitenden Parteien, Lösung der Landfrage und Wiedereingliederung der Soldaten der Befreiungsarmee. Man möchte mit allen Mitteln die weißen Bewohner in Zimbabwe halten und beabsichtigt von daher nicht die Verstaatlichung von Betrieben und Enteignung von Landbesitz. Der Wiederaufbau muß Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen Hunger, Krankheit und Unwissenheit. Die Voraussetzungen zum Gelingen des Wiederaufbaus sind nicht einfach zu beurteilen. Einerseits sind viele - auch die schwarzen politischen Führer - der Meinung, daß die ehemals rhodesischen Farmer die besten Farmer der Welt sind und deshalb unbedingt im Land gehalten werden müssen. Andererseits hat man die Soldaten der Befreiungsarmeen bisher nicht entwaffnen, sondern nur in sogenannten "Assembly Points" zusammenführen können. In diesen "Assembly Points" gibt es weder Zelte, noch irgendwelche anderen Einrichtungen, so daß die Unruhe unter den dort Einquartierten ständig steigt. Sie wieder einzugliedern ist die vordringlichste Aufgabe der neuen Regierung. Während des Krieges haben viele weiße Farmer das Land verlassen und ihre Farmen aufgegeben. Um die verbliebenen Farmer nicht durch Verstaatlichung der brachliegenden Farmen zu verunsichern, möchte die Regierung diese nur nach Zahlung von Entschädigung an die nun im Ausland weilenden ehemaligen Besitzer übernehmen, um dort die Soldaten wieder anzusiedeln. Für diese Entschädigungszahlungen fehlen allerdings die notwendigen Devisen, so daß die "Assembly Points" vorerst noch eine traurige Wirklichkeit bleiben werden. Hier braucht die neue Regierung in Zimbabwe die Unterstützung der westlichen Welt. Nur wenn die Probleme der Soldaten in den "Assembly Points" bald gelöst werden können, kann man den Optimismus der Bewohner Zimbabwes rechtfertigen.

5. In Bulawayo sprachen wir mit Bischof Shiri und besichtigten das Njube Lutheran Center. Bischof Shiri äußerte wiederholt den Wunsch, die alten Beziehungen mit der Berliner Mission wieder aufleben zu lassen, damit die enge Bindung zwischen seiner Kirche und der schwedischen Mission etwas erweitert werden kann. Ob dies von seiten des Berliner Missionswerkes aus möglich ist, wird der Missionsrat beschließen müssen. Bischof Shiri läge daran, Personal aus Deutschland zu bekommen, vor allem Krankenschwestern, Ärzte und Bautechniker. Um die zerstörten Schulen, Pfarrhäuser, Kirchen und Krankenhäuser

wieder aufzubauen, werden auch größere Summen Geldes gebraucht. Bischof Shiri hat Dr. Gruhn eingeladen, an der Anfang Dezember stattfindenden Synode in Bulawayo teilzunehmen. Die lutherische und die katholische Kirche haben sich durch ihr Verhalten während des Krieges das Vertrauen der Bevölkerung und der politischen Kräfte erhalten und können ungestört mit ihrer Arbeit fortfahren. Die Anglikaner, die sich sehr stark mit der weißen Bevölkerung identifiziert hatten, haben zur Zeit große Schwierigkeiten. Die Regierung hat in einem Rundschreiben an alle Kirchen, das uns Bischof Muzorewa zeigte, versichert, daß das kirchliche und gottesdienstliche Leben unter dem Schutz der Regierung stehen und die Gemeinden getrost den Wiederaufbau vorantreiben sollen.

6. Man hat uns verschiedentlich versichert, daß Zimbabwe nicht in den "Befreiungskampf" in Südafrika aktiv eingreifen wird, da man vollauf mit dem Wiederaufbau des eigenen Landes beschäftigt ist und nicht einen Krieg mit Südafrika riskieren möchte. Trotzdem beobachtet man mit tiefer Besorgnis die Entwicklungen im Nachbarland und hofft, daß sich dort auch durch Verhandlungen eine Lösung finden läßt.

b) Botswana

1. Beim Botswana Christian Council hatten wir Gespräche mit dem General Secretary, Pastor Gape und dem Direktor für Refugee Work, Herrn Bagwasi. Zur Zeit halten sich in Botswana ungefähr 2.000 Flüchtlinge aus Südafrika und Namibia, 300 aus Angola und 240 aus Lesotho auf. Monatlich kommen ca. 40 Flüchtlinge aus Südafrika und 20 aus Namibia neu hinzu. Da sich der ANC nur um Flüchtlinge bemüht, die seiner Organisation beitreten, ergibt sich für Botswana ein Problem mit den Flüchtlingen, die sich nicht zu einer der "Befreiungsorganisationen" halten wollen. Der Botswana Christian Council plant, einen Ausbildungsfonds für diesen Personenkreis einzurichten, aus dem Stipendien für Ausbildung in Botswana gewährt werden können.
2. Im Ministry of Health sprachen wir mit dem Chief Medical Officer, Dr. J.S. Moeti, im Unified Local Government Service mit dem Establishment Secretary Mr. Sekga und in der Association of Medical Mission in Botswana mit Herrn Kalake. Die Arbeit der durch das Berliner Missionswerk entsandten Krankenschwestern wurde gelobt und die Bitte geäußert, noch mehr Krankenschwestern nach Botswana zu entsenden. Die Botswana Regierung ist bereit, das verhältnismäßig hohe Krankenschwesterngehalt der Botswana Regierung auch für unsere Mitarbeiterinnen zu bezahlen, so daß das Missionswerk nur für die Differenz zwischen dem Botswana- und dem deutschen Gehalt aufzukommen hat. Krankenschwestern von Übersee werden hauptsächlich gebracht für Kliniken in abgelegenen ländlichen Gebieten, wohin Schwestern aus Botswana sich nur ungerne versetzen lassen.

In diesen sehr einsamen Gegenden empfiehlt es sich, unsere Schwestern nicht alleine einzusetzen, sondern jeweils zwei zusammen zu entsenden. Der Missionsrat wird gebeten, einer Erweiterung dieser Arbeit in Botswana zuzustimmen. Gedacht ist daran, im Laufe des kommenden Jahres insgesamt vier neue Krankenschwestern nach Botswana zu entsenden.

3. Die Auseinandersetzungen zwischen der Western Diocese der ELCSA und der neu registrierten Evangelical Lutheran Church of Botswana, ELCB, konnte noch nicht beigelegt werden. Gespräche mit Herrn Dr. Bergman und Frau Dr. Goldbach deuteten an, daß die ELCB den Kompromißvorschlag von ELCSA nicht mehr annehmen wird, der vorsieht, daß die ELCB zumindest für eine Übergangsfrist eine 6. Diözese von ELCSA wird. Dean Robinson, der Leiter der ELCB, war an einem Gespräch mit uns nicht interessiert. Es sieht so aus, als würden die Hannoversche Freikirche, die Dänische Lutherische Mission und neuerdings auch die Vereinigte Evangelische Mission in Wuppertal als neue Partner der ELCB auftreten, so daß diese sich nicht mehr um den Fortbestand alter traditioneller Bindungen mit Schweden, Hermannsburg und uns zu mühen braucht. Positiv vermerkten wir allerdings, daß inzwischen ELCSA und ELCB wieder miteinander verhandeln, obwohl der Streit immer noch vor Gericht anhängig ist. Bischof Dr. Buthelezi, der die Delegation der ELCSA nach Botswana leitete, hat gerade am Wochenende hier in Berlin berichtet, daß die ELCB eventuell doch eine Zwischenlösung - 6. Diözese der ELCSA - mit Rücksicht auf ELCSA akzeptieren könnte.
4. In einem Gottesdienst in Kang konnte das neue Haus für unsere Schwester Anneliese Lüling eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben werden. An dem Gottesdienst, in dem auch mehrere Kinder getauft werden konnten, nahmen Christen vieler verschiedener Konfessionen teil. Es ist erstaunlich, wieviele verschiedene Missionen und Kirchen in solch abgelegenen Gegenden arbeiten. Erfreulich ist daher festzustellen, daß die jungen Christen die Verschiedenartigkeit der Konfessionen nicht so ernst nehmen und sich vielmehr gemeinsam als Jünger Christi verstehen. Die von Schwester Anneliese vorgetragene und von verschiedenen Bewohnern des Dorfes unterstützte Bitte, ein Internat für Buschmannkinder zu bauen, wurde ausführlich besprochen. Viele Einzelprobleme blieben offen und das Berliner Missionswerk sollte sich für dieses Projekt nur verwenden, wenn einige kritische Fragen zufriedenstellend beantwortet werden können.

c) Südafrika

1. Die Konsultation zwischen den ELCSA-related Partners (EP) und der Evangelical Lutheran Church in Southern Africa (ELCSA) fand in Rustenburg, dem Amtssitz von Bischof D. Rapoo, statt. Sie verlief in erstaunlich harmonischer Atmosphäre. Hauptpunkte der Verhandlungen waren die

"Conditions of Service", die Finanzen der Kirche und die Frage der Pensionen für ehemalige kirchliche Mitarbeiter der ELCSA. Die "Conditions of Service", die die Arbeits- und Gehaltsbedingungen überseeischer Mitarbeiter in ELCSA regeln sollen, werden abschließend im Church Council verhandelt werden müssen. Grundlage für den Church Council Beschluß sollen die Beschlüsse der Arbeitsgruppe vom vergangenen Jahr bleiben, über die hier im Missionsrat schon berichtet worden ist. Die Finanzlage von ELCSA sieht nicht so pessimistisch aus, wie sie bisher eingeschätzt worden war. Das von ELCSA Anfang dieses Jahres ausgewiesene Defizit von Rand 800.000,-- hat sich nicht als richtig erwiesen. Allerdings war es in der Konsultation nicht möglich, die genaue finanzielle Situation festzustellen. Es deutet sich an, daß Nord-, West- und Zentraldiözese im vergangenen Jahr ohne Defizit abgeschlossen haben und daß das Defizit der Kap-Oranje und Südost-Diözese durch Überschüsse in der Gesamtkirchenkasse und die besondere Zuwendung von seiten der EPs abgedeckt werden konnte. Der Schatzmeister der Kirche wurde beauftragt, vor Ende dieses Jahres genaue Finanzanalysen vorzulegen.

KED-Mittelausschuß hat dem Antrag des Berliner Missionswerkes entsprochen und eine einmalige Zuwendung von Rand 462.000,- zur Finanzierung des Pensionsfonds der ELCSA bewilligt. Damit ist die Altersversorgung der jetzt in den Ruhestand tretenden ELCSA-Mitarbeiter gesichert. Nicht berücksichtigt in diesem Pensionsfonds sind die Mitarbeiter, die vor Gründung der Regionalkirchen schon in den Ruhestand getreten sind und deren Pensionen bisher von den Missionen oder von ihnen eingesetzten Pensionsfonds finanziert worden sind. Diese Pensionen sind verhältnismäßig niedrig und sollen den Bezügen der anderen Pensionäre angeglichen werden. Die Missionen haben sich bereit erklärt, die dazu notwendigen Finanzen aufzubringen. Für das Berliner Missionswerk bedeutet das eine jährliche zusätzliche Belastung von ca. Rand 3.500,-. Dieser Betrag wird in den nächsten Jahren schnell abnehmen, da die Pensionäre zum Großteil über 80 Jahre alt sind.

2. Die Evangelical Lutheran Church Property Management Company wurde aus steuerlichen Gründen in eine "Association not for Gain" umgeformt. Um diese Umbildung rechtlich absichern zu können, mußte die bisherige Trägerzahl von 5 auf 7 erhöht werden. Als neue Vollmitglieder sind die Hannoversche Landeskirche und die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg (Berlin West) eingetragen worden. Gleichzeitig wurde die Zahl der Vertreter pro Mitglied von 4 auf 2 reduziert. Als Vertreter für das Missionswerk sind Pfarrer Reinhardt Schultz und Dean Ramokoka, für die EKIBB Dean Hendricks und Mr. Motloutsi dem Church Council zur Nominierung vorgeschlagen worden. Da die PMC nun rechtlich abgesichert ist und auch die noch offen stehenden Fragen in Bezug auf das "General Agreement Housing" weitestgehend gelöst werden konnten, wird das BMW nun die Beschlüsse herbeiführen müssen, die für die Übertragung des Besitzes der Berliner Missionsgesellschaft an die ELCSA notwendig sind.

3. Bei der Sitzung des Verwaltungsrates in Pretoria wurde vor allem besprochen, wie die einzelnen Aufgaben, die die Geschäftsstelle in Pretoria zur Zeit noch wahrnimmt, weitergeführt werden können, wenn Herr Schroeder zum Ende dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Die Verwaltung des Besitzes in Südafrika soll dann ab 1.1.81 von PMC übernommen werden. Gehalts- Beihilfe und Pensionszahlungen werden schon von Berlin direkt getätigt. Im Laufe des nächsten Jahres wird genau beobachtet werden müssen, welche Probleme sich für unsere Mitarbeiter durch die Schließung der Geschäftsstelle ergeben. Auf der für den September angesetzten Rüste für die Mitarbeiter im südlichen Afrika werden dann Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden müssen.
4. Bei der Sitzung der Landwirtschaftskommission in Bethanien wurden die Berichte der drei Farmen entgegen genommen. Alle drei Farmen haben trotz großer Trockenheit in diesem Jahr, die viele Farmen in den Bankrott getrieben hat, mit guten Ergebnissen abgeschlossen. Nach der Schließung der Geschäftsstelle in Pretoria werden alle drei Farmen direkt dem Berliner Missionswerk unterstellt. Dazu wurden einige grundsätzliche Fragen erörtert und Richtlinien erstellt, die ab 1. Januar in Kraft treten sollen. Wichtigster Punkt dabei ist, daß in Zukunft eine Rücklage für die Farmen geschaffen werden muß, aus der größere Reparaturen und Anschaffungen gezahlt werden können. Zur Zeit werden diese Dinge aus dem laufenden Haushalt finanziert, ohne daß eine Abschreibung für das Inventar vorgenommen wird.
5. Die Bibelgesellschaft hat darum gebeten, Schwester Hedwig Eschen eventuell nach Kapstadt versetzen zu dürfen. Schwester Hedwig ist nun auch verantwortlich für die Koordinierung der Arbeit an der Übersetzung der Bibel in Ndebele. Die Arbeit an der Seswati und Ndebele Bibel sowie das Lesen der Druckfahnen lassen es wünschenswert erscheinen, daß Schwester Hedwig in Kapstadt stationiert wird.
6. Außerdem fanden Gespräche statt mit unserem Rechtsanwalt A. Wilson in Pretoria, Black Sash, South African Institute of Race Relations, South African Council of Churches, Präses Wernecke, Vertretern der Norddiözese, der Kap-Oranje-Diözese und der Zentraldiözese.
7. Während unserer Reise war es uns möglich, bis auf Dr. Deutsch alle aktiven Mitarbeiter zu sprechen. Außerdem trafen wir die Pensionäre im Raum Johannesburg/Pretoria und im Raum Nordtransvaal. Die aktiven Mitarbeiter sind informiert worden über die Verhandlungen über die neuen "Conditions of Service". Sie sind mit den geplanten Neuregelungen einverstanden.

d) Tanzania

1. Die Reise nach Tanzania hatte drei Schwerpunkte: Besuch in der Ost- und Küstensynode, Treffen mit den Mitarbeitern des Berliner Missionswerkes und die Tagung des Lutheran Coordination Service (LCS).
2. Bei dem Besuch in der Ost- und Küstensynode wurden Probleme, die sich aus dem Besuch von Vizepräsident Chuma und Generalsekretär Lucas im Frühjahr dieses Jahres in Europa ergeben haben, besprochen. Mit besonderem Dank wurde vermerkt, daß das BMW ein Schlagzeug für die Evangelisationsarbeit zur Verfügung gestellt hat. Das BMW wird gebeten, die durch die Rückkehr von Fräulein A. von Guttenberg freigewordene Stelle wieder zu besetzen. Gedacht ist daran, als Ersatz einen Manager für das "Luther House" oder einen Building Advisor für die Synode zu entsenden.

Dr. Tscheuschners Bibelübersetzungsprogramm ist immer noch ein ungelöstes Problem für die Synode. Die Synodenleitung ist sich prinzipiell einig, daß diese Übersetzung nicht gewünscht wird, traut sich aber nicht, dies Dr. Tscheuschner klarzumachen. Sie hat deshalb mit der Bible Society verhandelt, die mitgeteilt hat, daß - selbst wenn so eine Übersetzung wünschenswert sei - Dr. Tscheuschner nicht der geeignete Mann ist, diese Übersetzung durchzuführen. Dies soll Dr. Tscheuschner demnächst mitgeteilt werden.

Die Synodenleitung hat das katechetische Programm trotz der im vergangenen Jahr festgestellten Schwierigkeiten positiv beurteilt und würde es gerne weiterführen. Einzelheiten wird die Synodenleitung erarbeiten und dem BMW vorschlagen.

3. Während der Rüste mit den Mitarbeitern des BMW in Tanzania hielt Dr. Tscheuschner die Bibelarbeiten. Viel Raum wurde gegeben für Einzelgespräche mit den Mitarbeitern.

Schwester Verena Zietzke wird Ende nächsten Jahres nach Deutschland zurückkehren und möchte nicht für ein weiteres Term zur Verfügung stehen. Eine feste Bewerbung von Elisabeth Höller, die zur Zeit die Hebammenausbildung in Tübingen macht, liegt bereits vor.

Frau Schimanowski wurde in Deutschland operiert und kehrt heute nach Tanzania zurück. Familie Schimanowski hat sich in Ilembula gut eingelebt und überlegt ernsthaft, ein zweites Term zur Verfügung zu stehen. Allerdings wird man die Entwicklungen im Gesundheitszustand von Frau Schimanowski und in der Schulsituation für Schimanowskis Kinder abwarten müssen, bevor eine endgültige Entscheidung gefällt werden kann. Präsident Vuahula ist sehr zufrieden mit der Arbeit von Herrn Schimanowski und möchte ihn im nächsten Jahr als Lehrer an die Bibelschule in Kidugala berufen. Die Diözese wird rechtzeitig mit einem entsprechenden Antrag an das BMW herantreten.

Familie Dux hat sich inzwischen auch in Iniho eingelebt. Herrn Dux macht die Arbeit in den Gemeinden in zunehmendem Maße Freude. Allerdings wird er aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende seines jetzigen Terms (Dezember 1981) nicht mehr für einen Einsatz in Tanzania zur Verfügung stehen, da sich die Schulprobleme für seinen ältesten Sohn nicht lösen lassen. Die Diözese und er selbst bitten darum, daß das BMW schon rechtzeitig einen Nachfolger für ihn sucht, der spätestens zum 1. Juli 81 in Tanzania eintreffen müßte, um bis zum Weggang von Familie Dux mit der Sprachschule in Morogoro fertig zu sein. Die Wohnungsfrage für Familie Dux hat sich inzwischen geregelt und auch die darüber eingetretenen Verstimmungen zwischen Bischof Swallo, Präsident Vuahula, General Secretary Ngeiyamu und dem BMW haben sich zur Zufriedenheit aller beteiligten Parteien ausräumen lassen.

4. Auf der LCS-Assembly ging es wieder um die drei Hauptfragen: missionarisches Personal, Finanzen der Kirche und Stipendien. Die Assembly genehmigte einige neue Planstellen für missionarisches Personal, so auch die Stelle des Verwalters für das Luther House in Dar-es-Salaam. Das BMW sollte ernsthaft überlegen, ob diese Schlüsselstellung nicht von einem Berliner Missionar besetzt werden sollte.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es in der Versammlung, als die Amerikaner bekanntgaben, daß sie ab 1981 ihren jährlichen Zuschuß zum Haushalt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tanzania um jeweils 5% pro Jahr kürzen wollen. Nach langen Debatten einigte sich die Assembly dann, daß die Missionen ab 1981 für drei Jahre ihre Zuschüsse auf die Beträge von 1981 einfrieren werden und daß danach über die Festsetzung neu verhandelt werden soll. Die Amerikaner werden versuchen, die schon gefaßten Beschlüsse rückgängig zu machen. Hintergrund dieser Auseinandersetzung war ein früherer Beschluß der Kirche, unabhängiger von Finanzen aus dem Ausland zu werden. Trotz dieses Beschlusses hatten sich die Forderungen der Kirche jährlich erhöht und die Abhängigkeit von überseeischen Finanzen war ständig gestiegen. Mit dem neuen Beschluß verpflichtet sich die ELCT, die durch die hohe Inflation bedingte Steigerungsrate im kirchlichen Haushalt selbst aufzufangen, da mit einem Wechselkursgewinn aufgrund der Erfahrungen des vergangenen Jahres nicht gerechnet werden sollte. Auf diese Weise wird sich das Verhältnis von Einnahmen und Zuschüssen zugunsten der Unabhängigkeit der Kirche verlagern.

In der Frage der Stipendien ergab sich das Problem, daß einer steigenden Zahl von Anträgen eine fallende Zahl von zur Verfügung gestellten Stipendien gegenüberstehen. Die Kirche verpflichtete sich, engere Maßstäbe bei der Kandidatenauswahl anzulegen.

5. Durch Gespräche am Rande der Assembly scheint es jetzt möglich zu sein, Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Missionen zu führen mit dem Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen der aus Deutschland entsandten Mitarbeiter in Tanzania zu vereinheitlichen. Als Termin für ein solches erstes Gespräch ist der 28. November ins Auge gefaßt. Diese Vereinheitlichung scheint mir unbedingt notwendig zu sein, da bisher die Bestimmungen der einzelnen Werke stark voneinander abweichen und zu Ungerechtigkeiten und Unruhe unter den in Tanzania arbeitenden Missionaren geführt haben.
6. Die missionarisch-diakonische Helferin Ruthild Karzig, die durch die Südsynode berufen worden ist, hat inzwischen ihren Einsatzort Iringa erreicht. Sie hat an der Rüste in Dar-es-Salaam teilgenommen und es scheint, daß sie sich in der Situation in Tanzania schnell einleben wird. Das Programm der missionarisch-diakonischen Helfer und Helferinnen scheint in zunehmendem Maße Bedeutung zu gewinnen als eine Möglichkeit des "Zweibahnverkehrs". Hier erhält die Kirche in Afrika die Möglichkeit, einen Dienst an diesen jungen Menschen zu tun, die nach ihrer Rückkehr in unserer Kirche einen wichtigen Dienst tun. Die Erfahrungen mit bisher zurückgekehrten missionarisch-diakonischen Helfern und Helferinnen sind äußerst positiv. Ihre Mitarbeit in Gemeinden und Kreisen zeigt, daß die Erfahrung, die sie in Afrika gemacht haben, gut eingebracht werden können.
7. Abschließend muß man feststellen, daß sich die wirtschaftliche Situation im vergangenen Jahr drastisch verschlechtert hat. Die öffentlichen Verkehrsmittel verkehren nur noch unregelmäßig, viele Güter des täglichen Bedarfes sind nur unregelmäßig zu erhalten und die Kriminalität, vor allem die Korruption, ist stark gestiegen. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf das Leben der Kirche aus und es ist zur Zeit noch nicht deutlich zu erkennen, ob die Kirche in ihrer verfaßten Struktur Schaden nehmen oder aus dieser Situation gestärkt vorgehen wird. Wir werden auch in Zukunft für diese Kirche mit personeller und finanzieller Unterstützung und in unserer Fürbitte eintreten müssen.

Herbert Meißner

Zu TOP 8) Südliches Afrika

Missionsrat hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Grundeigentum in Südafrika beschäftigt.
In MR 3/76 vom 22.6.1976 sind u.a. folgende Beschlüsse gefaßt worden:

Das Berliner Missionswerk begrüßt das ELCSA-Ersuchen (CC 4.-6. Mai 1976, § 14.8), wonach alle "Projekte" der ELCSA-Partner, die im südlichen Afrika von diesen noch unmittelbar verantwortet werden, an die südafrikanische Kirche oder eine ihr zugeordnete Organisation zu übergeben sind.

Als Leitlinien, deren Durchführung und gegebenenfalls Modifizierung der Geschäftsstelle Berlin zusammen mit der Geschäftsstelle (GSt) Pretoria übertragen wird, gelten folgende Grundsätze und Hinweise:

1.
2. Der Grundbesitz der Berliner Missionsgesellschaft ist möglichst bis zum 31.12.1977 an die südafrikanische Kirche zu übereignen oder in ihre Verantwortung und Nutznießung zu übergeben.
 - 2.1 Nach Abschluß eines Housing Agreement, in dem die Versorgung unserer Mitarbeiter mit Dienstwohnungen geregelt ist, werden 20 Häuser oder, sofern weniger Häuser vorhanden sind, R 25.000,-/Haus aus dem Häuserreservefond übergeben (vgl. beigefügte Liste).
 - 2.1.1 Häuser in "black area" werden an die Kirche übergeben. Wenn möglich und ratsam durch Übereignung (Grundbrief), wenn und wo nicht, durch Überlassung alle Rechte und Pflichten.

Bereits übereignete oder überlassene Häuser sind in der Gesamtzahl 20 (s.o.) enthalten.
 - 2.1.2 Häuser in "white area" werden an PMC übereignet oder überlassen. Es ist zu ermitteln, ob, solange die betreffenden Häuser von der Kirche benützt werden, auf eine Übereignung verzichtet werden kann, um die Übereignungskosten zu sparen, ob dagegen eine Überlassung und Vollmachtserteilung möglich ist. Es sollte auf jeden Fall eine Lösung angestrebt werden, die BMW-eigene Gremien in Südafrika (VR) überflüssig macht.

- 2.2 Im Einvernehmen mit ELCSA ist zu prüfen, in welcher Weise die sog. Mission Farms (in black area) überlassen bzw. übereignet werden sollen. U.U. ist dies für jede einzelne Farm besonders zu prüfen.

.....

- 2.3 Die bewirtschafteten Farmen in "white area" (Pniel, Bethanien, Adamshoop) sollten
- 2.3.1 nicht an PMC, den einzigen in Frage kommenden Träger, übereignet werden, da dabei zu hohe Kosten entstehen.
- 2.3.1 Die Farmen müssen entweder kapitalisiert und der Verkaufserlös (abzüglich der entstandenen Kosten) dem ELC Capital Trust zugeführt werden;
- 2.3.3 oder die Farmen bleiben bei der BMG.

Unter Bezug auf obige Beschlüsse und die inzwischen eingetretenen Entwicklungen bittet Kollegium den Missionsrat, folgenden Beschluß herbeizuführen:

"MR beschließt, die Mitarbeiterhäuser und Grundstücke in der Republik Südafrika, die Eigentum der Berliner Missionsgesellschaft sind, mit Ausnahme von Pniel (inklusive Haus in Kimberley) und Bethanien an die Evangelical Lutheran Church Property Management Company zu übertragen.

Diese Übertragung soll mittels "General Power of Attorney" vollzogen werden. Der Wortlaut dieser "General Power of Attorney" wird z.Zt. noch verhandelt und Missionsrat und BMG-Vorstand zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bis zur Registrierung dieser "General Power of Attorney" bei den zuständigen Behörden in Südafrika wird ELC/PMC ab 1.1.1981 mit der Verwaltung des oben angeführten Eigentums beauftragt."

II.

N A H O S T

1. Die Arbeit unserer Partnerkirche im Mittleren Osten, der Evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien (ELCJ) (sechs Gemeinden, laut Statistik der Kirche ca. 1450 Gemeindeglieder), findet in einer politisch wie auch wirtschaftlich sehr schwierigen Situation statt, die sich im vergangenen Jahr zudem weiter verschlechtert hat. Die politischen Spannungen in dem israelischen Lager selbst wie auch zwischen der arabischen Bevölkerung und dem israelischen Militär in den besetzten Gebieten haben zugenommen. Die wirtschaftliche Lage, gekennzeichnet durch eine Preissteigerung von ca. 200%, ist für viele, Juden wie Araber, katastrophal. Um so erfreulicher ist es, daß die Gemeinde- und Schularbeit dank der großzügigen Unterstützung von Einzelnen, Gemeinden, Landeskirchen und anderen kirchlichen Stellen in Deutschland wie auch von anderen Partnern in Skandinavien und Amerika weitergeführt werden konnte.

2. Hier in Deutschland wird intensiver versucht, für die Situation im Nahen Osten Verständnis zu erwecken. Ausgelöst durch die Diskussion um die Berichterstattung über die Situation auf der Westbank im letzten Tätigkeitsbericht (1979) ist eine Studententätigkeit im Grundsatzausschuß des BMW entfacht, die in eine mögliche Nahosterklärung der Missionskonferenz einmünden soll. Im April 1980 fand ein Schwerpunktseminar in Berlin-Schwanenwerder statt, das dem Thema "Christliches Zeugnis und christlicher Dienst im Mittleren Osten" gewidmet war. Dieses Seminar wurde durch die Nahostreferenten der Missionswerke in Deutschland vorbereitet, an dem vor allem die Vertrauenspfarrer des Jerusalemvereins und Vertreter des Syrischen Waisenhauses mit Vertretern der Partnerkirchen aus dem Mittleren Osten teilnahmen. In der Zeitschrift "Im Lande der Bibel" bringen wir neben Grundsätzlichem über den Mittleren Osten auch Informationen aus der ELCJ und ihrer Schulen sowie Aktuelles über die Situation dort für die Freunde der Nahostarbeit, wobei die Breite des evangelischen Einsatzes in Israel/Palästina und die ökumenische Dimension nicht außer acht gelassen wird.

3. In der Frage der Schulentwicklung hat trotz Schwierigkeiten das Jahr 1980 Fortschritte gebracht. Die Finanzierung des Bauprojekts Talitha Kumi nach Genehmigung durch den Lutherischen Weltbund/Community Development Service (Genf) erfolgt durch die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (Bonn), aber auch durch Eigenbeteiligung. Das BMW - das für Talitha Kumi unmittelbar verwaltungsmäßig und finanziell verantwortlich ist - hat deshalb mit dem Schulanbau und dem Bau der Sporthalle im Oktober 1980 beginnen können. Die Beendigung des Bauvorhabens bis zum Schuljahr 1983/84 wird die Zusammenlegung der Bethlehemer Schule und

Talitha Kumi in der Mittel- und Oberstufe und dadurch den Aufbau eines koedukativen evangelischen Schulzentrums im Bethlehemer Raum ermöglichen. Die Synode der ELCJ im Mai 1980 hat gebeten, auch die Grundstufe der Bethlehemer Schule nach Talitha Kumi zu verlegen, was allerdings weitere noch nicht gesicherte Finanzierungen erforderlich macht. Ob diese Pläne durchgeführt werden können, hängt von weiteren Verhandlungen mit der ELCJ ab. Unstimmigkeiten, die mit der Bauvergabe zusammenhängen, müssen noch ausgeräumt werden. Unterdessen entwickeln sich die anderen Schulen der ELCJ - die "Schule der Hoffnung" in Ramallah, die Martin-Luther-Schule in der Altstadt Jerusalems und die Evangelische Schule in Beit Sahour - auch weiter. Von den über 1700 Schülern und Schülerinnen an unseren evangelischen Schulen - von denen unter 10% evangelisch, ca. 20% muslimisch und etwa 60% orthodox sind - besuchen über 500 z.Zt. Talitha Kumi. Bei der Aufnahme für das Schuljahr 1980/81 mußten über 200 Kinder leider abgewiesen werden. Wir sind froh, daß Kindern von minderbemittelten Familien der Vorzug bei der Aufnahme gewährt werden kann.

4. Partnerschaft mit der ELCJ ist durch Probleme bei der Bauvergabe zum Thema für das BMW geworden. Prinzipiell ist zu fragen, wie überhaupt eine Partnerschaft zu gestalten ist, bei der es in der Hauptsache darum geht, Gaben aus einer wohlhabenden Kirche in die Verwaltung einer kleinen, finanziell abhängigen Kirche zu übertragen. Sollten Unternehmungen wie etwa Talitha Kumi überhaupt in die Verwaltung einer einheimischen Kirche übertragen werden? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Wenn nein, was sind die Perspektiven? Soll man nicht zunächst selbstkritisch bei sich selber fragen, wo die Probleme liegen? Auf alle Fälle ist die ausgebrochene Kontroverse anlässlich der Bauvergabe zu analysieren und mit der ELCJ und den anderen Partnern zu bedenken, wie eine echte Partnerschaft aussehen sollte.
5. Die Partnerschaft mit den Partnern der ELCJ hat sich bis jetzt bewährt. Der Koordinierungsausschuß der Überseepartner der ELCJ (COCOP) ist ein Forum, in dem die gemeinsamen Probleme besprochen und entsprechende Absprachen getroffen werden können. Nur in der gegenseitigen Korrektur einer vielseitigen internationalen Partnerschaft liegen Chancen, daß die zweiseitigen Spannungen, die ein "Geber-Nehmer-Syndrom" kennzeichnen, abgebaut werden können.
6. Im verflossenen Jahr wurden durch gegenseitige Besuche Kontakte mit der Koptisch-evangelischen Kirche Ägyptens (der sogenannten Nilsynode) hergestellt. Laut Statistik der Kirche betreuen die 300 Gemeinden und 200 Pfarrer dieser Kirche ca. 250 000 Menschen. Im ökumenischen Kontext des Mittleren Ostens spielen die evangelischen Kirchen trotz ihres eindeutigen Minderheitsstatus eine gewichtige Rolle sowohl in der Diakonie wie auch im Bildungswesen der Nationalstaaten dieser Region. Es gilt ihre Zusammenarbeit und Einheit im ökumenischen Zusammenhalt und im ökumenischen Zusammenwirken der Kirchen zu stärken.

Gewisse gemeinsame Probleme (z.B. Ausbildung und Fortbildung von Führungskräften) könnten mit der Unterstützung des BMW gemeinsam angepackt werden.

7. Durch das ganze Jahr 1980 hindurch stand der Nahe Osten in unserem Blickfeld. Die politischen Spaltungen, die militärischen Auseinandersetzungen und die wirtschaftlichen Krisen, die diese Region erschüttern, die auch auf tiefgreifende religiöse und ideologische Unterschiede zurückzuführen sind, wirken destabilisierend besonders auf die christliche Minderheit in diesen Ländern. Mit unserer Nahostarbeit leisten wir an einem neuralgischen Punkt einen Beitrag zur Stärkung der Präsenz, des Zeugnisses und des Dienstes der christlichen Bevölkerung in ihrer schwierigen Lage.

Kriebel

Freistellung infanter
des allg. Haushalts auflösen

Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder des Missionsrates
des Berliner Missionswerkes

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: LEITUNG

Telefon: (030) 85 1021

cable: Weltmission Berlin

28. November 1980

Betr.: Sitzung des Missionsrates am 8. Dezember 1980

Liebe Schwestern und Brüder!

Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden, Herrn Bischof Dr. Kruse,
lade ich Sie zur Sitzung des Missionsrates

am Montag, 8. Dezember 1980, um 15.30 Uhr

Handjerystr. 19, Berlin 41, Sitzungssaal I. Etage,

mit folgender vorläufiger Tagesordnung ein:

- | | | |
|------|--|----------------------|
| 1✓ | Eröffnung | |
| | Begrüßung der Gäste | Dr. Kruse |
| 2✓ | Genehmigung des Protokolls v. 20.10.80 | Dr. Kruse |
| 3✓ | Bericht zur Lage | Albruschat |
| 4. | Bericht über Haushaltsausschuß 1.12.80 | Dr. Seeber/Dreusicke |
| / 5✓ | Sitzungstermine 1981 | Dr. Kruse |
| / 6✓ | Stellvertretung des Direktors 1981 | Dr. Kruse |
| 7✓ | Tätigkeitsbericht 1980 (1. Lesung) | Dr. Kruse |
| 8✓ | SÜDLICHES AFRIKA (Vorlage MR 20.10.80) | Meißner |
| | - Südafrika / Botswana / Zimbabwe - | |
| | a) Aussprache zum Bericht | |
| | b) Beschlüsse | |
| 9✓ | NAHOST | Hoffman |
| 10. | Verschiedenes | |

Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 4 + 9 u. Teil B II: Nahost des
Tätigkeitsberichts 1980 werden nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Gruhn

(Dr. Klaus Gruhn)

Anlagen zu TOP 5.) u. 7.)

MISSIONSRAT 1 9 8 1

Termin - Vorschläge:

19. Januar (Montag)
30. März (Montag)
22. Juni (Montag)
31. August (Montag)
19. Oktober (Montag)
7. Dezember (Montag)

MISSIONSKONFERENZ

vorgesehen: 6./7. Februar 1981

Schulferien in Berlin :

Ostern 4. 4. - 25. 4.
Pfingsten 6. 6. - 9. 6.
Sommer 2. 7. - 15. 8.
Herbst 24.10. - 31.10.
Weihnachten 23.12. - 6. 1.82

Jahresübersicht 1981

	Januar					Februar					März					April					
Mo	5	12	19	26		2	9	16	23		2	9	16	23	30	6	13	20	27		
Di	6	13	20	27		3	10	17	24		3	10	17	24	31	7	14	21	28		
Mi	7	14	21	28		4	11	18	25		4	11	18	25		8	15	22	29		
Do	1	8	15	22	29	5	12	19	26		5	12	19	26		9	16	23	30		
Fr	2	9	16	23	30	6	13	20	27		6	13	20	27		10	17	24			
Sa	3	10	17	24	31	7	14	21	28		7	14	21	28		11	18	25			
So	4	11	18	25		1	8	15	22		1	8	15	22	29	12	19	26			
Wo	1	2	3	4	5	5	6	7	8	9	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
	Mai					Juni					Juli					August					
Mo	4	11	18	25		1	8	15	22	29	6	13	20	27		10	17	24	31		
Di	5	12	19	26		2	9	16	23	30	7	14	21	28		11	18	25			
Mi	6	13	20	27		3	10	17	24		8	15	22	29		12	19	26			
Do	7	14	21	28		4	11	18	25		9	16	23	30		13	20	27			
Fr	1	8	15	22	29	5	12	19	26		10	17	24	31		14	21	28			
Sa	2	9	16	23	30	6	13	20	27		11	18	25			15	22	29			
So	3	10	17	24	31	7	14	21	28		12	19	26			16	23	30			
Wo	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	27	28	29	30	31	31	32	33	34	35	36
	September					Oktober					November					Dezember					
Mo	7	14	21	28		5	12	19	26		2	9	16	23	30	7	14	21	28		
Di	1	8	15	22	29	6	13	20	27		3	10	17	24		1	8	15	22	29	
Mi	2	9	16	23	30	7	14	21	28		4	11	18	25		2	9	16	23	30	
Do	3	10	17	24		1	8	15	22	29	5	12	19	26		3	10	17	24	31	
Fr	4	11	18	25		2	9	16	23	30	6	13	20	27		4	11	18	25		
Sa	5	12	19	26		3	10	17	24	31	7	14	21	28		5	12	19	26		
So	6	13	20	27		4	11	18	25		1	8	15	22	29	6	13	20	27		
Wo	36	37	38	39	40	40	41	42	43	44	44	45	46	47	48	49	49	50	51	52	53
Aschermittwoch 4. März, Karfreitag 17. April, Ostern 19./20. April, Christi Himmelfahrt 28. Mai, Pfingsten 7./8. Juni, Fronleichnam 18. Juni, Erntedankfest 4. Oktober, Buß- und Bettag 18. November, Totensonntag 22. November, 1. Advent 29. November																					

Aschermittwoch 4. März, Karfreitag 17. April, Ostern 19./20. April, Christi Himmelfahrt 28. Mai, Pfingsten 7./8. Juni, Fronleichnam 18. Juni, Erntedankfest 4. Oktober, Buß- und Bettag 18. November, Totensonntag 22. November, 1. Advent 29. November

1. Taiwan - Südkorea: Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Der Friedensauftrag der Kirchen bestimmt ihr Verhältnis zur Umwelt. Paulus im Römer-Brief, Kap. 12,18: "Ist es möglich, soviel an euch ist, so habt mit allen Menschen Frieden". Für unsere Partnerkirchen in Taiwan und Südkorea ist dieser Grundsatz eine ständige Herausforderung und Anfechtung angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Dies zeigte sich besonders bei den Ereignissen des Jahres 1980. Zum Verständnis und Erkennen der Gegebenheiten in Ostasien bleibt für das BMW die partnerschaftliche Aufgabe, Denkstrukturen, Kulturkreis und Wertvorstellungen verstärkt bekannt zu machen.

2. Taiwan

- 2.1 Wie im Jahresbericht 1979 aufgeführt, sind die politischen Gegebenheiten mit dem Ein-Parteien-System konstant. Die Unruhen von Kaohsiung im Dezember 1979 (am Tag der Menschenrechte) boten für die Regierung Anlaß, kleine oppositionelle Gruppen, insbesondere in der taiwanesischen Grundbevölkerung, auszuschalten. Prozesse vor Militärgerichten ergaben ein überaus hartes Strafmaß. Begründung: Versuchter Staatsumsturz.
- 2.2 Unsere Partnerkirche, die Presbyterianische Kirche in Taiwan, wurde in den Kreis der Bedrängten deshalb mit einbezogen, weil durch mehrere Synodenerklärungen zwischen 1971 und 1978 die christliche Verantwortung für das Gesamtwohl des Volkes auf Taiwan zum Ausdruck kam. Die damit verbundene Bitte um Gespräche mit der Regierung wegen der Problematik der Einhaltung der Menschenrechte oder der Beschränkung kirchlicher Arbeit sind der PCT nicht gewährt worden. Vielmehr haben Verhaftungen und Prozesse gegen kirchliche Mitarbeiter, darunter der Generalsekretär, Pfarrer Dr. C.M. Kao, die Lage verschärft.

- 2.3 Die Partner der PCT außerhalb des Landes haben durch verstärkte Besuchstätigkeit die oekumenische Verbundenheit unterstrichen. Sie haben versucht, Gespräche zwischen Kirche und Regierung, auch wegen der ausstehenden Prozesse, zu vermitteln. Hierher gehört die Reise von Propst Uwe Hollm.
- 2.4 Waren diese ersten Bemühungen noch erfolglos, so brachte die Reise von Bischof Dr. M. Kruse in Begleitung des Ostasienreferenten einen Fortschritt. In Anwesenheit früherer Vertreter der PCT konnten mit hochgestellten Persönlichkeiten der Regierung und des Militärs Gespräche geführt werden. Auch die Besuchserlaubnis für den zu sieben Jahren Haftstrafe verurteilten Dr. Kao im Gefängnis ist Ausdruck für eine Wandlung im Regierungsdenken.
- 2.5 Die missionarische Kraft der Kirche bleibt in diesem Umfeld jedoch ungebrochen. Die Kontakte zu den Partnern haben sich vertieft. Eine erste Taiwanesisch-Deutsche Kirchenkonsultation, die im November 1980 in Berlin stattfand, unterstreicht auch das theologische Gespräch. Der biblische Ansatz zum Miteinander von Kirche und Staat spielte dabei eine Rolle.
- 2.6 Ob sich in Zukunft die Partnerschaft auch durch die Entsendung von deutschen Mitarbeitern auszeichnen wird, ist im Gespräch, aber noch nicht entschieden.

3. Südkorea

- 3.1 Die Ereignisse des Jahres 1980 in Südkorea sind durch das BMW weitergegeben und kommentiert worden. Zwei Besuchsreisen des Referenten (einmal zusammen mit Bischof Dr. M. Kruse) haben den allgemeinen Eindruck nur verstärkt, daß die "Zeit des Leidens" - so beschreiben Koreaner ihre geschichtliche Stunde - nicht vorbei ist. Die neuen Machthaber sind zur Zeit in der Lage, mit Einschüchterungen, einseitiger Auslegung von Passagen der neuen Verfassung/die Anpassung auch bis in die Kirchen hinein zu erzwingen.

- 3.2 Der KNCC (Koreanisch Nationaler Kirchenrat) ist seit Februar 1980 ohne gewählten Generalsekretär. Seine Innenbindung und oekumenischen Kontakte stagnieren. Durch ihn bislang verantwortete Programme können durch Regierungsverbote oder andere Einflüsse nicht weitergeführt werden. Einzelne Mitgliedskirchen gaben offen zu erkennen, daß sie das neue System abwartend beobachten wollen.
- 3.3 Die Presbyterianische Kirche in der Republik Korea (PRoK) ist in ihrer Grundhaltung dem Regime gegenüber zur Zeit ein Spiegelbild der Haltung des KNCC. Es gibt Gruppen, die abwartende Positionen beziehen, andere bleiben aus christlicher Überzeugung in kritischer Ausgangsstellung, die bislang die PRoK auszeichnete. Die im Oktober 1980 während des Bischofsbesuches verhängte vorübergehende Schließung der Kirchlichen Hochschule Hankuk ist im November zwar wieder ^{sie} aufgehoben worden, darf aber in den nächsten zwei Jahren keine neuen Studenten aufnehmen. Die Protesthaltung der Studenten ist - nicht nur bei dieser Hochschule - für die Regierung ein unberechenbarer Faktor.
- 3.4 Unser Berliner Mitarbeiter an der Hankuk-Hochschule, Mag. theol. Uwe Wissinger, hat im März eine koreanische Sprachlehrerin geheiratet. ^{hat} Er im Juli seine koreanischen Sprachstudien mit gutem Erfolg beendet. Jetzt kann er sich verstärkt seiner Dozententätigkeit und anderen kirchlichen Aufgaben widmen. Er ist voll in der Partnerkirche akzeptiert.
- 3.5 Das von Prof. Dr. Ahn in Seoul geleitete Koreanisch Theologische Forschungsinstitut beklagt die auf Regierungserlaß erfolgte Einstellung der theologischen Zeitschrift "Dasein". Andere Publikationen und Übersetzungen wie Kommentarreihen aus AT und NT können jedoch weitergeführt werden.
4. Japan
- 4.1 Das missionarische Engagement unserer Partnerkirche (Kyodan) ist weiterhin beachtlich. Unser Mitarbeiter im Kyodan, Pfr. Ingo Feldt,

ist in diesem Jahr verstärkt in einem neuen Projekt im Raum Yokohama um Mitarbeit gebeten worden.

- 4.2 Die einzelnen Kirchenkreise haben die Krise von 1970 (Weltausstellung Ozaka - Christlicher Pavillon) theologisch durchgestanden. Zur Generalsynode des Kyodan im November konnten die gewählten Delegierten erstmals aus allen Kirchenkreisen - bis auf einen - entsandt werden.
- 4.3 Die Aufgaben des Nationalen Christenrates von Japan konzentrieren sich weiterhin auf Bewußtseinsbildung in Sachen Korea und nun auch ~~verstärkt~~ Taiwan. Er fördert Programme, diskriminierte Gruppen stärker in die japanische Gesellschaft zu integrieren. Hier sind besonders die 600.000 Koreaner in Japan zu nennen.
5. Heimat
 - 5.1 Die Geschäftsführung der Deutschen Ostasienmission oblag ebenfalls dem Referenten. Es galt, die nicht in Missionszentren integrierter Landesverbände der DOAM weiter zu betreuen. Zwei Vorstandssitzungen im Jahr, Studientagungen, auch im Bereich der DDR, und Klausurtagungen sind in enger Kooperation mit dem Ostasienreferat des EMS vorzubereiten und durchzuführen.
 - 5.2 An einer Neukonzeption der Aktivitäten auf dem in Tokyo gelegenen DOAM-eigenen aber oekumenisch verwalteten TOMIZAKA-Gelände wird weiter gearbeitet.

Das BMW hat im Berichtszeitraum die missionarische Verantwortung der EKIBB gegenüber den Partnerkirchen im südlichen Afrika und Tanzania im Rahmen der zu diesem Zweck vertraglich vereinbarten Regelungen wahrgenommen. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit anderen Missionswerken und -gesellschaften in Europa und Nordamerika.

I. SÜDAFRIKA

- 1.a) Die Spannungen in der Republik Südafrika haben sich im vergangenen Jahr wesentlich zugespitzt. Die große Zahl gut organisierter Streiks und Boykotte und die Unruhen vor allem an den Schulen der Mischlinge konnten trotz harten Durchgreifens der Regierung kaum unter Kontrolle gebracht werden und führten in zunehmendem Maße zu einer Solidarisierung der "nichtweißen" Bevölkerung über Stammes- und Sprachgrenzen hinweg. Obwohl eine Regierungskommission eingesetzt wurde zur Untersuchung der mit den "Homelands" und deren Konsolidierung verbundenen Fragen wurde die Zwangsumsiedlung weiter durchgeführt. Neue Arbeitsgesetzgebung, verschärfte Anwendung der diskriminierenden Paßgesetze und hohe Inflationsraten haben zu ungewöhnlich hohen Arbeitslosenquoten beigetragen, die vor allem die armen Schichten der schwarzen Bevölkerung treffen.
- b) Die nach dem Zusammenschluß von vier Regionalkirchen 1976 entstandene Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika hat sich im Berichtszeitjahr deutlich erkennbar gefestigt. Anfangsschwierigkeiten im neuen Miteinander konnten überwunden werden. Damit wurden Kräfte frei zu größerem Engagement im sozialen Bereich, der stark von den oben angeführten politischen Entwicklungen abhängt. Besonders betroffen ist unsere Partnerkirche durch die Sorge um die vielen Arbeitslosen, durch die Zerschlagung von Gemeinden durch Zwangsumsiedlungen und durch das Eintreten für aus politischen Gründen Verhaftete und deren Familien. Neben Gottesdienst-, Evangelisations- und Sozialarbeit wird in vielen Gemeinden der Kinder- und Jugendarbeit immer mehr Gewicht gegeben.
- c) Für das Berliner Missionswerk waren im Jahr 1980 fünfzehn Mitarbeiter in der Republik Südafrika tätig:

Pfr. W. Hildebrandt	-	Gemeindepfarrer in Bloemfontein (COD)
A. Herrmann	-	Missionsfarmer Bethanien A
J. Strauß	-	Missionsfarmer Bethanien B
A. Meylahn	-	Missionsfarmer Pniel
W. Ossenbergh-Möhling	-	Leiter des Luth. Scholarship Funds
Pfr. R. Schultz	-	Gemeindepfarrer in Eldorado Park und 2. Schatzmeister der ELCSA CD
M. Madjera	-	Manager der ELC Property Management Company
H. Schroeder	-	Leiter der Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes in Pretoria
J. Hacke	-	bis 31.5.80 Sekretärin in der Geschäftsstelle

H. Stern	- technischer Zeichner und Leiter der Bauabteilung der ND
Pfr. K. Raschkowski	- Pfarrer der Gemeinde Matlala (ND)
E.M. Knappe	- Lehrerin an der Bibelschule Didibeng und Leiterin der Kinderarbeit der ND
R. Stampfli	- Krankenschwester und Leiterin des Gesundheitszentrums Kratzenstein (ND)
P. Stampfli	- Kaufmann, Projekt- und Finanzberater des Bischofs der ND
A. Sutter	- missionarisch-diakonische Helferin in Kratzenstein (ND)
Pfr. G. Kraatz	- Ende 1980 ausgereist als Pfarrer der Mischlingsgemeinde in Mitchell's Plain/Kapstadt (COD)

2. Botswana

- a) Der Tod von Regierungspräsident Sir Seretse Kama hat nur vorübergehend zu kleinen Unruhen geführt. Starkes Steigen der Importkosten, vor allem für Diesel und Benzin, bei gleichzeitigem Sinken der Exporteinnahmen durch Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Botswana hat die Lebenshaltungskosten stark nach oben getrieben. Obwohl nach den Wahlen in Zimbabwe die rhodesischen Flüchtlinge nach Zimbabwe zurückgekehrt sind, stellen die Flüchtlinge vor allem aus Angola, Namibia, Südafrika und Lesotho die Behörden in Botswana vor Aufgaben, die ohne internationale Hilfe kaum zu lösen sind.
- b) Nach dem Abspalten des Kirchenkreises Botswana der Westdiözese von ELCSA in 1978 ist die kirchliche Situation in Botswana immer noch nicht geklärt. Viele Gemeinden haben sich der inzwischen registrierten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Botswana angeschlossen, andere sind ihren früheren Diözesen der ELCSA verbunden geblieben. Trotz unerquicklicher Prozesse vor Gericht und Vermittlungsversuchen von Missionen und Lutherischem Weltbund konnte der Streit zwischen ELCSA und ELCB bisher nicht beigelegt werden. Das hat sich in zunehmendem Maße äußerst negativ auf das Leben der lutherischen Gemeinden in Botswana ausgewirkt. Wir hoffen auf eine baldige, für beide Seiten akzeptable Lösung, damit die kirchliche Arbeit neu belebt werden kann.
- c) 1980 waren für das BMW in Botswana zwei Mitarbeiterinnen tätig:

Schwester A. Lüling	- Missionarin unter den Buschleuten in Kang
Schwester Chr. Hoyer	- Krankenschwester in Werda

3. Swaziland

- a) Die politische und wirtschaftliche Lage im Swaziland blieb im Berichtszeitraum verhältnismäßig stabil. Das Erstarken des African National Congress (ANC) in Südafrika führte Berichten zufolge zu Übergriffen der Südafrikaner auf das ANC-Büro im Swaziland, bei dem es auch Tote gegeben

haben soll. Aus Südafrika und Mozambique treffen in zunehmendem Maße Flüchtlinge im Swaziland ein, die die Regierung des alternden Königs Skobusa II vor schwierige Probleme stellen. Allenthalben ist Unsicherheit und Bangen im Blick auf die Zeit nach dem Tode des Königs zu spüren.

- b) Die Arbeit der lutherischen Kirche wird im Swaziland von der Südostdiözese der ELCSA verantwortet. Höhepunkt kirchlicher Aktivitäten war in diesem Jahr das 50jährige Jubiläum der alten Berliner Missionsstation Mbabane. Die Bibelübersetzung in die Sprache der Swazis durch eine Arbeitsgruppe der Bibelgesellschaft unter Leitung einer unserer Mitarbeiterinnen machte gute Fortschritte. Zur Zeit werden die Druckfahnen korrigiert. Einige Bibelteile sind bereits veröffentlicht.

- c) Im Berichtszeitraum waren im Swaziland drei Mitarbeiter des BMW tätig:

Pfr. R. Schiele	- Missionar und geschäftsführender Dekan
Pfr. Dr. W.-O. Deutsch	- Theologischer Dozent an der Universität Swaziland
Schwester H. Eschen	- Missionarin und Leiterin der Bibelübersetzungsarbeit

4. Zimbabwe

- a) Die Wahlen im März 1980 beendeten den langen Befreiungskampf um Rhodesien. Mit überwältigender Mehrheit wurde Robert Mugabe zum Ministerpräsidenten gewählt. Große Probleme bereiten der neuen Regierung die Wiedereingliederung der Soldaten der Befreiungsarmeen und der zurückgekehrten Flüchtlinge. Als Hauptaufgaben sehen die Bewohner Zimbabwes die Versöhnung zwischen den bisher verfeindeten Parteien und den Kampf gegen Hunger, Krankheit und Unwissenheit.
- b) Die Berliner Mission hatte schon 1892 mit der Verkündigung des Evangeliums im damaligen Mashonaland begonnen. Diese Arbeit wurde später von der Church of Sweden Mission fortgeführt. Mit der heutigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Zimbabwe (ELCZ) hat das BMW in den vergangenen Jahren losen Kontakt gehalten, der im Berichtszeitraum durch Besuche in Zimbabwe vertieft wurde. Beim Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Zimbabwes ist die ELCZ wesentlich beteiligt und ist dabei in zunehmendem Maße auf ihre traditionellen Partner angewiesen.
- c) Das BMW hat in Zimbabwe keine Mitarbeiter, ist aber von der ELCZ um Mitarbeit gebeten worden.

II. TANZANIA

1. Die Beteiligung des BMW an der Wahrnehmung des kirchlichen Auftrages der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tanzania (ELCT) ist durch die Mitgliedschaft in dem 1973 gegründeten Lutheran Coordination Service geregelt. In dieser Organisation sind die mit der ELCT verbundenen Missionen

aus Europa und Nordamerika zur Koordinierung ihrer Hilfeleistungen auf dem Gebiet der Finanzen, des Personals und der Stipendienvergabe miteinander verbunden.

2. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gegen Uganda konnten im vergangenen Jahr nicht beseitigt werden. Schnell steigende Importkosten für Erdöl und Industriegüter bei sinkenden Einnahmen aus Exporten und Ernteverluste durch Überschwemmungen mit anschließender Dürre haben das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt. Hohe Inflationsraten bei nur geringfügig steigenden Löhnen haben den Lebensstandard im Berichtszeitraum rapide absinken lassen, eine Tatsache, die auch für wachsende politische Spannungen verantwortlich ist.
3. Die Arbeit der ELCT nimmt bei einem durchschnittlichen Wachstum der Mitgliederzahlen von 10 % im Jahr stetig zu. Auf der Anfang Oktober 1980 abgehaltenen LCS-Konsultation wurde beschlossen, daß die LCS-Mitglieder ihre Beiträge zu dem Haushalt der ELCT in den nächsten drei Jahren nicht erhöhen werden. Mehrbelastungen durch Zunahme der Arbeit und durch die hohe Inflationsrate will die ELCT durch höheres Eigenaufkommen decken. Dies ist ein wichtiger Schritt zur finanziellen Unabhängigkeit der Kirche, die auch in gestraffter Personal- und Projektpolitik zum Ausdruck kommt.
4. Das BMW hatte nach Rückkehr von Frau A. von Guttenberg im März 1980 im Berichtszeitraum vier Mitarbeiter in der ELCT:

Pfr. F. Schimanowski	- Bezirksmissionar in Ilembula
Pfr. H. Dux	- Bezirksmissionar in Iniho
Schwester V. Zietzke	- Krankenschwester in Itete
R. Karzig	- missionarisch-diakonische Helferin in Iringa

Das BMW unterstützte im Berichtszeitraum den kirchlichen Haushalt mit Blockzuwendungen, förderte Projekte und stärkte die Beziehungen zwischen EKIBB und ELCT durch Planung und Vermittlung von ELCT-Besuchern. Dabei wurde besonders Wert gelegt auf gute Zusammenarbeit mit dem Ökumenisch-Missionarischen Zentrum in der Georgenkirchstraße.

IV.

Äthiopien / Flüchtlingshilfe Somalia

Das Jahr 1980 hat im Äthiopienreferat einen gewissen Durchbruch in eine neue Größenordnung gebracht. Der Referent ist zweimal in Somalia gewesen, ein Mitarbeitererehepaar (Wilson) war zehn Monate intensiv in der Flüchtlingsarbeit (davon mehrere Wochen in Somalia) tätig. Im einzelnen sind die folgenden Punkte hervorzuheben.

1. Die der EKIBB durch Kooperationsvertrag verbundene Mekane Yesus Kirche wird weiterhin nicht nur durch Zuschüsse zum Haushaltsplan unterstützt, sondern auch durch Betreuung von im Ausland studierenden Theologen und Flüchtlingen.
- 2.1 Die detaillierten Informationen über die Ursachen der katastrophalen Flüchtlingsströme sind in mehreren Publikationen an die Öffentlichkeit gebracht worden. Als eine Hilfe für die Sachdiskussion veröffentlichte der Referent das Buch "Schreie im Oromoland", eine Zusammenfassung vieler Gespräche mit Flüchtlingen (Radius-Verlag).
- 2.2 Wegen des Zögerns anderer kirchlicher Organisationen mußte das BMW mit seinem Soforthilfeprogramm "Patenschaften für Flüchtlinge" im Juni 1980 beginnen. Der Referent war ständig im Kontakt mit Mitarbeitern der AGKED-Stäbe, ist bisher aber mit seiner Sicht der Dinge nicht durchgedrungen. Der Streitpunkt ist die Frage, ob es zu verantworten ist, Maßnahmen der äthiopischen Zentralregierung mit kirchlichen Geldern (Gaben) zu unterstützen, wenn der Verdacht besteht oder gar die Gewißheit, daß diese Projekte zum Schaden der Bevölkerung dienen, z.B. Zwangsumsiedlungen, die den Flüchtlingsstrom nach Somalia und in den Sudan vermehren.
- 2.3 Das BMW hat sich entschieden, keine Projekte der totalitären, die Menschenrechte ignorierenden Militärregierung zu unterstützen, sondern den Flüchtlingen (ca. 2 Mio.) zu helfen, die wegen der Gewaltherrschaft der Amharen ihre Heimat verlassen haben.
- 2.4 Der Aufruf zur Flüchtlingshilfe Somalia hat im Zeitraum Juni - Oktober 1980 ca. 300.000,-- DM erbracht.
- 3.1 Der Partner des BMW ist seit mehreren Jahren eine Selbsthilfeorganisation der Flüchtlinge (ORA - Oromo Relief Association), die humanitäre Hilfe an Flüchtlingen und Angehörigen der vielen in Äthiopien Gefangenen durchgeföhrt.
- 3.2 Neben Kleidung und Nahrung, nach Möglichkeit auch Arbeitsbeschaffung und Hilfe für Neuansiedlung wird vor allen Dingen das große Alphabetisierungsprogramm der ORA vom BMW unterstützt.
- 3.3 Die Aufforderung, die eigene Kultur und Sprache zu verleugnen und unter Zwang die fremde amharische Sprache und Kultur zu lernen, ist einer der wesentlichen Fluchtgründe. Darum ist dieses gründlich vorbereitete, erstmalig in lateinischer Schrift hergestellte Material in der Oromosprache ein ganz wichtiger Beitrag in der Flüchtlingsarbeit. Den vielen hunderttausend Jugendlichen und Erwachsenen (für beide ist gesondertes Material hergestellt) bringt dieses Programm neue Hoffnung auf Wiederherstellung der kulturellen Identität.

- 3.4 Das BMW möchte in naher Zukunft eins der Evangelien in der Oromosprache in dieser neuen Schrift drucken.
- 4.1 Das Programm "Soforthilfe für Flüchtlinge in Somalia" wird sicher noch über einige Jahre hin weitergeführt werden müssen. Es erreicht auch Flüchtlinge im Sudan und in Djibouti.
- 4.2 Die Synode der EKiBB (November 1980) hat Bischof und Kirchenleitung gebeten, bald den Streitpunkt (2.2) zu klären, möglichst auf dem Wege eines Hearings mit Sachkennern und Flüchtlingen.

V. GEMEINDEDIENST

Die Arbeit im Gemeindedienst-Referat wurde im Jahre 1980 durch Krankheit und Weggang des Referenten Pfarrer Rainer Bookhagen zwar beeinträchtigt, konnte aber dennoch kontinuierlich fortgeführt werden.

Ab September 1980 wurde mit der kommissarischen Leitung der Referentenstelle Pfarrer Manfred Golda betraut.

1. Bindegliedfunktion zwischen Berliner Missionswerk und Gemeinden

1.1 Vermittlung von Referenten

Die Anzahl der Einsätze von Referenten in Gemeinden konnte die des Vorjahres übertreffen, obwohl 1980 keine Übersee-Mitarbeiter zur Berichterstattung zur Verfügung standen. Ein Schwerpunkt der Einsätze lag in der Informationstätigkeit über die Vorgänge am 'Horn von Afrika' und die Einflüsse auf unsere Partnerkirchen durch politische Entwicklungen in Ostasien und im Südlichen Afrika.

1.2 Besucherbetreuung

Erfreulich, wenn auch sehr arbeitsintensiv, war die Zunahme von Besuchern aus Übersee, die in vielen Gemeinden die Lage ihrer Heimatkirchen lebendig und direkt vermitteln konnten. So ist u. a. der Besuch eines fünfzehnköpfigen Bläserchores aus Transvaal im Mai dieses Jahres hervorzuheben. Aus Anlaß dieses Besuches wurden viele Gemeindeveranstaltungen durchgeführt und zahlreiche persönliche Kontakte konnten geknüpft werden.

1.3 Gemeinsame Veranstaltungen mit Gemeinden und Kirchenkreisen

Darüber hinaus wurden gemeinsame Veranstaltungen mit Gemeinden und mit den Kirchenkreisen Zehlendorf, Reinickendorf, Tiergarten und Charlottenburg durchgeführt. Hierbei wurde die Mitarbeit des Berliner Missionswerkes an Projekten von Gemeinden oder Kirchenkreisen als hilfreich empfunden, wobei das Verständnis des Gemeindedienstes als Dienst für die Gemeinden zum Tragen kam.

2. Begleitung der Partnerschaftsarbeit

Durch fortgeführte Begleitung der Partnerschaftskreise und Durchführung zweier Partnerschaftskonvente wurde ein Austausch von unterschiedlichen Erfahrungen zwischen den verschiedenen Partnerschaftskreisen ermöglicht.

Zwei Impulse unserer südafrikanischen Partnerkirche waren von besonderem Gewicht: das Partnerschaftspapier Dean Molefes und der Besuch Bischof Serotes. Die darin gegebenen Anregungen fanden in den Kirchenkreisen unterschiedliche Aufnahme.

3. Pflege der bestehenden und Ansprache neuer Zielgruppen

3.1 Großveranstaltungen

Zwei Großveranstaltungen führte das Berliner Missionswerk im Berichtsjahr traditionell durch.

Während der 'Basar' in der Matthäus-Gemeinde, Steglitz, annähernd das erfreuliche Ergebnis des Vorjahres erreichen konnte, hatte der 'Tag der Weltmission' im Johannesstift nicht den Zuspruch der vergangenen Jahre.

Neben diesen Veranstaltungen beteiligte sich das Berliner Missionswerk an zwei weiteren Großereignissen, der 'Berliner Sommerkirche' und dem 'Kreismissionsfest in Zehlendorf'.

Die Mitarbeit bei Gemeinde- und Kirchenkreisveranstaltungen erschließt vor allem neue Personengruppen für die Missionsarbeit, während die traditionellen Veranstaltungen des Berliner Missionswerkes die wichtige Verbindung zu den bestehenden Freundeskreisen der Mission aufrechterhalten und vertiefen.

3.2 Beilagen zum Spendendank

Die Verbindung zu den Spenderkreisen wird durch regelmäßige Erstellung und Zusendung eines Dankbriefes aufrechterhalten. Dieser Brief erhält nicht nur den Dank für die gegebene Spende, sondern ist gleichzeitig aktuelle Information über die Arbeit in Übersee.

4. Mission als Thema kirchlicher Arbeit

4.1 Vermittlung und Durchführung von Missionsgottesdiensten

Ein gerne in Anspruch genommener Dienst war die Vermittlung von Gottesdiensten, die von Gästen oder Referenten des Hauses in den Gemeinden gehalten wurden. Hilfreich und der Verlebendigung des gottesdienstlichen Lebens dienend war hierbei die ökumenische Vielfalt in der Auslegung des einen Evangeliums.

4.2 Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Institutionen

Die bereits bestehenden Kontakte zur Stadtmission und zum Haus der Kirche konnten durch Zusammenarbeit bei mehreren Veranstaltungen intensiviert werden.

Weiterhin unverzichtbar ist die Kooperation mit der Kreismissionspfarrer-Konferenz in praktisch-organisatorischer Hinsicht einerseits sowie im Austausch über anstehende missions-theologische Fragen andererseits.

Die Zusammenarbeit mit den anderen im Evangelischen Missionswerk zusammengeschlossenen Werken verdeutlichte sich besonders in der Vorbereitung des Kirchentages 1981, in der Nacharbeit zur Weltmissionskonferenz von Melbourne sowie der Mitarbeit am Material für den Rogate-Sonntag 1981.

5. Allgemeine Informationsarbeit

5.1 Info-Nachmittage

Stets gut besuchte Veranstaltungen im Haus der Mission waren die 'Info-Nachmittage', die in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gebietsreferaten durchgeführt wurden. Diese Nachmittage sind ein an die breite Öffentlichkeit gerichtetes Angebot, sich über die Arbeit mit unseren Partnerkirchen zu informieren.

5.2 Gemeindeblatt-Information

Erfreulich gut aufgenommen wurde von den Gemeindeblatt-Redaktionen das Angebot einer Gemeindeblatt-Information, das vom Gemeindedienst in Zusammenarbeit mit dem Presse-Referat etwa zweimonatlich erstellt wird. Hierdurch wird ein Kontakt zu Gemeindegliedern hergestellt, die nicht zu Missionsveranstaltungen ihrer Ortsgemeinde oder zum Haus der Mission kommen.

6. Perspektiven

Wichtig erscheint der Ausbau und die Pflege der traditionellen Veranstaltungen, um die 'Missionsgemeinde' in den Gemeinden zu informieren und zu stärken. Daneben ergibt sich als Aufgabe das Erschließen neuer Gruppen durch Kreismissionsfeste und ähnliche noch zu findende Veranstaltungen, um interessierte Laien, die am Rand der Gemeinden stehen, an der lebendigen Gemeindegemeinschaft zu beteiligen.

Ein anderer Gesichtspunkt ergibt sich aus der Perspektive der Weltmissionskonferenz in Melbourne, die eine Fülle von Fragen und Anregungen an die Gemeinden bringt. Hierzu wird die Entwicklung neuer Arbeitsformen notwendig sein: einerseits Programme mit dem Haus der Kirche, der Stadtmission, dem Diakonischen Werk und dem Ökumenisch-Missionarischen-Institut, andererseits Aufbau von 'Werkstatt-Programmen', die besonders auf die Arbeit des Religionsunterrichtes und Gemeindegruppen ausgerichtet sein werden.

1. Das Pressereferat hat sich wie in den vergangenen Jahren intensiv bemüht, die einlaufenden Berichte unserer Partnerkirchen in allgemeine Berichterstattung umzusetzen. Kontakte zu Pressevertretern, Rundfunk- und Fernsehanstalten konnten verstärkt werden. Hierher gehören auch die regelmäßigen Pressemitteilungen an epd, Berliner Tageszeitungen und Rundfunk- und Fernsehanstalten.
2. Das Pressereferat konnte in diesem Jahr zwei Schwerpunktreisen unternehmen, die die Kenntnisse des Referates vor Ort erweitert haben. Zum einen ist hinzuweisen auf die Begleitung des ausgeschiedenen Direktors Pfarrer Uwe Holzm im Februar nach Äthiopien und Südafrika, zum anderen auf die Teilnahme^{des Referenten} an der Weltmissionskonferenz in Melbourne als einzigem Berliner Vertreter, und zwar in der Funktion als Pressebeobachter. Beide Reisen haben schwerpunktmäßig zu intensiver Weitergabe von Informationen geführt.
3. Wie im Vorjahr so hat das Pressereferat auch bei der Programmgestaltung und Betreuung zweier überseeischer christlicher Journalistengruppen mitgewirkt, die jeweils von dem Referat Publizistik der Organisation DIENSTE IN ÜBERSEE nach Deutschland eingeladen worden waren. Im Juli weilte eine 15-köpfige brasilianische Informationsgruppe in Berlin, im Oktober waren es 11 indonesische Journalisten.
4. Die kontinuierliche Arbeit an den Publikationen "mission", "Im Lande der Bibel", "Weltmission aktuell" und den Sonderseiten im Berliner Sonntagsblatt unter dem Motto "Wissen, was Mission ist", trägt auch zur Bewußtseinsbildung in Sachen Weltmission bei.
5. Die Zusammenlegung des Pressereferates mit dem Referat Öffentlichkeit ist mehrfach im Berichtszeitraum diskutiert worden. Einzelne Schritte sind diesbezüglich eingeleitet. Die Notwendigkeit der Zusammenlegung ist bereits im Jahresbericht 1979 begründet worden.

Von der strukturellen Gliederung unseres Missionswerkes her und in Übereinstimmung mit anderen publizistischen Werken der EKD ist die Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) ^{von} der Presse getrennt. ^{bislang noch}

Unsere Aufgabenstellung hat die Schwerpunkte: Werbung und Medienarbeit.

- 1 Die Werbung nimmt einen breiten Raum ein. Zu ihrem Bereich gehören:
 - 1.1 Die Hausdruckerei mit eigener Produktionsentwicklung (Erstellung von Druckvorlagen vom Entwurf über Layout und Reinzeichnung zur Druckplattenherstellung, maschinellm Druck und Bindung.
Gedruckt werden kann nur bis Format DIN A 4 unter Begrenzung der Auflagen je nach Umfang.
 - 1.2 Die Vorbereitung von Produktionen aufwendigerer Art, größerer Auflagenhöhe, ohne Formatbeschränkung und mehrfarbigem Lithodruck, die außer Haus gegeben werden.
Produziert wurden eine Reihe von Arbeitshilfen für Bildungsmaßnahmen für Schule und Gemeinden, Informationsmaterial, Posterserien mit Beiheften, Werbeblätter- und -broschüren. Besonders beachtenswert ist die Aktion "Flüchtlingselend am Horn von Afrika" und die Materialherstellung zu Alphabetisierungsmaßnahmen in den Flüchtlingslagern in Somalia (es werden ungefähr 18 Tonnen an gedruckten Schulbüchern, Lehrerheften, Heften für die Erwachsenenbildung und Wörterbüchern nach Somalia ^{versandt}). ^{und in den Sudan}
 - 1.3 Außerdem werden Produktionen mit anderen Missionswerken gemeinsam erarbeitet und vertrieben.
 - 1.4 Die Öffentlichkeitsarbeit bereitet Ausstellungen vor und baut sie auf (jährlicher Stand auf dem Weihnachtsmarkt unter dem Funkturm, Wanderausstellungen im Koffer für verschiedene Gemeinden, Werke, Einrichtungen und Schulen, Kirchentage, Basare, Tage der Weltmission, Straßenfeste usw.).
2. Medienarbeit
 - 2.1 Das Angebot an Medien für Unterricht und Veranstaltungen in den Gemeinden, Bildungseinrichtungen und entwicklungspolitischen Gruppen in Berlin und Westdeutschland wurde Anfang des Jahres im neuerschienenen Medienkatalog veröffentlicht. (Medienbestand: 36 16 mm Filme, 72 Dia- und Ton-Dia-Serien und 5 Ausstellungen im Koffer. 9 Filme und 12 Dia-Serien wurden neu eingestellt). Die Verleihhäufigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte. Bis Ende November wurden verliehen: 145 Filme, 156 Dia-Serien, 13 Ausstellungen im Koffer, 54 Film- und Dia-Projektoren. Die Verleihdauer beträgt durchschnittlich 14 Tage.
 - 2.2 Neben der Verleihtätigkeit, dem Versand der Medien nach Westdeutschland, der Wartung der technischen Geräte und der AV-Medien, der Beobachtung des Medienmarktes und der Mitarbeit an AV-Produktionen ist die Beratung der Entleiher ein zentrales Anliegen der Medienstelle. Ein didaktisch angemessener Einsatz der Medien in den gemeindlichen und schulischen Veranstaltungen wie in den Bildungseinrichtungen ist notwendig, wenn Aufklärung über missionarisches Anliegen und die Dritte-Welt-Problematik gelingen soll, um Vorurteile abzubauen.
 - 2.3 Ein neuer Aspekt innerhalb der Medienarbeit eröffnete sich in diesem Jahr dadurch, daß Fernsehproduktionen einzelner Fernsehanstalten in Form von 16 mm Filmen zur Verwertung im inner-

kirchlichen Bereich übernommen werden können. Verhandlungen mit Fernsehanstalten wurden geführt und erste Filmproduktionen angekauft.

- 2.4 Die Medienstelle arbeitet mit den Bildstellen westdeutscher, schweizerischer, holländischer, dänischer Missionswerke und der Bildstelle des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums zusammen, die zur Bildstellenleiterkonferenz der Weltmission gehören. Die Synchronisation ausländischer Filme und Filmproduktionen erfolgt in Zusammenarbeit mit der Matthias-Film GmbH., Stuttgart.)
3. Die Öffentlichkeitsarbeit hat gute Verbindung^{en} zu anderen Missionswerken sowie zu dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik in Frankfurt/Main und dem Ökumenisch-Missionarischen Zentrum in Berlin (Ost).

VIII. Verwaltung:

1. Allgemein.

Die Verwaltung hat die Aufgabe, sich um die Grundstücke in Berlin in der Handjerystr. 19/20 und in der Augustastr. 24, 24a und 25 zu kümmern, alle Personalfragen zu bearbeiten, die Finanzen des Berliner Missionswerkes zu beantragen und abzuwickeln. Darüber hinaus versteht sie sich als Dienstleistungsstelle für die Partnerkirchen in Übersee, für die Gebietsreferate und die Heimatreferate. Nur eine Verwaltung, die jede Spende dem Bestimmungszweck überweist, die sorgfältig Buchungen vornimmt, die die nötigen Finanzanträge zur Zeit stellt, trägt zur Gewährleistung der Gesamtarbeit bei. Die Aufgaben für den Übersee- und Heimatbereich haben im Jahre 1980 zugenommen.

2. Heimatarbeit.

2.1 Finanzen.

Das größte Problem war und wird auch in Zukunft die finanzielle Absicherung des Berliner Missionswerkes sein. Für 1980 sind rund 10,0 Mill. DM Einnahmen und 10,1 Mill. DM Ausgaben geplant worden. Davon betrug der Zuschuß der Berliner Kirche nur 4,1 Mill. DM, also 41%. Obwohl wir verglichen mit westdeutschen Missionswerken im Spendenaufkommen mit 1,675 Mill. DM in der Planung für 1980 gut liegen, vermag beides zusammen den Bedarf des Berliner Missionswerkes nicht zu decken. Selbst wenn man ein gleichmäßiges Spendenaufkommen oder ein Spendenaufkommen mit leichten Steigerungsraten zugrunde legt, werden nur rund 57% des laufenden Haushaltes durch den Zuschuß der Berliner Kirche und aus Spenden gedeckt. Der restliche notwendige Bedarf muß aus anderen Geldeinnahmen - Eigeneinnahmen, Zuschüssen westdeutscher Landeskirchen - erbracht werden. Dabei ist eine Schwachstelle, daß uns unterstützende westdeutsche Landeskirchen keine Trägerkirchen des Berliner Missionswerkes sind, folglich uns "ohne jede Rechtsverpflichtung" unterstützen.

2.2 Nicht berücksichtigt sind bei diesen Anmerkungen zum Haushalt Einnahmen, die von großen Geberorganisationen kommen. Das 1979 angefangene Projekt der Zusammenlegung 'Schule Bethlehem/Talitha Kumi' mit einem geplanten Bauvolumen von 3,4 Mill. DM, ist im Jahre 1980 weiter bearbeitet worden. Wir erwarten eine Kostensteigerung um 900.000 DM, so daß die Schule 4,3 Mill. DM kosten wird.

Sonderfinanzierungen wurden im Bereich Somalia für Flüchtlingshilfe und im südlichen Afrika für den Pensionsfonds der ELCSA erreicht. Darüber hinaus konnten auch im Jahre 1980 einzelne Projekte, die so nicht im Haushalt geplant waren, finanziert und abgewickelt werden.

3. Missionsgesellschaften und Grundstücke.

3.1 Die Integration der Missionsgesellschaften - Berliner Missionsgesellschaft, Jerusalemverein und Deutsche Ostasienmission - scheint abgeschlossen zu sein. Die sich im Rahmen dieser Integration ergeben-

de personelle Ausweitung ist ebenfalls abgeschlossen. Weitere Personalstellen einzurichten scheint nur in Ausnahmefällen nötig und möglich zu sein.

Im Jahre 1980 haben zwischen der Morgenländischen Frauenmission und dem Berliner Missionswerk Gespräche über einen Kooperationsvertrag begonnen. Es ergab sich aber schon im Jahre 1980 in einzelnen praktischen Fragen eine Kooperation.

3.2 Die 1977 entschiedene Grundsatzfrage des Einsatzes von personal-kostensparenden technischen Mitteln - eine kleine Datenverarbeitungs-maschine wurde damals gekauft - hat sich im Prinzip bewährt. Für die Zukunft bleibt jedoch zu überlegen, ob nicht - ähnlich wie bei anderen Missionswerken - eine weitere Modernisierung vorgenommen werden soll. Besonders unbefriedigend ist immer noch die Frage der Bedienung. Im Gegensatz zu anderen großen Spenderorganisationen, die bereits Schreibautomaten einsetzen, ist bei uns der Dank entweder nur individuell, d.h. personalintensiv oder maschinell durch ein schlechtes Schriftbild möglich.

3.3 Die Grundstücke des Berliner Missionswerkes bzw. der Berliner Missionsgesellschaft Handjerystr. 19/20, Augustastr. 24, 24a und 25, bedürfen der intensiven Betreuung durch die Verwaltung.

3.3.1 Handjerystr. 19/20: Im Jahre 1980 wurde die Hausmeisterwohnung ausgebaut, so daß eine ständige Präsenz in der Handjerystr. 19/20 gewährleistet ist. In diesem Jahr kamen einige Gruppen in die Handjerystr. 19/20, und es bleibt die Frage, inwieweit man durch eine ökumenische Werkstatt, wie sie das ELM oder die VEM haben, auch Gruppen informieren und mit ihnen arbeiten kann. Im Augenblick sind die räumlichen Voraussetzungen dazu nicht vorhanden. Es muß aber geprüft und erarbeitet werden, inwieweit es durch Drittfinanzierung möglich sein kann, geeignete Räume hinzuzugewinnen.

3.3.2 Augustastr. 24: Die Villa in der Augustastr. 24 ist dringend restaurierungs- und renovierungsbedürftig. Die Fassade entspricht nicht mehr den Mindestanforderungen, und im Hause selbst sind einige erhebliche bauliche Mängel vorhanden. Es müssen schon jetzt Rückstellungen für den Fall, daß größere Reparaturleistungen notwendig werden, gemacht werden. Darüber hinaus sollte ebenfalls versucht werden, durch eine Drittfinanzierung eine Fassadenerneuerung und eine Modernisierung der Villa selbst zu erreichen.

3.3.3 Die Form und Gestaltung der Buchhandlung ist im Jahre 1980 weiterentwickelt worden. Neben dem traditionellen Buchhandel hat der 'Dritte-Welt-Handel' einen festen Platz bekommen. Durch diesen 'Dritte-Welt-Handel' werden auch Arbeitsplätze in der Dritten Welt garantiert. So finden z.B. in Hebron/Westbank drei Familien dadurch regelmäßige Arbeit, daß wir ihnen Keramik abkaufen. Die Frage der Rentabilität des Ladens bleibt aber weiterhin zu prüfen. Es scheint so, als wenn im Jahre 1980 ein Verlust nur in einem geringen Umfange oder gar nicht entstanden ist.

4. Übersee.

4.1 Die rechtlichen Schwierigkeiten wegen der 'conditions of service', die fünf Jahre lang mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche im südlichen Afrika verhandelt worden sind, wurden im September 1980 während einer Konsultation im Rustenburg/Republik Südafrika erörtert und

sind bislang noch nicht zu einem Abschluß gebracht worden.

4.2 Nach wie vor stellt ein Schwerpunkt der verwaltungsmäßigen Arbeit dar, die Haushalte der einzelnen Kirchen begleitend zu beraten. Finanzielle Probleme sind überall vorhanden. Auch wenn in der Konsultation im September 1980 die südafrikanische Lutherische Kirche Zahlen vorlegte, wonach eine aktuelle finanzielle Gefährdung nicht mehr gegeben sein soll, so müssen diese Zahlen doch noch einmal auf der Grundlage des in den vergangenen Jahren erarbeiteten Evaluierungsberichtes hinterfragt werden.

Die Kirche im Nahen Osten hängt fast ausschließlich von den Überseepartnern ab. Sie ist bestrebt, sog. Waqf (religiöses Stiftungsvermögen) zu bilden, um Eigeneinnahmen zu erzielen. Aber auch die Bildung von Waqf müßte wiederum von außen finanziert werden. Da traditionell die Kirche und die Schularbeit verbunden sind, werden die Schulen auch als "finanzielle Pfründe" von der Kirche bzw. vom Pfarrerstand angesehen. Dadurch werden umfassende weiterführende Lösungen erschwert, und ein Schulentwicklungsplan ist nur schwer möglich durchzusetzen.

5. Perspektiven.

5.1 Schwerpunkte für die Verwaltung für die nächsten Jahre ^{sein:} sollter eine Modernisierung des technischen Gerätes. Darüber hinaus sollte die Verwaltung des Berliner Missionswerkes im Rahmen des "Kooperationsvertrages mit der Morgenländischen Frauenmission" dort soviel Hilfe leisten, wie erbeten, notwendig und erwünscht ist. Die inhaltlichen Pläne und eventuelle Ausbaupläne für die Augustastr. 24 und Handjerystr. 19/20 sollten energisch vorangetrieben werden. Man sollte versuchen, die das Berliner Missionswerk unterstützenden Landeskirchen mehr für das Berliner Missionswerk zu gewinnen, einmal über die Stadtgrenzen hinaus mit Gemeinden und Kirchenkreisen verbunden zu sein, zum anderen aber auch um eine finanzielle Sicherung der Arbeit des Missionswerkes zu erhalten.

C.

Kirchlicher Entwicklungsdienst

In diesem Bericht sollen drei Bereiche der vielfältigen KED-Arbeit hervorgehoben werden: die Arbeit in den verschiedenen Gruppen und Kommissionen, die der Bewußtseinsbildung und der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen dient, der Komplex Werbung für KED in der U-Bahn und der entwicklungsbezogen-bewußtseinsbildende Effekt der Flüchtlingsarbeit in Somalia, Djibouti und im Sudan.

- 1.1 Die Kommission für entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung hat regelmäßig getagt und neben der Erarbeitung der neuen Texte für die U-Bahn-Werbung Themen behandelt, die im Bereich der AGKED von Belang sind oder von Synode und Kirchenleitung aufgegriffen wurden: Grundprinzipien der Entwicklungshilfe, "Spendenmarkt", d.h. Vielfalt der Hilfsorganisationen, Fortführung des Dialogprogramms der Kirchen mit den gesellschaftlichen Gruppen usw.
- 1.2 Nicht nur die erste U-Bahn-Serie, sondern auch das mittlerweile erschienene Buch zu den Texten hat ein erfreuliches Echo hervorgerufen. Bestellungen und Nachfragen zeigen thematisches oder persönliches Engagement (Arbeit in der Entwicklungshilfe usw.).
- 2.1 Die regelmäßigen KED-KO-Sitzungen haben dazu geführt, daß konkrete Bemühungen im Sektor Flüchtlings-/Asylantenhilfe unternommen wurden: eine Vortragsreihe unter Mitarbeit vieler entwicklungspolitisch aktiver Gruppen wurde durchgeführt. Von je verschiedenen Gruppen wurden mehrere politisch brisante Gebiete der Welt gestaltet: Nahost, Horn Afrikas, Indochina, südliches Afrika.
- 2.2 Im Anschluß daran bemüht sich KED-KO, dem sich neue kirchliche und außerkirchliche Gruppen anschließen, die Flüchtlingsarbeit und Asylantenberatung der nichtstaatlichen Stellen zu koordinieren. In diesem Bereich begegnet uns Dritte Welt in Berlin. Hier muß geholfen und Bewußtsein geweckt werden.
- 3.1 Die Kombination der Referate Äthiopien und KED hat dazu geführt, daß das Sachgebiet Äthiopien sich mehr und mehr als Vehikel und Lernobjekt für verantwortliches Handeln in der Dritten Welt erwiesen hat. Wie sehr kirchliche, geistliche und kulturelle Kräfte die Volks- und Wirtschaftsgeschichte einer Nation bestimmen und wie stark andererseits der je unterschiedliche Blickwinkel der Partner oder verschiedener aktiver Gruppen in den Industrieländern die Urteils- und Entscheidungsbildung beeinflusst, ist im Fall "Flüchtlinge in Somalia" deutlich geworden.
- 3.2 Darum halten wir das starke Hervortreten von "Somalia" für berechtigt; es fordert heraus zu genauer Analyse der Ereignisse am Horn von Afrika und zum Überprüfen des eigenen Urteils über kirchliches Handeln in jener Region. Das ist entwicklungsbezogene Bewußtseinsbildung am konkreten und bedrängenden Exempel.

D. Anlage zum Bericht des Berliner Missionswerkes

Jahresbericht der Gossner Mission 1980

1. Allgemein

1980 ist ein Führungswechsel im Kuratorium der Gossner Mission eingetreten. Prof. Dr. Grothaus, Flensburg, wurde anstelle von Bischof i.R. Kurt Scharf zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Stellvertretender Vorsitzender wurde Oberkirchenrat Dr. Klaus Beckmann, Darmstadt.

Die Gemeindeeinsätze in der Bundesrepublik haben im Berichtsjahr deutlich zugenommen. In wachsender Zahl haben uns Gemeinden und Kirchenkreise zu Missionswochen und Einzelveranstaltungen eingeladen.

2. Indien

Rev. Dr. Marsallan Bage ist anstelle von Rev. Dr. Paul Singh als Mitglied in unser Kuratorium gewählt worden. Er ist Stellvertretender Kirchenpräsident der Gossnerkirche und wird im November 1981 Kirchenpräsident werden. Während seines Besuches in Deutschland im Mai/Juni 1980 erwies er sich als ein Mann, von dem wir entscheidend neue Impulse für die Gossnerkirche erwarten können.

Die Wiederwahl von Indira Gandhi hat die Christen in Indien zunächst von der Furcht vor einer antichristlichen Gesetzgebung befreit. Längerfristig muß aber sicherlich weiter mit einer Verstärkung des öffentlichen Drucks auf die Christen gerechnet werden.

Aufgrund einer Dürre 1979 sind Kleinbauern aus dem Bereich der Gossnerkirche auf der Suche nach Arbeit weggezogen. Ein staatliches Großprojekt (Staudamm und Stadtgründung) bedroht fast 100 Dörfer in Süd-Bihar mit dem Verlust ihres Landes. Die Zukunft dieser Menschen ist ungewiß.

Mit der Wahl von Dr. N.Minz zum Bischof der "Nordwest-Gossnerkirche" hat sich die Kluft zwischen den beiden zerstrittenen Gruppen vertieft. Später erhielt der Streit eine zusätzliche Dimension, als er mit politischen Verdächtigungen an die indische Öffentlichkeit getragen und von der Presse aufgenommen wurde. Angesichts dieser Entwicklung haben sich beide Seiten einverstanden erklärt, eine Lösung auf dem Verhandlungswege durch Vermittlung der Gossner Mission zu suchen.

3. Nepal

Die Studenten- und Schülerunruhen von Anfang 1979 hatten auch auf die Schulen und Krankenhäuser mit Personal der Vereinigten Nepal-Mission (UMN) übergreifen und dauerten bis ins Jahr 1980 an. Erst das Referendum im Mai 1980 setzte den Auseinandersetzungen um die politische Struktur in Nepal ein vorläufiges Ende. Lediglich an einem Ort mit traditionell unruhiger und antichristlicher Bevölkerung gehen Schülerunruhen gegen die Schulen und gegen das Krankenhaus weiter.

In der UMN hat die Einsicht zugenommen, daß Entwicklung in erster Linie die armen Bevölkerungsteile bei ihren Anstrengungen für bessere Lebenschancen unterstützen muß. Die Großprojekte aus der ersten Phase der UMN-Tätigkeit in Nepal: Krankenhäuser, Kraftwerk, Schulen, werden zur Zeit einer kritischen Prüfung unterzogen. Daneben wird anscheinend der Versuch gemacht, verstärkt Leitungs- und Unterstützungsfunktionen in der nepalesischen Christenheit zu übernehmen.

4. Zambia

Die Wahlen in Zimbabwe und der dadurch legalisierte Machtwechsel haben Frieden und menschliche Erleichterung gerade auch für die Nachbarstaaten wie Zambia gebracht. Seit Mitte 1980 konnten die Gossner Mitarbeiter sich wieder frei bewegen und die Dörfer besuchen, was in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden war. Die positiven Auswirkungen auf die gesamte Entwicklungsarbeit sind deutlich zu spüren.

Die Gossner Mission arbeitet seit 10 Jahren in dem Regierungsprojekt "Gwembe-South-Development-Project" (GSDP) mit. Was ist in diesem Zeitraum geschehen?

Im Auftrag des Evangelischen Missionswerks, Hamburg, wurde eine Evaluierung der Projektarbeit vorgenommen, die dieser Frage nachging. Die Studie stellt positiv fest, daß das GSDP im Vergleich mit anderen Entwicklungsprojekten in Zambia vor allem "grass roots"-Arbeit leistet und die Bedürfnisse der Bevölkerung erreicht. Es ist nicht zu übersehen, daß die Lebensbedingungen verbessert werden konnten. Die Eigenbeteiligung und -verantwortung der Menschen ist gewachsen. Einige Einzelprojekte arbeiten heute selbständig und sind auf Beratung kaum mehr angewiesen.

Kritisch fragt der Bericht, ob die andauernde Präsenz der europäischen Fachleute nicht neue, ungewünschte Abhängigkeiten schaffe, die es der Bevölkerung insgesamt zunehmend schwerer mache, aus eigener Kraft das Gwembetal zu entwickeln. In der Zukunft sollen darum mehr Aufgaben an Einheimische delegiert werden. Auch ist ein Zeitplan für die Reduzierung des Engagements der Gossner Mission ins Auge gefaßt.

Kriebel MR
Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder des
Missionsrates

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: Verwaltung

Telefon: (030) 85 1021

cable: Weltmission Berlin

2. Dezember 1980 Dr/Ba

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

/ in der Anlage übersende ich Ihnen im Auftrage der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Frau Dr. Seeber, die im Haushaltsausschuß am 1.12.1980 beratenen Vorlagen und Beschlüsse zu TOP 4 "Bericht über Beratungen des Haushaltsausschusses am 1.12.80". Die Beschlüsse sind so, wie in der Vorlage vorgeschlagen, vom Haushaltsausschuß gefaßt worden und werden von diesem zur weiteren Beschlußfassung dem Missionsrat empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen


(Siegfried Dreusicke)

Anlagen

1. Versorgung:

- 1.1 Die Versorgungslage der Missionare der Berliner Missionsgesellschaft war unsicher. Später konnte dann die Versorgungsfrage dadurch geklärt werden, daß ab 1.1.1978 die EKD sämtliche Versorgungen übernahm. Damit war der Bereich der pensionierten Mitarbeiter - bis auf wenige Ausnahmen, wo wir noch selbst die Mittel erbringen müssen - abgedeckt. Es blieben jedoch weiterhin die Fälle offen, wo Mitarbeiter der Berliner Missionsgesellschaft noch im aktiven Dienst waren. Soweit sie schon im fortgeschrittenen Alter gewesen sind, hat die EKD sich bereit erklärt, die Versorgung mit zu übernehmen. Ein Teil der Mitarbeiter war jedoch so jung, daß hier die Versorgungsverantwortung des Berliner Missionswerkes außer Zweifel gegeben war. Soweit diese Mitarbeiter in Südafrika ihren Dienst einstellten und in eine westdeutsche Landeskirche wechselten, konnte auch hier die Versorgungsfrage ohne daß eigene Leistung erbracht werden mußte, dadurch geklärt werden, daß in Zukunft die betreffende Landeskirche die Versorgungsgarantie übernahm (z.B. Garthe, Wagner).

Letztlich blieben noch zwei Mitarbeiter übrig, die keiner Versorgungskasse angeschlossen waren, deren Versorgungsfragen aber klärungsbedürftig waren.

- 1.1.1 Dr. Nürnberger: Dr. Nürnberger ist südafrikanischer Staatsangehöriger und konnte deshalb nicht bei der BfA nachversichert werden. Da er sich mit dem Gedanken trug, an eine Universität zu wechseln, war die Überführung in die Versorgungskasse der Berliner Landeskirche auch nicht sinnvoll. Dies hätte einen jährlichen Kostenaufwand von ein Drittel seines Pfarrgehaltes ausgemacht, als ca. 25.000 DM. Dr. Nürnberger wechselte Anfang des Jahres zur UNICA-Universität. Da für seine über 15jährige Dienstzeit bei der Berliner Mission keine BfA und keine Versorgungsbeiträge entrichtet worden sind, mußte man ihm in irgendeiner Weise eine Abfindung für die vergangene Zeit zahlen. Bei UNICA entstehen ihm nur Versorgungsrechte für die Zukunft, jedoch nicht für die Vergangenheit. Wir haben deshalb Herrn Dr. Nürnberger im Rahmen einer Lebensversicherung abgesichert. Diese Lebensversicherung garantiert ihm mit Vollendung des 65. Lebensjahres eine regelmäßige Rente von 800 DM. Im Falle seines Vorversterbens ist eine Rente von 600 DM an seine Frau zu zahlen. Um diese Lebensversicherung zu ermöglichen, mußte ein einmaliger Betrag von 80.000 DM aufgebracht werden.

Zum Vergleich:

- a. Eine BfA-Nachversicherung hätte einen Aufwand von 18% seines jährlichen Einkommens, also ca. 140.000 DM nötig gemacht
- b. Eine regelmäßige Entrichtung des Versorgungsbeiträge an die Landeskirche von 33% seines Gehaltes hätte ca. 250.000 DM nötig gemacht.

Die Deckung der 80.000 DM soll aus der Nichtbesetzung der Stelle 1980

AHSt 40.421
zu 40.000 DM

und aus Versorgungsbeiträge für Pfarrer in Übersee

AHSt 40.431
zu 40.000 DM

gedeckt werden.

Beschlußvorschlag:

Anstelle einer anderen "Nachversorgung" des Missionars Dr. Klaus Nürnberg wird der Abschluß einer Lebensversicherung für ihn mit einem einmaligen Betrag von 80.000 DM genehmigt. Die Deckung des Betrages erfolgt zur Hälfte aus der Nichtbesetzung der Stelle 1980

AHSt 40.421
zu 40.000 DM

und zur anderen Hälfte aus Versorgungsbeiträge für Pfarrer in Übersee 1980

AHSt 40.431
zu 40.000 DM.

- 1.1.2 Richard Schiele: Richard Schiele ist seit 15 Jahren im aktiven Dienst des BMW. Er wird vermutlich auch nicht aus dem Dienst des Berliner Missionswerkes ausscheiden, so daß eine Versorgung bei der Berliner Landeskirche sinnvoll ist. Nach langen Verhandlungen wurde der ursprünglich in der Berliner Kirche erwartete Betrag von 150.000 DM auf 50.000 DM reduziert. Dieser Betrag von 50.000 DM (die Versorgungsbeiträge nur für zwei Jahre - für fünfzehn Jahre hätte die Kirche einen Anspruch darauf haben können) erklärt sich nur, weil wir uns in der Gegenleistung verpflichtet haben zwei offene Versorgungsfälle der Berliner Kirche für diese zu verhandeln.

Beschlußvorschlag:

Der Missionar R. Schiele wird mit einem einmaligen Betrag von 50.000 DM der Versorgungskasse der EKIBB angeschlossen.

Die Finanzierung erfolgt aus AHSt 40.431 (Versorgungsbeiträge für Pfarrer in Übersee).

- 1.2 Paul E. Hoffman: Ein weiterer offener Versorgungsfall war die Frage der versorgungsmäßigen Absicherung des Pfarrers Paul E. Hoffman. Nach über einjährigen Verhandlungen ist es gelungen, Herrn Pfarrer Hoffman in die Versorgungskasse der Berliner Landeskirche aufzunehmen. Für ihn müssen Beiträge rückwirkend von seinem Dienstbeginn ab 1.9.1978 gezahlt werden.

Beschlußvorschlag:

Pfarrer Paul E. Hoffman wird rückwirkend ab 1.9.1978 bei der Versorgungskasse der EKIBB angemeldet. Die Nachfinanzierung der Beiträge erfolgt aus AHSt 31.431 (Beiträge zur Versorgungskasse der Pfarrer) und falls dies nicht ausreicht, auch aus AHSt 31.421 (Bezüge der Pfarrer).

2. Talitha Kumi:

Der Neubau Talitha Kumi/Bethlehem wird nach bisherigen Schätzungen erheblich teurer als geplant. Geplant war ein Kostenvolumen von 3,4 Mio. DM, von denen 2,4 Mio. DM von EZE, 1 Mio. DM von den Missionen, insbesondere dem Berliner Missionswerk, aufzubringen waren. Die Finanzierung dieses Betrages ist aus der Anlage ersichtlich.

Nach langen Verhandlungen in Talitha Kumi selbst, in Bonn und in Berlin, muß eine Nachfinanzierung von 900.000 DM ins Auge gefaßt werden. Diese Nachfinanzierung soll wie folgt erfolgen:

600.000 DM	EZE
105.000 "	"Brot für die Welt" und
	Westfalen
195.000 "	offen

Sofern sich kein anderer Geber findet, müssen wir diese 195.000 DM aus den Rücklagen Nahost, und zwar

Neubau Bethlehem	134.000 DM
Grunderwerb Nahost	61.000 "

nehmen. Damit wären diese beiden Rücklagen 'Neubau Bethlehem' und 'Grunderwerb Nahost' aufgezehrt.

Mit dem Bau Talitha Kumi verbleibt aber nach wie vor ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Da wir der Bau- und Kostenträger sind, muß dieses Sicherheitsrisiko einkalkuliert werden. Es gibt noch die aus der Anlage ersichtlichen Rücklagen für Bauzwecke in Nahost, gemeint war hier das Jungeninternat Bethlehem, Pensionierungssicherung in Nahost, Altersversorgung der Pastoren in Nahost und Betriebsmittel Talitha Kumi. Meines Erachtens können die Betriebsmittel Talitha Kumi nicht angestastet werden. Eine Schule, die ein Jahresetat von fast einer Million Mark hat, ist mit einem Betriebsmittel, die nur 13% des Jahresetats ausmacht, nicht ausreichend gedeckt. Im Falle eines finanziellen Engpasses, sind nicht ausreichende Mittel vorhanden, auf die zurückgegriffen werden kann. Deshalb sollten zur Abdeckung des Sicherheitsrisikos während der Bauzeit die anderen Rücklagen - Bauzwecke in Nahost, Pensionssicherung in Nahost, Altersversorgung der Pastoren in Nahost - mit bedacht werden.

Die Pensionssicherung und die Altersversorgung scheinen mir keine hohe Priorität zu haben. Sowohl die Mitarbeiter (Lehrer) als auch die Pastoren, zahlen regelmäßig Beiträge, wie alle Angestellten nach jordanischem Recht, in den "Provident Fund" ein. Dieser Provident Fund dient der Bevölkerung zur Alterssicherung. Eine Besserstellung der Pastoren und kirchlichen Mitarbeiter über diesen Provident Fund hinaus, ist nicht einsichtig, da bereits in den aktiven Bezügen die Pastoren erheblich über dem Niveau von Akademikern in der Westbank liegen und die Lehrer an den ev. Schulen durchweg besser dastehen als Lehrer an den Regierungsschulen.

Die Rücklagen für Bauzwecke in Nahost - Jungeninternat Bethlehem - sollten als Sicherheit für den Neubau gesperrt werden.

Es ist ein innerer Sachzusammenhang zwischen der Schule Bethlehem, dem Internat Bethlehem und dem Neubau Talitha Kumi/Bethlehem da. Die Jungen gehen nur aufs Internat in Bethlehem, weil sie auch auf die Schule in Bethlehem gehen. Später werden sie vom Internat dann in Talitha Kumi/Bethlehem zur Schule gehen. Im Augenblick ist die Zahl der Internatsschüler schon auf 38 Jungen gesunken. Dies liegt mit Sicherheit auch an der Führung des Internates. Wie und ob überhaupt ein Internat neu gebaut werden muß, muß sorgfältig abgewogen werden. Solange jedoch ein finanzielles Sicherheitsrisiko bei dem Neubau der Schule vorhanden ist, müssen diese Beträge zurückgehalten (gesperrt) werden, um eventuelle finanzielle Fehlentwicklungen auffangen zu können.

Beschlußvorschlag:

Die erwarteten nicht gedeckten Mehrkosten für den Neubau der Schule Talitha Kumi/Bethlehem in Höhe von 195.000 DM sollen - sofern sich keine Geldgeber dafür finden - aus den

Rücklagen Nahost zu 134.000 DM (Neubau Bethlehem)
und zu 61.000 " (Grunderwerb Nahost)

gedeckt werden. Bis zum Abschluß des Bauvorhabens unterliegen die anderen Nahostrücklagen einer Ausgabesperre.

Der Beschluß erfolgt vorbehaltlich, daß sich keine anderen Gesichtspunkte aus einer Beratung beim Vorstand des Jerusalemvereins ergeben.

24. November 1980
Dr/Ba



FINANZIERUNG des Schulneubaus Talitha Kumi/Bethlehem

AUSGABEN

3,400.000.-- Baumaßnahmen
einschl. Grundstück

EINNAHMEN

2,400.000.--

EZE

70.000.--

Grundstück

340.000.--

Westfalen

70.000.--

Bayern

172.000.--

Schweden

43.000.--

LCA

295.000.--

BMW

7.500.--

VELKD

3,400.000.--

3,397.500.--

./. Defizit

2.500.--

Verwaltung Dr/Ba
Berlin 41, den 8.2.80

Rücklagen zweckgebunden für Nahost per 31.12.1979 (vorläufig)

Art der Rücklagen	Bestand per 1.1.1979 DM	Zugänge Zinsen 1979 DM	Bestand per 31.12.1979 DM	Bemerkungen
1. Bauzwecke in Nahost	529.986,29	31.175,--	561.161,29	
2. Grunderwerb in Nahost	52.999,27	3.118,--	56.117,27	
3. Neubau Bethlehem	405.646,06	23.861,--	429.507,06	vgl. Anmerkung
4. Pensionssicherung in Nahost	132.497,10	7.794,--	140.291,10	
5. Altersversorgung Pastoren in Nahost	59.623,59	3.507,--	63.130,59	
6. Betriebsmittel Talitha Kumi	125.840,69	7.402,--	133.242,69	
	1.306.593,--	76.857,--	1.383.450,--	
=====				

Zu 3.) Diese Rücklagen werden mit DM 295.000,-- zur Finanzierung des Schulneubaues in Talitha Kumi in 1980/81 herangezogen (s. EHST 30.3 im BMW-Haushalt 1980)

Verwaltung BMW, den 8.9.1980

Wz/Vo

Verteiler
Nahost-Ret.
Dtt
2 d. A.

3. Rücklagen Farmen Südafrika:

Durch die Auflösung der Geschäftsstelle in Südafrika, ist es für die Farmer der Farmen Bethanien und Pniel außerordentlich schwer, in einzelnen Fällen, in denen Not geboten ist, die Genehmigung Berlins herbeizuholen. In mehreren längeren Sitzungen der landwirtschaftlichen Kommission wurde deshalb beschlossen, daß pro Farm eine Rücklage von Rand 10.000 gebildet wird. Diese Rücklage kann von jedem einzelnen Farmer - wenn Not im Verzug ist - als "working capital" gebraucht werden.

Beschlußvorschlag:

Bei den Farmen des Berliner Missionswerkes Bethanien A, Bethanien B, Pniel, wird jeweils eine Rücklage von 10.000 Rand = 26.000 DM insgesamt 78.000 DM gebildet. Die Finanzierung erfolgt aus EHSt 63.179 (Überschüsse der Farmen), da im Jahre 1980 höhere als die geplanten Überschüsse zu erwarten sind.




24. November 1980
Dr/Ba

4. Flüchtlingshilfe Somalia/Äthiopien:

Die Sonderaktion "Flüchtlingshilfe Somalia" brachte im Jahre 1980 per 1.10. DM 300.000 Einnahmen durch Kollekten und Spenden.


Beschlußvorschlag:

Die AHSt 80.741 (Hilfe für besondere Notfälle Äthiopien/Somalia) wird auf 200.000 DM angehoben. Die Finanzierung erfolgt aus dafür eingegangenen zweckgebundenen Gaben und Kollekten. Die weiteren Mehreinnahmen 1980 werden in der Haushaltsplanung 1981 (AHSt 80.741) berücksichtigt werden müssen.



5. Finanzielle Förderung der evangelischen Kirche von Ägypten:

Der HA hat keine finanziellen Bedenken 9.000.-- DM aus eingesparten Beträgen aus AHSt 45.7 (Nahost) für Kirchenrenovierungen der evangelischen Kirche von Ägypten zur Verfügung zu stellen. Die "policy"-Frage muß vom MR beraten werden.



24. November 1980
Dr/Ba

6. Forderung des Finanzamtes für Körperschaften:

Nach fünf Jahren fand wieder eine Prüfung durch das Finanzamt für Körperschaften im Berliner Missionswerk statt.

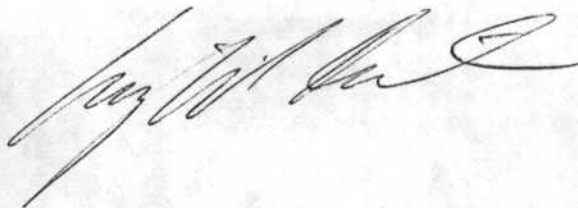
Es ist danach mit ca. 22.000 DM Forderungen zu rechnen. Die Einzelheiten ergeben sich aus der während der Sitzung verteilten Liste. An der Berechnung der Forderung läßt sich m.E. nicht zweifeln. Es bleibt aber in jedem Einzelfall zu prüfen, inwieweit der Begünstigte nicht selbst die Steuernachzahlung zu entrichten hat.

Um die Forderung des Finanzamtes zu erfüllen, sollte eine Nachzahlung in Höhe von 22.000 DM geplant werden. Da es sich überwiegend um personalbezogene Steuern handelt, sollten die Mehrausgaben aus dem personalkostenbezogenen Ausgaben gedeckt werden.

Beschlußvorschlag:

Die zu erwartende Forderung des Finanzamtes für Körperschaften bis zu 22.000 DM wird zur Hälfte aus AHSt 31.421 und zur anderen Hälfte aus AHSt 31.423 finanziert. Sollte die Zahlung erst in 1981 fällig werden, muß eine entsprechende zweckgebundene Rückstellung erfolgen.

24. November 1980
Dr/Ba



7. Morgenländische Frauenmission:

Beigefügt ist der Kooperationsvertrag, so, wie er von der Morgenländischen Frauenmission dem Berliner Missionswerk vorgeschlagen worden ist. Der Missionsrat hatte einige sprachliche Änderungsvorschläge, die dem Vorstand der Morgenländischen Frauenmission zugegangen sind. Der Vorstand der Morgenländischen Frauenmission hatte am 20.11.80 dies beraten, aber eine Entscheidung auf seine nächste Sitzung im Januar vertagt. Der Missionsrat hat im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Kooperationsvertrag die Frage, inwieweit § 3 Abs. 1, Satz 2 und 3 sich finanziell auswirken. Es muß vorangeschickt werden, daß eine erschöpfende Auskunft ohne offizielle Anfrage bei der Morgenländischen Frauenmission nicht möglich ist.

1. Ruheständler:

Die Morgenländische Frauenmission finanziert aus ihren Haushalt keine Zusatzrenten oder Versorgungen. Die Morgenländische Frauenmission wird aber eine Zusatzrente für Frau Oberin Schubert, die 1981 in Ruhestand geht, zu finanzieren haben. Diese Mittel werden in den laufenden Haushalt der Morgenländischen Frauenmission eingeplant werden. Soweit andere Ruheständler vorhanden sind, kann sich nur die Möglichkeit ergeben, daß sie eine zu geringe Rente erhalten. Daß solche Ruheständler später in Verhandlungen mit einbezogen werden, ist mir nicht bekannt. Auf jeden Fall ist es wohl so, daß - sollte ein solcher Fall auftauchen - er aufgrund der Kooperationsvereinbarung verhandelt werden müßte. Auch die weitere Frage, ob die Gleichstellung aus Mitteln des Berliner Missionswerkes oder aus eventuell vorhandenen Mitteln bei der Morgenländischen Frauenmission erfolgt, ist im Kooperationsvertrag nicht geregelt.

2. Aktive Mitarbeiter:

Gerade das Reinigungs- und Pflegepersonal bei der Morgenländischen Frauenmission wechselt häufig. Im Durchschnitt sind bei der Morgenländischen Frauenmission 19 Mitarbeiter beschäftigt. Soweit Mitarbeiter im Lohnverhältnis beschäftigt sind, sind sie m.E. durchaus ähnlich vergütet wie bei der Landeskirche. Der Stundenlohn bewegt sich zwischen 8.50 DM und 11.-- DM. Auch die Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis, die vergleichbare Positionen leicht auch in der Wirtschaft finden könnten, sind ähnlich vergütet. Gedacht ist hier an eine Wirtschaftsleiterin oder an eine Halbtags-Sekretärin, die jedoch im Augenblick nicht mehr dort tätig ist. Echte gehaltliche Nachteile sind für all' die Mitarbeiter da, die bereits sehr lange schon bei der Morgenländischen Frauenmission dienen. Die Versorgung und bis dato auch das aktive Gehalt der Oberin ist geregelt. Es verbleiben jedoch meines Wissens nach vier weitere Mitarbeiter, deren Vergütung unter der liegt, die bei der Landeskirche gewährt werden. Selbst wenn alle Mitarbeiter nur - was wohl richtig wäre - in die Vergütungsgruppe VII oder VI einzugruppieren wären, so würde sich dennoch ein Mehrbedarf von ca. 700 DM pro Person ergeben. Daraus ergibt sich eine Gesamtmehrbelastung im Personalkostenbereich von ca. 35.000 DM aufgrund des § 3, Abs. 1, Satz 2 der im Entwurf vorhandenen Kooperationsvereinbarung. Im Vertrag selbst ist nicht

geregelt, wer diesen Betrag zu finanzieren hat. Ich selbst könnte mir gut vorstellen, daß durch vermehrte Einnahmen im Gästebereich die Morgenländische Frauenmission selbst für diese Beträge aufkommen könnte.

In diesem Zusammenhang spielen bestimmt auch Fragen der Organisation eine Rolle. Abschließend muß bemerkt werden, daß auch zu den aktiven Mitarbeitern eine konkrete Auskunft nur dann gewonnen werden kann, wenn eine offizielle Anfrage an die Morgenländische Frauenmission erfolgt und dann eine substantiierte Vergleichberechnung geschieht.

Da eine offizielle Anfrage nicht ohne "psychologische Auswirkung" bleiben würde, wird hier ein Beschlußvorschlag nicht unterbreitet.

Beschlußvorschlag:

HA stellt eventuelle finanzielle Fragen hinsichtlich § 3. Abs. 1, Satz 2 und 3 des Entwurfs des Kooperationsvertrages wegen der übergeordneten Bedeutung des Vertrages zurück.



24. November 1980
Dr/Ba

8. Der Zwischenabschluß per 30.9.1980 zeigt, daß einige Haushaltsstellen zu gering angesetzt sind. Deshalb wird folgender Beschlußvorschlag zur Erhöhung der entsprechenden Ausgabehaushaltsstellen gemacht:

AHSt Gruppe		Erhöhung um DM	Finanzierung aus AHSt	mit DM
31.62	Telefon	10.000	33.51	10.000
31.67	Werbung	30.000	35.746	30.000
32.951	Baumaßnahmen Lichterfelde	2.000	32.942	2.000
33.52	Bewirtschaftung Handjery- straße	20.000	33.94	10.000
33.55	Inventar dto.	5.000	31.94	15.000

24. November 1980
Wz/Ba



Missionskonferenz
u. Haushaltsausschuss
d. Miss.-konf.

LEITZ Trennblätter
zum Selbstausschneiden
von Registertasten
1650 chamois ohne Ösen
1652 farbig ohne Ösen
1654 chamois mit Ösen

PROTOKOLL

der Sitzung des Haushaltsausschusses der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes in 1000 Berlin 41, Handjerystr. 19/20 am 10. November 1982 um 15.30 Uhr

Anwesende Mitglieder: Knorn, Minkner, Neumann, Obst,
Dr. Seeber (Vorsitzende), Seemann;
Beratend f.d. BMW: Dreusicke, Dr. Gruhn, Otto, Wenzel
(Protokoll);
entsch. Mitglieder: Dr. Rhein, Rieger.

Dr. Seeber eröffnet die Sitzung mit der vorliegenden Tagesordnung. Zuerst tagt der Ordnungs- und Rechtsausschuß der Missionskonferenz und des Missionsrates des BMW. Über die Ergebnisse dieses Ausschusses wird ein gesondertes Protokoll angefertigt.

Zu TOP 1. Haushaltszwischenabschluß per 30.9.1982

Dreusicke erläutert die von der Verwaltung erarbeitete Vorlage vom 4.11.1982. Der Zwischenabschluß weist Minderausgaben im Personalbereich von ca. DM 320.000.-
und im Sachbereich von ca. " 259.000.-
gesamt ca. DM 579.000.-

aus.

Diese Minderausgaben entstanden im Personalbereich durch vakante Stellen im Überseebereich und durch geringere als veranschlagte Lohnkostensteigerungen.

Die Minderausgaben im Sachbereich betreffen die Konten Werbung, Beschaffung von Sachen und Kosten für Gäste. Mit den freien Mitteln sollen folgende dringend notwendige Ausgaben finanziert werden:

1. Die Zuschüsse an die ELCJ (AHSt 45711) wurden in Höhe von DM 80.000.- vorläufig gesperrt bis die Ev. Kirche im Rheinland bezahlen würde. Da dieses nicht eintritt, muß der Zuschuß von uns gezahlt werden aus eingesparten Personal-
ausgaben DM 60.000.-
eingesparten Sachausgaben (AHSt 31671) " 20.000.-
DM 80.000.-
2. Die Baumaßnahmen für die Sicherheit des Hauses Handjerystraße erfordern ca. DM 280.000.-. Die Finanzierung dieser nicht geplanten Ausgaben soll von der EKIBB mit DM 125.000.- und vom BMW aus eingesparten Personal-
ausgaben mit DM 155.000.-
gesamt DM 280.000.-
erfolgen.
3. Für die Reorganisation des Rechnungswesens (Veränderung der technischen Grundlagen) werden etwa DM 300.000.- benötigt. Hierfür sollte eine Rückstellung von DM 100.000.- gebildet werden aus der AHSt 31942.

4. Die Baukosten für Talitha Kumi überschreiten in Folge der dortigen Preis/Kurs-Entwicklung die ursprüngliche Planung erheblich.

Hier wird die Bildung einer Baurücklage erforderlich, der in 1982 vorerst DM 100.000.- zugeführt werden sollen aus eingesparten Sachmitteln.

5. Der Verlust des Buchhandels wurde mit DM 40.000.- als Übernahme im Haushalt 82 (AHSt 35752) geplant. Hier wird mit einem Mehrverlust von DM 25.000.- gerechnet, der aus überschüssigen Sachmitteln finanziert werden soll.

Für die Baukosten in Talitha Kumi, die sich insgesamt nach den letzten Berechnungen auf etwa DM 6.3 Mio. belaufen, wurden weitere Zuschüsse von Bayern und Westfalen in Aussicht gestellt.

Mit der EZE in Bonn sind weitere Verhandlungen zur Finanzierung der Mehrkosten angesetzt. Bei weiteren Institutionen in den USA und in Finnland sollen Mittel eingeworben werden.

Dem Protokoll wird eine Finanzierungsübersicht beigelegt.

HA diskutiert die Ursachen für die Verluste des Buchhandels. Hier spielen die schlechte Lage und die Konkurrenz der Claudius-Buchhandlung eine wichtige Rolle.

Nach Vorliegen des KRH-Berichtes wird das Kg eine Vorlage erarbeiten über die weiteren Zukunftsperspektiven des Buchhandels.

Zu TOP 2. Genehmigung von Sollumbuchungen und Finanzierungsanträgen

HA beschließt die folgenden Sollumbuchungen im Haushaltsvoranschlag 1982 und empfiehlt dem MR in gleicher Weise zu verfahren:

31550	Beschaffung u. Unterh. techn. Geräte	Computerreparat., neue Kassetten	10.000,-	31942
31568	Verbrauchsmittel für Öffentlichkeit	Mehrverbrauch	5.000,-	31671
31881	Kursverluste	Farmen Südafrika	20.000,-	Zinsmehrnahmen
32.55	Inventar Lichterfelde	Reparaturen, Wäsche	5.000,-	33551
40.461	Beihilfen Mitarbeiter Übersee	Mehrverbrauch	20.000.-	40.423
40.491/3	Mieten u. Umzugskosten Mitarb. Übersee	Mehrverbrauch	30.000,-	40.423
71611/12	Reisekosten Mitarbeiter Tansania	Schimanowski	8.000,-	63.611
71795/6	Stipendien, Beihilfen an Dritte Tansania	Dr. Mvungi, Wächter	3.000,-	36.793
71942	Beschaffung beweglicher Sachen Tansania	Kfz.-Ersatzteile	2.000,-	33942
80795/6	Stipendien u. Einzelbeihilfen Äthiopien	Madda/Taye	10.000,-	80711

HA beschließt ferner, die Minderausgaben im Personal- und Sachbereich in der folgenden Weise zu verwenden und empfiehlt dem Missionsrat ebenso zu beschließen:

	<u>Finanzierung aus</u>	
	<u>Personalausgaben</u>	<u>Sachausgaben</u>
	DM	DM
1. AHSt 45711 ELCJ	60.000,--	20.000,--
2. AHSt 33951 Baumaßnahmen Handjery- straße	155.000,--	
3. AHSt 31942 Rückstellung Rechnungswesen		100.000,--
4. AHSt 45783 Bau Talitha Kumi	100.000,--	
5. AHSt 35752 Verlust Buchhandel		25.000,--
	<hr/>	<hr/>
DM	315.000,--	145.000,--
	<hr/>	<hr/>

Die Gesamtfinanzierung setzt sich zusammen aus

eingesparten Personalausgaben	DM 315.000,--
eingesparten Sachausgaben	DM 145.000,--
	<hr/>
	DM 460.000,--
./. geplante Sachausgaben (AHSt 31942)	DM 100.000,--
	<hr/>
Mehrplanung gesamt	DM 360.000,--
	<hr/>

Mit weiteren Ausgaben ist zu rechnen im Bereich Öffentlichkeit (Werbung), im Südafrika-Bereich (ELCSA) und durch Übernahme von Mehrausgaben bei der MFM.

Verwaltung legt die Spendenstatistik vom 31.10.1982 vor, die eine Steigerung von 4,1 % ausweist.

Zu TOP 3. Bericht über den Verhandlungsstand bei der MFM

Dr. Gruhn und Dreusicke geben einen Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der MFM. Der MFM-Vorstand hat am 8.11.1982 den Anschluß nach § 2 Abs. 1 Missionswerksgesetz beschlossen. Nun muß eine Vereinbarung über diesen Anschluß zwischen dem BMW und der MFM erarbeitet werden.

Die finanziellen Belastungen, die durch diesen Anschluß auf das BMW zukommen, werden bei ca. DM 100.000.- zusätzlich zu dem bisher der MFM gewährten landeskirchlichen Zuschuß liegen.

Zu TOP 4. Konzeption Grundstück Augustastr. 24

Otto erläutert den Stand der Sondierungen bezüglich der weiteren Nutzung bzw. Verkauf oder Vermietung dieses kostenträchtigen Grundstücks. Es liegen Angebote vor, von denen eines recht günstig ist.

HA beauftragt das Kollegium, Verhandlungen mit den Anbietern aufzunehmen und dem HA und Missionsrat Vorschläge - sowohl für Verkauf als auch Vermietung - vorzulegen. Ein ausführlicher Zwischenbericht soll dem Missionsrat im Januar 1983 gegeben werden.

Zu TOP 5. Stellenbesetzungen im Sudan und in Japan

Gemäß Kg-Vorlage empfiehlt HA dem Missionsrat zu beschließen: Errichtung einer Stelle im Sudan für den Bereich Äthiopien. Die Finanzierung soll aus Vakanzen 1982/83 erfolgen.

Gleichzeitig soll eine Stelle in Japan/Taiwan einen k.w.-Vermerk (künftig wegfallend) erhalten.

Falls es zu einer Berufung von Pfr. Schneiss/Japan kommt, wird die Stelle in Taiwan auf Japan umgewidmet.

Zu TOP 6. Neuorganisation des Rechnungswesens und Finanzierung einer neuen Datenverarbeitungsanlage

HA berät die von der Verwaltung erarbeiteten Vorlagen "Anforderungsbeschreibung" vom 20.9.1982 und "Neuorganisation" vom 28.10.1982. Eine eigene Anlage im Hause wird vom HA unbedingt für notwendig erachtet schon wegen des direkten Zugriffs zu den Spenden und Adressen.

HA empfiehlt dem Missionsrat, grundsätzlich dem in der Vorlage "Neuorganisation" vorgeschlagenen Weg zuzustimmen. Die Einzelentscheidung muß dann erneut im Kg und HA beraten werden.


Zu TOP 7. Termine


Nächste HA-Sitzung am 9. 3. 1983.

Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.15 Uhr.

Dieses Protokoll gilt als genehmigt, wenn innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung an die Mitglieder von keiner Seite Änderungs-wünsche angemeldet werden.

Berlin, 11. November 1982


(Dr. W. Seeber)
Vorsitzende


(K. Wenzel)
für das Protokoll

VERMERK

BERLINER MISSIONSWERK

Von: Ot.

Datum: 3.6.82

An : Dreu.

Verteiler:

Betr.: Ausbau Sekundarschule Talitha Kumi

FINANZIERUNGSPLAN

1. EZE

DM 2.400.000,-

DM 1.170.000,- DM 3.570.000,-

2. Eigenmittel

Westfalen DM 250.000,-

(Turnhalle)

DM 90.000,-

(Wohnungen)

DM 75.000,-

(Zisterne)

DM 100.000,-

(Möblierung)

DM 515.000,-

Bayern

DM 70.000,-

VELKD

DM 8.500,-

CDS

US. \$ 25.000,-

(LCA)

US. \$ 125.000,-

(Schweden)

DM 259.982,-

B.f.W.

DM 30.000,-

BMW

DM 295.000,-

DM 110.000,-

(Grundstück)

DM 15.000,-

(Möbel FK-KNH)

DM 105.000,-

(Erbschaft R.)

DM 100.000,-

(Haushalt 82)

DM 100.000,-

(Haushalt 83)

DM 725.000,-

DM 1.608.482,-

DM 5.178.482,-

DM 361.518,-

DM 5.540.000,-

3. Defizit

	EZE - Kostenplan vom 1.10.1981. <u>Ø Dollar Kurs 2,15</u>	Kostenschätzung vom 1.9.1982 <u>Ø Dollar Kurs 2,40</u>	Bereit s verge- bene Arbeiten am 1.9.1982	Noch n i c h t vergebene Arb. am 1.9.1982
1. Grundstück	110.000,-	-,-	-,-	-,-
2. Erschließungs- kosten	20.000,-	20.000,-	20.000,-	
3. Baukosten	3.820.000,-	4.489.908,-	3.574.908,-	915.000,-
4. Geräte + Austattung	450.000,-	256.800,-	96.000,-	160.800,-
5. Außenanlagen	300.000,-	436.800,-	120.000,-	316.800,-
6. Baunebenkosten (Architekt)	385.000,-	545.349,-	415.349,-	130.000,-
7. Unvorhergesehenes	455.000,-	554.953,-	362.400,-	192.553,-
	5.540.000,-	6.303.810,-	4.588.657,-	1.715.153,-



Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder der Missionskonferenz
des Berliner Missionswerkes
und
an die Stellvertreter

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: MISSIONSKONFERENZ

Telefon: (030) 85 10 21

cable: Weltmission Berlin

27. Oktober 1982

Betr.: Einladung zur 10. Tagung der Missionskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Im Einvernehmen mit dem Herrn Vorsitzenden lade ich Sie hiermit
herzlich ein zu der nächsten Tagung unserer Missionskonferenz am

Freitag, dem 26. November 1982, Beginn 17.00 Uhr, und
Sonnabend, 27. November 1982, Beginn 9.00 Uhr, im

Haus der Mission, Handjerystr. 19, Berlin 41 (Friedenau).

Wegen der Bauarbeiten erfolgt der Zugang zum Saal sehr wahrscheinlich
durch die Räume der Buchhandlung.

Wir beginnen mit einem kleinen Imbiß.

Wie Sie aus dem beigefügten Vorschlag für die Tagesordnung ersehen,
wird sich die Tagung schwerpunktmäßig mit der ganz neu wieder ins
Blickfeld getretenen Christenheit in der Volksrepublik China beschäf-
tigen. Wichtiges Informations- und Arbeitsmaterial zur Sache wird
den Mitgliedern der Missionskonferenz in den nächsten Tagen von der
Geschäftsstelle gesondert zugehen.

Vorgesehen sind:

- China, Texte und Fragen, 48 S., hrsgg. vom EMW (Hamburg),
2. Aufl. 1982
- EMW-Informationen Nr. 33, "Gottes Ruf zu einem neuen Anfang",
Hamburg, Oktober 1982
- Empfehlungen der Konsultation "China und seine Christen -
ein eigener Weg", aus: epd-Dokumentation Nr. 34/82, S. 58 ff.

Besonders hinweisen möchte ich auf das neu herausgekommene Arbeits-
heft

"China und seine Christen", 72 S., Missionshilfe Verlag
Hamburg 1982.

Diese Broschüre wird in ausreichender Zahl zur Tagung vorhanden sein und kann käuflich (DM 9.80) erworben werden.

/ Die Missionskonferenz ist eine öffentliche Veranstaltung. Wir bitten die Mitglieder, auf beigefügter Antwortkarte - oder telefonisch unter Telefon-Nr. 85 10 21, App. Frau Kunze - möglichst umgehend mitzuteilen, ob sie teilnehmen werden, damit in ihrem Verhinderungsfall der/die Stellvertreter/in eingeladen werden kann.

Mit freundlichem Gruß
i.A.

Ihr

Klaus Gruhn

(Dr. Klaus Gruhn)

Anlagen

26./27.11.82

VORSCHLAG zur vorläufigen Tagesordnung der

10. Tagung der Missionskonferenz am Freitag, 26. November 1982,
und Sonnabend, 27. November 1982, im Haus der Mission,
Handjerystr. 19, Berlin 41 (Friedenau)

Freitag, 26.11.1982

Beginn: 17.00 Uhr (nach dem Imbiß)

- | | |
|---|--|
| 1. Andacht | Pfr. Chr. Foerster,
Arb. Kr. Ostasien/
BMW |
| 2. Eröffnung
Begrüßung der Gäste | Sylten |
| 3. Feststellung der Anwesenheit
und Beschlußfähigkeit | Sylten |
| 4. Feststellung der Tagesordnung | Sylten |
| 5. Genehmigung des Protokolls der
Tagung vom 7. Mai 1982 | Sylten |
| 6. Zur Ausführung der Empfehlungen/
Beschlüsse vom 7.5.1982 | Sylten |
| 7. Einführungen zum Thema: Christus
lebt! - Christen in der VR China | |
| a) Die Entwicklung der letzten
30 Jahre | Dr. Justus Freytag,
Hamburg |
| b) Gehört Taiwan zum Festland?
Christen und die Rolle der
Unabhängigkeitsbewegung | Albruschat |
| c) Der Besuch der Delegation des
Chinesischen Christenrates in
Deutschland - Versuch einer
Analyse - | Dr. Gruhn |

ca. 19.00 Uhr

8. Arbeit in Arbeitsgruppen

Es wird vorgeschlagen, daß 3 Gruppen gebildet werden,
die gleichzeitig folgende Einzelthemen besprechen:

- Das Streben nach Unabhängigkeit in der chinesischen Kirche: Finanzhoheit, Eigenverwaltung, eigene Mission (= "Drei-Selbst")
- Die Unabhängigkeit einer jungen Kirche in ökumenischer Weite - wie kann dies praktiziert werden?
- Kirche ohne Denominationen - Wunschtraum oder Realität?
- Wie könnte sich der Standpunkt des BMW in der Rolle als ökumenischer Partner bestimmen?

Moderatoren: Freytag, Albruschat, Gruhn.

Sonnabend, 27. November 1982

Beginn: 9.00 Uhr

- | | |
|---|----------------|
| 9. Andacht / Grußwort | Dekan Farisani |
| 10. Bericht aus den Arbeitsgruppen,
Anregungen | |
| 11. Aktuelle Mitteilungen aus der Arbeit
des BMW | Referenten |
| 12. Bericht zur allgemeinen Lage | Dr. Gruhn |
| 13. Verschiedenes | |

Ende gegen 12.00 Uhr

KONSULTATION "CHINA UND SEINE CHRISTEN - EIN EIGENER WEG":

EMPFEHLUNGEN

Arnoldshain, 13.-16. April 1982

Die Gruppenarbeit auf der China-Konsultation hat in drei Gruppen folgende Ergebnisse zu verschiedenen Fragenkreisen des Themas "China und seine Christen - ein eigener Weg" vorgebracht.

I. Geschichtliche Bedingungen für den Dialog mit China

1. Hoffnungen und Enttäuschungen im Dialog mit China

Früher haben Chinesen die Abendländer für Barbaren gehalten, und umgekehrt hat der Westen oft die Chinesen als Barbaren eingeschätzt. Das ist zwar heute weniger der Fall, doch haben sich die Hoffnungen zum besseren Verständnis beider Kulturen nicht erfüllt. Viele Vorurteile und Mißverständnisse sind auf beiden Seiten geblieben. Von den Chinesen wird dem Westen für die Zeit vor 1950 Kulturimperialismus vorgeworfen, nach 1950 ist die Sowjetunion kulturell und technisch in China eingedrungen. Es muß betont werden, daß die Kultur Chinas nicht vollkommen aus sich heraus entstanden ist. In jedem Jahrhundert hat sie Neuerungen von außen angenommen, naturwissenschaftliche und geistige Errungenschaften, oft ohne große Anpassung. Es ist enttäuschend, wenn die Chinesen das heute gerne übersehen. Auch wenn wir Schwierigkeiten haben, ihre Kultur zu verstehen, muß ihre kulturelle Selbstbestimmung doch respektiert werden. Wir sollten eher wohlwollend über das Leben in China urteilen, aber dabei Tatsachen nicht übersehen. Voraussetzung für den Dialog ist es, die Äußerungen der anderen ernstzunehmen und nicht im eigenen Sinne umzuinterpretieren. Ein beharrlicher Dialog mit den Chinesen selber sollte unser Verstehen verbessern und uns zu einem realistischen Urteil verhelfen.

2. Dialog über die Missionsgeschichte

a) Der Dialog über schwierige Phasen der Missionsgeschichte

Die moderne Chinamission ist eng mit dem kolonialen Expansionsdrang der westlichen Länder verknüpft, und das wird immer wieder von den Chinesen hervorgehoben (z.B. in dem neuen Buch von Gu Changsheng Chuanjiaoshi yu Jindai Zhongguo= Die Missionare und das Neue China, Shanghai, April 1981, 455 Seiten).

Während westliche Kirchen die Mission in China vorwiegend als einen opferreichen Liebesdienst ansehen, sehen viele Chinesen darin eine Art Imperialismus und Verletzung ihrer natürlichen Rechte. Hier könnte ein aufrichtiger Dialog Mißverständnisse ausräumen. Westliche Christenheit könnte erfahren, was die Chinesen als falsch ansehen und dabei ihren eigenen Standpunkt erklären. Ein literarischer Dialog über die Missionsgeschichte wäre nützlich, auch für die Kirchen in China. Vorbedingung wäre für beide Seiten Kenntnis der Quellen und ein Zusammenarbeiten von westlichen und chinesischen Historikern. Es wird westlichen Kirchen empfohlen, die Spezialisierung von jungen Sinologen für Kirchen- und Missionsgeschichte und die sinologische Spezialisierung von Theologen zu fördern.

b) Aufarbeitung der Missionsgeschichte

In der Weise, wie uns von chinesischer Seite angetragen wird, einen Schlußstrich unter die koloniale Hypothek der Missionsgeschichte zu ziehen, sollten wir auch bereit sein, diese Haltung für uns zu akzeptieren. Zum anderen muß uns bewußt bleiben, daß ein Verständnis für die chinesische Betonung von kirchlicher Eigenständigkeit und Selbstverantwortung ohne Kenntnis der leidvollen Missionsgeschichte für unsere Gemeinden nicht erreicht werden kann.

c) Ein Aufarbeiten unserer Geschichte der Mission in China bleibt uns aufgegeben. Zugleich sollten wir die Bereitschaft zeigen, Chinesen bei der Erforschung ihrer Missions- und Kirchengeschichte durch Öffnung unserer Archive zu unterstützen ("Rückgabe der eigenen Kirchengeschichte").

II. Was wir von China und seiner Kirche lernen können

1. Wer sind die Kirchen in China

Die evangelischen Gemeinden in China sind zunehmend im Chinesischen Christenrat zusammengefaßt. Organisatorisch sind sie der Chinesischen Patriotischen Drei-Selbst Bewegung verbunden. Ansprechpartner in China für Beziehungen von Christen außerhalb Chinas ist der Chinesische Christenrat.

Die römisch-katholische Kirche in China wird von der chinesischen katholischen Bischofskonferenz geleitet und dem Staat gegenüber von der chinesisch katholischen Patriotischen Vereinigung repräsentiert. Teile der Katholischen Kirche erkennen einen Führungsanspruch der Gremien nicht an, weil die vom Volk und den Priestern gewählten Bischöfe ohne Konsultation mit Rom geweiht worden sind. Anders als für die evangelischen Kirchen sieht sich die römisch-katholische Kirche bei der Anknüpfung offizieller Beziehungen vor bislang ungelöste Schwierigkeiten gestellt.

Beiden Kirchen ist in der jüngsten Geschichte das Streben nach Selbständigkeit gemeinsam. Es findet seinen Ausdruck in der dreifachen Autonomie: Selbstverwaltung, Selbsterhaltung, Selbstausbreitung. Ansätze dazu gab es schon vor dem Jahr 1949: Seit den zwanziger Jahren in den protestantischen Kirchen, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der römisch-katholischen Kirche mit der Errichtung der Hierarchie. Doch die im Anschluß an die Gründung der Volksrepublik radikal betriebene dreifache Selbständigkeit bedeutete zunächst die völlige Trennung von den Kirchen im Ausland. In diesem Prozeß der Selbstfindung der chinesischen Christen wurden neue Kräfte frei. Wenn sie ihren eigenen Weg suchen, bedeutet dies aber nicht, daß sie die Universalität der Kirche in Frage stellen. Um der Universalität der Kirche willen wird die Selbstfindung der chinesischen Kirche von den übrigen Kirchen bejaht. Die chinesischen Christen folgen dem Ruf zum Zeugnis in ihrem sozialistischen Staate in allen ihren Lebensäußerungen. In Treue zum Evangelium dienen sie ihrem Volke. Hierin äußert sich die Glaubwürdigkeit ihres Zeugnisses.

2) Das Zeugnis der Christen in China stellt eine Herausforderung für uns dar

- weil die Christen jahrzehntelang in einem sozialistischen Staat ohne materielle und personelle Unterstützung von außen, ohne die Möglichkeit, hauptamtlich Priester oder Pastoren auszubilden, überlebt haben, und an Zahl gewachsen sind.
- weil sie eine Form gefunden haben, ihren Glauben in einem sozialistischen Staat zu leben, ohne seine marxistische Weltanschauung zu übernehmen, aber doch positiv beim Aufbau der chinesischen Gesellschaft mitarbeiten.
- weil sie dabei sind, eine nachkonfessionelle Form des christlichen Zusammenlebens zu entwickeln, die ein Modell für die ökumenischen Bestrebungen weltweit sein könnte.
- weil sie eine eigenständige chinesische Form des Christseins entwickeln, die dem Christentum ein chinesisches Gesicht und Heimatrecht gibt.
- weil sie uns das lebendige Zeugnis von Glaubensstärke und Glaubens-treue gegeben hat.
- weil sie sich uns im Gebet verbunden wissen.
- weil sie ökumenische Verbindungen suchen.

Wir sind uns bewußt, daß wir immer noch an einem Mangel an Informationen leiden. Wir begrüßen die immer stärker gewordenen Möglichkeiten des gegenseitigen Erfahrungsaustausches, bleiben uns aber bewußt, daß wir die Wirklichkeiten der chinesischen Kirchen und der chinesischen Gesellschaft nicht mit unseren Wunschvorstellungen vermischen dürfen.

Weil unsere Information lückenhaft und bruchstückhaft ist, sollten wir bei allen Schlußfolgerungen und Forderungen vorsichtig formulieren und zu Korrekturen bereit sein.

3. Ein eigener Weg

Angesichts des Weges, den die chinesischen Christen in einem langen und mühsamen Prozeß des Leidens und Lernens gegangen sind, sollte bei uns die Bereitschaft wachsen, ihre geistliche Erfahrung zu teilen, und die besonderen theologischen Impulse, die sich für die chinesischen Christen ergeben haben, ernstzunehmen.

4. Anfrage zu Freiheit und Zwang in der chinesischen Gesellschaft

Viele behaupten, daß das chinesische Volk mehr Freiheiten genieße als früher. Durch die neue Staatsordnung ist die allgemeine Versorgung verbessert und Bildung und materieller Fortschritt gefördert worden. Auch eine klare Formulierung der Rechte der Bürger hat einen größeren Schutz gegen Willkür gebracht. Dennoch werden manche von uns sich fragen, ob der Spielraum, sich politisch zu äußern und neue Ideen auszudrücken, noch immer zu eng gesetzt ist. Vielleicht erlauben die gegenwärtigen Zustände solche Freiheiten nicht, sie müßten jedoch ein Ziel weiteren Bemühens sein. Mag der Freiheitsbegriff in China und im Westen verschieden sein, so ist unübersehbar, daß der einzelne Chinese ein ausgesprochenes Freiheitsbedürfnis hat, das durch die Gesellschaft begrenzt wird. Uns stellt sich die Frage, ob die intellektuellen und religiösen Freiheiten nicht auch in China unabdingbare Voraussetzung für den Fortschritt sind.

III. Empfehlungen für die Förderung des Verständnisses Chinas und seiner Kirche bei uns in der Bundesrepublik Deutschland

1. Dialog von Fachleuten aus Wissenschaft, Technik und Wirtschaft

Der Dialog der Wirtschaftswissenschaftler und Techniker wird hier besonders empfohlen, da sie gute Ausgangsbedingungen im Dialog mit China mitbringen. Es gibt bereits einen Austausch von Wissenschaftlern und Technikern zwischen den Ländern. Aber oft kommt hier kein echter Dialog zustande, eher Austausch von Kenntnissen, oft nur von eigenen Interessen bestimmter Handel. Ein echter Dialog müßte die Freundschaft und das gegenseitige Verstehen der Völker in ihren Produktionsformen und kulturellen Traditionen zum Ziel haben. Arroganz und übertriebener Kulturstolz wird nur gegenteilige Wirkungen haben. Deshalb wird empfohlen, auf einen Dialog vorzubereiten, der über Fachkenntnisse hinaus geht.

2. Kontakt mit Chinesen in der Bundesrepublik

a) Dialog mit chinesischen Wissenschaftlern und Studenten in der Bundesrepublik

Wir empfehlen, die Kontakte mit chinesischen Wissenschaftlern und Studenten, die sich zeitweilig in der Bundesrepublik aufhalten, für den Dialog zu nutzen. Dies ist eine Möglichkeit, die uns allen offensteht. Ohne persönliche Verbindungen zu pflegen und Freundschaften zu schließen, wird kein Dialog zustande kommen. Der Kontakt sollte

auf privater und öffentlicher Ebene gepflegt werden. Auf privater Ebene ist auf die Willigkeit von Einladungen in Familien hinzuweisen. Hier wird es allmählich zu fruchtbaren Aussprachen und gegenseitiger Wertschätzung kommen. Auch im öffentlichen Gespräch finden wir bei unseren Gästen die Bereitschaft, über ihr Land und seine Verhältnisse Auskunft zu geben und in eine Diskussion einzutreten. Dabei ist es wichtig, daß das Gespräch in gegenseitiger Achtung und Offenheit geführt wird.

b) Hilfe für Stipendiaten in der Bundesrepublik

Den chinesischen Studenten, die bei uns ihr Studium machen, kann durch uns in vielerlei Weise geholfen werden, z.B. durch Kontaktaufnahme, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Hilfe beim Studium, Begleitung und Aufnahme in deutsche Familien.

3. Stipendien für Chinesen

Die Unterstützung von Stipendienwerken wie Paulun-Gesellschaft oder Adam-Schall-Gesellschaft durch die Kirchen wird dringend befürwortet.

4. Information über das Land und seine Kirche

Für die Information über die Situation der Kirchen in der Volksrepublik sollte als Grundsatz gelten: Darstellung der religiösen Gesamtsituation unter Einbeziehung aller Gruppen. Die Darstellung sollte sich auf die Beschreibung von Fakten konzentrieren und die Vielgestaltigkeit des christlichen Lebens in China berücksichtigen.

Die Bewußtseinsbildung durch umfassende Information über das sozialistische China und die Situation der chinesischen Kirche beinhaltet den Abbau von Vorurteilen und die Weckung von Verständnis für den eigenen Weg der chinesischen Christenheit.

5. Materialbeschaffung und Studien in der Bundesrepublik

a) Informationsdienst

Von den Materialien und Informationen, die uns zur Verfügung stehen, muß besserer Gebrauch gemacht werden.

Wir empfehlen, den Materialdienst von B. Whyte "Religion in the PRC" in der BRD bekanntzumachen. Dazu muß geprüft werden, wie der Vertrieb für die BRD übernommen werden kann und welche Möglichkeiten einer vollständigen oder teilweisen deutschen Übersetzung durch das Evangelische Missionswerk oder Missio bestehen. Das Material soll für deutsche Publikationen (Mitarbeiterbriefe usw.) aufgearbeitet werden.

b) Studienstelle

Auf evangelischer Seite soll eine Stelle in der BRD eingerichtet werden, die China-Analyse und die Vermittlung von Informationen betreibt, wie dies auf katholischer Seite bereits geschehen ist.

6. Ausbildung von Multiplikatoren

Die gezielte Weiterbildung von Multiplikatoren (Religionspädagogen, Gemeindemitarbeitern usw.) soll in Angriff genommen werden.

IV. Empfehlungen für die kirchlichen Beziehungen zu China

1. Der Rahmen für kirchliche Beziehungen

Gegenseitige kirchliche Beziehungen erfordern Achtung voreinander und volle Gleichberechtigung der Partner. Daher ist besonders zu beachten:

- Partner für kirchliche Beziehungen sollen die Organe der Kirchen in China sein.
- Kirchliche Beziehungen sollen keine Spannungen verursachen oder bestehende Spannungen erhöhen.
- Alles ist auf unserer Seite zu vermeiden, was die Kirchen in China in Konflikt mit ihrem Staat bringen kann.
- Aggressive Propaganda von außen und spektakuläre Spendenaktionen schaden der Kirche in China und sind fehl am Platz.
- Kirchliche Beziehungen sollten nicht nur auf höherer Ebene erfolgen, sondern auch die Gemeinden einschließen.

2. Konkrete Empfehlungen

Unsere Fürbitte für China und seine Kirche ist nötig.

Wir meinen, daß unsere Gemeinden über zweifelhafte Sammelaktionen für China aufgeklärt werden sollen, die auf einseitige und von den Chinesen als unfreundlich verstandene Aktionen wie Bibelschmuggel zielen. Schenkung von Bibeln an Freunde ist möglich, aber größere Aktionen werden von der chinesischen Kirche einstweilen nicht gewünscht, da sie ihre Selbständigkeit in Frage stellen.

Christliche Radiosendungen vom Ausland sollten nicht ohne Konsultation der Christen in China ausgestrahlt werden.

Für eine Intensivierung des Kontaktes fragen wir,

- welche Möglichkeiten für einen Besucheraustausch bestehen,
- wie Studienreisen nach China vorbereitet und durchgeführt werden können,
- ob es ein Bedürfnis auf chinesischer Seite nach der Entsendung von Fachkräften und Spezialisten gibt, die auf Grund einer speziellen Einladung für eine bestimmte Aufgabe nach China gehen könnten,
- Wie auf unsere Medien eingewirkt werden kann z.B. durch Angebote von Mitarbeit und Mitfinanzierung bei der Erstellung von Filmen.

Wir rufen die Kirchen in der Bundesrepublik auf, die missionarische Kraft des Zeugnisses der chinesischen Christen in ihrer säkularen Umwelt als Anstoß für unsere eigene missionarische Situation in unserem Land aufzunehmen und umzusetzen.

Diese Empfehlungen wurden veröffentlicht durch den ökumenischen China-Arbeitskreis auf seiner Sitzung am 07./08. Mai 1982 in Hamburg.

7. 5. 1982

NIEDERSCHRIFT

über die 9. Tagung der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes
vom 7. Mai 1982 im Haus der Mission, Handjerystr. 19-20,
1000 Berlin 41 (Friedenau)

Anwesende Mitglieder: Bessert, Boeckh, Brennecke, Canon, Feder,
Foerster, George, Grüneberg, Gutjahr,
Hamra, Hollop, A. Hollweg, Dr. Hüffmeier,
Kennert, Kirchner, Knorn, Koch, Krause,
Luther, Müller, Neumann, Obst, Peters,
Rötting, Schindel, Schulz, Schwarz,
Soppa, Sylten, Tischler, Treichel, Voegele,
Vogelsang, Dr. Wagner, Waßerfall;

Vertreter des
Missionsrates (soweit
nicht Mitglieder der
Konferenz):

Dr. Lehmann-Habeck, Dr. Runge, Dr. Seeber;

Geschäftsstelle:

Albruschat, Dreusicke, Golda, Dr. Gruhn,
Dr. Hasselblatt, Kriebel, Löbs, Otto;

Vorsitz:
Protokoll:

Sylten
Dr. Arnold, Kunze

Beginn:

17.20 Uhr

TOP 1. Andacht

Kriebel hält die Andacht über Kolosser 1, 19-23.

TOP 2. Eröffnung

Sylten eröffnet die Sitzung, begrüßt die neu in die Missionskonferenz
eingetretenen Mitglieder Kirchner und Dr. Hüffmeier und gedenkt
des Übertritts des Mitglieds George in den Ruhestand (hinsichtlich
seines Amtes als Pfarrer und Superintendent).

TOP 3. Feststellung der Anwesenheit und
Beslußfähigkeit

Der Namensaufruf ergibt die Beslußfähigkeit der Missionskonferenz.
Neumann übernimmt unter allgemeiner Zustimmung die Unterzeichnung
des Protokolls.

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung findet allgemeine Zustimmung.
Sie lautet:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Andacht | Kriebel |
| 2. Eröffnung | Sylten |
| 3. Feststellung der Anwesenheit und
Beslußfähigkeit | Sylten |
| 4. Feststellung der Tagesordnung | Sylten |
| 5. Genehmigung des Protokolls
vom 26./27.2.1982 | Sylten |
| 6. Zur Ausführung der Beschlüsse
vom 26./27.2.1982 | Sylten |
| 7.1 Geänderter Haushalt 1982 | Dr. Seeber / |
| 7.2 Haushaltsvoranschlag 1983 | Dreusicke |
| 8. Bericht zur Lage | Referenten |
| a. in Berlin | |
| b. Äthiopien | |
| c. Südliches Afrika | |
| d. Tanzania | |
| e. Ostasien | |
| f. Nahost | |
| g. Gossner Mission | |
| h. Morgenländische Frauenmission | |
| 9. Verschiedenes | |

TOP 5. Genehmigung des Protokolls vom
26./27.2.1982

Dr. Lehmann-Habeck beantragt, seine Stellungnahme auf Seite 9 des Protokolls dahin zu berichtigen, daß sie lautet:

"Missionstheologie begann einmal als Rechtfertigung einer geschehenen Praxis in der Mission. Heute müßte sie eine fundamentale Bemühung um das Verständnis der Sendung der Kirche sein: sie hätte einerseits danach zu fragen, wie sich die Kirche heute in der Nachfolge Jesu Christi bewähren könne; sie hätte andererseits zu untersuchen, wie sich die Kirche zum Staat und seinen Ordnungen und ihrer Veränderung stellen soll, insbesondere ob sie als Obrigkeitstheologie - wie seit Kaiser Konstantin und der Westkirche und in der orthodoxen Kirche - den Staat grundsätzlich stützen solle."

Frau Bessert beantragt, ihr Votum auf Seite 7 hinten "was die junge Kirche brauche", wie folgt zu ändern:

"Vielfach müsse sie für eine Lage gerüstet sein, die der frühen Märtyrerkirche nahekommte. Die Überlagerungen durch unsere abendländische geschichtliche Entwicklung und unsere kirchlichen Bräuche dürften wir nicht auf die Partnerkirchen übertragen."

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll genehmigt.

TOP 6. Zur Ausführung der Beschlüsse
vom 26./27.2.1982

Sylten berichtet, daß der Missionsrat sich über die weitere Tätigkeit des Grundsatzausschusses wie folgt geäußert hat: der Ausschuss solle bestehen bleiben, und zwar in der bisherigen Zusammensetzung; er solle sich mit Fragen der Menschenrechte, Politik und Mission

in der Unterdrückung nach seiner eigenen Auswahl befassen. Dieser Aufgabenstellung für den Grundsatzausschuß wird allgemein zugestimmt.

Sylten berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen im Missionsrat zu der Empfehlung der Missionskonferenz für die Wiedererrichtung des Lehrstuhls für Missions- u. Religionswissenschaft sowie Ökumenik an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Der Missionsrat dringt auf ein Gespräch zwischen Kirchenleitung, Kollegium der Kirchlichen Hochschule und Berliner Missionswerk; er hat die Bildung eines Ausschusses vorgeschlagen und seine Vertreter für diesen Ausschuß benannt.

TOP 7.1 Geänderter Haushalt 1982

TOP 7.2 Haushaltsvoranschlag 1983

Dr. Seeber berichtet über das Soll 1982, das geänderte Soll 1982 und den Haushaltsvoranschlag 1983. Sie weist darauf hin, daß eine Entlastung der Geschäftsstelle noch nicht beschlossen werden könne, da zuvor der Kirchliche Rechnungshof geprüft haben müsse; diese Prüfung stehe noch aus. Zu Seite 10 und 12 des Haushalts 1982/1983 spricht Frau Dr. Seeber den deutschen Landeskirchen den Dank aus, die die Arbeit des Berliner Missionswerkes ständig in großzügiger Weise unterstützt haben; dieser Dank gilt neben der Berliner Landeskirche vor allem der Evangelischen Kirche in Westfalen. Die Planung des Bombenanschlags gegen Dr. Hasselblatt und das Berliner Missionswerk habe nach Auffassung des Missionsrates bewiesen, daß Sicherungsmaßnahmen für das Missionshaus getroffen werden müssen; die dazu erforderlichen Mittel hoffe der Missionsrat von anderer Seite zu erhalten, habe aber auch für den Fall ihres Ausbleibens für die nötigen Mittel gesorgt. - Die Haushaltsrechnung der Morgenländischen Frauenmission sei noch ganz in eigener Verantwortung dieses Werkes erstellt und werde nur zur Kenntnisnahme vorgelegt; man hoffe, am Ende des Jahres 1982 berichten zu können, wie der Kooperationsvertrag vom 19.4.1981 mit praktischer Kooperation erfüllt worden ist.

Dreusicke führt zu dem vorliegenden Haushalt aus: Der Anteil der Berliner Kirche am Gesamthaushalt des Berliner Missionswerkes beträgt ungefähr 40 %; der Anteil des Berliner Missionswerkes am Gesamtetat der Berliner Kirche liegt bei 1,3 %; der entsprechende Anteil des Entwicklungsdienstes beträgt 0,69 %. Neben der Berliner Kirche gebührt unser besonderer Dank der Evangelischen Kirche von Westfalen für ihre ständig gewährte und auch für dieses Jahr zugesagte Unterstützung; sie hat insbesondere auch zur Mitfinanzierung bestimmter Projekte in Südafrika und vor allem zur Ermöglichung des Neubaus in Talitha Kumi/Bethlehem beigetragen. Die Bausumme in Talitha Kumi wird sich mit Rücksicht auf das Ansteigen des Dollar-Kurses von DM 5,4 Mio. auf DM 6 Mio. erhöhen. Das BMW bemüht sich um eine Zusatzfinanzierung durch die Bayerische Landeskirche und Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) bzw. den Kirchlichen Entwicklungsdienst. Es wird auch notwendig sein, daß wir die für diesen Bau zweckgebundenen Nahostrücklagen unseres eigenen Haushalts zur Projektfinanzierung verwenden. Die Bauarbeiten in Talitha Kumi schreiten gut voran; die Turnhalle ist bereits fertiggestellt.

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat - veranlaßt durch den Streit über Talitha Kumi - für die Zukunft eine weitere Unterstützung der Nahostarbeit des Berliner Missionswerkes abgelehnt (Haushalt Seite 12, Position 30.046). Es gab aber Verhandlungen zwischen Bischof Dr. Kruse und Präses Brandt; über das Ergebnis

sind wir noch nicht unterrichtet worden. Wir hoffen aber, daß die Evangelischen Kirche im Rheinland uns weiter unterstützen wird. Vorsorglich haben wir die Zuwendungen Seite 36 Position 35.741 und 35.745 und einen Betrag von DM 80.000.- als Zuwendung an die Evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien (ELCJ) gesperrt.

Auf der Ausgabenseite haben wir als noch nicht gelöstes finanzielles Problem die beiden Häuser in der Augustastraße (Umbaumaßnahmen, Fassadenerneuerung); darauf wird bei der nächsten Haushaltsberatung zurückzukommen sein.

Wir werden nicht umhin können, im Jahre 1983, spätestens aber im Jahre 1984, ein neues Datengerät anzuschaffen, da das alte Datengerät überholt ist, häufig Reparaturen erfordert und Ersatzteile außerordentlich schwierig zu beschaffen sind (Seite 30 Position 31.942).

Die Pauschalzuwendung an die Ev.Kirche in Tanzania (Seite 56 Position 71.7) hat sich erhöht, weil sie früher in DM, nunmehr aber in tanzanischen Schillingen versprochen wird.

Der Zuschuß der Arbeitsgemeinschaft für Bewußtseinsbildung und Publizistik des Kirchlichen Entwicklungsdienstes zu den Kosten des KED-Referates (Seite 68 Position 91.04) ist nach langen und schweren Verhandlungen nochmals für die Dauer von fünf Jahren in Aussicht gestellt worden, allerdings in verminderter Höhe. Infolgedessen wird das BMW in Zukunft einen Zuschuß von etwa DM 25.000.- bis DM 30.000.- leisten müssen.

Die Entwicklung der Kollekten und Gaben (Seite 16 und 18) gibt zu Sorgen Anlaß. Nach einer kontinuierlichen Steigerung der Kollekten von 1974 bis 1981 hatten wir im Jahre 1982 DM 2 Mio. zu erhalten. Die Eingänge an Gaben und Kollekten in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres, in denen wir sogar aus besonderen Anlässen sehr stark geworben hatten, sind stark zurückgegangen, so daß wir für das Jahr 1982 mit einem Rückgang von 10 - 20 % rechnen müssen.

In der Aussprache fragt Frau Schwarz nach den Gründen, die die Evangelische Kirche im Rheinland zur Ablehnung weiterer Zuschüsse für die Nahost-Arbeit veranlaßt haben. Zur Beantwortung weist Dreusicke auf Folgendes hin: Die ELCJ müsse aus ihrer Isolierung herausgeführt werden; bisher habe der ELCJ als Kirche der Jerusalemsverein als einzige Missionsgesellschaft gegenübergestanden. In den letzten Jahren seien durch Einbeziehung von Kirchen aus Schweden, Finnland und den USA sowie der VELKD internationale Beziehungen für die ELCJ geschaffen worden; auch sei ein gemeinsames Programm mit der Koptisch-evangelischen Kirche in Ägypten in Aussicht genommen. Die Differenzen zwischen der ELCJ und der Ev. Kirche im Rheinland seien dadurch entstanden, daß die ELCJ dem Vorschlag, für die Schulen der ELCJ eine internationale Stiftung mit starker Beteiligung der ELCJ zu schaffen, das Verlangen, selbst allein Träger des Schulwesens zu sein, entgegengesetzt habe. Die Ev. Kirche im Rheinland habe geantwortet: wenn die ELCJ die alleinige Trägerschaft in Anspruch nehme, dann könne sie nicht mehr mit den finanziellen Leistungen der Ev. Kirche im Rheinland rechnen; Verantwortung für die Leitung der Schulen und ihre Finanzierung müßten in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

In der Debatte über die Datengeräte (Seite 30 Position 31.942 und

31.943) fragt George, warum das BMW sich nicht wie die EKIBB an das Datengerät der Hamburger Kirche anschließe. Dreusicke erwidert, daß Großdatengeräte (Hamburg und Berlin) völlig unbrauchbar für die Bedürfnisse des BMW seien, da dieses 18.000 Adressen individuell bearbeiten müsse (Danksagung an die einzelnen Spender). Soppa weist darauf hin, daß eine Mehrausgabe von DM 60.000.- entstanden wäre, wenn sich das BMW seinerzeit für Leasing anstelle des Kaufs eines Datengerätes entschieden hätte. Dr. Seeber legt dar, daß das BMW auf die Erledigung seiner Aufträge lange hätte warten müssen, wenn es sich seinerzeit nicht ein eigenes Datengerät gekauft, sondern sich an den Großcomputer der EKIBB angehängt hätte. Voegele führt aus, das Beispiel der Christoffel Blindenmission zeige, daß sich ein Spenden-Computer in etwa 18 Monaten bereits bezahlt mache. Man werde allerdings noch als ethisches Problem prüfen müssen, ob man bei Verwendung ganz persönlicher Daten in einem mechanisch hergestellten Brief an einen Spender bei diesem den - falschen - Eindruck erwecken dürfe, daß der Unterzeichner des Briefes den Empfänger sozusagen persönlich kenne. Auf eine Frage von Neumann teilt Dreusicke mit, daß durch das Datengerät im Dankort zwei Drittel einer Stelle eingespart worden sind.

Zur Arbeit des Referats Öffentlichkeit und Presse regt Dr. Hüffmeier an, man solle eine Reduzierung der hohen Kosten (Seite 30 Position 31.671/672/673) in Angriff nehmen. Frau Loebs teilt mit, daß die Auflageziffern lauten: "MISSION" 13.000, "IM LANDE DER BIBEL" 8-9.000, "Weltmission aktuell" 100.000. Zu der Anregung von Dr. Hüffmeier, man solle einen Verbund mit der Wochenzeitung "DIE KIRCHE" schaffen, teilt Albruschat mit, daß das BMW der "KIRCHE" die dem BMW zur Verfügung gestellten Seiten bezahlen müsse. George warnt vor einem engen Verbund mit der "KIRCHE", denn ihr Image in Berlin stehe fest und würde sich dann abträglich auf das BMW auswirken. Die Zeitschrift "MISSION" sei gut und gut verbreitet - bis hin zu den Wartezimmern der evangelischen Ärzte. Die Zeitschrift "Weltmission aktuell" biete für den einfachen Leser zuviel; bei den Projektkalendern könne man Einsparungen vornehmen. Frau Bessert empfiehlt ebenfalls, von einem engen Verbund mit der "KIRCHE" Abstand zu nehmen. Einsparungen durch Verringerung des Umfangs der Zeitschriften seien mit Rücksicht auf die hohen Papierpreise zu empfehlen. Man solle öfter prüfen, ob sich ein Artikel nicht in eine Nachricht umschreiben lasse. Dreusicke legt dar, ein Verbund von "IM LANDE DER BIBEL" mit "MISSION" wäre effektiver und sparsamer, es sei aber zu bedenken, daß das BMW hinsichtlich von "IM LANDE DER BIBEL" vertraglich gebunden sei, deshalb seien wegen einer Verbindung der beiden Zeitschriften Verhandlungen der Geschäftsstelle mit dem Vorstand des Jerusalemvereins erforderlich. Frau Loebs hält dem entgegen, daß wer sich für "IM LANDE DER BIBEL" interessiere, nicht ohne weiteres auch Interesse für "MISSION" habe; eine Zusammenlegung der beiden Zeitschriften könne deshalb zu einem Rückgang der Spenden führen. Eine Beibehaltung der Zusammenarbeit mit der "KIRCHE" sei zweckmäßig, weil man so Leser erreiche, an die man sonst nicht herankomme. Für "Weltmission aktuell" seien Hunderte von Bestellungen und auch Äußerungen eingegangen. Voegele empfiehlt, die Öffentlichkeitsarbeit auszuweiten und dabei auch kleine Gruppen auszusondern und gezielt anzusprechen. Neumann berichtet aus eigener Erfahrung, daß sich "Weltmission aktuell" und "IM LANDE DER BIBEL" zur Weitergabe an Interessierte sehr

I eignen. Er verweist auch auf den guten Besuch (600 Personen im Gottesdienst und 180 Personen in der Gemeinde-Veranstaltung), den das Kreismissionsfest in Neukölln gehabt habe, und empfiehlt Nachahmung. Frau Loebis teilt mit, daß im BMW selbst eine Initiative für ein neues Überdenken der Konzeption der Veröffentlichungen des BMW geplant sei.

I Nach einer Aussprache, an der sich Frau Bessert, Boeckh, Dr. Gruhn, Sylten und Voegele beteiligen, stellt Sylten unter allgemeiner Zustimmung fest, daß die Mitarbeiter des BMW sich auch in diesen Fragen jederzeit, wenn sie es wünschen, an Mitglieder der Missionskonferenz als Gesprächspartner wenden können.

Voegele fragt nach den Gründen für den Rückgang der Spenden.

Es wird beschlossen:

B Die Geschäftsstelle wird gebeten, der Missionskonferenz über die Entwicklung der Gaben und Kollekten und über die Gründe der Entwicklung zu berichten.

Nachdem der Haushaltsvoranschlag 1982/83 in allen seinen Teilen zur Aussprache aufgerufen ist, werden folgende Beschlüsse gefaßt:

- B
- 1.) Vom Soll 1982 wird Kenntnis genommen;
 - 2.) Dem geänderten Soll 1982 wird ohne Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltung zugestimmt;
 - 3.) Das Soll 1983 wird ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung festgestellt.
 - 4.) Von der Haushaltsabrechnung 1981 und dem Gesamthaushalts-Voranschlag 1982/1983 der Morgenländischen Frauenmission wird Kenntnis genommen.

TOP 8. Bericht zur Lage

Dr. Gruhn berichtet zur Äthiopienklärung des BMW - beschlossen von der Missionskonferenz vom 26./27.2.1982: Bevor das Papier von der Kirchenleitung beraten werden konnte, wurden auf Vorinformationen hin aus Kreisen der EKD, der Äthiopienarbeitsgruppe der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und des Ev.-luth. Missionswerks in Niedersachsen, Hermannsburg, Bedenken erhoben, weil es an einer Absprache mit der Ethiopian Evangelical Church Mekane Yesus und deutschen kirchlichen Stellen gefehlt habe. Die Kirchenleitung erwog, ob sie eine Zustimmung zur Äthiopienklärung des BMW vorerst nicht aussprechen sollte. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte der Attentatsversuch auf das BMW. Die Kirchenleitung entschied sich dahin, ihre Entschließung bis zum Abschluß der deutschen innerkirchlichen Konsultationen, die ohne Einbeziehung der Öffentlichkeit erfolgen sollten, zurückzustellen. Der zuständige Synodalausschuß hat sich am Konsultationsverfahren beteiligt. Vorgesehen sind ein Zwischenbericht des Bischofs auf der Synode sowie ein Gespräch mit dem Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen am 18.5.82. Dieses (ELM/Hermannsburg) hat die Abrede, das Gespräch intern zu führen, nicht eingehalten und eine Stellungnahme veröffentlicht. Es ist aber davon auszugehen, daß nach Abschluß der Konsultationen auf der Herbsttagung der Synode ein positiver Abschluß erzielt wird.

Zum Bombenanschlag: Am 17. März 1982 erhielt Dr. Hasselblatt eine vertrauliche Warnung. Am 22. März explodierte im Hotel "Domus" eine schwere Paketbombe. Die Polizei fand unzweifelhafte Hinweise, daß Dr. Hasselblatt und das BMW das Ziel des Anschlags sein sollten. Der Missionsrat hat am 19. April d.J. folgenden Beschluß gefaßt:

Wort des Missionsrates des Berliner Missionswerkes

Der Missionsrat ist erschrocken und bestürzt darüber, daß der Äthiopienreferent Pfarrer Dr. Hasselblatt und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes nur knapp einem Bombenanschlag entgangen sind.

Der Missionsrat spricht allen Mitarbeitern des Berliner Missionswerkes seine ausdrückliche Anerkennung für ihre Besonnenheit in dieser schwierigen Situation aus. Er ist bestrebt, soviel an ihm liegt, mögliche und nötige Schritte der Sicherung zu veranlassen.

Der Missionsrat bittet darüber hinaus alle, denen die Arbeit des Missionswerkes am Herzen liegt, nicht müde zu werden, die Mitarbeiter in der Geschäftsstelle in die Fürbitte einzuschließen.

Der Missionsrat verurteilt nachdrücklich derartige Methoden des Terrors und der Bedrohung und beklagt die Opfer der vorzeitigen Explosion vom 22. März 1982, die ihre Gesundheit bzw. ihr Leben verloren haben.

Der Missionsrat bedauert feststellen zu müssen, daß der Attentatsplan sowie zusätzliche Drohungen die Berechtigung der Darstellungen und Analysen des Missionswerkes im Blick auf die Verhältnisse in Äthiopien in erschütternder Weise bestätigt haben. Der Missionsrat warnt vor einer Unterschätzung der für solche Terrormaßnahmen Verantwortlichen und appelliert an alle mit Äthiopien befaßten kirchlichen und missionarischen Stellen in Deutschland, auch diese jüngsten Ereignisse sorgfältig zu prüfen und verantwortlich zu bedenken.

Die Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes wird gebeten, um der Glaubwürdigkeit des Evangeliums und um des Gewissens willen nicht nachzulassen in ihrem verantwortlichen Einsatz für die Leidenden, Verfolgten und Unterdrückten in aller Welt. Auch hier bittet der Missionsrat alle, denen die Arbeit in Äthiopien am Herzen liegt, nicht müde zu werden, die Menschen in Äthiopien in die Fürbitte einzuschließen.

Der Missionsrat betet zusammen mit den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, der nachfolgenden Mahnung des Apostels Paulus gerecht werden zu können:

"Nun sucht man nicht mehr an den Haushaltern,
als daß sie treu erfunden werden." (1.Kor. 4,2)

Die Deutsche Botschaft in Addis Abeba ist über den Bombenanschlag genau unterrichtet worden. Das BMW steht mit der Ethiopian Evangelical Church Mekane Yesus brieflich und persönlich in Kontakt. Es ist offensichtlich, daß diese Kirche in ihren Entschließungen nicht völlig frei ist.

Dr. Hasselblatt legt dar, daß die Berichte über Zwangsverschleppungen, Zwangsarbeiten, Selbstmorde usw. auch durch die jüngsten Nachrichten bestätigt werden. Alle diese Maßnahmen laufen unter der Bezeichnung "Umsiedlungslager". Ziel ist, die Bevölkerung über Tausende von Kilometern hin durcheinanderzuwürfeln und riesige Staatsgüter zu schaffen.

Dreusicke berichtet über die Prozesse gegen Pfarrer und Kirchenälteste im Vendaland, die vor zwei Gerichten Anfang Juni 1982 beginnen werden. Zu den Zielen, die erreicht werden sollen, gehört auch, daß die drei State witnesses wieder frei werden.

Golda gibt den Fürbitt-Gottesdienst am 1. Juni um 18.30 Uhr in der Apostel-Paulus-Kirche bekannt.

Kriebel berichtet über die Kirchenspaltung der indischen Gossner-Kirche, daß die neue Nordwest-Gossner-Kirche etwa 50.000 bis 70.000 Mitglieder hat, die alte Kirche etwa 350.000 Mitglieder. - Die Gossner Mission in Berlin nimmt an der Friedensarbeit in Berlin durch Mitwirkung in der Hauskonferenz (Programmgestaltung) des Friedenszentrums Martin Niemöller teil. Dr. Hüffmeier begrüßt das Engagement der Gossner Mission für den Frieden als vorbildlich.

George gibt zu bedenken, ob es für das BMW zweckmäßig sei, sich so stark wie bisher für Christen in Taiwan einzusetzen, während bereits erkennbar sei, daß Verbindungen zu Christen in China möglich seien. Soppa erwidert, 90 % der Glieder der Partnerkirche in Taiwan seien Taiwanesen und nicht Festlandchinesen, so daß dem BMW eine einseitige Ausrichtung nicht angelastet werden könne. Im übrigen beobachte der Arbeitskreis Ostasien die Entwicklung in China sehr genau - auch im Hinblick auf Christen, die vor der Beendigung der Missionsarbeit in China zu Gemeinden der Berliner Mission gehörten. Boeckh empfiehlt, Kontakte zu chinesischen Christen intensiv wahrzunehmen; man müsse damit rechnen, daß eine Zeit komme, in der sie wieder ohne Verbindung zur abendländischen Christenheit werden leben müssen. Albruschat teilt mit, daß vom BMW eine Reise nach China geplant sei und daß die Zahl der Christen in China von 1945 bis 1979 von 500.000 auf 700.000 gestiegen sei.

Albruschat berichtet über die Lage in Korea, Japan und Taiwan. Auf die Anlage "Aktuelle Informationen (Stand 5.5.1982) dieser Niederschrift wird Bezug genommen (Anlage 2).

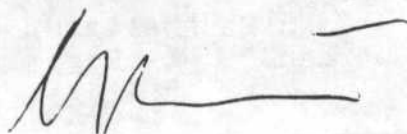
Frau Otto berichtet über die Entwicklung der Morgenländischen Frauenmission. Auf die Anlage⁴ zu dieser Niederschrift wird Bezug genommen.

Beigefügt sind ferner: Bericht des Afrikareferenten Pfr. H. Meißner vom 30.4.1982 (Anlage 1).
Bericht der Gossner Mission (Anlage 3 a u. 3 b).

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung, daß der Termin zur nächsten Tagung der Missionskonferenz erst später bestimmt werden soll.

Sylten schließt die Tagung mit Gebet.

Schluß: 21.15 Uhr.



(Sylten)



(Neumann)

Bericht vor der Missionskonferenz am 7.5.82

1. Vandaland

Wie bei der letzten Missionskonferenz ausführlich berichtet, stehen Pfarrer und Gemeindeglieder im Vandaland unter der Anklage, an einem Überfall auf die Polizeistation in Sibasa beteiligt gewesen zu sein. Auf Bitten der Evangelisch-Lutherischen Kirche im südlichen Afrika und unter Federführung des Berliner Missionswerkes haben sich der Lutherische Weltbund, der British Council of Churches, das Nationalkomitee der Lutheraner in den Vereinigten Staaten, die Vereinigte Evangelische Kirche Deutschlands und das Berliner Missionswerk um koordinierte Berichterstattung und Hilfeleistung bemüht. Dabei ist es gelungen, den Angeklagten Rechtsanwälte zu stellen, die das Vertrauen der Betroffenen und ihrer Familien genießen. Der Prozeß soll am 1. Juni 1982 beginnen. Im Auftrag der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West) und des Berliner Missionswerkes werden Herr Bischof Dr. Kruse und ich zu diesem Zeitpunkt in das Vandaland fahren, um die Gefangenen und ihre Familien zu besuchen, die Gemeinden zu stärken und Gespräche mit Vertretern von Kirche und Regierung zu führen. Darüber wird dann später ausführlich zu berichten sein.

2. Botswana

Auf der letzten Missionskonferenz wurde außerdem kurz über die Entwicklungen im Kirchenstreit in Botswana berichtet. Zum damaligen Zeitpunkt hatten sich Vertreter der miteinander streitenden Kirchen zu einem Versöhnungsgespräch getroffen und eine Vereinigung beider Kirchen bis zum Reformationstag 1982 beschlossen. Die einzelnen Schritte zu dieser Versöhnung wurden im Protokoll festgelegt und die Delegierten verpflichteten sich, in den sie entsendenden Gemeinden sich dafür einzusetzen. Leider hat die ELCSA Botswana Diocese inzwischen diese Vereinbarungen pauschal abgelehnt und darauf bestanden, daß die Pfarrer und Gemeinden der Evangelical Lutheran Church in Botswana die Pfarrhäuser und Kirchen räumen. Allerdings hat sich die Kirchenleitung der ELCSA dafür verwandt, daß die Versöhnungsgespräche doch wieder in Gang kommen, obwohl der damals vorgesehene Zeitplan auf keinen Fall mehr eingehalten werden kann. Die in Botswana kooperierenden Missionen (Vereinigte Evangelische Mission, Church of Sweden Mission, Hermannsburger Mission, Lutherischer Weltbund und Berliner Missionswerk) haben sich geeinigt, sich weiter an die damals gefaßten Beschlüsse der Konsultation zu halten, bis zu einer Einigung weder Personal noch Finanzen nach Botswana zu schicken. Bei der bevorstehenden Reise von Bischof Dr. Kruse und mir wird auch über dieses Problem mit ELCSA zu verhandeln sein.

30. April 1982

Herbert Meißner

OSTASIENAktuelle Informationen (Stand 5.5.82)Südkorea

Die politische Situation in Südkorea kann nach den Veränderungen im Jahre 1980 (Kwangju-Aufstand; Verurteilung Kim, Dae-Jung; erneuten Entlassungen und Verurteilungen von Theologieprofessoren und Pfarrern unserer Partnerkirche) als weiter instabil bezeichnet werden.

Schlaglicht dafür ist das Ereignis in Pusan (März 1982), das sich während des Aufenthaltes unserer Reisegruppe abspielte. Nach dem Brandanschlag auf ein Kulturinstitut der USA in Pusan und ein amerikanisches Hotel kam es zu harten Polizeimaßnahmen.

Die Regierung selbst begann am Tag nach dem Pusan-Anschlag mit umfangreichen Kontrollen im ganzen Land, besonders unter jungen Leuten, errichtete in Kwangju Verkehrskontrollen, führte bis zu 6.000 Hausdurchsuchungen durch und nahm zahlreiche Personen fest. Zur Zeit sind noch mehr als 400 Verhaftete nicht freigelassen worden.

Während in der koreanischen Presse (engl.) der Anschlag als von "kommunistischen Kräften" verübt apostrophiert wurde, haben uns Gesprächspartner nach dem Anschlag verdeutlicht, daß die in den Vordergrund tretende Aggression gegen die USA nur vorgeschoben sei. Zentral wollen einzelne Gruppen die Regierung selbst treffen, deren Maßnahmen in Kwangju 1980 und danach nicht vergessen sind und denen man ständig mit Mißtrauen begegnet.

Die am 24. April gemeldete Verhaftung des Moderators unserer Partnerkirche, Pfarrer Park, Hyung-Kyu, mit zwei anderen Mitgliedern des KCAO (Korean Christian Action Organisation) ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Die Verhafteten sind wieder frei.

Die schnell gefundenen Hauptschuldigen im Pusan-Fall deuten daraufhin, daß man Opposition von Studenten generell und von den Kirchen fürchtet.

Die generelle Beobachtung der Gruppe bei Gesprächen mit Kirchenführern und relevanten Personen, etwa der Gruppen noch Inhaftierter läßt sich zusammenfassen in dem Fazit:

In kirchlichen Kreisen gibt es keine geschlossene Opposition; die Gruppe um Kim, Dae-Jung, deren Angehörige und Freunde müssen als Gefahr für die Regierung gelten, wenn sie bald in Freiheit gesetzt würden.

Der Kampf um Freilassung durch Familienangehörige und Einzelne in kirchlichen Kreisen ist bemerkenswert, bedarf aber ständiger Begleitung und Unterstützung vom Ausland.

Pfarrer Park, Hyung-Kyu, Moderator unserer Partnerkirche, wird im Juni zu einem Besuch der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) erwartet.

Taiwan

Vom 13.-16. April 1982 fand in Tainan die Synode unserer Partnerkirche, der Presbyterianischen Kirche in Taiwan, statt. Das Verhältnis von Kirche und Staat schlug sich in manchen Resolutionen nieder.

Die Synodalen beschlossen u.a. einstimmig, an die Regierung heranzutreten und sie um die Freilassung des zu sieben Jahren verurteilten höchsten Kirchenfunktionärs Dr. Kao und der Leiterin der Bibelschule Frau Lin zu ersuchen.

Da selbst nach mehrfachem Erbitten in dieser Sache aus Kreisen der Regierung keine befriedigende Antwort erfolgte, unterschrieben führende Persönlichkeiten der betroffenen Kirche die neue Resolution. Diese neue Aktion brachte einmal mehr deutlich zum Ausdruck, daß sämtliche Synodale sich mit der Haltung und Handlung im Gefolge des Kaohsiung-Zwischenfalls vom 10. Dezember 1979 Abgeurteilten identifizieren, weil die Betreffenden in vollem Einklang mit der christlichen Lehre und dem Evangelium handelten.

Bekanntlich erhebt die Kuomintang als Partei und Regierung bis heute den Anspruch, für Gesamt-China zu sprechen.

Kirchliche Besucher aus der Oekumene, auch aus der EKD oder Berlin, haben keine generelle Verbesserung im Verhältnis Kirche-Staat herbeiführen können.

Der Gruppenbesuch hat unterstrichen, daß Partnerschaft auch darin besteht, politische Konfliktgründe kennenzulernen, eine eigene Stellung zu begründen und sich einzureihen in die Stimme derer, die der PCT seit Jahren Solidarität bekundeten.

Zu den gefaßten Beschlüssen der Kirche gehörten u.a.:

Verstärkte Tätigkeit in sozial-missionarischen Bereichen, eine besorgte öffentliche Stellungnahme um die Deponie des Atomabfalls auf der Orchideeninsel, eine vorzeitige Freilassung von Pastor Dr. Kao Chun-Ming und der Ältesten Lin Wen-Chen, sowie finanzielle Unterstützung der an Ostern eingeweihten "Gi-Kong" in Taipei.

Die Errichtung der Gi-Kong-Kirche, Taipei, an der Stelle der Ermordung der Angehörigen von Rechtsanwalt Lin Yi-Hsiung stellt ein österliches Ereignis dar. Damit wurde ein Zeichen der Versöhnung gesetzt.

:

Gossner Mission

Kurzbericht für Missionskonferenz, 7.5.1982

Am 29. und 30. April hat das Kuratorium der Gossner Mission in Berlin getagt. Aus dieser Sitzung sind 3 Verhandlungspunkte berichtenswert:

1. Auf Bittten der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau hat die Gossner Mission den hauptamtlichen Sekretär des Initiativausschusses "Ausländische Mitbürger in Hessen", Pfarrer Lüderwaldt, als Mitarbeiter in ihrem Mainzer Arbeitszentrum angestellt. Pfarrer Lüderwaldt wird weiter als Sekretär des Initiativausschusses tätig sein. Damit kann das Mainzer Zentrum der Gossner Mission seine Verbindung zu ausländischen Mitbürgern erheblich intensivieren.
2. Aufgrund der neuen Auseinandersetzungen um das EMW auf der EKD-Synode und auf der württembergischen Synode in Fellbach im November 1981 hat die Gossner Mission eine Erklärung abgegeben, in der sie sich als Mitglied des EMW hinter dessen Arbeitsweise stellt und die Androhung von finanziellen Konsequenzen als unangebracht zurückweist. Es wäre sicher wünschenswert, wenn auch andere EMW-Mitglieder sich zur Arbeit des EMW bekennen würden.
3. Die Gossner Mission möchte die Bitte unseres Berliner Bischofs aufnehmen und versuchen, in einem Falle an der Legalisierung einer Hausbesetzung und damit an der Befriedung der Stadt mitzuwirken. Erste Gespräche haben mit der betreffenden Kirchengemeinde, den Hausbesetzern, dem Senat, der betreffenden Wohnungsbaugesellschaft und verschiedenen kirchlichen Experten stattgefunden. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Erklärung der Gossner Mission zum Streit um das EMW

Aus Anlaß der erneuten Auseinandersetzungen auf der EKD-Synode Anfang November 1981 um das Evangelische Missionswerk, sowie aus Anlaß des Beschlusses der Württembergischen Evangelischen Landessynode Ende November 1981, die bisherige Zweckbestimmung von ca. DM 2 Mio. für die "Liste des Bedarfs" des Evangelischen Missionswerkes in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) aufzuheben und umzuformulieren in "Förderung weltweiter missionarischer Arbeit", erklärt das Kuratorium der Gossner Mission:

1. Nachdem die Mitgliederversammlung des EMW im September 1980 und die EKD-Synode im November 1980 ein von EMW und EKD gemeinsam erarbeitetes Papier "Zur Frage nach dem Missionsverständnis heute" gebilligt bzw. angenommen haben, sollte kein Zweifel mehr daran bestehen oder neu gesät werden, daß das EMW den weltweiten Missionsauftrag Gottes an alle Christen zur Grundlage seiner Arbeit gemacht hat. Die diesbezüglichen Anschuldigungen gegen das EMW auf der EKD-Synode und auf der Württembergischen Evangelischen Landessynode im November 1981 sind ein Rückfall in die Zeit vor Annahme des Osnabrücker Papiers, den wir bedauern.
2. Der Jahresbericht 1981 des EMW hat sich nicht aus eigener Entscheidung des Hamburger EMW-Stabes auf das Thema "Armut und Reichtum" konzentriert. Vielmehr hat die EKD-Synode in Osnabrück ausdrücklich um weitere biblisch-theologische Vertiefung und praktische Konkretisierung der Themenbereiche "Arme und Reiche", "Heilsverkündigung und Einsatz für politisch-soziale Gerechtigkeit", "Lebensstil" und "missionarisches Handeln in der Gegenwart" gebeten. Der EMW-Vorstand hat diesen Wunsch der EKD-Synode im Januar 1981 aufgenommen und beschlossen, sich bis zur Mitgliederversammlung 1981 vorrangig dem Thema Armut zuzuwenden. Der Jahresbericht 1981 des EMW vor der EKD-Synode legt also mit seiner Konzentration auf dieses Thema davon Rechenschaft ab, wie die Theologische Kommission des EMW den entsprechenden Wünschen von EKD-Synode und EMW-Vorstand nachgekommen ist. Die Beschäftigung mit dem Thema "Reiche und Arme" wird von der Gossner Mission wie auch von anderen Mitgliedern des EMW um der Glaubwürdigkeit unserer Teilnahme an Gottes weltweiter Mission willen für dringend und notwendig gehalten.
3. Der Gossner Mission liegt daran, daß sich das EMW nun auch den anderen Themen zuwendet, die von der EKD-Synode in Osnabrück benannt worden sind. An der biblisch-theologischen Vertiefung und an den praktischen Konsequenzen unseres Missionsverständnisses muß ständig weitergearbeitet werden. Hinter die gemeinsame Grundlage des Osnabrücker Papiers sollten wir dabei nicht zurückfallen.
4. Die auf der Württembergischen Evangelischen Landessynode vollzogene Umbenennung des Haushaltstitels "EMW-Hamburg" ist verstanden worden als Androhung, dem EMW Mittel für die "Liste des Bedarfs" zu entziehen. Finanziellen Druck halten wir in dieser Frage für unangebracht. Uns liegt vielmehr daran, daß die biblisch-theologische Vertiefung und die praktischen Konsequenzen unseres Missionsverständnisses von allen Beteiligten gemeinsam und ohne sachfremde Druckmittel erarbeitet werden.

Pastorin Christa Otto

MORGENLÄNDISCHE FRAUENMISSION
BERLINFrauen-Verein für christliche
Bildung des weiblichen Geschlechts
im Morgenlande gegründet 1842Missionsheim
Finckensteinallee 27
1 Berlin 45
Telefon: 030 / 833 70 31

26. April 1982

Zur Lage der Morgenländischen Frauenmission

I Geschichtliche Entwicklung

1842. 10. November Gründung der Morgenländischen Frauenmission
Vorbild der 1834 in London gegründete Frauenmissionsverein, der unverheiratete Lehrerinnen zur Missionsarbeit aussandte.
- 1846ff Mitaussendungen über britische Missionsgesellschaften.
- 1851 Übernahme des Gehalts von zwei Kaiserswerther Lehrdiakonissen in Jerusalem. Beginn der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit Kaiserswerth.
- 1863 ff Mitaussendungen von Lehrerinnen und Schwestern in Verbindung mit der Gossnerschen Missionsgesellschaft, der Berliner Missionsgesellschaft, der Rheinischen Missionsgesellschaft.
1883. 26. Januar Verabschiedung des noch heute mit geringfügigen Änderungen gültigen Statuts
1883. 22. Oktober Verleihung der Rechte einer juristischen Person durch Kaiser Wilhelm I.
1896. 24. April Gründung eines Schwesternheims für Missions-schwestern. Beginn der Ausbildung zur Missionarin
1919. 28. Juli Kauf des Hauses Finckensteinallee 27, das von Friedrich von Bodelschwingh 1902 ursprünglich für Ostafrika-Mission gebaut wurde.
- 1920 Missionsseminar wird erweitert zu einer Bibelschule für die Ausbildung von Religionslehrerinnen im kirchlichen Auftrag.
- 1921 Erste Abnahme eines Bibelschulexamens durch das Ev. Konsistorium
1933. 20. Oktober Abschluß eines Vertrages mit der Rheinischen Missionsgesellschaft, nach dem Schwesternarbeit und Ausbildung in eine enge Verbindung treten. 'Neue Schwestern führt er (Morgenländischer Frauenmissionsverein) in die Rheinische Mission... Er kann aber auch an zweiter Stelle anderen Missionsgesellschaften, die um Hilfe bitten, Schwestern überlassen....'

<u>1939 - 1944</u>	Die Bibelschule mußte geschlossen werden. (1912-1939 = 258 Schülerinnen)
<u>1944, April</u>	Schwere Beschädigung des Hauses durch Luftangriff
<u>1945ff</u>	Wiederaufbau der Arbeit durch Oberin Katharina Schubert. Missionsfeste, Jahresfeste, Bibelstunden, Treffer und Rüstwochen für ehemalige Bibelschülerinnen, Versand des Freundesgrußes.
<u>1945, 1. September</u>	Neueröffnung der Bibelschule. Schwerpunkt: Ausbildung von Gemeindeheferinnen.
<u>1959, 11. Mai</u>	Einweihung des Feierabendheims (Altersheim mit 27 Plätzen)
<u>1965, 27. Februar</u>	Einweihung des Schwesternwohnheims (Seniorenwohnheim mit 21 Wohneinheiten)
<u>1966</u>	Beendigung des Saalanbaus mit Gästezimmern
<u>1969</u>	Ende der Bibelschularbeit (1945-69 = 155 Schüler.
<u>1969 ff</u>	Verstärkte Gästearbeit, insbesondere auch Gäste aus der DDR.
<u>1981, 5. März</u>	Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit dem Berliner Missionswerk. § 1 (1) Das Berliner Missionswerk und die Morgenländische Frauenmission verpflichten sich, den Gedanken der Frauenmission weiter zu pflegen und nach Möglichkeit neu zu verwirklichen. Dazu sollen die Vertragspartner Missionsarbeit in Ostindien, Syrien und Ägypten beleben. Auch kirchliche Aus- und Fortbildung, wie sie früher in der Morgenländischen Frauenmission erfolgte, soll wieder aufgenommen werden. Die Morgenländische Frauenmission soll wieder stärker als mitsendende Mission tätig werden.

II Gegenwärtige Situation

Die Beherbergung und Betreuung von Gästen ist derzeit der wichtigste Arbeitszweig der Morgenländischen Frauenmission. Die Gebäude mit ihren verschiedenen räumlichen Möglichkeiten eignen sich gut für Tagungen und Seminarveranstaltungen, bieten aber auch Einzelgästen länger- und kurzfristig Unterkunft. Das große Gartengrundstück (3 3/4 Morgen oder 9457 qm) ist in Lichterfelde verhältnismäßig verkehrsgünstig gelegen (A 84 hält vor der Tür; 10 Min. Busfahrt zum Rathaus Steglitz). Auch die personelle Ausstattung ist so, daß sowohl Zimmer mit Frühstück als auch mit Voll- und Teilverpflegung abgegeben werden.

Da das Feierabendheim (Altersheim) nicht mehr den Anforderungen des Heimgesetzes entspricht, bauliche Veränderungen die Platzzahl zu sehr verringern würden, hat der Vorstand der Morgenländischen Frauenmission beschlossen, den Arbeitszweig 'Altersheim' nicht mehr weiterzuführen. Die Altersheimzimmer werden allmählich in Gästezimmer umgewandelt.

Im Augenblick hat die Morgenländische Frauenmission 46 Gästebetten, vorwiegend in Einzel- und Doppelzimmern. (Einfache Ausstattung mit Etagenbad bzw. Etagedusche) Mit Notbetten können bis zu 52 Personen untergebracht werden; es wird angestrebt, daß schließlich einmal ca. 60 Gästebetten zur Verfügung stehen. Gegenwärtig gelten folgende

Preise: Einzelzimmer m. Frühstück 30.--DM, Doppelzimmer m. Frühstück 24. --DM. Mittagessen 8,50 DM, Kaffee m. Gebäck 5.--DM Abendessen 6.--DM - Das Haus hatte 1981 eine Auslastung von mehr als 60% im Jahresdurchschnitt.

Bei den Gästen handelt es sich fast ausschließlich um kirchliche Gruppen aus der Bundesrepublik und Berlin. Dazu kommen zunehmend Gäste aus dem Bereich der Ökumene. Ein besonderer Personenkreis der häufig und regelmäßig im Haus tagenden Gruppen sind die Gruppen des Blauen Kreuzes und des Kreuzbundes (Alkoholikerrehabilitation). Einzelgäste sind oft ältere Berliner, die nicht mehr verreisen können und im Hause Erholung suchen, Rentner aus der DDR, Berlinbesucher aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland. Die Zahl der Besucher ohne kirchlichen Bezug ist dabei gering.

Die Morgenländische Frauenmission führt das Schwesternwohnheim als Seniorenwohnheim mit 21 Wohneinheiten weiter. Dieses Haus entspricht den Anforderungen des Heimgesetzes, geringfügige Anpassungen werden gegenwärtig mit Hilfe von Lottomitteln vorgenommen.

Die Pflege des Freundes- und Ehemaligenkreises der Morgenländischen Frauenmission bleibt wichtiger Arbeitszweig des Werkes (Spendenaufkommen jährlich ca. 120 000.-- DM). Vier- bis fünfmal jährlich erscheint das Mitteilungsblatt 'Gruß an die Freunde der Morgenländischen Frauenmission' (Auflage ca. 5 500 Exemplare). Missions- und Jahresfest und Rüstwoche für die ehemaligen Bibelschülerinnen sind die traditionellen, gut besuchten Veranstaltungen der Morgenländischen Frauenmission.

Im aktiven Missionsdienst arbeiten im Augenblick zwei Absolventinnen der Bibelschule: Schw. Ingelore Lengning/Palau-Inseln (über Liebenzeller Mission), Schw. Rosemarie Behrens/Nias, Indonesien (über Vereinigte Evangelische Mission).

Die finanzielle Situation des Werkes ist angespannt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: a) Aus menschlichen Gründen wird auf eine 'Umsetzung' der noch im Altersheim lebenden hochbetagten alten Damen (10 Personen) verzichtet; dies bedeutet aber, es muß noch Personal vorgehalten werden. Künftig kann in diesem Bereich eine Stelle wegfallen. b) Bei den Mitarbeitern lagen zT. erhebliche Unterbezahlungen vor. Eine Anpassung an das allgemeine kirchliche Lohn- und Gehaltsgefüge war zum 1.1.1982 zwingend nötig. Allerdings ist auch hier durch zwei künftig wegfallende Stellen beim Hauspersonal mit einer gewissen Entlastung zu rechnen. c) Die Teuerung läßt sich bei gleichbleibenden kirchlichen Zuschüssen auch bei sparsamster Haushaltsführung nicht auffangen (Gesamthaushaltungsvolumen 1981: 1.227.549,90DM Zuschüsse: 1981: 188.205,42 DM) d) Die Preise für Unterkunft und Verpflegung lassen sich nicht mehr steigern, wenn nicht eine Komfortverbesserung vorgenommen wird. - Die Grundstücke der Morgenländischen Frauenmission sind schuldenfrei; das Werk ist als gemeinnützig anerkannt.

III Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung

Es liegt der Morgenländischen Frauenmission daran, in ihrer inhaltlichen Arbeit eine stärkere Öffnung zur Berliner Kirche zu bekommen, ohne allerdings zugleich die eigene Identität zu verlieren. Die Kooperation mit dem Berliner Missionswerk entspricht diesen Zielen. Sie ließe sich in folgenden Arbeitsbereichen inhaltlich verwirklichen: a) Die Morgenländische Frauenmission kann zukünftig ihre Gästearbeit verstärkt in den Dienst des Berliner Missionswerkes stellen. Es ist durchaus möglich, die Morgenländische Frauenmission ohne allzu große Investitionen zu einem kirchlichen Gäste- und Tagungszentrum auszubauen, das über das Berliner Missionswerk und seine Belange hinaus

der Berliner Kirche überhaupt zur Verfügung steht. Dabei ist zu bedenken, daß die Räumlichkeiten sich auch für Unterrichts- und Seminararbeit eignen. b) Die Morgenländische Frauenmission möchte zukünftig wieder stärker als mitsendende Mission tätig werden. Da an eine Ausbildungsarbeit wohl in nächster Zeit nicht zu denken ist, ließe sich möglicherweise über das Berliner Missionswerk die Verbindung zu einzelnen in der Mission tätigen Mitarbeiterinnen und ihrer Arbeit herstellen. c) Im Bereich des Gemeindedienstes ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Berliner Missionswerk und Morgenländischer Frauenmission denkbar. Dabei wäre es wohl am besten, wenn die Morgenländische Frauenmission bestimmte abgrenzbare Aufgaben übernehmen könnte.

Der Kooperationsvertrag sieht auch im organisatorischen Bereich eine Verbindung zwischen Berliner Missionswerk und Morgenländischer Frauenmission vor. Es sollten für die Zusammenarbeit Organisations- und Rechtsformen gefunden werden, die dem kleinen Werk seine Identität nicht nehmen.

Ilse Otto



Berliner Missionswerk · Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder der Missionskonferenz
des Berliner Missionswerkes

nachrichtlich:
an die Stellvertreter

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: MISSIONSKONFERENZ
Telefon: (030) 85 10 21 - Der Vorsitzende -
cable: Weltmission Berlin

7. April 1982

Betr.: Einladung zur 9. Tagung der Missionskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Hiermit lade ich Sie herzlich zu unserer nächsten Missionskonferenz
am Freitag, dem 7. Mai 1982, Beginn: 17 Uhr c.t.

im Haus der Mission, Handjerystraße 19, Berlin 41,
(im Goßnersall /Erdgeschoß)

ein.

Wie Sie aus beigefügter Tagesordnung ersehen, wird sich die Konfe-
renz schwerpunktmäßig mit dem geänderten Haushalt 1982 und dem Haus-
haltsvoranschlag 1983 zu beschäftigen haben. Die Unterlagen gehen
Ihnen rechtzeitig vor der Tagung zu.

Im zweiten Teil der Konferenz soll Raum gegeben werden für die
wichtigsten Informationen aus den Arbeitsgebieten des Berliner Mis-
sionswerkes, die ja nicht ohne aktuelle Brisanz sind.

Ein kleiner Imbiß wird vor Beginn der Tagung gereicht.

Die Missionskonferenz ist eine öffentliche Veranstaltung. Wir bit-
ten die Mitglieder, auf beigefügter Antwortkarte - oder telefonisch
unter Tel.Nr. 85 10 21, App. Frau Kunze - möglichst umgehend mit-
zuteilen, ob sie teilnehmen werden, damit in ihrem Verhinderungs-
fall der Stellvertreter eingeladen werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

(W. Sylten)

Anlagen

- Tagesordnung
- Antwortkarte (für die Mitglieder)

9. Tagung der MISSIONSKONFERENZ am Freitag, dem 7. Mai 1982
Beginn: 17 Uhr c.t.
Ort: Handjerystraße 19 in Berlin 41 (Haus der Mission)

Vorläufige Tagesordnung

- | | |
|--|-----------------|
| ✓ 1. Andacht | <u>Kriebel</u> |
| ✓ 2. Eröffnung
Begrüßung der Gäste | Sylten |
| ✓ 3. Feststellung der Anwesenheit und
Beschlußfähigkeit | Sylten |
| ✓ 4. Feststellung der Tagesordnung | Sylten |
| ✓ 5. Genehmigung des Protokolls
vom 26./27.2.1982 | Sylten |
| ✓ 6. Zur Ausführung der Beschlüsse
vom 26./27.2.1982 (en-Zweit) | Sylten |
| ✓ 7.1 Geänderter Haushalt 1982 | Dr. Seeber / |
| ✓ 7.2 Haushaltsvoranschlag 1983 | Dreusicke |
| ✓ 8. Bericht zur Lage
(Tischvorlagen): | Referenten |
| ✓ a. in Berlin | |
| ✓ b. Äthiopien | |
| ✓ c. Südliches Afrika | |
| — d. Tanzania | |
| ✓ e. Ostasien | |
| — f. Nahost | |
| ✓ g. <u>Goßner Mission</u> | |
| h. Morgenländische Frauenmission | |
| 9. Verschiedenes | |
| 10. Abschluß | gegen 21.00 Uhr |

Mitteilung im BMW

Datum: 13.4.82

Von:

An:

Betr.: Missionsrat

19.4.82

Unterlagen zu

TOP 5 (Anlage 3)

TOP 8

TOP 9 und

TOP 10.

Bitte ergänzen durch Haushalt BMW
und MFM, der bereits in Ihren Händen
ist.

Bruschat

Dreusicke

Golda

Dr.Gruhn

Dr.Hasselblatt

Hoffmann

Kriebel

Löbs

Meißner

Otto

1. April 1982

PROTOKOLL:

der Sitzung des Haushaltsausschusses der Missionskonferenz des
Berliner Missionswerkes im 1000 Berlin 41, Handjerystr. 19/20
am 1. April 1982 um 15:30 Uhr

Anwesende Mitglieder: Neumann, Obst, Dr. Rhein, Dr. Seeber (Vor-
sitzende), Seemann

Beratend für das BMW: Dreusicke, Wenzel (Protokoll)

Entschuldigte Mitglieder: Knorn, Minkner, Rieger

Dr. Seeber eröffnet die Sitzung mit der vorliegenden Tagesordnung.

TOP 1 Haushaltsvoranschlag 1982/83 BMW

Der vorläufige Abschluß 1981 ist ausgeglichen. Für 1982 und 1983 ergeben sich Defizite, die um 1% liegen. Die Geschäftsstelle wird versuchen, diese Defizite durch entsprechende Haushaltsführung zu erwirtschaften.

Vorsitzende ruft die einzelnen Seiten des Haushaltsentwurfes auf.

Einnahmen

Der Zuschuß der Rheinischen Kirche (EHSt 30.046) von DM 240.000.-- ist vorerst abgelehnt worden. Hier sind Gespräche zwischen Rheinland, dem EMW in Hamburg und Berlin erforderlich. Bis zur Klärung wurden folgende Ausgaben, die hiermit im Zusammenhang stehen, gesperrt:

AHSt 35741	EMW Hamburg (Liste des Bedarfs)	DM 150.000.--
AHSt 35745	VEM Wuppertal	" 10.000.--
AHSt 45711/45781	ELCJ und Talitha Kumi	" 80.000.--

Der Staatszuschuß für den Besucherdienst EHSt 30.051 von DM 20.000.-- ist durchlaufend geplant (vgl. AHSt 36.74). Es bestehen Hoffnungen, diesen Betrag von Bonn zu erhalten.

Die Partnerschaften im Kollektenbereich auf Seite 18 und bei den Ausgaben auf Seite 42, 50 und 56 haben auch eine Werbewirkung. Es handelt sich um durchlaufende Beträge, die nicht haushaltswirksam sind.

Die Partnerschaft Charlottenburg/Swaziland wird mit je DM 2.000.-- für 1982 und 1983 mit eingeplant. Dafür wird die Planung für Schöneberg/Bothabelo um den gleichen Betrag reduziert.

Die Mieteingänge Lichterfelde, Augustastr. (EHSt 32.121) sind in 1981 im Verhältnis zu 1980 wegen der verminderten Belegung der Missionarswohnungen stark zurückgegangen.

Die Zinseinnahmen Südafrika (EHSt 63.118) erhöhten sich im Verhältnis zur ursprünglichen Planung 1980, da auch noch nach Auflösung der Geschäftsstelle in Südafrika Zinsen anfallen.

Ausgaben

Die Ausgaben für die Instandhaltung der Maschinen (AHSt 31.55) erhöhten sich erheblich. Hier entfallen DM 21.400.-- alleine auf den Computer.

In der AHSt 31.942 Erwerb von beweglichen Sachen, wurden für eine Neuorganisation des Rechnungswesens bereits Beträge angesetzt. Zur Umstellung auf ein neues Datengerät werden von der Verwaltung noch entsprechende Vorlagen erarbeitet. Es wird eine Kooperation mit dem Evang. Missionswerk in Niedersachsen (Hermannsburg) angestrebt. Infolge der bekannten Bombendrohungen bezüglich Äthiopien, wird es erforderlich, die Sicherheit des Hauses zu überprüfen. Der Architekt hat Auftrag, entsprechende Kostenvoranschläge vorzulegen. HA beschließt, einen Betrag bis zu DM 150.000.-- bereitzustellen für Sicherheitsmaßnahmen des Hauses Handjerystraße sofern eine Finanzierung von anderer Seite nicht möglich sein sollte. Der Betrag wird aus Betriebsmitteln bereitgestellt. Auf Seite 51 wird für die AHSt 63.741 eine Anmerkung gemacht: Vgl. EHSt 30.036 (Seite 10).

Die Bauschaltzuwendungen ELCT (AHSt 71.711) wurden angehoben, da wir in Tanzania-Schilling zusagen mußten.

Stellenplan Berlin

KG und HA empfehlen dem Missionsrat, die Stelle Karzek höher zu stufen in die Vgr. IVb/IVa. Die Aufgaben als Sachbearbeiter sind umfangreicher geworden und seine Leistungen sind sehr gut.

KED-Sonderhaushalt

Der Zuschuß von AGKED wurde für weitere fünf Jahre zugesagt, jedoch in den Sachausgaben vermindert. Die Personalkosten werden voll, die Sachkosten nur teilweise übernommen. Das BMW hat für die Defizite Beträge in der AHSt 35.751 eingeplant.

Talitha Kumi-Sonderhaushalt

Es besteht die Aussicht, daß die Defizite 1982 und 1983 in Höhe von ca. 120.000 DM vom Folgekostenausschuß des EMW in Hamburg übernommen werden.

Farmen Südafrika

Hier ist eine Ausweitung der Tierzucht geplant.

HA-Beschluß: HA empfiehlt dem MR, den Haushaltsvoranschlag 1982/83 der Missionskonferenz zur Beschlußfassung vorzulegen.

TOP 2 Haushaltsvoranschlag 1982/83 der MFM

Die hohen Defizite bei der MFM ergeben sich aus der richtigen Einstufung der Mitarbeiter nach den Ordnungen der EKIBB mit

und den Mehrkosten für die Leiterin	ca. DM 70.000.--
	ca. " 50.000.--
	<u>ca. DM 120.000.--</u>

Die Leiterin wurde im Haushalt des BMW durchlaufend gepant als Erstattung durch die MFM.

Trotz des Kooperationsvertrages mit dem BMW kann eine Übernahme der Defizite durch das BMW erst infrage kommen, wenn durch eine Beteiligung des BMW an allen finanziellen Entscheidungen bei der MFM sichergestellt ist. Das BMW muß auch in diesem Fall an anderer Stelle

finanziell entlastet werden. Hier ist das Grundstück in Lichterfelde mit einzubeziehen.

HA erinnert an die Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Gesamtkomplex Lichterfelde aus dem Protokoll vom 28.9.81.

HA empfiehlt, daß die Vorsitzende des Ausschusses an den Beratungen der Verhandlungskommission MFM/BMW teilnimmt. Hier ist es erforderlich, daß im Sinne einer finanziellen Mitverantwortung mit Nachdruck verhandelt wird.

Die Sitzung schließt um 18:00 Uhr.

Dieses Protokoll gilt als genehmigt, wenn innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung an die Mitglieder von keiner Seite Änderungswünsche angemeldet werden.

Berlin 41, den 2. April 1982

Protokoll:

(Wenzel)

Vorsitz:

J. Seeber
(Dr. Seeber)

zu TO 8
Anlage

Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen

Missionswerk der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und der Ev.-luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe. Zusammenarbeit mit ev. Kirchen in Hessen und im Elsaß und ev.-luth. Gemeinden und Freundeskreisen.

Missionsanstalt Hermannsburg · Ev.-Luth. Mission (Leipziger Mission)



Arbeitsgebiete in Obersee: Äthiopien · Südliches Afrika · Indien · Lateinamerika. Deutschland: Missionsseminar · Gemeindedienst für Weltmission/Volksmission
Bildungsarbeit · Öffentlichkeitsarbeit · Begegnungsstätte Ludwig-Harms-Haus · Nieders. Luth. Heimvolkshochschule · Missionshandlung (Buchhandlung, Druckerei)

ELM · Postfach 1109 · D 3102 Hermannsburg

An das
Konsistorium der Ev. Kirche
in Berlin-Brandenburg

sowie

An das
Berliner Missionswerk

Eingegangen: 30. MRZ. 1982 Name: _____ Bearw.: _____ Post: _____	
---	--

Missionszentrale:
Georg-Haccius-Straße 9
Postfach 1109
D 3102 Hermannsburg
Telefon (05052) 3301
Telex 925911 elm d

Außenstelle Hildesheim:
Weinberg 57
D 3200 Hildesheim
Telefon (05121) 81041/42

- Äthiopienreferat -

Hermannsburg, den 26. März 1982
Schef/Bu

Betr.: Erklärung des Berliner Missionswerkes zum
christlichen Dienst am Horn von Afrika

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

In seiner Sitzung am 16.03.1982 hat der Vorstand des Ev.-luth. Missionswerkes die Erklärung des Berliner Missionswerkes zur Kenntnis genommen und bedauert, daß die Erklärung ohne Konsultation mit anderen mit Äthiopien verbundenen kirchlichen Stellen verfaßt und publiziert wurde. Gleichzeitig hat der Vorstand des ELM eine Stellungnahme zu der Erklärung des BMW erarbeitet und diese Stellungnahme in seiner Sitzung am 23.03.1982 beschlossen. Im Auftrage des Vorstandes schicke ich Ihnen die Stellungnahme als Diskussionsbeitrag zu in der Hoffnung, daß sie zur Klärung der unterschiedlichen Auffassungen in der Wahrnehmung des christlichen Dienstes am Horn von Afrika beiträgt, besonders im Hinblick auf die Fortführung der Partnerschaft mit der EECMY.

Unter dem Eindruck des versuchten Bombenanschlages auf Pastor Hasselblatt und das Berliner Missionswerk erklärt das ELM seine tiefe Betroffenheit und seine große Besorgnis darüber, daß nun auch anstehende Probleme im Zusammenhang mit dem christlichen Dienst am Horn von Afrika mit Gewalt gelöst werden sollen.

Deshalb bitten wir darum, daß möglichst die Auseinandersetzung mit der Erklärung des Berliner Missionswerkes nicht in der Öffentlichkeit (Presse), sondern im innerkirchlichen Gespräch geführt wird. Das ELM ist weiterhin zu diesem Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

H. Schiffer

(In Vertretung)

D/VELKD, Oberkirchenrat Krause
AGKED, Herrn Drewes

IKA Hannover, Oberlandeskirchenrat Meyer-Roscher

Bankkonten: Kreissparkasse Celle, Zweigstelle Hermannsburg (BLZ 257 501 501) Kto. 055530042 · Postscheckkonto Hannover 6176-301
Städtsparkasse Hildesheim (BLZ 259 500 011) Kto. 4004068 · ev. Kreditgenossenschaft eG, Hannover (BLZ 250 607 01) Kto. 0600016

Stellungnahme des Vorstandes des ELM

Zu einer Erklärung des Berliner Missionswerkes zum christlichen Dienst am Horn von Afrika mit dem Titel "Äthiopien - Revolution und Nation, Menschenrechte und Flüchtlingshilfe":

1. Da der kirchliche Dienst am Horn von Afrika vor allem auf Äthiopien bezogen ist und zu einem großen Teil von der EECMY, mit der das ELM partnerschaftlich verbunden ist, getan wird und die Christen dort davon betroffen sind, muß eine Erklärung dazu unter allen Umständen mit dieser Kirche, die noch funktionsfähig ist, abgesprochen und abgestimmt sein. Wir können die in I (5) dargelegte Meinung nicht teilen.
2. Die mit der EECMY kooperierenden Kirchen und Missionswerke haben weiter vorrangig eine Aufgabe in Äthiopien. Ihre personellen und finanziellen Beiträge in Äthiopien und Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge außerhalb des Landes müssen deutlich voneinander unterschieden bleiben. Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge als christlicher Dienst der Kirchen sollte nicht politisch gesehen, ethnisch verengt oder gar gruppenspezifisch mißbraucht werden.
3. Die EECMY ist nicht mit bestimmten Landesteilen und völkischen Gruppen in Zusammenhang zu bringen und zu identifizieren. Sie tritt gegenüber der orthodoxen Kirche und dem Staat auch nicht als eine Art Gegenkirche auf. Sie stellt selbst ein Stück Integration der Nationalitäten dar und ist auch noch nach der Revolution als Kirche anerkannt.
4. Wie Einblicke in und Beurteilung von Ereignissen und Vorgängen in Äthiopien gewonnen werden, ist entscheidend wichtig. Einsicht in die Lage der Dinge ist unseres Erachtens nicht leichter von außen möglich, und Sachkompetenz sollte denen, die im Lande leben und arbeiten, nicht abgesprochen werden. Die Aufrechterhaltung der Arbeit im Lande sollte in ihrer Notwendigkeit und Bedeutung nicht verkannt werden.
5. Das Flüchtlingsproblem am Horn von Afrika ist kein ausschließlich äthiopisches. Hilfsmaßnahmen zugunsten äthiopischer Flüchtlinge, deren Zahl nicht zu hoch angesetzt werden darf, sollten durchgeführt, aber nicht politischen Zielen dienstbar gemacht werden.
Die "eigene humanitäre Hilfsorganisation" eines großen Teils der Flüchtlinge kann in ihren Kriterien nicht die Übereinstimmung mit KED als gegeben feststellen.
Der christliche Dienst umfaßt auch die Muslime. Doch was beinhaltet er für sie?
6. Die Stellung zum und das Ansehen des Islam in Äthiopien ist vor und nach der Revolution nicht die gleiche: Er wird mehr und mehr neben der orthodoxen Kirche als Bestandteil des religiösen Lebens gesehen und gilt neben der orthodoxen Kirche auch als eine althergebrachte Religion - im deutlichen Gegensatz zu den durch die Missionen "hinzugekommenen Glaubensrichtungen". Hier muß kritisch gefragt werden, was da die Anerkennung der

Religionsfreiheit bedeutet. Ob Religionsfreiheit und "Religionsverfolgung" mit einem "Geheimdokument" in Verbindung gebracht werden können, bleibt umstritten. Zur Beurteilung von Gliedern der Mekane Yesus Kirche als "Pfingstler" kommt es auch, weil so geprägte Christen in dieser Kirche Zuflucht gesucht und sich ihr angeschlossen haben und das eine Spannung erzeugte und belastend wirkte.

7. Wenn man von der Substanz einer Kirche redet, sollte man das nicht nur an äußeren Dingen exemplifizieren. Nach unserer Kenntnis ist in der orthodoxen Kirche der Gewinn einer spirituellen Tiefe und eine verstärkte Beteiligung an ihren Gottesdiensten und Festen zu beobachten.
8. Das Nationalitätenproblem muß im Zusammenhang der Einheit eines Landes und einer Nation als Vielvölkerstaat gesehen werden. Bei der Vielzahl der Sprachen ist das Bemühen um eine gemeinsame Sprache legitim, doch hängt viel davon ab, wie dieses Anliegen vertreten und der Anspruch erhoben wird. Die anderen Sprachen haben ihre eigene Bedeutung und sollten sie behalten, und das Bemühen darum sollte unterstützt werden. Positive Ansätze sind festzustellen, müssen aber verstärkt fortgeführt werden.
9. Die Alphabetisierung darf nicht nur als Amharisierung interpretiert und von daher negativ beurteilt werden. Ein Alphabetisierungsprogramm in lateinischer Schrift ist nicht die Lösung der anstehenden Probleme und sollte nicht politische Zielsetzung sein und in ihrer Konsequenz (auch für die EECMY) bedacht werden.
10. Die Landreform kann noch nicht abschließend beurteilt werden; festzustellen ist: Die Höhe der materiellen Abgaben und die drastische Erhöhung der Steuern macht sie weitgehend zunichte.
11. Die in III (25) genannten Fluchtgründe sollten von allen Betroffenen beachtet, doch hinterfragt und die Intention der Siedlungspolitik nicht als nur politisch bestimmt dargestellt werden.
12. Eine kulturmorphologische Betrachtungsweise, die einen "amharischen Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus" feststellt und demgegenüber ein föderatives Äthiopien als Ziel angibt, ist eine verkürzte und einseitige Darstellung und Deutung des Sachverhaltes für die Zeit seit Menelik II. Der seit Generationen sich vollziehende Eingliederungs- und Verschmelzungsprozeß der Völker (Stämme), der noch andauert, ist nicht zu übersehen. In ähnlicher Weise stellt sich dieses Problem auch in anderen Staaten Afrikas.
13. Eine Erklärung zum christlichen Dienst am Horn von Afrika mit besonderem Bezug auf Äthiopien ist nicht Sache eines einzelnen Missionswerkes, sondern die aller involvierten Missionsgesellschaften und Missionswerke, kirchlicher Dienste und kirchlicher Weltbünde. Der christliche Dienst aller dort vertretenen und arbeitenden Organisationen und die Möglichkeiten dafür müssen in einer sachgemäßen Darstellung berücksichtigt werden.

Seit der letzten Sitzung des MR im vorigen Jahr, in der vor allem über die Schularbeit auf der Westbank, einschließlich Talitha Kumi berichtet wurde (siehe Protokoll MR 7/81 vom 7.12.81) haben Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen bzw. in verschiedenen Gremien stattgefunden. Erst nach der letzten Sitzung des Beirates Nahost Ende März 1982 haben sich in Gesprächen mit Bischof Haddad Gesichtspunkte ergeben, die der ELCJ und dem BMW u.U. ermöglichen könnten, aus der Sackgasse der Konfrontation über Schulentwicklungs- und Finanzierungsfragen herauszukommen und zu einer neuen gemeinsamen Zukunftsperspektive für die ELCJ-Schulen und Talitha Kumi zu gelangen.

1. Die Verhandlungen vom Dezember 1981 bis März 1982

- 1.1. In der besagten MR-Sitzung vom 7.12.1981 hatte MR die Bitte von COCOP an den lutherischen Weltbund begrüßt, Verhandlungen zur Gründung einer internationalen Organisation für die lutherischen Schulen zu führen, wie auch die vorgesehenen Bemühungen zur Gründung einer umfassenden Organisation für lutherische/evangelische Kooperation und Koordinierung im Heiligen Land (siehe Protokoll MR 7/81, TOP 8, B 1 u. 3).
- 1.2. Gleichzeitig stellte MR fest, entsprechend der Feststellung in COCOP im Oktober 1981, daß drei Parallelklassen in den Schulen Talitha Kumi und Bethlehem im Grundstufen- und Mittelstufenbereich nicht zu finanzieren sind (Protokoll MR 7/81, TOP 8, B 4).
- 1.3. Anbetrachts des steigenden Schuletats und der steigenden Lebenshaltungskosten auf der Westbank hat die ELCJ ihre Partner Anfang Februar 1982 wissen lassen, daß sie Anfang dieses Jahres ein Gesuch bei der jordanischen Regierung in Amman um Subventionierung ihrer Schulen und Talitha Kumi eingereicht hätte. Ob und unter welchen Bedingungen solche Subventionen gegeben werden, ist völlig ungewiß. Bevor das BMW für Talitha Kumi solche Subventionen annehmen könnte, müßte völlige Klarheit über die Bedingungen geschaffen werden, und es müßten eingehende Beratungen mit der ELCJ und

den Partnern stattfinden. MR sollte sich in diesem Zusammenhang die letzte Entscheidung in bezug auf Talitha Kumi und gegebenenfalls in bezug auf weitere Subventionen für die Schularbeit der ELCJ vorbehalten.

- 1.4. Bei der Zypern-Konsultation des LWB über das Heilige Land (2.-5.2.1982) wurden Empfehlungen verabschiedet, die auf die Gründung einer umfassenderen Organisation und auf eine stetigere lutherische Konsultation und Kooperation im Heiligen Land hinzielen. Nicht die Überseeorganisationen und Kirchen sollen so zusammengeschlossen werden, sondern die jeweiligen Kirchen/Gemeinden und Werke vor Ort. Eine derartige Organisation - wenn wie zustande käme - würde aller Wahrscheinlichkeit nach COCOP weder ersetzen noch überflüssig machen; es sei denn, es käme noch zusätzlich zu einer Gründung einer internationalen Organisation für die lutherischen Schulen.
- 1.5. Bei der erwähnten Zypern-Konsultation des LWB wurde auf Anregung der Vertretung der ELCJ die Empfehlung ausgesprochen, die Frage einer internationalen Schulorganisation z.Zt. auf Eis zu legen, um Zeit für die Heilung von Wunden aus der Kontroverse um die gescheiterte Integration Talitha Kumis in die Entscheidungskompetenz der ELCJ zu gewinnen. Es hat sich herausgestellt, daß auf alle Fälle die ^{sowohl} Abteilung Weltdienst des LWB in bezug auf die Berufsschule Beit Hanina als auch der schwedische Jerusalemverein in bezug auf die schwedische Schule an der Hebronstraße kein Interesse an einer internationalen Schulorganisation gezeigt haben.
- 1.6. Direkt nach der Zypern-Konsultation besuchte eine Delegation der Abteilung Kirchliche Zusammenarbeit des LWB die Westbank, um u.a. erste Gespräche über die Gründung einer möglichen internationalen Schulorganisation - vor allem für die ELCJ-Schulen und Talitha Kumi - zu führen. Darüber sollte in der Sondersitzung von COCOP in Berlin (25.3.1982) ein Zwischenbericht gegeben werden.

- 1.7. Bezeichnend für die Haltung der ELCJ war die Entscheidung des Kirchenrats der ELCJ Mitte Dezember 1981, die Bitte COCOPs an den LWB, Verhandlungen über die Bildung einer internationalen Schulorganisation aufzunehmen, und mit eigenen Vorschlägen und Ideen entgegenzukommen, die aber nach der Zypern-Konsultation und dem Besuch des LWBs wieder aufgehoben wurde.
- 1.8. Ein Vorschlag Präsident Rankes vom JV zur Organisationsform ("paritätische Mitbestimmung") liegt seit Anfang Februar 1982 vor, falls es zu ernsthafteren Bemühungen um die Bildung eines gemeinsamen Beratungs- und Entscheidungsgremiums der ELCJ und der Geldgeber für die Schularbeit auf der Westbank kommen sollte. Dieser Vorschlag wurde in der Beiratssitzung Ende März vorgelegt.
- 1.9. Die ELCJ hat aber nach der Zypern-Konsultation und dem Besuch der LWB-Delegation ihren Standpunkt für die Verhandlungen in Berlin Ende März 1982 in einem Beschluß des Kirchenrats der ELCJ vom 26. Februar festgelegt, dessen Inhalt der COCOP-Sitzung und der Nahostbeiratssitzung vorlag. Nach der Aufhebung der Integrationsbeschlüsse durch Berlin (MR Protokoll 5/81 vom 31.8.1981, TOP 4 b.-d., S.6) sehe der Kirchenrat der ELCJ keine Basis mehr für das "Unified School Scheme" (1978), das die Grundlage für die Schulplanung auf der Westbank, vor allem für die Entwicklung Talitha Kumis und des großen Bauprojekts dort gewesen ist. Eine internationale Schulorganisation sei nicht nötig, um die ELCJ-Schulen zu finanzieren, wenn eine Integration Talitha Kumis und der Berufsschule Beit Hanina in das ELCJ Schulsystem nicht vollzogen wird. Die ELCJ wolle auf alle Fälle die Bethlehemer Schule als Mittelschule behalten, wie auch immer über die Zahl der Klassen in Talitha Kumi entschieden wird.

2. Die März-Sitzungen 1982

- 2.1. Die Berliner Sondersitzung von COCOP am 25. März und die Beiratssitzung am 26. März befassten sich mit der gegebenen Situation. Nach der Berichterstattung der Abteilung Kirchliche Zusammenarbeit des LWB und einer Darlegung des Standpunktes der ELCJ stellte COCOP fest, daß eine Integration, wie sie früher vorgesehen war, z.Zt. auf allen Ebenen zusammengebrochen sei. Das BMW hat in der jetzigen Lage die Verpflichtung Talitha Kumi auch in der weiteren Entwicklung zu finanzieren, mit der damit gegebenen Gefahr, daß Talitha Kumi ein Großteil der dem BMW zur Verfügung stehenden Finanzen aufbrauchen könnte. Zu dieser Feststellung ist es auch gekommen, weil das BMW berichten mußte, daß die Gespräche auf höchster Ebene mit der Rheinischen Kirche bis jetzt ergebnislos geblieben sind und daß die dadurch entstandene Finanzlücke im Haushalt Talitha Kumis nicht ohne Beeinträchtigung der Subventionen an die ELCJ und ihren Schulhaushalt aufgefangen werden kann. Andere Mitglieder von COCOP stellten fest, daß sie ihre Beiträge in letzter Zeit im Blick auf ein integriertes Schulsystem erhöht haben. Alle COCOP-Mitglieder stellten aber auch fest, daß sie ihre Beiträge an die ELCJ nicht erhöhen können und die VELKD-Kirchen erwähnten mit Bedauern, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Beiträge sogar zurückgehen würden. Entweder müsse die ELCJ andere finanzielle Ressourcen suchen (welche? unter welchen Bedingungen?) oder eine Einschränkung der Schularbeit in irgendeiner Form vornehmen.
- 2.2. Bei der Beiratssitzung am 26. März wurde das Gesamtfinanzierungsproblem der Nahostarbeit durch die gegebene Situation besonders vor Augen geführt. In den weiteren Verhandlungen mit der ELCJ und mit der Rheinischen Kirche müsse gerade die Sorge um die weitere Finanzierung zum Ausdruck gebracht werden. Die Rheinische Kirche ist in den Verhandlungen auf die verpflichtende Gemeinschaft für die Gesamtarbeit anzusprechen. Ohne Ergebnisse in den Verhandlungen mit der ELCJ wie mit der Rheinischen Kirche sei die Finanzierung des vorgesehenen Haushalts 1983 nicht möglich.

Um möglichst aus der Sackgasse herauszukommen wurde zwischen einer Verständigung und Kooperation auf dem Gebiet der Schulentwicklung ("Unified School Scheme") und der administrativen Integration unterschieden, wobei auf langer Sicht auch auf eine administrative Integration hinzuarbeiten sei.

3. Die Verhandlungen nach den März-Sitzungen

3.1. Um aus der verfahrenen Verhandlungssituation herauszukommen, haben sich Bischof Haddad von der ELCJ und der Geschäftsführer und der Nahostreferent des BMW zusammengesetzt und eine doppelte Verhandlungsweise festgelegt:

- a) BMW würde den zweizügigen Aufbau Talitha Kumis durch Einschränkung der Aufnahme im Kindergartenbereich mindestens vorübergehend anbieten. Die Bethlehemer Schule könnte dadurch u.U. als Elementarschule weiter bestehen. In diesem Sinne ist sofort ein Brief an die ELCJ abgegangen.
- b) Bischof Haddad gab zu verstehen, daß er eine erneute Behandlung des Vorschlags zur Gründung einer internationalen Schulorganisation bzw. Schulstiftung zur Finanzierung der ELCJ-Schulen und Talitha Kumis im Kirchenrat der ELCJ befürworte und daß Vorschläge in dieser Richtung seitens der ELCJ u.U. zu erwarten seien.

Diese Verhandlungen geben Anlaß zu gedämpften Hoffnungen, wobei viele Probleme auch bei günstiger Entwicklung der Verhandlungen noch zu bewältigen sind.

3.2. Auch die ins Stocken geratenen Verhandlungen mit der Rheinischen Kirche über die weitere Subvention der Arbeit von Talitha Kumi müssen neu aufgenommen werden, u.U. durch Hinzuziehung des EMW (Hamburg). Hierüber wird noch zu beraten sein. Wenn aus Vorschlägen der ELCJ zu ersehen ist, daß Verständigung zwischen allen Partnern nicht ausgeschlossen ist, und daß trotz fehlender administrativer Integration eine gemeinsame Schulplanung und Schulfinanzierung in Zukunft gesichert ist, bestünde eine gewisse Hoffnung, daß die negative Entscheidung in Düsseldorf revidiert werden könnte.

Berlin, den 13. April 1982

Bericht über die Dienstreise nach Südafrika vom 28. Januar bis 20. Februar 1982.

Nach der Gründung der Evangelical Lutheran Church in Southern Africa (ELCSA) im Jahre 1975 vereinbarte die Kirche mit den sie unterstützenden Missionen, daß alle zwei Jahre eine Konsultation stattfinden soll. Aus praktischen Gründen ergab sich damals, daß man in den dazwischen liegenden Jahren ein sogenanntes "Working Group Meeting" einrichtete, an dem bis zu 5 Vertreter der ELCSA und die Afrika-Referenten der 5 Missionen teilnehmen. Ursprünglich war für Anfang 1982 ein solches "Working Group Meeting" geplant worden, das aber auf Bitten der kooperierenden Missionen (ELCSA-related Partners = EPs) durch die Kirchenleitung der ELCSA zu einer vollen Konsultation ausgeweitet wurde. Dieser Beschluß wurde gefaßt, um Spannungen zwischen ELCSA und den EPs abzubauen, die sich aufgrund der Entwicklungen in Botswana in den vergangenen zwei Jahren aufgebaut hatten. (Zu diesen Entwicklungen vergl. Anlage 1). An früheren Konsultationen nahmen für die Hermannsburg und das Berliner Missionswerk in der Vergangenheit außer den Afrika-Referenten auch die Geschäftsführer teil. So wurde ich während eines Teiles dieser Dienstreise von Herrn Dreusicke begleitet, der gesondert berichten wird.

Schwerpunkte meiner Reise waren:

1. Working Group Meeting und Konsultation
 2. Besuch im Vendaland
 3. Mitarbeiter- und Pensionärsstreffen
 4. Verhandlungen mit der Property Management Company und
 5. Tagung der Landwirtschaftskommission des Berliner Missionswerkes.
-
1. Da die südafrikanische Regierung den Vertretern der American Lutheran Church und der Church of Sweden Mission keine Einreisevisa erteilt hatten und die Norweger aus internen Gründen nicht teilnehmen konnten, mußten eine Reihe von Tagesordnungspunkten des Working Group Meeting und der Konsultation ausgeklammert werden. Hauptverhandlungsthemen waren:
die finanzielle Entwicklung der ELCSA, die Probleme in Botswana, die partner-
schaftlichen Beziehungen auf Gemeinde- und Kirchenkreisebene und die Stellung
der ELCSA zur Homelandfrage.

1.1 In drei der fünf Diözesen ELCSAS haben die Eigeneinnahmen in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen, so daß diese Diözesen mit einem Überschuß zum Jahresende abgeschlossen haben. Die Kap-Oranje-Diözese und die Südost-Diözese jedoch haben immer noch große finanzielle Probleme und trotz Sonderzuwendungen seitens der EPs haben beide mit einem Defizit abgeschlossen. Gerade bei der Kap-Oranje-Diözese wäre aber das Potential in den Gemeinden vorhanden, um auch diese Diözese mit den normalen Zuschüssen seitens der EPs ohne Defizit zu verwalten. Dazu müßten allerdings strukturelle Veränderungen vorgenommen werden: Viele Gemeinden haben verhältnismäßig hohe Rücklagen und können ihren Pfarrern Zusatzgehälter bezahlen, während die Diözesankasse ein großes Defizit aufweist, jedoch gleichzeitig für die Zahlung der Gehälter und anderer fester Kosten verantwortlich ist. Bei der Konsultation wurde bestätigt, daß dies ein Problem darstellt, das von ELCSA gelöst werden muß. Sonderzuwendungen seitens der EPs zur Abdeckung von diesen Defiziten können das Problem langfristig nicht lösen. Besonders erwähnenswert scheint mir der starke Anstieg des Eigenaufkommens aus den Gemeinden der Norddiözese zu sein. In den vergangenen Jahren hat sich eine Steigerungsrate von ca. 25% per annum ergeben, so daß diese Diözese ständig weniger abhängig von den Zuschüssen der EPs geworden ist.

12. In Anlage 1 habe ich versucht, die Entwicklungen in Botswana zu skizzieren, die einen vorläufigen Abschluß in der Konsultation zwischen Vertretern beider Kirchen unter Leitung einer Delegation des Lutherischen Weltbundes gefunden haben. Das Protokoll dieser Verhandlungen liegt vor und kann bei Bedarf nachgereicht werden. Wichtiges Ergebnis der ELCSA-EP Konsultation war, daß die Kirchenleitung der ELCSA dieses Protokoll ratifizierte. Allerdings wurden die weiteren Verhandlungen an die Kirchenleitung der ELCSA Botswana-Diözese übertragen. Wie aus dem Protokoll der Sitzung in Botswana deutlich wird, wurden unter Leitung von Oberkirchenrat Christian Krause Kompromisse erzielt, die noch Ende 1981 allgemein als unerreichbar angesehen worden waren. Ich sehe allerdings trotz der Annahme dieses Protokolls durch die Kirchenleitung der ELCSA noch drei Hürden, die genommen werden müssen:

1.2.1 Beide Bischöfe sind von ihren Ämtern zurückgetreten, aber nur Ulrich hat sich festgelegt, bei der geplanten konstituierenden Synode nicht mehr zu kandidieren. Bischof Robinson hat wahrscheinlich die Mehrheit der Lutheraner Botswanas hinter sich, ist aber für die ELCSA loyalen Lutheraner nicht akzeptabel. Sie wehren sich gegen eine Kandidatur Robinsons.

1.2.2 ELCSA Botswana Diocese und Evangelical Lutheran Church in Botswana (ELCB) sind zwei sehr verschieden starke Partner. Schätzungen gehen dahin, daß die ELCB ca. dreimal soviel Mitglieder als die ELCSA Botswana Diocese hat. ELCSA Botswana Diocese möchte nun auf die konstituierende Synode die gleiche Anzahl Synodaler entsenden können, wie sie der ELCB zustehen. Der von Krause erzielte Kompromiß sieht im Moment vor, daß die Synodalen von den jeweiligen Ortsgemeinden gewählt werden und daß dabei ihre ursprüngliche Herkunft von entweder ELCB oder ELCSA Botswana Diocese keine Rolle spielen dürfe.

1.2.3 Durch die Schaffung von zwei Kirchen mit je drei Kirchenkreisen und durch die Besetzung der kirchenleitenden Ämter in zwei Kirchen sind eine Reihe von Mitarbeitern in Positionen gehoben worden, die sie nach einem Zusammenschluß werden aufgeben müssen. Das trifft besonders für Mitarbeiter der ELCSA Botswana Diocese zu.

Wir können nur hoffen, daß um der Verkündigung des Evangeliums in Botswana willen diese Schwierigkeiten überwunden werden können und es zu einer Beilegung des Kirchenstreites in absehbarer Zukunft kommt.

1.3 Die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Kirchenkreisen der ELCSA und Kirchenkreisen der Trägerkirchen der Missionen (und zum Teil auch Partnerschaften auf Gemeindeebene) wurden grundsätzlich begrüßt, strukturelle Verbesserungen aber als sehr notwendig und erstrebenswert erkannt. Partnerschaften dürfen auf gar keinen Fall den Zusammenhalt innerhalb der Diözesen oder gar ELCSAs gefährden. Besonders moniert wurde, daß Partnerschaften Projekte und Programme finanzieren, die dem Wunschdenken einzelner Mitglieder aus den Kirchenkreisen entspringen, sich aber in keiner Weise mit den Prioritäten der

Kirchenkreise oder gar Diözesen decken. Hier wird zukünftig auf wesentlich bessere Koordinierung zu achten sein.

- 1.4 Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Botswana, eine Analyse über die Situation der Homelands und Berichten über Tendenzen im Vendaland, eine eigene Stammes- oder Nationalkirche zu gründen, wurde noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß die mühsam errungene Einheit innerhalb ELCSAs auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden darf. Eine klare Absage an die Homelandpolitik Südafrikas und an Befürworter von Stammes- oder Nationalkirchen fand die Zustimmung der Majorität der Kirchenleitung, obwohl einige Kirchenleitungsmitglieder in ihren jeweiligen Homelandregierungen hohe Posten begleiten. Ich fürchte, daß die Homelandfrage in den kommenden Jahren ELCSA vor enorme Belastungsproben stellen wird, die auch die kooperierenden Missionen zu grundsätzlichen Entscheidungen zwingen werden. (Anlage 2)

2. Besuch im Vendaland

In Anlage 3 habe ich versucht, die Hintergründe zu skizzieren, die meiner Ansicht nach zu den Verhaftungen gerade der jungen Lutheraner im Vendaland geführt haben. Durch die besonders nahe Bindung der Berliner Mission zum Vendaland - im Vendaland haben im Bereich der Evangelischen Mission nur die Berliner gearbeitet - sind die Berliner Landeskirche und das Berliner Missionswerk besonders gerufen, den Schwestern und Brüdern dort beizustehen. Deshalb war beschlossen worden, daß Propst Uwe Hollm einen Besuch im Vendaland machen und möglichst an der Prozeßeröffnung am 12. Februar 82 teilnehmen sollte. Da bis kurz vor diesem Termin die südafrikanischen Behörden trotz mehrmaliger Intervention Hollm noch kein Visum erteilt hatten, reiste der Präsident des Kirchlichen Außenamtes, Dr. Heinz-Joachim Held, auf Bitte der Berliner Kirche und im Auftrag der EKD nach Südafrika. Gleichzeitig kam ein Vertreter des Britischen Kirchenrates, der auch die Internationale Juristenkommission/Genf vertrat. Vom 9. bis 13.2. begleitete ich diese beiden Herren ins Vendaland, wo wir Gespräche mit Vertretern der Venda-Regierung führten, zwei der angeklagten Pfarrer und die Familien der Betroffenen besuchten und am Eröffnungsverfahren im Gericht in Sibasa

teilnahmen. Nach der Abreise von Dr. Held und McNulty kehrte ich noch einmal ins Vendaland zurück, um einen Gottesdienst in Tshakhuma zu übernehmen, noch einmal die Familien der Betroffenen zu besuchen und mit den direkten Verwandten der Verhafteten einen Abendmahlsgottesdienst in Beuster zu feiern. Außer den schon in der Anlage beschriebenen Einzelheiten möchte ich hier noch erwähnen, welchen tiefen Eindruck und welche Stärkung die aus Deutschland empfangenen Telegramme und Briefe bei den Familien hinterlassen haben. Diese von der Leitung des BMW initiierte Aktion setzte nicht nur ein deutliches Signal für die Behörden im Vendaland und in der Republik Südafrika, sondern war den Betroffenen eine wirkliche Hilfe. In Absprache mit Bischof Serote und Reinhardt Schultz, der von ELCSA für die Wahrnehmung einer ordnungsgemäßen Verteidigung der Angeklagten beauftragt worden ist, möchte ich vorschlagen, daß zum Prozeßbeginn vor dem Obersten Gerichtshof im Vendaland Bischof Dr. Kruse ins Vendaland reist und daß gleichzeitig ein südafrikanischer Rechtsanwalt als offizieller Berichterstatter für die EKD, hilfsweise für die EKIBB angestellt wird.

3. Bei Mitarbeitertreffen in Pietermaritzburg, Pretoria, Kimberley und Kapstadt konnte ich fast alle in diesen Gebieten lebenden aktiven und pensionierten Mitarbeiter der Berliner Mission treffen. Ein geplantes Treffen in Pietersburg mußte wegen der Ereignisse im Vendaland ausfallen. Trotzdem hatte ich die Gelegenheit, auch dort alle bei Einzelbesuchen zu sprechen. Deutlich wurde dabei, daß durch die Schließung der Geschäftsstelle in Pretoria und die damit verbundene Verlagerung von wichtigen Aufgaben nach Berlin Probleme entstanden sind, die noch nicht gelöst werden konnten.
4. Die Ev. Luth. Church Property Management Company hat sich in den vergangenen Jahren unter Leitung von Michael Madjera gut entwickelt. Sie genießt nicht nur das volle Vertrauen der ELCSA-Kirchenleitung, sondern erwirtschaftet Mittel, die in zunehmendem Maße eine wesentliche Einnahmequelle für den ELCSA-Haushalt darstellen. Im vergangenen Jahr konnten ca. Rand 276.500,-- für kirchliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die vielfältigen Aufgaben können von Madjera allein

nicht mehr wahrgenommen werden, so daß die Besetzung der Assistant Manager Stelle vordringlich geworden ist. Da die Hermannsburger, die bisher für die Besetzung dieser Stelle verantwortlich zeichneten, noch keinen Kandidaten gefunden haben, ist das Berliner Missionswerk nun gebeten, sich auch um die Besetzung dieser Stelle zu bemühen. Dies wurde besonders dringlich dadurch, daß nun auch die gesamte Verwaltung der Hermannsburger Farmen an die PMC übertragen wurde, nachdem das Berliner Missionswerk im vergangenen Jahr die Verwaltung sämtlichen Grundbesitzes in Südafrika per Generalvollmacht an die PMC übertragen hatte. Davon ausgenommen sind lediglich die beiden bewirtschafteten Farmen Pniel und Bethanien.

5. Für die Verwaltung der eben genannten Farmen wurde die Landwirtschaftskommission eingesetzt, die die Entwicklung auf Pniel und Bethanien berät, Haushaltsvoranschläge erarbeitet und das Kollegium in Farmangelegenheiten berät. Bei der Sitzung der Landwirtschaftskommission waren folgende drei Punkte besonders bemerkenswert:
 1. Eines der beiden bisher verpachteten Stücke auf Pniel soll im Laufe dieses Jahres in Eigenbewirtschaftung übernommen werden. Dazu sind mehrere Investitionen notwendig, die aber aus den laufenden Einnahmen Pniels finanziert werden können. Insgesamt soll durch die Eigenbewirtschaftung die Viehzucht flexibler gestaltet werden, wodurch eine Steigerung des Gewinnes erwartet wird. Die Steigerung des Reingewinnes soll außerdem durch neue Prospektier- und Minenverträge auf Pniel gefördert werden, die noch mit dem Rechtsanwalt Alan Wilson in Pretoria verhandelt werden.
 2. Der Grenzstreit auf Bethanien ist immer noch nicht abgeschlossen. Um eine sinnvolle Nutzung des angrenzenden Teils auf Bethanien zu ermöglichen, wurde Herrmann beauftragt, einen Zaun entlang der umstrittenen Grenze zu ziehen. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu wurden durch den Rechtsanwalt in Pretoria geschaffen. Umstritten ist der Besitz von ca. 70 Hektar.

3. Die von Missionsfarmer Strauss in Bethanien B neue eingeführte Merinozucht wirft inzwischen gute Gewinne ab. Insgesamt war die Ertragslage der drei Farmen im vergangenen Jahr trotz einer großen Dürre, die 35% der südafrikanischen Farmer in den Bankrott trieb, erstaunlich gut. Alle drei Farmen erwirtschafteten den im Haushaltsansatz projizierten Gewinn, so daß die Einführung einer Altersversorgungsordnung für die Farmarbeiter finanziell gesichert ist.

6. Die Dienstreise gab außerdem Gelegenheit zu Gesprächen beim Südafrikanischen Kirchenrat (Bischof Tutu, Dr. Kistner, Mat Stevenson, Mary Nxandana), mit Präses Wernecke, mit der Farmverwaltung der Hermannsburger Farmen in Pietermaritzburg, Dean Hendricks vom Kirchenkreis Kapstadt, mit der Bibelgesellschaft, bei der Schwester Hedwig Eschen arbeitet und dem Büro der Norddiözese, besonders mit Bischof Serote. Bei diesem Gespräch wurden vor allem Personalfragen, insbesondere die Probleme unserer Mitarbeiter im Raum Pietersburg besprochen. Dankbar wurde die Förderung des Lutherischen Stipendienfonds durch das Berliner Missionswerk hervorgehoben und die Bedeutung dieser Arbeit noch einmal unterstrichen. Den ursprünglich geplanten Besuch in Botswana habe ich nicht durchgeführt, da im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen ELCB und ELCSA-BD die Missionen aufgefordert worden waren, bis zu einer konstituierenden Synode der neuen Kirche Botswana nicht zu besuchen, keine neuen Missionare dorthin zu entsenden und keine der beiden Parteien mit Finanzen zu unterstützen. Die dadurch gewonnene Zeit konnte ich nun sehr gut für den Besuch im Vendaland brauchen, der ursprünglich ja nur für einen Tag angesetzt war.

Berlin, den 31. März 1982

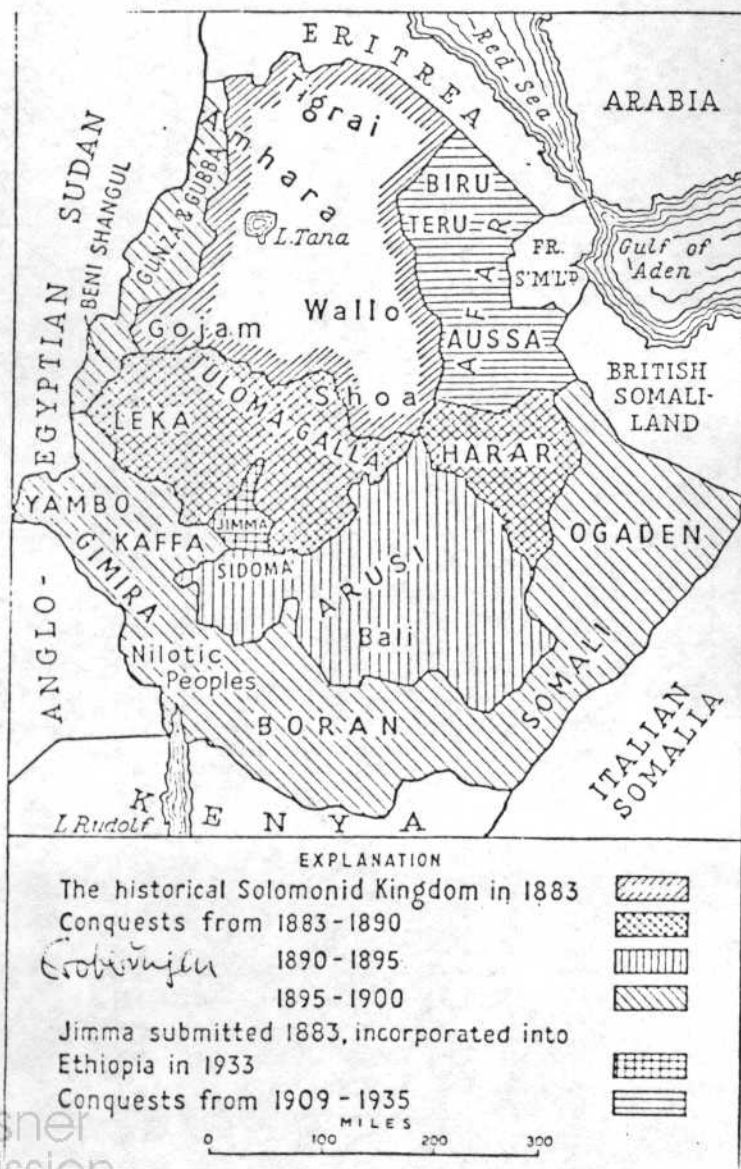
(Herbert Meißner)

Literaturverzeichnis

- Andersen, K.T. (Hrsg.), A Brief History of the Mekane Yesus Church, Christiansfeld 1980
- Äthiopien, Texte und Fragen, Hrsg. EMW, Hamburg 1980
- Äthiopien, Zeitschrift für Kulturaustausch, Sonderausgabe 1973, Stuttgart
- Braukämper, U., Geschichte der Hadiya Süd-Äthiopiens, Wiesbaden 1980
- Crummey, D., Priests and Politicians, Oxford 1972
- Darkwah, R.H.K., Shewa, Menilek and the Ethiopian Empire, London 1978
- Haberland, E., Galla Süd-Äthiopiens, Stuttgart 1963
- Habte Selassie, B., Conflict and Intervention in the Horn of Africa, New York/London 1980
- Hasselblatt, G., Äthiopien, 1979; Gespräch mit Gudina ²1981; Schreie im Oromoland, ²1981 (alle Stuttgart)
- Legesse, A., Gada, New York/London 1973
- Lewis, H.S., A Galla Monarchy, Madison/Milwaukee 1965
- Littmann, E., Abessinien, Hamburg 1935
- Marcus, H.G., The Life and Times of Menelik II, Oxford 1975
- Marwedel, W., Äthiopien zuerst, Erlangen 1978
- Schröder, G., Brennpunkt Nordostafrika, Nr. 2/1978, Nr. 4/1979, Gießen
- Trimmingham, J.S., Islam in Ethiopia, ²1965 Oxford
- Zischka, A., Abessinien, Leipzig 1935

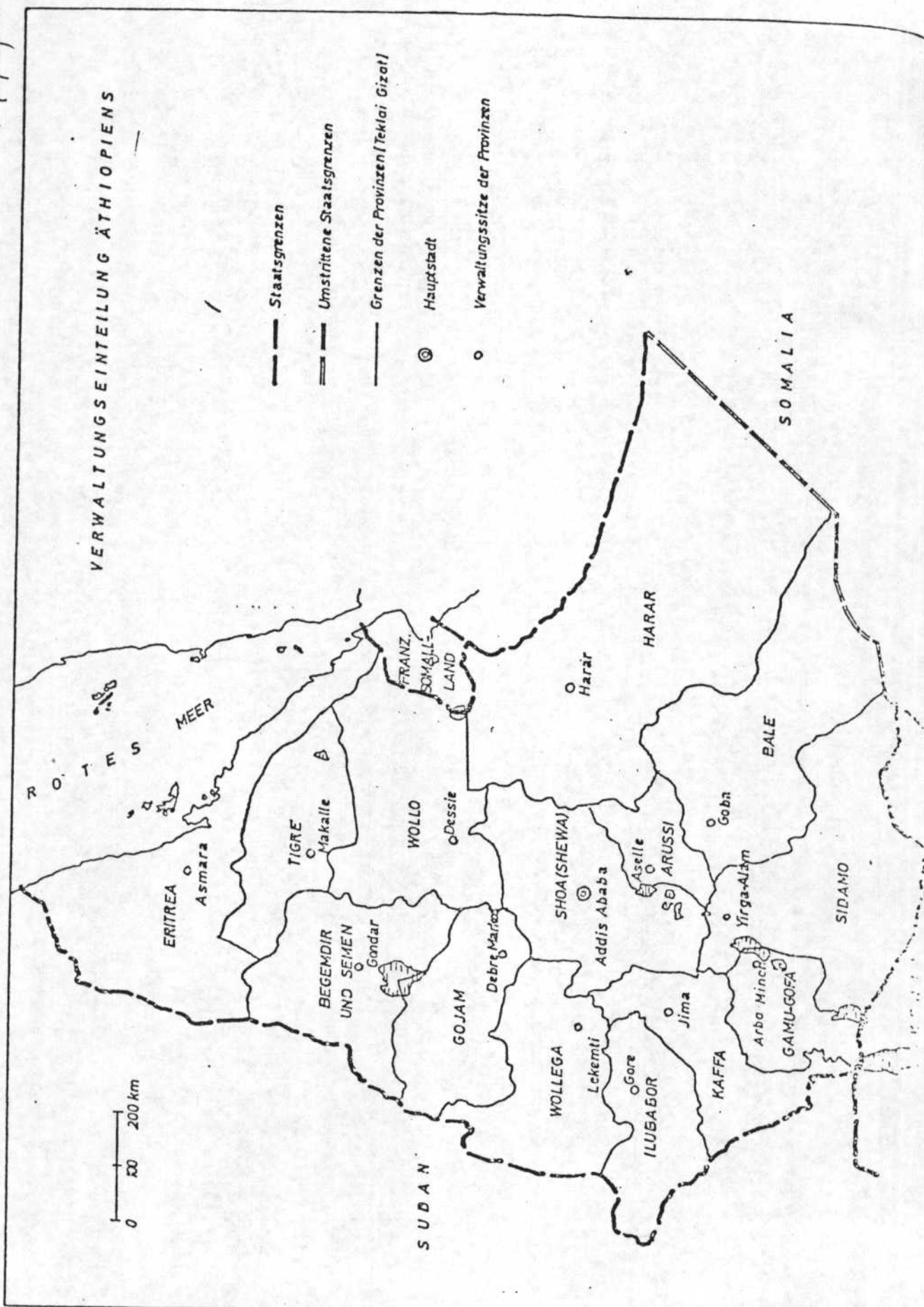
-.-.-.-

Akten aus dem Foreign Office London unter dem Zeichen FO 371/20207/20208



Landkarte aus Trimmingham
Islam in Äthiopien, zeigt
die Eroberungen des
abessinischen Reiches unter
Menelik II

Erich Baier Forschungsberichte der afrikanischen Gesellschaften 5-2
1974



Zeittafel

aus Äthiopien Text und Fragen (EMW 1980)

Um 1000 v. Chr.

Nach der Legende wird die salomonische Dynastie durch Menelik I., Sohn Salomos von Israel und der Königin von Saba, gegründet.

Um 500 v. Chr.

Stämme aus dem südlichen Arabien (Saba) wandern ins heutige Eritrea und Nordäthiopien ein und gründen um 200 v. Chr. das Reich von Aksum.

Um 100 n. Chr.

Das aksumitische Reich erlebt eine Blütezeit.

Um 350

Frumentius und Aedisius bringen das Christentum nach Aksum. Inschriften nennen Ezana als den ersten christlichen König Äthiopiens.

622 bis 950

Der Islam breitet sich über die gesamte arabische Halbinsel, über Persien, Kleinasien, Palästina, Ägypten, Nordafrika und einen Großteil Spaniens aus. Äthiopien — ohne Verbindung zur übrigen christlichen Welt — gerät in die Isolation.

Um 1000 bis 1270

Die salomonische Dynastie folgt die Dynastie der Zagwe-Könige (1181-1221 regiert König Lalibela, der Erbauer der Felsenkirchen in den Bergen von Lasta).

1270

Wiederherstellung der salomonischen Dynastie. Amharisch entwickelt sich zur Staatssprache und löst das alte Geez ab.

16. und 17. Jahrhundert

Zeit der Jesuitenmission. (1632 Ausweisung der katholischen Missionen).

1634

Peter Heyling aus Lübeck in Gondar. Sein Dienst geschieht innerhalb der orthodoxen Kirche.

17. und 18. Jahrhundert

Äthiopien zerfällt in selbständige Fürstentümer.

1830

Samuel Gobat, Christian Kugler und C. W. Isenberg, in Basel ausgebildet, werden von der Church Missionary Society (CMS), London, ausgesandt, um auf eine Erweckung innerhalb der Orthodoxen Kirche hinzuwirken.

1837

C. H. Blumhardt und der württembergische Missionar Johann Ludwig Krapf kommen nach Äthiopien.

1838

Ausweisung der CMS-Missionare.

1854

J. L. Krapf, Martin Flad und Henry Stern (Chrschona-Mission/Schweiz) arbeiten unter den äthiopischen Juden (Falaschas).

1855

Theodoros II. (1855-1868) stellt die Reichseinheit wieder her. Engländer und Franzosen versuchen, Äthiopien unter ihren Einfluß zu bringen.

seit 1861

Schwedische Lutheraner wirken an der Küste des Roten Meeres. Onesimus Nesib übersetzt 1899 die Bibel in die Oromo (Galla)-Sprache.

1881

Die Italiener besetzen Assab und bleiben bis 1941 in Eritrea.

1889 bis 1913

Menelik, König der Zentralprovinz Schoa, wird Kaiser von Äthiopien und erweitert das Reichsgebiet vor allem nach Süden, Osten und Westen. Addis Abeba entsteht als neue Hauptstadt des Reiches.

1896

Schlacht von Adua. Die Italiener werden geschlagen. Beginn des Eisenbahnbaus von Dschibuti nach Addis Abeba (1913 beendet).

1904

Schwedische Missionare in Addis Abeba.

1918

Presbyterianer aus Amerika beginnen mit der Arbeit in Äthiopien.

1923

Die Siebenten-Tages-Adventisten kommen ins Land.

1923

Eintritt Äthiopiens in den Völkerbund.

Seit 1928

Deutsche Hermannsburg Missionare in Äthiopien.

1930

Ras Tafari, Sproß einer Seitenlinie des Kaiserhauses, wird zum Kaiser gekrönt. Als Negus Negesti („König der Könige“) nimmt er den Namen Haile Selassie I. an.

1936

Italien annektiert Äthiopien.

1941

Addis Abeba wird durch britische Truppen und äthiopische Patrioten befreit und Haile Selassie I. als Kaiser wieder eingesetzt.

1950

Die UN beschließt die föderative Vereinigung von Eritrea mit Äthiopien. Eritrea bleibt dabei autonom.

1959

Gründung der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus (EECMY).

1960

Mißglückter Putschversuch der Leibgarde des Kaisers Haile Selassie.

Seit 1961

Wachsende Opposition gegen das Regime des Kaisers, besonders unter den Studenten.

1962

Eritrea wird Äthiopien einverleibt. Beginn des Bürgerkrieges in Eritrea.

1964

Grenzkämpfe mit Somalia im Ogaden.

1973

Dürrekatastrophe in den Provinzen Wollo und Tigre.

Februar 1974

Streiks der Taxifahrer, Lehrer und Schüler in Addis Abeba, Meuterei des Militärs, Rücktritt des Kabinetts.

28. Juni 1974

Ein Koordinierungsausschuß aus Vertretern der Truppenteile wird gegründet.

12. September 1974

Absetzung des Kaisers Haile Selassie I. General Aman Andom tritt an die Spitze des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (PMVR; amharisch: DERG).

24. November 1974

Hinrichtung von 60 Mitgliedern des Hochadels und früherer Kabinette, Tod des Generals Aman Andom.

29. November 1974

General Teferi Bante wird Vorsitzender des DERG.

20. Dezember 1974

Proklamation des Äthiopischen Sozialismus, ca. 60 000 Studenten und Oberschüler werden zur ideologischen Schulung der Bevölkerung aufs Land geschickt („Zemetscha“).

1. Januar 1975

Verstaatlichung von Banken und Versicherungen.

3. Februar 1975

Verstaatlichung ausländischer und äthiopischer Industrieunternehmen.

4. März 1975

Proklamation der Landreform, jedem Bauern werden 10 ha Land zugesichert; Gründung von Bauerngenossenschaften.

26. Juli 1975

Verstaatlichung des städtischen Grund und Bodens und der Häuser. Jede Familie darf nur *ein* eigenes Haus besitzen.

29. April 1976

Gründung des Politbüros, Beginn massiver marxistischer Propaganda, Bekanntgabe des „Programms der Nationalen Demokratischen Revolution“.

3. Februar 1977

General Teferi Bante wird erschossen.

11. Februar 1977

Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam wird Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates.

12. März 1977

Verstaatlichung des lutherischen Senders „Stimme des Evangeliums“, Umbenennung in „Stimme des revolutionären Äthiopiens“.

24. August 1977

Generalmobilmachung. Kämpfe mit Somalia. Massive russische Militärhilfe.

12. November 1977

Oberstleutnant Atnafu Abate, stellvertretender Vorsitzender des PMVR, wird erschossen.

Januar 1978

Der „rote Terror“ gegen die „Ethiopian People's Revolutionary Party“ (EPRP).

März 1978

Mit militärischer Unterstützung aus der UdSSR, Kuba, Jemen und der DDR werden die von Somalia besetzten Gebiete zurückerobert.

Mai 1978

Großoffensive der Regierungstruppen und ihrer Verbündeten gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen.

Februar 1979

Proklamation der „Grünen Revolution“. Die Landwirtschaft soll kollektiviert werden.

28. Juli 1979

Verschleppung des Generalsekretärs der Evang. Mekane Yesus Kirche, Gudina Tumsa.

17. Dezember 1979

Die Kommission zur Gründung einer „Partei der werktätigen Menschen in Äthiopien“ wird ins Leben gerufen (COPWE).

Februar 1980

Verhaftungswelle gegen führende Oromos.

Zusammenstellung: Ernst Bauerochse

Grunddaten

Fläche und Bevölkerung:

Fläche:	1221900 km ²
Bevölkerung:	28 - 29 Mio.
Einwohner je km ² :	21

Politische Situation:

Hauptstadt:	Addis Abeba
Staatsform:	Republik
Regierungsform:	Militärregierung, ausgeübt durch einen Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat
Staatsoberhaupt:	Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates
Offizielle Sprachen:	Amharisch und Englisch

Religionszugehörigkeit (Schätzungen):

Orthodoxe	12-15 Mio.
Evangelische	1 Mio.
Katholiken	150.000
Moslems	12 Mio.

Der verbleibende Teil der Bevölkerung hängt den Naturreligionen und dem Judentum (Falascha) an.

Wirtschaft:

Währung:	Äthiopischer Birr (1 Birr = ca. 1,00 DM)
Wichtige Handelspartner:	Japan, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Amerika, Großbritannien
Wichtige Rohstoffe:	wenig erschlossen: Gold, Platin, Eisen, Schwefel, Steinsalz
Wichtige Anbauprodukte:	Teff (äthiopisches Getreide), Gerste, Hirse, Mais, Weizen, Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr
Wichtige Exportprodukte:	Kaffee, Felle

Verkehr:

Eisenbahnstreckenlänge:	900 km (Dschibuti - Addis Abeba u. Massawa - Asmara; z.T. zerstört während des eritreischen Bürgerkrieges)
Internationaler Flughafen:	Addis Abeba
Häfen:	Assab und Massawa

WV 7.5.

Kriebel

MK 1/82

S. 12

26./27.2.82

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Tagung der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes vom 26. u. 27. Februar 1982 im Haus der Mission, Handjerystr. 19-20, 1000 Berlin 41 (Friedenau)

Anwesende Mitglieder: Bessert, Brennecke, Canon (nur 27.2.), Dr. Damm, Dilschneider (nur 26.2.), Feder, Foerster, George, Grüneberg, Hollop, Dr. Hollweg, Karzig, Knorn, Krause, Luther, Neumann, Obst, Rieger, Rötting, Ruff, Schindel, Schwarz, Soppa, Sylten, Vogelsang, Waechter, Dr. Wagner, Waßerfall, Wewerke, Wirbel, Zajewski, Zöllner;

Vertreter des Missionsrates (soweit nicht Mitglieder der Konferenz):

Dr. Lehmann-Habeck, Dr. Runge, Dr. Seeber;

Gast:

Pfr. Hermann (am 27.2.);

Geschäftsstelle:

Dreusicke, Golda, Dr. Gruhn, Dr. Hasselblatt, Hoffman, Kriebel (nur 26.2.), Loeb, Meißner;

Vorsitz:

Sylten,

Protokoll:

Dr. Arnold, Kunze

Beginn:

17.08 Uhr

TOP 1. Andacht

Dr. Runge hält die Andacht über Psalm 31, Verse 1-17.

TOP 2. Eröffnung und Begrüßung der Gäste

Sylten eröffnet die Sitzung.

TOP 3. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit

Der Namensaufruf ergibt die Beschlußfähigkeit der Missionskonferenz. Neumann übernimmt unter allgemeiner Zustimmung die Unterzeichnung der Niederschrift.

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Sylten schlägt unter allgemeiner Zustimmung vor, TOP 8 vor TOP 6 zu behandeln. Mit dieser Änderung findet die Tagesordnung allgemeine Zustimmung. Sie lautet:

Freitag, 26. Februar 1982

1. Andacht
2. Eröffnung und Begrüßung der Gäste
3. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung

OKR Dr. Runge
Vorsitzender

Vorsitzender
Vorsitzender

- | | |
|---|--------------|
| 5. Genehmigung des Protokolls vom
11./12.12.1981 | Vorsitzender |
| 6. Informationen über jüngste Entwicklungen
in den Partnerkirchen | Referenten |
| 7. Einführung in den Tätigkeitsbericht 1981
des Missionsrates:
"Anleitung zum Dienst der Sendung" | Dr. Gruhn |

Imbißpause

- | | |
|---|------------|
| 8. Erläuterungen zu den einzelnen Teilen des
Tätigkeitsberichtes | Referenten |
| 9. Abendsegen | |

Sonnabend, 27. Februar 1982

Beginn: 9.00 Uhr

- | | |
|---|---|
| 10. Grußwort | Pfr. Hermann/Tanz. |
| 11. Einbringung des Äthiopienpapiers
des Grundsatzausschusses:
"Äthiopien - Revolution und Nation,
Menschenrechte und Flüchtlingshilfe.
- Eine Erklärung des BMW zum christlichen
Dienst am Horn von Afrika" | Frau E. Dilschneider
/ Dr. Hasselblatt |
| 12. Aussprache | |
| 13. Beschlußfassung | |
| 14. Verschiedenes | |
| 15. Abschluß | |

TOP 5. Genehmigung des Protokolls vom
11./12.12.1981

Auf Nachfrage von Frau Schwarz berichtet Sylten über die Sammlungen von Frau Weinhold (TOP 5 a der Tagung vom 11.12.81): Frau Weinhold hat mitgeteilt, daß sie das Angebot der Staatssekretärin Dr. Berk-hoffer angenommen und zugestimmt habe, daß Teil II der Sammlung "Das Gottesjahr und seine Feste" nach Schloß Schleißheim verlagert werde. Die Krippensammlung umfasse rd. 900 Exponate und sei im Volks-kundemuseum in Dahlem untergebracht; die Grenze der räumlichen Kapa-zität sei dort erreicht; für die nähere Zukunft sei nicht damit zu rechnen, daß sich in Berlin zusätzlicher Raum für die Sammlung ergebe; auch sei die Aussicht auf Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel stark gesunken. Die Möglichkeit, Teile der Krippensammlung im Rahmen des Berliner Weihnachtsmarktes auszustellen, bleibe unberührt. Eine ganz andere Frage aber sei es, ob die Leitung der Ausstellungshallen in der Lage oder willens sei, die alljährlich für die Halle der Krippen anfallenden Kosten von rd. DM 300.000.- wie bisher im Inter-esse des Weihnachtsmarktes auch künftig zu übernehmen.

Waßerfall bittet unter allgemeiner Zustimmung darum, daß die Liste der Mitglieder nur zu einer Tagung im Jahr vorgelegt wird.

Auf Anfrage von Karzig berichtet Dreusicke, daß der Antrag auf Anerkennung des missionarisch-diakonischen Jahres, das im Ausland abgeleistet werde, zur Zeit von dem Evangelischen Missionswerk in Hamburg bearbeitet werde. Das EMW wird für alle seine Mitgliedswerke gemeinsam bei der Bundesregierung vorstellig werden. Das BMW bereite eine Beschreibung der in Frage kommenden Dienste, die sich als erfor-derlich erwiesen haben, vor.

Frau Schwarz bittet, im Protokoll vom 11.12.1981 TOP 5 am Ende zu schreiben: "Frau Schwarz protestiert dagegen, daß ein Teil ..." und

die Anführungszeichen bei "politische Wertungen" zu streichen. Es wird festgestellt, daß in der Anwesenheitsliste Frau Riedel ver-
sehtentlich nicht genannt ist. Mit den vorgenannten Änderungen wird
die Niederschrift vom 11./12.12.1981 genehmigt.

TOP 6. Informationen über jüngste Entwicklungen in den Partnerkirchen

Meißner berichtet über Entwicklungen in Tanzania, Botswana und im
Vendaland.

Tanzania: Der Lutheran Coordination Service für Tanzania habe be-
schlossen, die Zuwendungen an die dortige Kirche im Jahre 1982
unter Zugrundelegung der Schillingbeträge von 1980 nicht zu erhöhen.
Das bedeutet jedoch wegen des Wechselkursverfalls der DM eine
Erhöhung des Zuschusses seitens des BMW.

Südafrika: Das BMW habe in Südafrika besondere Aufgaben: der größte
Teil der überseeischen Mitarbeiter des BMW sei in Südafrika tätig;
die eigene Geschäftsstelle in Südafrika (drei Mitarbeiter) sei auf-
gehoben, das bedeute eine gewisse Arbeiterschwerung; über 30
frühere Mitarbeiter des BMW, die sich jetzt im Ruhestand befänden,
lebten in Südafrika.

Botswana: Dort hätten szt. die Hermannsburgers Missionsgesellschaft, die
Rheinische Mission, die Schwedische Kirchenmission, die freiluthe-
rische Kirche und die Berliner Missionsgesellschaft zunächst unko-
ordiniert gearbeitet. Es habe sich nun von der ELCSA eine neue Kirche,
die Evangelical Lutheran Church in Botswana (ELCB), abgespalten
und einen Bischof gewählt. Danach habe die ELCSA eine eigene
Diözese in Botswana eingerichtet und einen eigenen Bischof wählen
lassen. Es sei auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen um die
Grundstücke gekommen. Dank der Bemühungen des Lutherischen Welt-
bundes sei eine Einigung in folgenden Punkten erreicht: Beide
Bischöfe träten zurück; eine neue Verfassung werde beschlossen,
ein neuer Bischof werde gewählt, die Synode werde neu gebildet;
alle Kirchengebäude gingen auf die neue Kirche über; getrennte
Gottesdienste am gleichen Ort gäbe es nicht mehr; die Kollekten
würden halbiert; die Missionswerke und -gesellschaften sollten die
weitere Entwicklung abwarten. Ein Versöhnungsprogramm, das die
zerstrittenen Gemeinden wieder zueinanderführen solle, laufe an.
Es sei eindeutig, daß die neue Kirche, bei der die zuletzt zur ELCSA
gehörenden Gemeinden nur einen kleinen Teil ausmachten, selbständig
sei, d.h. der ELCSA nicht mehr angehören werde.

Vendaland: Der von Meißner gegebene Bericht über seine Beobachtungen
und Erlebnisse im Vendaland liegt schriftlich vor.
/ Er wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

Der Bericht löst folgende Diskussion aus:

George führt aus, was im Vendaland passiere, könne man nicht als
menschengefährdend werten. An einer anderen Gerichtsverhandlung,
nämlich der gegen Pastor Beyers-Naudé, habe er selbst teilgenommen,
wobei sich die Behörden entgegenkommend zeigten; seinen Begleiter,
Amtsgerichtspräsident Dr. Münn, habe man hofiert. Jetzt habe Propst
Hollm das Visum zur Einreise nach Südafrika nach anfänglicher Ableh-
nung schließlich doch erhalten. Auch sei es ihm (George) sehr zwei-
felhaft, ob es für den Verlauf eines Strafprozesses günstig sei,
wenn man durch Briefe und Telegramme an amtliche Stellen versuche,

Pressionen auszuüben. Man solle sich lieber darauf beschränken, für die Verhafteten und ihre Familien zu beten und die Familien zu unterstützen. Was heute hier über Staat und Gemeinden im Vendaland vorgetragen worden sei, zeige ihm, daß sich hier der Staat um die Herstellung einer Übereinstimmung zwischen Staatsgebiet und Kirchengrenzen bemühe. Diese Maßnahmen des Staates hätten bewirkt, daß ein Riß durch Gemeinden und Pfarrerschaft gehe. Bei Dean Farisani und den anderen Verhafteten und insbesondere bei diesem Prozeß handle es sich um eine Auseinandersetzung innerhalb der lutherischen Kirche im Vendaland. Die Gemeindeglieder gehörten verschiedenen Stämmen an und sprächen verschiedene Sprachen. Man solle diese Angelegenheit der dortigen Kirche überlassen; die Tatsache, daß Berliner Missionare dort gearbeitet hätten, sei nicht ausschlaggebend.

Dreusicke erwidert zu der staatsrechtlichen Seite des Prozesses, daß sich die Auffassungen der Kirchenleitungen und des BMW zu den Homelands, d.h. keine Anerkennung der Homelandregierungen, decke. Wir sollten unsere Besorgnis und unsere Bitten zu diesem Prozeß der Regierung der Republik Südafrika mitteilen, denn es besteht eine enge Verknüpfung von Vendaland und der Republik Südafrika. In diesem Prozeß seien die leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft Weiße, die die südafrikanische Staatsangehörigkeit besäßen. Übrigen sei das Appellationsgericht für diese Prozesse in Bloemfontein, also ein Gericht der Republik Südafrika. Wie wenig in der polizeilichen Voruntersuchung und den staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren in der Republik Südafrika bzw. in den sog. Homelands die Menschenrechte gewahrt würden, zeige die große Zahl von Verhafteten, die angeblich Selbstmord verübten. Besonders gefährlich für die Angeklagten sei, daß § 6 des Terrorismusgesetzes angewendet werde. Schließlich müsse beachtet werden, daß Propst Holm das Einreisevisum erst erhalten habe, nachdem sich Vertreter der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland persönlich dafür eingesetzt haben.

Foerster weist darauf hin, daß die von George vorgenommene Wertung der Vorgänge im Vendaland so weit von der von den übrigen Rednern vertretenen Wertung abweiche, daß er fragen müsse, ob George etwa bessere Nachrichtenquellen vorlägen.

Neumann: Wenn in einer größeren, insbesondere internationalen Öffentlichkeit auf solche Ausschreitungen hingewiesen werde, dann wirke das als Druck auf die Behörden, die Mängel abzustellen. Wenn das BMW nicht öffentlich für die Verhafteten im Vendaland eintrete, so würde diese Unterlassung dem BMW später vorgeworfen werden.

Frau Schwarz legt dar, das Versenden von Telegrammen an Behörden sei nicht die richtige Reaktion auf die Verhaftungen im Vendaland, sondern der Aufruf zum Gebet für die Verhafteten sei es. Es falle auch auf, daß sich solche Aktionen niemals gegen Ostblockstaaten richteten, obwohl dort Menschenrechtsverletzungen immer wieder festzustellen seien.

Sylen verweist darauf, daß in den Mustern für Telegramme nur ein faires Gerichtsverfahren für die Gefangenen verlangt worden sei. Wenn ein Verhafteter zwei Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis sterbe, so liege der Verdacht sehr nahe, daß der Tod durch Anwendung von Gewalt eingetreten sei. Verletzungen der Menschenrechte, die in Südafrika festgestellt werden, seien ganz anders zu bewerten als solche Gewalttaten in einem Ostblockstaat, da Südafrika für sich in Anspruch nehme, ein christliches Volk zu sein. Die Republik Südafrika erkenne öffentlich - z.B. in Museen - an, wie großen Einfluß die Arbeit von Missionaren der Berliner Mission und ihrer Söhne auf ihre Entwicklung gehabt habe.

Meißner: Unsere Pflicht, im Vendaland nach Kräften zu helfen, ergebe

sich daraus, daß der Heilige Geist und nicht nur die Missionare die Kirche dort gebaut hätten. Andere Länder, die Christen verfolgen, zum Vergleich heranzuziehen, sei nicht hilfreich. Daß der Meinungsstreit quer durch die Pfarrerschaft gehe, beruhe nicht auf den Pfarrern selbst, sondern auf den Maßnahmen der Regierung. Wenn Dean Farisani mehrmals aus dem Gefängnis mit Wunden in ein Krankenhaus überführt worden sei, so sei das ein klarer Beweis für Folterungen. Die Telegramme an die Familien der Verhafteten seien auf Teilnahme und Fürbitte gestimmt gewesen.

George legt dar, daß er Nachrichten aus aller Welt, die sich auf die Mission beziehen, ständig verfolge. Dadurch sei er zu dem Schluß gekommen, daß die Tätigkeit des Hamburger Missionswerkes mit Fragezeichen versehen werden müsse. Er sei auch nicht mit dem geistlichen Klima einverstanden, in dem das Berliner Missionswerk in dieser Angelegenheit verfare. Er spreche auch mit Missionaren, Missionarwitwen und afrikanischen Christen. Er sei zu der Überzeugung gekommen, daß alles, was aus der Missionsarbeit in Südafrika entstanden sei, an die schwarzen Brüder zurückgegeben werden müsse; unsere schwarzen Brüder müssen völlig selbständig sein; es gehe hier doch um theologische Fragen, nicht nur um Kirchenpolitik.

Neumann warnt davor, daß wir über Fragen, was zu tun ist, uneins werden. Jeder solle tun, was er für richtig halte.

Dr. Hasselblatt und Meißner legen dar, daß die von George vorgebrachten Gesichtspunkte und Vorschläge in Widerspruch zu den Tatsachen stehen und ihres Erachtens zum Teil ungeistlich, wenn nicht sogar zynisch seien.

Frau Schwarz bedauert, daß die Debatte beim Auftreten einer gegensätzlichen Meinung an Sachlichkeit stark eingebüßt habe; ihr liege die Fürbitte mehr am Herzen als das Absenden von Telegrammen.

Wasserfall weist darauf hin, daß Südafrika mit seiner Handhabung der Versagung von Visa eine traurige Ausnahmestellung in der westlichen Welt einnehme. Man solle auf durchaus verschiedenen Wegen auch weiterhin tätig bleiben.

Ruff legt dar, daß er ein Telegramm, in dem ein fairer Prozeß verlangt werde, unterzeichnen könne. Die Fragestellung von George habe ihm auch nicht in allen Punkten gefallen. Der Eifer aber, mit dem kirchliche Stellen zu Maßnahmen der Regierungen in Südkorea und in Südafrika Stellung nehmen, komme ihm verdächtig vor. Er fragt, ob das BMW auch zu den Vorgängen in Äthiopien Stellung beziehe.

Dr. Gruhn hebt hervor, daß die lutherischen Christen im Vendaland niemand auf der Welt hätten, der für sie eintrete. Das BMW sei hier wirklich verpflichtet, Stimme für die Sprachlosen zu sein.

Sylten verliest ein Telegramm von Bischof Serote vom 24.2.1982, in dem er sich für die Zusicherung von Gebet und Fürbitte bedankt.

19.25 Uhr bis 19.50 Uhr: Imbißpause.

TOP 7. Einführung in den Tätigkeitsbericht 1981 des Missionsrates:
"Anleitung zum Dienst der Sendung"

Dr. Gruhn leitet den Bericht des Missionsrates über das Jahr 1981 ein; auf die Vorlage "Anleitung zum Dienst der Sendung" wird Bezug genommen.

Unter Beteiligung von Sylten, Schwarz, Neumann, Bessert, Knorn, Wagner und Albruschat wird die Frage erörtert, ob es zweckmäßiger

wäre, den Bericht des Direktors ebenso wie die Berichte der Referenten bereits vor der Tagung den Mitgliedern der Missionskonferenz zuzusenden. Es überwiegt die Tendenz für die Beibehaltung der bisherigen Praxis.

Sylten dankt Frau Dilschneider für ihre Arbeit als Vorsitzende des Grundsatzausschusses, insbesondere für die Arbeit am Äthiopienpapier, das auf der Tagesordnung steht.

Auf die Frage von Vogelsang, wie der Kooperationsvertrag mit der Morgenländischen Frauenmission mit Leben erfüllt werden solle, antwortet Dr. Gruhn, wenn man auch erst am Anfang der Zusammenarbeit stehe, so sei zu vermerken, daß z.B. Frau Stanko-Uibel bereits für beide Bereiche eingesetzt sei; das BMW habe auch schon eine internationale Konferenz im Hause der Morgenländischen Frauenmission stattfinden lassen.

Dr. Hollweg fragt, auf welchen Wegen das BMW Bewerber für Theologenstellen finde.

Dr. Gruhn legt dar, von den Missionsseminaren arbeite nur noch das Missionsseminar in Hermannsburg; aber auch dort sei die Zahl der Studenten gesunken. Die Partnerkirchen des BMW verlangten die Aussendung theologischer Mitarbeiter. Ihre Anforderungen an deutsche Theologen seien folgende: er müsse fromm sein, in seinem Fach ein Könnner sein, eine Weile bei der Partnerkirche bleiben und sich in die Partnerkirche einfügen; dabei stehe die Anpassungsfähigkeit vor den Fachkenntnissen. Das BMW suche Interessenten für freie Stellen durch Inserate u.ä.

Meißner verweist darauf, daß missionarische Mitarbeiter, die aus einem Missionsseminar hervorgegangen seien, die Partnerkirche überfremden könnten. Andererseits seien Missionsgesellschaften, die viele Missionare aus eigenem Missionsseminar in einer Partnerkirche konzentriert zum Einsatz brächten, z.B. durch die Drohung, man werde alle Missionare zurücksenden und damit die Missionsgesellschaft in Schwierigkeiten bringen, erpreßbar. Das BMW schließe mit seinen entsandten theologischen Mitarbeitern Dreijahresverträge ab, obwohl Fünfjahresverträge das absolute Minimum sein sollten. Das BMW suche durch seine Gemeindegarbeit in Kontakt mit Menschen zu kommen, die an einer Arbeit in der Partnerkirche interessiert sind, und erbitte dazu auch die Mithilfe von Mitgliedern der Missionskonferenz.

Soppa fragt nach dem Stand der Bemühungen um die Wiedererrichtung des Lehrstuhls für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik an der Kirchlichen Hochschule und verweist darauf, daß das Ökumenisch-Missionarische Institut in Berlin Kurse am PTA abhalte. Er regt an, evtl. schwerpunktmäßig Grundstück und Gebäude der MFM zur Abhaltung von Kursen und Seminaren zu nutzen und u.U. in Zusammenarbeit mit der VEM/Wuppertal und EMS/Stuttgart dazu einzuladen.

Dr. Wagner setzt sich für den Lehrstuhl für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik ein. Er fragt nach den Christen in China.

Dr. Lehmann-Habeck berichtet, daß sich die evangelischen Christen in China allmählich zur Ökumene hin öffnen, andererseits aber keinen Zweifel daran entstehen lassen, daß die Spaltung der evangelischen Christen in Konfessionen abgelehnt werde. Zu den Ausbildungsfragen berichtet er, daß an Entwicklungshelfern aus "Dienste in Übersee" hauptsächlich kritisiert werde, daß sie kein lebendiges Verhältnis zur Kirche hätten.

Neumann erklärt die Verzögerung bei der Entscheidung über die Wiedererrichtung des Lehrstuhls für Religions- und Missionswissenschaft

sowie Ökumenik als unerträglich; es fehle bei Kirchenleitung und Regionalsynode am Mut zur Entscheidung.

Foerster regt an, ob man nicht vom BMW aus eine eigene Ausbildung von Mitarbeitern für die Partnerkirchen aus Interessenten mit abgeschlossener Ausbildung in einem anderen Beruf in Angriff nehmen könne, wobei das Haus in der Augustastraße ähnlich einem Internat als Stätte gemeinsamen Lebens dienen könne.

Dr. Gruhn führt aus, eine Ausbildung im Haus der Morgenländischen Frauenmission sei denkbar, aber die Aufbringung der Kosten sei sehr schwierig. Vielleicht komme eine Missionsakademie auf Gemeindeebene auf uns zu. - Über die Kosten des missionswissenschaftlichen Lehrstuhls sei der Kampf zwischen Senat und Kirchenleitung noch nicht entschieden. Der Rektor der Kirchlichen Hochschule habe die Erteilung eines zeitlich begrenzten Lehrauftrages an einen Pfarrer mit Lehrpraxis, die in Übersee erworben sei, empfohlen.

Albruschat weist auf die Chinakonsultation nach Ostern und den Besuch eines chinesischen Bischofs im Herbst 1982 hin.

Meißner erwähnt zum Stichwort "Überfremdung einer Kirche", daß man nicht außer acht lassen dürfe, daß in der lutherischen Kirche in Tanzania ein weißer Mitarbeiter immer noch als "Boss" angesehen werde, der zudem über einen weiten Freundeskreis in Europa verfüge und daß diese Kirche Planstellen für 250 weiße Mitarbeiter besitze.

Frau Bessert betont, daß in der Aussendungspraxis ein Umdenken erforderlich sei; man müsse die Frage in den Vordergrund stellen, was die junge Kirche brauche, daß sie gerüstet sein müsse, beinahe eine Märtyrerkirche zu werden. Unsere eigene Überfremdung mit kirchlichen Bräuchen dürften wir nicht auf die Partnerkirchen übertragen.

Frau Schwarz erinnert daran, daß die Partnerkirche im wesentlichen nicht anders sein könne als die sendende Kirche; es sei sehr wichtig, auf die Wünsche der Partnerkirche zu hören.

Neumann stellt den Antrag:

"Die Missionskonferenz erinnert an ihren "Antrag auf Errichtung eines ordentlichen Lehrstuhls für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik an der Kirchlichen Hochschule Berlin und bittet den Missionsrat und die Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes, bei der Kirchenleitung und der Kirchlichen Hochschule auf Erfüllung des bekannten Beschlusses der Kirchenleitung und der Regionalsynode zu dringen."

B.

Der Antrag wird einstimmig und ohne Stimmenthaltung angenommen.

Auf Vorschlag von Sylten beschließt die Missionskonferenz, morgen TOP 11 (Äthiopienpapier) vor TOP 8 (Erläuterungen zu den einzelnen Teilen des Tätigkeitsberichtes 1981) zu behandeln.

TOP 9. Abendsegen

Abendschlußgebet: 21.30 Uhr.

Sonnabend, 27. Februar 1982

Beginn: 9.05 Uhr.

TOP 10. Grußwort

Sylten eröffnet die Sitzung und begrüßt Pfarrer Hermann (aus Tanzania, jetzt Gemeinde Staaken Dorf).

Hermann hält die Andacht über Off. Joh. 8, Vers 1 und berichtet anschließend über die Arbeit seiner Heimatkirche.

TOP 11. Einbringung des Äthiopienpapiers des Grundsatzausschusses:
"Äthiopien - Revolution und Nation, Menschenrechte und Flüchtlingshilfe. - Eine Erklärung des BMW zum christlichen Dienst am Horn von Afrika".

Dr. Hasselblatt führt in das vom Grundsatzausschuß erarbeitete und vom Missionsrat beschlossene Äthiopienpapier ein. Wegen unrichtiger Darstellung der Vorgänge in Äthiopien in der Öffentlichkeit sei es nötig geworden, diese Aufzeichnung zur Versachlichung der Aussprache herzustellen. Die Lage in Äthiopien sei für die Mission mindestens so wichtig wie die Verhältnisse in Südafrika, jedoch verworrener und schwieriger zu erkennen. Die Verwaltungsgebäude fast aller nicht-orthodoxen Kirchen seien am 14./15. November 1981 beschlagnahmt und enteignet worden mit der Begründung, daß sie die Konterrevolution importiert hätten. Alle Konten der Mekane Yesus Kirche seien blockiert worden. Die orthodoxen Kirchen, der Islam und die nichtorthodoxen Kirchen hätten am allermeisten gelitten.

In Vertretung der verhinderten Vorsitzenden des Grundsatzausschusses Frau Dilschneider verliest Krause den Beschluß des Missionsrates zum Äthiopienpapier, in dem es heißt:

"Bei der Einbringung der Erklärung in der Missionskonferenz soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Partner nicht hat angehört werden können."

Krause berichtet weiter, daß es im Grundsatzausschuß aus anfangs unterschiedlichen Beurteilungen gelungen sei, zu der vorliegenden einheitlichen Beurteilung zu gelangen.

Neumann hebt hervor, daß im Falle Äthiopiens von Berlin aus ein Vielfaches der Hilfen für die Mekane Yesus Kirche in die Flüchtlingshilfe geflossen sei.

Feder weist auf die hohen Ausgaben der Regierung für Waffenlieferungen aus Rußland hin, die durch die Lebensmittellieferungen aus Westeuropa kompensiert worden seien.

Dr. Hasselblatt antwortet auf Fragen von Neumann: Italien habe in seiner Besatzungszeit dem islamischen Bevölkerungsteil eine gewisse Religionsfreiheit eingeräumt und auch die absolute Abhängigkeit der Oromos von den Landherren erleichtert. Heute herrsche im Lande eine Religionsverfolgung, unter der die Orthodoxen und die Muslime am meisten zu leiden hätten. Außerdem vertreibe der Staat die Bauern aus dem Lande, besonders durch die Förderung der Staatsfarmen.

Frau Wächter weist darauf hin, daß die Militärregierung von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe gebildet werde, die sich aber sehr starker Unterstützung aus Rußland, Libyen und Kuba erfreue.

Dr. Hollweg legt dar, daß die jetzige Gewaltherrschaft des Marxismus

als Antwort auf die Gewalt und Unterdrückung gerichtete Politik des Kaisers zu sehen sei, die sich ein christliches Gewand zugelegt habe. Zu Punkt 31 und 32 sei zu fragen, was Frieden unter dem Kreuz Jesu Christi bedeute und welchen Platz unsere Buße einnehme.

Dr. Hasselblatt: Die Koptische Kirche habe das Evangelium direkt aus Palästina erhalten, nicht auf dem Wege über Europa. In der orthodoxen Kirche habe sich seit tausend Jahren nichts bewegt. Die orthodoxe Kirche sei in ihrer Verbindung zu Kaiser Menelik eine politische Macht gewesen. Menelik habe im Bewußtsein der christlichen Überlegenheit in zwei bis drei Generationen Millionen Menschen aus den Völkern im südlichen Äthiopien ermorden lassen.

Sylten: Die eigenartige Stellungnahme der UNESCO zur Alphabetisierung etwa erkläre sich daraus, mit wem die einzelnen Staaten sympathisierten, nicht aus sachlichen Erwägungen.

George legt dar, die Missionstheologie sei das Zeichen der Kirche, daß sie ihre eigene Aufgabe erkenne und nicht als Handlanger der Regierung wirken wolle. Die theologischen Ausführungen des Papiers seien ausgewogen und gut. In Abs. 34 solle man nicht von einer Anerkennung der anderen Religionen sprechen, sondern davon, daß man sich gegenseitig als Realität ansehe bzw. respektiere.

Karzig regt an, im Vorwort auch die Mitwirkung des Missionsrates zu erwähnen. Dieser werde sich auch des Papiers noch einmal annehmen. Man solle sich auch klar darüber sein, daß es Kolonialismus und Orthodoxie nicht nur in Äthiopien gebe; Christentum und politische Macht hätten sich auch anderswo zur Ausübung von Unterdrückung ergänzt.

Neumann spricht sich dagegen aus, von der gegenseitigen Anerkennung der Religionen zu sprechen.

Dr. Hasselblatt empfiehlt, von "respektieren" zu sprechen. Die heute gemachten Anregungen würden beachtet und das angeführte Material werde ergänzt. Die Beamten seien zu 99 % Amharen und Marxisten; früher seien sie Christen gewesen. Die Muslime würden während der Erntezeit zum Erlernen der amharischen Sprache gezwungen.

Dr. Lehmann-Habeck: Missionstheologie sei heute eher Rechtfertigung einer geschehenen Praxis als eine fundamentale Bemühung der Kirche um ihre Theologie: sie frage einerseits danach, wie sich die Kirche heute in der Nachfolge Jesu Christi bewähren könne; sie untersuche andererseits, wie sich die Kirche zum Staat und seinen Ordnungen und ihren Veränderungen stelle, insbesondere ob sie als Obrigkeitstheologie - wie seit Kaiser Konstantin und der Westkirche und in der orthodoxen Kirche - den Staat grundsätzlich stützen solle.

Dr. Hollweg legt dar, ihm gehe es um die Öffnung zu anderen Kirchen. Entscheidend sei die Frage, in welchen Bezügen wir in unserem Glauben betroffen seien. Das Papier sei aber gut, auch für die Katechese.

Dr. Hasselblatt weist darauf hin, daß es sich hier um eine Denkschrift zu einem Thema handele, zu dem viele das Wort ergriffen hätten, ohne die Dinge offen auszusprechen.

Hinsichtlich des weiteren Verfahrens setzen sich Neumann, Sylten und Karzig dafür ein, daß das Papier der Kirchenleitung mit der Bitte vorgetragen wird, es bei der Synode einzubringen.

George empfiehlt, es nur der Kirchenleitung zur Kenntnis zu geben; die Regionalsynode habe damit nichts zu tun.

Sylten stellt den Antrag,

- 1.) dem Papier mit der Maßgabe zuzustimmen, daß einige kleinere redaktionelle Änderungen vorgenommen werden,
- 2.) die Kirchenleitung zu bitten, sie möge sich das Papier zu eigen machen und entscheiden, ob sie es der Regionalsynode vorlegt.

B. Der Antrag wird einstimmig ohne Stimmenthaltung angenommen.

Sylten regt an, den Grundsatzausschuß weiter arbeiten zu lassen. Heute sei eine Entscheidung nötig, da die Missionskonferenz am 8.2.1980 beschlossen habe, daß nach 2 Jahren Missionskonferenz und Missionsrat über den Grundsatzausschuß neu entscheiden sollten.

In der Aussprache, an der sich Neumann, Karzig, Sylten, Frau Bessert, Wewerke und Dr. Hollweg beteiligen, werden mehrere Themen für die Arbeit des Grundsatzausschusses genannt wie "Volk und Martyrium (Sendung und Zeugnis)" und "Mission und Politik (Fürbitte, Kirchenpolitik, allgemeine Politik)".

Angenommen wird der Antrag:

- B.**
1. Der Grundsatzausschuß soll auch weiterhin tätig sein.
 2. Der Ausschuß wird gebeten, Vorschläge für seine weitere Arbeit zu machen und Wünsche hinsichtlich seiner personellen Zusammensetzung zu äußern.
 3. Der Missionsrat wird um Äußerung zu 1. und 2. gebeten.

TOP 8. Erläuterungen zu den einzelnen Teilen des Tätigkeitsberichtes

B. I. OSTASIEN

Auf Fragen von Neumann berichtet Albruschat über die Mission in Japan, daß die christlichen Kirchen in Japan nur allmählich wachsen, trotz des Krieges sei die Homogenität des Volkes erhalten geblieben: die christliche Lehre sei Bestandteil der Ethiklehre in den Schulen, zudem finde man in vielen japanischen Häusern eine Bibel, und man lese auch in ihr; die Jugendreligionen spielten in Japan keine wesentliche Rolle.

B. II. NAHOST

Es ergeben sich keine Nachfragen.

B. III. SÜDLICHES AFRIKA und TANZANIA

Meißner teilt mit, daß er soeben aus Südafrika erfahren habe, daß nach einem Gespräch von Propst Hollm mit dem Chief Minister des Vendalandes das über Bischof Serote verhängte Verbot, die Gemeinden im Vendaland zu besuchen, aufgehoben worden sei.

B. V. GEMEINDEDIENST. Keine Nachfragen.

B. VI. OFFENTLICHKEIT und PRESSE

Es wird eine Aussprache durch eine vom epd am 24.2.82 veröffentlichte und vom Sprecher der Kirchenleitung Walsdorff erläuterte Notiz ausgelöst, wonach ein Flüchtlingsrat beim BMW gewisse Maßnahmen des Senators für Inneres, die sich auf Asylbewerber beziehen, kritisiert

hat. Der Flüchtlingsrat ist eine Gruppe von 15 bis 20 Personen, die beim Kirchlichen Entwicklungsdienst im BMW eine gewisse Unterstützung gefunden haben. Die Bezeichnung "Flüchtlingsrat beim BMW" ist dadurch entstanden, daß auf einem Briefbogen des BMW über dem Briefkopf das Wort "Flüchtlingsrat" gesetzt worden ist.

Sylten betont, daß nicht geduldet werden dürfe, daß sich ein anderes Organ an das BMW anhänge. Für Presseveröffentlichungen des BMW sei allein die Öffentlichkeits- und Pressereferentin zuständig. Sie müsse wissen, auf wessen Anordnung sie politische Erklärungen namens des BMW abgeben dürfe.

Foerster legt dar, daß hier eine Unklarheit und Grenzüberschreitung vorliege.

Frau Bessert hebt hervor, daß zur Veröffentlichung der Erklärung vom Direktor des BMW die Zustimmung hätte eingeholt werden müssen, da ihr Inhalt das ganze Missionswerk betreffe.

Frau Loeb sagt zu, daß sie die Missionskonferenz und den Missionsrat stärker unterrichten werde. Sie habe sich für verpflichtet gehalten, Menschen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, die nicht in der Lage seien, ihre Interessen selbst zu artikulieren.

Neumann fragt, ob sich das BMW hier an amnesty international angehängt habe; treffe das zu, so werde die Sache schief.

Dr. Hasselblatt erwidert, man solle keine Berührungsgängste mit amnesty international haben. Er bekomme den Vorwurf zu hören, das BMW werde erst dann tätig, wenn Pastoren in Not kommen.

George betont, daß ein Flüchtlingsrat des BMW nicht bestehe. Der Kirchliche Entwicklungsdienst stehe in tangentialer Beziehung mit der Mission. Aber was habe dies mit den Polen in Berlin zu tun? Für sie seien in Berlin Caritas, Flüchtlingsseelsorge und Diakonisches Werk zuständig. Wenn der KED im BMW dort tätig werde, so sei das ein Eingreifen in ein fremdes Amt.

Neumann verweist darauf, daß es sich hier vor allem um Libanesen und Pakistani handle und damit um den Handel mit Heroin usw. Die Kirche habe in den letzten 15 Jahren oft, wenn der Staat eine neue Aufgabe in Angriff nahm, den Fehler gemacht, zu erklären, sie wolle dasselbe tun.

Dr. Gruhn bittet, gegenüber den Referenten eine gewisse Großzügigkeit walten zu lassen; sie hätten nichts Böses gewollt; sie müßten allerdings eine gewisse Freiheit haben, um aktuelle Herausforderungen aufgreifen zu können, auch wenn sie nicht bis in Letzte abgesichert seien.

Neumann regt an, dem epd und dem Sonntagsblatt differenzierter zu sagen, wie die Kompetenzen verteilt seien.

Hollop regt an, der Flüchtlingsrat solle Einzelanfragen selbst beantworten.

Sylten stellt fest, daß das Referat Kirchlicher Entwicklungsdienst im BMW Einzelhilfe an Flüchtlinge gewähren dürfe.

B. VII. VERWALTUNG

Auf eine Frage von Krause zu 1.10 (Verdoppelung der Gaben und Spenden von 1975 bis 1981) weist Dreusicke auf Abs. 1.7 hin, den man mit beachten müsse. Keine der Befürchtungen aus der Zeit vor der Gründung des BMW, die Spendenzahlungen der Missionsfreunde würden nachlassen, sei eingetroffen.

Auf Befragen durch Neumann legt Dreusicke dar, daß durch den Einsatz eines Computers die Stelle einer Mitarbeiterin, die mit 66 % einer Vollbeschäftigten bei uns tätig war, nach deren Ausscheiden aus Altersgründen nicht wieder besetzt worden sei.

C. KIRCHLICHER ENTWICKLUNGSDIENST

Auf eine Frage von Neumann teilt Dr. Hasselblatt mit, daß auf die zweite Plakataktion "Jumbo und Chelonia" das Echo aus dem Publikum kleiner gewesen sei als bei der ersten Plakataktion.

D. GOSSNER MISSION

- 1) Foerster fragt, in welcher Weise sich die Gossner Mission an der Friedensarbeit in Berlin beteilige und wie groß die beiden indischen
- 2) Gossner Kirchen nach der Teilung seien.

Hierzu soll Kriebel zu gegebener Zeit antworten.

TOP 12. Aussprache
TOP 13. Beschlußfassung

AAB

B.

Es wird beschlossen:

Die Missionskonferenz nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis und leitet ihn an die Kirchenleitung weiter.

TOP 14. Verschiedenes

B.

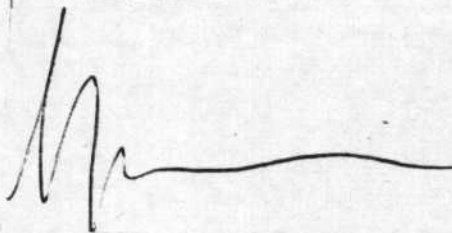
Ein Telegramm an Bischof Serote wird beschlossen.

Die nächste Tagung der Missionskonferenz mit dem Thema Haushalt soll am
Freitag, 7. Mai 1982,

stattfinden.

Krause schließt die Sitzung mit „ebet.

Schluß der Tagung: 13.00 Uhr.



(W. Sylten)
Vorsitzender



(H. Neumann)
Schriftführer

2 Anlagen:

- Bericht Vandaland
- Tätigkeitsbericht 1981

Vorläufige Tagesordnung

8. Tagung der MISSIONSKONFERENZ des BERLINER MISSIONSWERKES
am 26. und 27. Februar 1982 im Haus der Mission, Handjerystraße 19
in Berlin 41 (Friedenau)

Freitag, 26. Februar 1982

Beginn:-----17.00 Uhr

- | | |
|--|----------------|
| 1.✓ Andacht / Grußwort | OKR. Dr. Runge |
| 2.✓ Eröffnung und Begrüßung der Gäste | Vorsitzender |
| 3.✓ Feststellung der Anwesenheit
und Beschlußfähigkeit | Vorsitzender |
| 4.✓ Feststellung der Tagesordnung | Vorsitzender |
| 5.✓ Genehmigung des Protokolls
vom 11./12. 12.81 | Vorsitzender |
| 6.✓ Einführung in den Tätigkeitsbericht 1981
des Missionsrates:
"Anleitung zum Dienst der Sendung" | Dr. Gruhn |

Imbißpause

- | | |
|--|------------------------|
| 7. Erläuterungen zu den einzelnen
Teilen des Tätigkeitsberichtes | Referenten |
| 8.✓ Informationen über jüngste
Entwicklungen in den Partner-
kirchen | Referenten |
| 9. Abendsegen | <u>gegen</u> 21.00 Uhr |

Sonnabend, 27. Februar 1982

Beginn:-----9.00 Uhr

- | | |
|--|---|
| 10. Grußwort | Pfr. Hermann/Tanz. |
| 11. Einbringung des Äthiopien-Papiers
des Grundsatzausschusses:
"Äthiopien - Revolution und Nation,
Menschenrechte und Flüchtlingshilfe.
- Eine Erklärung des BMW zum christlichen
Dienst am Horn von Afrika" | Frau E. Dilschneider
/ Dr. Hasselblatt |
| 12. Aussprache | |
| 13. Beschlußfassung | |
| 14. Verschiedenes | |
| 15. Abschluß
(<u>gegen</u> 12.15 Uhr) | |

Kriebel
Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



Berliner Missionswerk Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder der Missionskonferenz
des Berliner Missionswerkes
und
an die Stellvertreter

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: MISSIONSKONFERENZ

Telefon: (030) 85 10 21

cable: Weltmission Berlin

27. Januar 1982

Betr.: Einladung zur 8. Tagung der Missionskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Mit vorliegendem Schreiben lade ich Sie zu der 8. Tagung der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes ein, die am 26. und 27. Februar 1982 im Haus der Mission, Handjerystr. 19, Berlin 41 (Friedenau), stattfindet.

Wir beginnen am

Freitag, 26. Februar 1982, um 17.00 Uhr,
Sonnabend, 27. Februar 1982, um 9.00 Uhr.

Schwerpunkte der Beratung werden die Besprechung des Tätigkeitsberichtes 1981 des Missionsrates sowie die vom Grundsatzausschuß gearbeitete Erklärung des Berliner Missionswerkes zum christlichen Dienst am Horn von Afrika sein.

Als Unterlagen der Beratungen werden Ihnen rechtzeitig - ohne besonderes Anschreiben - folgende Papiere zugehen:

1. Protokoll der 7. Tagung der Missionskonferenz,
2. Tätigkeitsbericht 1981 des Missionsrates,
3. Text der Äthiopienklärung des Berliner Missionswerkes ("Äthiopien - Revolution und Nation, Menschenrechte und Flüchtlingshilfe. - Eine Erklärung des BMW zum christlichen Dienst am Horn von Afrika").

/ Den vorgeschlagenen Ablauf der Missionskonferenz wollen Sie bitte der beigefügten vorläufigen Tagesordnung entnehmen.

Ich möchte nicht versäumen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Missionskonferenz eine öffentliche Veranstaltung ist, so daß auch die Damen und Herren Stellvertreterinnen und Stellvertreter eingeladen

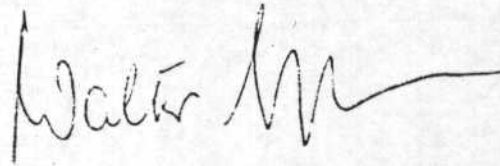
b.w.

sind, an den Verhandlungen teilzunehmen, auch wenn der Vertretungsfall nicht gegeben ist.

- / Die Mitglieder werden jedoch gebeten, auf beigefügter Antwortkarte - oder telefonisch über Frau Kunze (Tel.Nr. 85 10 21 App. 63/64) - die Geschäftsstelle möglichst umgehend zu benachrichtigen, ob sie teilnehmen, damit im Falle ihrer Verhinderung der Stellvertreter noch rechtzeitig und ausdrücklich verständigt werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Ihr



(Walter Sylten)

Anlagen

11./12.12.81

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Tagung der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes
vom 11. und 12. Dezember 1981 im Haus der Mission, Handjerystr. 19,
1000 Berlin 41 (Friedenau)

Anwesende Mitglieder: Abonyi, Brennecke, Prof. Carstensen, Cleinow,
Dilschneider, Feder, Fischer, Foerster,
George, Grüneberg, Heisinger, Hollop,
Dr. Hollweg, Karzig, Kennert, Kiefel, Knorn,
Koch, Krause, Minkner, Neumann, Prüfer,
Rötting, Schapp, Schilling, Schindel,
Schladebach, Schwarz, v.Selchow, Soppa,
Sylten, Tischer, Treichel, Vogelsang,
Dr. Wagner, Waßerfall, Wewerke;

Vertreter des
Missionsrates:

Dr. Lehmann-Habeck, Dr. Runge, Dr. Seeber;

Geschäftsstelle:

Dreusicke, Golda, Dr. Gruhn, Dr. Hasselblatt,
Hoffman, Kriebel, Meißner;

Vorsitz:

Sylten

Protokoll:

Karzek, Kunze

Beginn:

17.10 Uhr

TOP 1. Andacht

Frau Brennecke hält die Andacht über den Monatsspruch des
Dezember aus Johannes 1,5.

TOP 2. Eröffnung

Sylten eröffnet die Sitzung.

TOP 3. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 32 stimmberechtigten
Mitgliedern und damit die Beschlußfähigkeit.

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Auf Antrag Neumanns wird die vorgeschlagene Tagesordnung um TOP 5a
"Krippenausstellung Weihnachtsmarkt" ergänzt. Karzig regt an, für
solche Fälle in der Tagesordnung stets einen Punkt "Verschiedenes"
vorzusehen. Sylten gibt nunmehr folgende Tagesordnung bekannt:

Freitag, 11.12.1981

- | | |
|--|----------------|
| 1. Andacht | Brennecke |
| 2. Eröffnung | Sylten |
| 3. Feststellung der Anwesenheit und
Beslußfähigkeit | Sylten |
| 4. Feststellung der Tagesordnung | Sylten |
| 5. Genehmigung des Protokolls
vom 29.4.1981 | Sylten |
| 5a. Krippenausstellung | Neumann |
| 6. Einführung in das Thema:
DER KIRCHLICHE ENTWICKLUNGSDIENST
IN DEN ACHTZIGER JAHREN
- Ziele und erste Schritte -
- Pause - | Dr.Hasselblatt |
| 7. Gespräche in Arbeitsgruppen | |
| 8. Abendsegen in den Gruppen | |

Sonnabend, 12. Dezember 1981

- | | |
|--|-------------------|
| 9. Einleitung | Dr.Gruhn |
| 10. Korreferat: Entwicklungsförderndes
Handeln der Kirchen in der BRD | Dr.Lehmann-Habeck |
| 11. Aussprache | |
| 12. Abschluß | |

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 5. Genehmigung des Protokolls vom 29.4.1981

Das Protokoll wird genehmigt.

Sylten berichtet über Zusammenkünfte von Ausschüssen der Missionskonferenz seit der letzten Zusammenkunft: Es tagten der Rechtsausschuß, er hat die Aufgabe, das Missionswerksgesetz zu überarbeiten und der Grundsatzausschuß, letzterer beschäftigt sich mit dem Thema Äthiopien.

George moniert die in der Einladung verwandte Kürzel "BRD".

Fr. Schwarz fragt an, warum ein Teil der zugesandten Vorlagen zum Hasselblatt-Referat in englischer Sprache geschrieben sei und kritisiert "politische Wertungen" im zugesandten Material.

TOP 5a. Krippenausstellung Weihnachtsmarkt

Neumann berichtet von einer zumindest teilweisen Verlagerung der Krippensammlung von Frau Weinhold nach Schloß Schleißheim bei München. Bislang war diese anerkannte Sammlung fester Bestandteil des Berliner Weihnachtsmarktes, wodurch auch dem Berliner Missionswerk die Möglichkeit gegeben war, sich dort zu präsentieren. Es sollte alles Mögliche seitens der EKIBB unternommen werden, für ein Verbleiben der Sammlung in Berlin einzutreten.

Fr.Clebow meint, daß eine dauernde Ausstellung in Westdeutschland immerhin noch besser wäre als eine Einlagerung in einem Berliner Magazin und gelegentliche Präsentation zu Weihnachten.

Neumann könnte sich eine Dauerausstellung in Berliner ungenutzten Kirchen (Südsterne) vorstellen.

Soppa weist auf die Kostenfrage für die EKIBB hin und berichtet, daß bereits Verträge mit der bayerischen Staatsregierung abgeschlossen seien.

George betont den Wert der Krippenausstellung als "Herzstück" des Weihnachtsmarktes.

Nach erfolgter Aussprache stellt Neumann folgenden Antrag:

Die Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes wird gebeten, im Konsistorium Erkundigungen anzufragen, welche Schritte seitens der EKIBB unternommen wurden, um auf einen Verbleib der Krippensammlung von Frau Weinhold in Berlin hinzuwirken.

Missionskonferenz beschließt diesen Antrag bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen.

TOP 6. Einführung in das Thema: DER KIRCHLICHE ENTWICKLUNGSDIENST
IN DEN ACHTZIGER JAHREN - Ziele und erste Schritte -

Dr. Hasselblatt nimmt eingangs zur Kritik von Fr. Schwarz über das vorab zugesandte Informationsmaterial Stellung: die Texte seien relativ zufällig ausgesucht worden, eine Auswahl nach politischen Gesichtspunkten läge keinesfalls vor. Allerdings sei es ein Spezifikum des KED-Arbeitsmaterials, daß es zum Widerspruch und zur Diskussion anrege. Die Übernahme englischsprachiger Texte geschah aus Mangel an Zeit für die Übersetzung; weiterhin wendet es sich ja besonders an Interessenten für Ökumene, in der Englisch Umgangssprache ist.

Dr. Hasselblatt führt sein Thema in drei Teilen

- I. Geschichte,
- II. Ausblick und
- III. Konkretion kirchlichen Entwicklungsdienstes.

wie folgt aus:

Zu I. Einführende Zitate und Aspekte

1. Ghandi: Dem armen Mann wagt Gott nicht zu erscheinen, es sei denn in Form von Brot oder in dem Versprechen auf Arbeit.
2. Traditionelle Kulturen beziehen das, was sie zum Leben brauchen (Nahrungsmittel, Energie, Kleidung etc.), aus der unmittelbaren lokalen Umwelt ohne oder nur mit geringer Einbeziehung des regionalen oder nationalen Handels. Solche Gesellschaften sind sich ihrer Abhängigkeit von ihrer Umwelt jederzeit bewußt.
3. Wir in den industriellen Kulturen sind weiter entfernt von den Folgen und Schäden, welche die Eingriffe unserer Lebensweise in die Umwelt verursachen. Industrialisierte Kulturen verbrauchen mehr Umwelt und ihr Einzugsgebiet ist größer und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind komplexer, so daß eine Analyse der Umweltschäden und eine Bilanz der verbrauchten Umwelt komplexer ist als bei den Nomaden- oder Wanderfeldbaukulturen, wo die

Schäden sofort jedem Mitglied der Gesellschaft sichtbar sind.

4. Fast alles, was man heute über KED liest, endet mit einem Fragezeichen oder in Ernüchterung und Resignation und mit der Mahnung zu einer radikalen Wende.

In den Ihnen zugeschickten Texten sagt Direktor Hahn (Brot für die Welt): Die Bilanz des zweiten Entwicklungsjahrzehnt ist enttäuschend. Er sagt, "daß die Reichen, nicht die armen Nationen das eigentliche Problem dieser Welt darstellen". Gefragt ist (immer noch nach Hahn): "gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstrukturierung", ein neuer Lebensstil der Reichen. (Zitat nach "Armut und Reichtum - der lange Marsch durchs Nadelöhr", Hamburg/Göttingen, 1981, S. 59).

5. Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Hamburg, spricht von den 750 Millionen Allerärmsten, die aus dem Hilfsraster der Weltbank herausfallen, weil sie nicht kreditwürdig sind. Hier hilft nur human development, eine Entwicklung nämlich, die die Kräfte dieser Armen mobilisiert und nicht auf große Finanzen und große Technologie baut (siehe den Ihnen zugeschickten Text aus "Der Überblick" 3/81).
6. Dazu sagt Dr. Linnenbrink (Nov. 1980 Synode in Spandau): "In der Masse der Armen sind, davon bin ich überzeugt, erhebliche Potentiale vorhanden, die es zu fördern gilt. Die Fähigkeit, sich selbst zu organisieren, die Ziele des Entwicklungsprozesses eigenständig zu artikulieren und die erkannten Ziele auch durchsetzen zu wollen, ist ein nicht hoch genug zu veranschlagendes entwicklungspolitisches Potential."
7. Ferner sagt Linnenbrink: "In der ökumenischen Diskussion wird der Entwicklungsprozeß gegenwärtig seinem Kern nach als Befreiungsprozeß beschrieben. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die historisch vorfindlichen Formen von Abhängigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung nicht das Ergebnis naturnotwendiger Bedingungen, sondern Folge von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen sind, die von Menschen verantwortet werden und deshalb auch veränderbar sind. Zugleich signalisiert der Begriff "Befreiung", daß die Aufhebung solcher Abhängigkeiten nicht von selbst erfolgt, sondern entschlossen gewollt und auch gegen Widerstand realisiert werden muß."
8. Der indische Professor S.L. Parmar, auf den Dr. Linnenbrink sich auch in seinem Referat beruft, sagt schon 1975, daß die Ära, in der "Entwicklung ohne Tränen" oder ein fast schmerzloser Übergang von Armut in den Wohlstand für möglich gehalten wurde, endgültig vorbei sei. Auch der "aufgeklärte Eigennutz", der davon ausgeht, daß kein Widerspruch bestehe zwischen den Interessen der entwickelten und der Entwicklungsländer, könne kein

Konzept mehr abgeben. Parmar sagt, es "wird jeder Wachstumsprozeß, der nicht von radikalen Veränderungen der 'nicht-wirtschaftlichen' Faktoren der Entwicklung unterstützt wird, sich als wirkungslos erweisen."
Ich empfehle das Referat von Parmar
"Kernpunkte der Entwicklungsdebatte" in R. Dickinson
"Entwicklung in ökumenischer Sicht", Frankfurt/M. 1975, texte 12, der Lektüre.

Zu II. In sieben Punkten soll jetzt die Tendenz eines Entwicklungs-konzeptes für die 80er Jahre vorgestellt werden, wie sie auf einer ökumenischen Tagung im Herbst 1981 in Willebadessen erarbeitet wurden.

1. Programme sollen bevorzugt unterstützt werden im Gegensatz zu Projekten. Projekte sind zeitlich begrenzt, arbeiten in einem Sektor (Medizin, Landwirtschaft, Schule etc.), produzieren Güter (Farm, Fabrik), während Programme einen anhaltenden Prozeß unterstützen, interdisziplinär sind und mit den Menschen (Bauer, Fischer etc.) arbeiten.

Eine Hühnerfarm ist ein Projekt mit einem (hochqualifizierten) Manager, bringt Geld ein (für die Kirche etc.) und wird mit der Hoffnung betrieben, daß die "wissenschaftliche" Hühnerhaltung als Beispiel den Bauern der Umgebung Anregung geben würden. Meist bleiben diese Projekte sehr begrenzt in ihrer Wirkung. Darum wird aus dem Projekt ein Programm gemacht: die Haushalte werden unterwiesen, wie sie zu Hause Hühner besser aufziehen. Jeder Haushalt ist betroffen. Nicht die Kirche ist der erste Nutznießer. Es ist nicht ein Manager nötig, sondern einige Berater oder Motivatoren, die mit den Leuten arbeiten. Der Motivator oder Berater weiß bald mehr über die Leute als über die Hühner. Er wird "ganzheitlich" arbeiten.

2. Somit ergibt sich, daß Organisationen und Bewegungen den Vorrang verdienen vor Institutionen. Früher wurden Schulen, Krankenhäuser ect. als die Träger der Entwicklung gesehen. Jetzt arbeitet man mit den landlosen Bauern, den Bewohnern in den verkommenen Vorstädten, mit Gruppen, dort wo die Menschen sind. Auch hier nicht mit Managern, sondern mit Beratern.
3. Nicht Produzieren steht im Mittelpunkt mit viel Kapital und Technik, sondern das Arbeiten mit den Menschen (vgl. Zitat Linnenbrink). Bewußtmachen der eigenen Situation, der eigenen Möglichkeiten und Kräfte (education, formation of people etc.).
4. Ganz deutlich tritt eine Akzentverlagerung ein vom Nationalen zum Lokalen: die Arbeit wird in den Dörfern getan. Akzentverschiebung vom großen Projekt zum kleinen.
5. Es wird nicht mehr in erster Linie Einzelnen geholfen, sondern mit Gruppen gearbeitet. Z.B. nicht Spezialkurse für einzelne Weber, Ingenieure etc. angeboten, sondern es werden gleich die Dorfgemeinschaften in das Programm einbezogen.

6. Vor zehn Jahren mußte jedes Projekt (Schule, Krankenhaus, Farm) politisch absolut neutral sein. Heute weiß man: was immer wir in der Entwicklungshilfe tun, hat eine politische Dimension. Es ist ehrlicher und nützlicher, wenn man sich dessen zu Beginn der Arbeit bewußt ist.
7. Nicht mehr kapitalorientiert, sondern "menschenorientiert" wird die Arbeit sein müssen. Es gibt jetzt schon Beispiele, wo zwei junge Leute ein ganzes Dorf gebessert, verändert haben (in Timor etc.). Sie waren als Motivatoren in Djakarta ausgebildet worden und haben ohne viel Kapital oder Technologie neues Getreide, Fischereimethoden, Schulen, Ackerbaumethoden etc. zum Nutzen aller eingeführt.

Ziffer 1 - 7 zeigt eine Tendenz an, die wahrscheinlich in den 80er Jahren für die Entwicklungsvorhaben vieler Kirchen von Bedeutung sein wird.

Zu III. Im Berliner Missionswerk ist das KED-Referat mit dem Äthiopien-Referat kombiniert. Was zuerst zufällig erschien, erweist sich jetzt als sinnvoll. Die Flüchtlingsarbeit des Berliner Missionswerkes am Horn von Afrika weist etliche Merkmale der oben skizzierten Schwerpunkte auf. Es werden keine Institutionen unterstützt und keine Manager bezahlt, es wird nicht sektoral gearbeitet, sondern alle Bereiche des Lebens der Menschen sind betroffen. Die Arbeit wird mit Gruppen durchgeführt und hat zum Ziel die Befreiung von Not und Unterdrückung und Ausbeutung (vgl. Dr. Linnenbrinks Referat). Das Berliner Missionswerk arbeitet mit einer Eigenorganisation der Flüchtlinge zusammen und unterstützt u.a. die medizinischen, schulischen, kulturellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Programme dieser Gruppe. Nicht kapitalintensiv, im Vergleich zu den großen kirchlichen und staatlichen Hilfsprojekten, sondern in engem Bezug zu den Menschen werden Hilfen gegeben für die Herstellung medizinischer Handbücher, Alphabetisierungsprogramme, handwerkliche Kooperativen etc.

TOP 7. Gespräche in Arbeitsgruppen

Die im Referat Dr. Hasselblatts angesprochenen Themen werden in vier Arbeitsgruppen diskutiert.

TOP 8. Abendsegen in den Gruppen

Der Tag schließt mit dem Abendsegen in den einzelnen Gruppen gegen 21.00 Uhr.

Sonnabend, 12. Dezember 1981

Beginn: 9.15 Uhr

Sylten eröffnet die Sitzung.

TOP 9. Einleitung

Dr. Gruhn stellt die Sitzung unter Losung und Lehrtext des Tages.

Dr. Gruhn gibt einen Bericht über die Arbeit des Berliner Missionswerkes seit der letzten Missionskonferenz. Pfarrer Golda ist als Referent für Gemeindedienst eingeführt worden. Ruth Theurer ist zur Tätigkeit als missionarisch-diakonische Helferin nach Botswana (zu Missionarin Anneliese Lüling) verabschiedet worden. Ruthild Karzig ist von ihrer Arbeit als missionarisch-diakonische Helferin in Tanzania zurückgekehrt. Pfarrer Harro Dux (Tanzania) wird für Ende des Jahres zurückerwartet.

Die Arbeit in Basaren zur Adventszeit ist auch in diesem Jahr fortgesetzt worden (BMW-Basar in Matthäus-Steglitz, Rixdorfer Weihnachtsmarkt, Weihnachtsmarkt am Funkturm). Mit der Morgenländischen Frauenmission ist ein Kooperationsvertrag abgeschlossen worden; Nutzungsvereinbarungen für die Häuser und Grundstücke sind in Aussicht genommen.

Die Stelle des Leiters von Talitha Kumi (Nachfolger von Dr. Bohne) hat noch nicht besetzt werden können. Die Besetzung der Lehrerstelle für die Kinder von Missionaren in Kidugala (Tanzania) steht bevor. Für Dienste als missionarisch-diakonische Helfer bewerben sich viele junge Menschen bei uns.

Besonders dankbar sind wir der Rheinischen und Westfälischen Kirche, daß sie unseren Partnerkirchen in Südafrika und Nahost in besonderen Notfällen tatkräftig geholfen haben.

In der Norddiözese in Südafrika sind kürzlich 40 Gemeindeglieder aus dem Venda-Stamm - unter ihnen Dean Farisani - verhaftet worden. Gegen den Südafrikanischen Kirchenrat ist vom Staat eine Untersuchungskommission zur Prüfung seiner Finanzen eingesetzt worden. Die Befugnisse einer solchen Kommission, Empfehlungen auszusprechen, reichen bis zur Bannung. Die Partnerkirche in Tanzania leidet unter den hohen Treibstoffkosten.

Geheim gehaltene Richtlinien äthiopischer Regierungsstellen für die Bekämpfung der orthodoxen Kirche, der Mekane Yesus Kirche und des Islam sind in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14.11.81 und im letzten Heft der "MISSION" abgedruckt. An der Echtheit des Dokumentes bestehen keine Zweifel.

Auf seiner Reise nach Japan, Korea, Taiwan und Hongkong hat Dr. Runge zwar keine Genehmigung erhalten, Dr. Kao im Gefängnis zu besuchen; Dr. Runge hat aber eine dreistündige Unterredung mit dem stellvertretenden Kuomintang-Chef in Taiwan gehabt.

Sylten begrüßt Schwester Brigitte Stanko-Uibel; sie war 6 Jahre in Sumatra im Dienste der VEM tätig und steht nun für den Gemeindedienst des

des Berliner Missionswerkes mit Schwerpunkt Berichterstattung Nahost zur Verfügung. Er ergänzt, daß Schwester Verena Zietzke aus Tanzania zurückkehrt und vom 15.1.1982 ab bereit ist, in den Gemeinden Dienste zu leisten.

Sylten teilt ferner den Beschluß des Missionsrates mit, durch den Pfarrer Meißner auf die Dauer von 2 Jahren zum stellvertretenden Direktor unter Beibehaltung seines Arbeitsgebietes "Südliches Afrika, Tanzania" gewählt worden ist. Er gedenkt ferner des am 22.11.1981 heimgegangenen früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner Missionsgesellschaft Berlin (West) e.V., Baudirektor i.R. Werner Natzschka.

Hoffman berichtet über die Koptisch-Evangelische Kirche, daß sie z.Zt. mit den innenpolitischen ägyptischen Verhältnissen beschäftigt ist und deshalb noch keine Fortentwicklung in Richtung auf einen Kooperationsvertrag festzustellen ist.

Zu den gegen den Generalsekretär Tutu erhobenen Vorwürfen legt Dr. Gruhn seine Überzeugung dar, daß sich die Haltlosigkeit dieser Beschuldigungen erweisen wird.

Fr. Dilschneider berichtet, daß die Frankfurter Allgemeine Zeitung zwar ein Interview mit Beyers-Naudé veröffentlicht, in derselben Ausgabe aber eine Anzeige, die für Investitionen in südafrikanischen Immobilien werbe, abgedruckt hat.

TOP 10. Korreferat: Entwicklungsförderndes Handeln der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Lehmann-Habeck weist in seinem Korreferat "Entwicklungsförderndes Handeln der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland" darauf hin, daß das Evangelische Missionswerk in Hamburg neben den vier Abteilungen zur Bearbeitung von Missionsangelegenheiten auch eine Abteilung hat, die sich dem Entwicklungsdienst widmet. Als Beispiel für die Einwirkung christlicher Verkündigung auf gegebene Machtverhältnisse nennt er die Mission der Brüdergemeine unter den schwarzen Sklaven in Holländisch-Westindien gleich nach Beginn ihrer Arbeit (um 1731). Verkündigt wurde die Botschaft vom Knecht Jesus Christus, der Mensch wurde um der Menschen willen. Diese Verkündigung fand solchen Anklang unter den Sklaven, daß die Sklavenhalter mißtrauisch wurden und fürchteten, daß die Sklaven zu gebildet und zu selbständig würden. Die Inhaber der Macht spürten die Kraft der machtlosen Liebe. Wären die Missionare alsbald dazu übergegangen, die Sklaven zu taufen, so wären die Sklaven als Glieder der Gemeinde Jesu Christi andere Rechtssubjekte geworden, gleichgestellt den herrschenden Weißen. Deshalb verzichteten die Missionare längere Zeit darauf, Sklaven zu taufen. Auch heute kann sich erweisen, daß nichts entwicklungsfördernder ist, als eine solide christliche Verkündigung: sie spricht in bestehende Machtverhältnisse hinein und ändert sie in der Folge. Daß Jesus nicht Machtstrukturen verändert, sondern dem Einzelnen seine Sünden vergeben hat, darf uns nicht veranlassen, uns aus der Verantwortung für sündhafte Machtstrukturen herauszustehlen, etwa unter der Devise "wir sind allzumal Sünder". Zwar müssen wir uns vor Augen halten, daß entwicklungsförderndes Verhalten der Kirchen nur ein Teil christlichen Handelns ist. Es geht uns dabei aber immer um Gerechtigkeit und Freiheit, d.h. auch um die politische Dimension im Leben jeder Gemeinschaft; der Christ gehört an die Seite der Unterdrückten und Rechtlosen.

Zur Verbreitung dieser Erkenntnis ist eine große Aufklärungsarbeit in der europäischen Christenheit nötig. Diese Erkenntnis veranlasste nach zwanzigjährigem Wirken von "Brot für die Welt" Vertreter der Dritten Welt zu der Anregung, einen gewissen Teil des Spendenaufkommens zur Bewußtseinsbildung in der Bundesrepublik zu verwenden. Bei der Bewußtseinsbildung handelt es sich einerseits darum, daß wir die Macher-Mentalität ablegen, als hätten wir die Schlüssel in der Hand, um die Verhältnisse "richtig" zu gestalten. Andererseits handelt es sich um unsere Bereitschaft, uns solidarisch zu erklären mit Menschen, die nicht an der Fülle des Lebens teilhaben wie wir, und die Konsequenzen dieser Solidarisierung zu tragen. Bewußtseinsbildung für die Entwicklungsförderung sollte eine Hinwendung zu Buße und Erneuerung in unserer Kirche einschließen. Während das Spendenaufkommen für "Brot für die Welt" steigende Tendenz hat, ist eine Buß- und Erneuerungsbewegung bisher ausgeblieben. Schließlich handelt es sich bei der Bewußtseinsbildung darum, daß wir Abschied nehmen von der Auffassung, unsere Aufgabe sei das Entwerfen großer Konzepte und das Durchführen großer Maßnahmen. Zuwenden sollten wir uns dagegen der Aufgabe, das nach den konkreten Verhältnissen des Empfängers Mögliche und Adäquate zu tun.

Nach heutigem Verständnis ist Mission und Entwicklungsdienst gemeinsam, daß sie sich in die Machverhältnisse der Zeit hineinbegeben und deutlich aussprechen, daß Verhältnisse, die z.B. den Menschen Grundrechte vorenthalten und die Würde des Menschen verletzen, nicht mehr aufrechterhalten werden dürfen. Es muß Befreiung erstrebt werden von sündhaften Strukturen, die gegen die Grundsätze einer christlichen Gemeinschaft verstoßen, da alle Christen durch die Taufe Glieder am Leib Christi sind und als solche zum Abendmahl Christi berufen sind. Heute ist gegen solche Strukturen der Ruf zur Buße geboten, solche die Menschenwürde verletzenden Verhältnisse sind in der Gemeinde Christi nicht mehr zulässig. In dem eingangs erwähnten Beispiel aus der Brüdergemeine des 18. Jahrhunderts mochten die Missionare sich noch darauf beschränken, die Botschaft von Jesus Christus als dem Sünderheiland zu verkünden, ohne auf die Befreiung von den sündhaften Machtstrukturen zu dringen. Wer heute auf diese Befreiung hinarbeitet, betreibt nicht mehr eine uneigentliche Aufgabe in Mission und Entwicklungsdienst, sondern einen wichtigen Bestandteil der Weltmission.

Zu den Prinzipien des Kirchlichen Entwicklungsdienstes gehören heute folgende Ziele:

Hilfe zur Selbsthilfe,
bewußte Begrenzung der Hilfe auf die Ärmsten der Armen,
Katastrophenhilfe,
Dienste der Kirche an und in ihrer Umgebung,
Förderung ökumenischer Zusammenarbeit,
zwischenkirchliche Hilfe von Kirche zu Kirche.

Was die Methoden des Kirchlichen Entwicklungsdienstes angeht, so wurde früher das Projektsystem bevorzugt, während heute mehr die globale Zuweisung angewendet wird. Bei der Finanzierung von Projekten ging man davon aus, daß ein Projekt in drei Jahren soweit durchgeführt sein werde, daß es sich selbst tragen könne. Diese Annahme erwies sich als irrig. Projekte haben den Vorteil, daß sie sich verhältnismäßig leicht kontrollieren lassen und Spenden leicht

anschaulich gemacht werden können. Globale Zuwendungen geben dem Empfangenden eine Entscheidungskompetenz über die Verwendung der Mittel. Globalzuwendungen erfordern auch einen Vertrauensvorschuß, der dem Empfangenden gewährt werden muß. Man kann die Empfänger nicht unter dem Gesichtspunkt auswählen, ob sie mit den Methoden europäischen Rechnungswesens vertraut sind, zumal wenn man den Ärmsten der Armen helfen will. Es zeigt sich, daß längerfristige Programme in gewissem Umfang flexibel sein müssen für den Fall, daß sich die Durchführung eines Programms nach einiger Zeit als nicht möglich erweist. Was das Zusammenwirken von Gebern angeht, so hat ursprünglich der Grundsatz geherrscht, daß möglichst alle Zuwendungen in ökumenischem Zusammenwirken mit anderen Kirchen gegeben werden. Im Laufe der Zeit hat sich ergeben, daß dieser Grundsatz nicht immer eingehalten werden kann, auch mit Rücksicht darauf, daß eine Kirche von einer Kirche in Übersee direkt um Entwicklungshilfe gebeten wird. Die Fragen, ob und inwieweit Kontrolle der Geberkirche eine unzulässige Machtausübung darstellt und ob Entwicklungshilfe grundsätzlich ohne Kontrolle des Gebenden gegeben werden sollte usw. sind noch Gegenstand lebhafter Diskussionen. Auch muß der Frage Beachtung geschenkt werden, wieweit die Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in den Gemeinden als kirchliches Handeln empfunden wird und die Gemeinden sich wirklich als solidarisch empfinden mit dem, was in ihrem Namen geschieht. Es sollte nicht so sein, daß Entwicklungsprojekte verschwiegen werden müssen, weil man fürchten muß, daß ihre Bekanntheit Kirchenaustritte provoziert. Darum ist Bewußtseinsarbeit gerade in den Gemeinden außerordentlich wichtig.

TOP 11. Aussprache

Sylten stellt die allgemeine Überzeugung fest, daß von einer neuen Verhandlung in Arbeitsgruppen abgesehen werden soll. Ferner gibt er bekannt, daß sich aus den gestrigen Diskussionen in Arbeitsgruppen keine Anträge an das Plenum ergeben haben.

In der Aussprache fragt George, warum die Geber die Mittel nicht pauschal an die einzelnen überseeischen Kirchen geben und dabei der sachgemäßen Verwaltung der Mittel durch diese Kirchen vertrauen, ohne sich Kontrollen vorzubehalten; er verweist darauf, daß Paulus bei den von ihm auswärtigen Gemeinden überbrachten Kollekten auch keine Kontrolle übte.

Fr. Cleinow stellt zur Debatte, wie die Bewußtseinsbildung in den Gemeinden und in den Familien praktisch aussehen solle.

Foerster stellt im Anschluß an das Beispiel der Pioniermissionare der Brüdergemeine, zunächst von der Taufe abzusehen, weil die Taufe neue Rechtsverhältnisse schaffe, die Frage, ob sich Parallelen für unsere Taufpraxis ergeben.

Dr. Hollweg fragt, was konkret die Botschaft der Hilfe in christlich verstandenem Sinne sei.

Dr. Lehmann-Habeck: Die Botschaft der Hilfe hat zum Inhalt, daß Jesus Christus, obwohl er reich war, um unseretwillen arm wurde; Gott hat mit uns geteilt. Mittel für die Hilfe sind: das Wirken von Menschen, der Einsatz von Geldmitteln, die Schaffung von Freiräumen in einer Gesellschaft. Schließlich wären denkbar und wünschbar auch Wirkungen für die Entwicklung aus dem Wirken deutscher Unternehmen im Ausland durch ausländische Tochtergesellschaften mit der Folge zum Beispiel, daß die Stellung der ausländischen Gewerkschaften gestärkt wird. Ein Mittel zur Entwicklungsförderung ist auch die Informationspolitik, man gibt weiter, was man im

Ausland erfährt; in der umgekehrten Richtung gehen Informationen um der Menschen in Übersee willen heraus. Das Kriterium für die kirchliche Entwicklungsförderung ist, ob sie teilnimmt und teilt am Leibe Christi, der die christliche Gemeinde ist. Jeder Christ soll sich fragen, ob er sich nicht am Leibe Christi ver-sündigt, wenn er weiß und duldet, daß leidenden Gliedern des Leibes Christi ständig Unrecht angetan wird. Der Bewußtseinsbildung in der Gemeinde dient es, wenn ihr andere Lebensverhältnisse vor Augen gestellt werden und ihr deutlich gemacht wird, daß eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern auch Einbußen in den westlichen Lebensverhältnissen zur Folge hat. - Der Gesamtbereich des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes hat in 1981 folgende Finanzierungsquellen gehabt: aus Kirchensteuermitteln sind etwa DM 81 Mio. an den Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD und etwa DM 12 Mio. an das Evangelische Missionswerk in Hamburg geflossen, aus staatlichen Steuermitteln etwa DM 120 Mio. über die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) und aus "Brot für die Welt" ca. DM 70 Mio. - Ausgaben für Bewußtseinsbildung in der Heimat darf der Kirchliche Entwicklungsdienst in Höhe von 12 % von DM 81 Mio. machen.

Hoffman weist auf den Widerspruch zwischen der Theorie der Armut und der tatsächlichen Lebensart der westlichen Christen hin.

Kiefel legt dar, daß man neben dem durch westliche Staaten verursachten Unrecht auch das marxistische Unrecht sehen müsse, wie es jetzt in Äthiopien deutlich werde. Wir erkennen, daß es beim Evangelium auch um Freiheit geht, lehnen aber das äthiopische Modell ab. - In der Entwicklungshilfe ist schwer, Kontrolle und Vertrauen richtig gegeneinander abzugrenzen: Man darf nicht von jeder Kontrolle absehen und alles dem Zufall überlassen; eine Kontrolle darf sich aber nicht als Machtausübung darstellen und darf auch nicht zu Diskriminierungen führen.

Sylten: Wir werden auch in Zukunft klar umrissene Vorhaben als Steuerungsmittel für die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern brauchen, und wir werden auch auf Kontrollsysteme nicht völlig verzichten können.

Kriebel weist zu dem von Dr. Lehmann-Habeck im Eingang seines Referates angeführten Beispiel aus den Anfängen der Mission der Brüdergemeine darauf hin, daß sie selbst Farmen zur Selbsterhaltung der Missionsstationen besaß und auf diesen Farmen selbst Sklavenhalter war; sie hätte sich unmöglich gemacht, wenn sie ihre Sklaven freigelassen hätte.

Tischer legt zur äthiopischen Revolution dar: sie ist einerseits eine Folge der christlichen Mission, die durch Bildungsarbeit das Bewußtsein der Massen gestaltet hat; diese Revolution ist andererseits auf die fehlerhafte Einstellung der orthodoxen Kirche und des Islam zu den sozialen Fragen zurückzuführen.

Vogelsang weist darauf hin, daß die Gemeinden am besten zu Spenden zu motivieren sind, wenn ein Projekt keine politischen Elemente besitzt und daß vielfach Bedenken in den Gemeinden gegen die Verwendung von Geldern des Weltrates der Kirchen für gewaltsame Befreiungsaktionen bestehen.

Dr. Hollweg: Die Revolutionen sind mit dem Problem von Kontrolle und Herrschaft einerseits und Vertrauen andererseits nicht fertig geworden. Deshalb ist eine theologische Auseinandersetzung mit den Revolutionen notwendig.

Dr. Lehmann-Habeck: Zwischen feudaler Macht und marxistischer Knechtschaft halte ich andere Gesellschaftsformen für möglich. Die Revolution in Äthiopien war eine Konsequenz des Imperialismus Rußlands. In Nicaragua ist die Alternative von feudaler Macht und marxistischer Knechtschaft m.E. noch zu vermeiden. In El Salvador ist es m.E. noch zu vermeiden, daß sich eine Machtposition des russischen Imperialismus bildet. - Was Zahlungen an den Sonderfonds des Weltrates der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus angeht, so geschahen und geschehen sie grundsätzlich nicht aus Kirchensteuermitteln. Trotzdem kommen aus Deutschland durch Spenden hohe Beträge ein. Christen treten eigentlich für Gewaltverzicht ein; mindestens aber sollten sie immer deutlich machen, daß sie in einer Solidarität der Schuld stehen. - Was die Kontrolle über die Verwendung von Entwicklungshilfegeldern angeht, so sollte der Grundsatz gelten, daß jeder Empfänger sich den Kontrollen unterwerfen muß, die in seiner eigenen Kirche gelten. - Die Vergabe von Spendenmitteln aus "Brot für die Welt" hat sich als ein Element gegen ungerechte Strukturen erwiesen. Wer sich von der Bibel her mit der kritischen Beleuchtung von Revolutionen befaßt, muß Selbstbewußtsein und Unverdrossenheit besitzen, denn er muß damit rechnen, daß ihm vorgeworfen wird, er sei mit der revolutionären Bewegung zu verwechseln.

Minkner: Ein gründliches Nachdenken über die Herrschaft Christi - die Taufe - den Entwicklungsdienst - die Menschenrechte - ist nötig - gerade im Hinblick auf die in Berlin lebenden Türken. Hat die Taufe mit der Herrschaft Christi zu tun? Ist die Herrschaft Christi identisch mit der Herrschaft der Menschenrechte? Taufe als Eingangstor zu neuen Menschenrechten? In welchem Verhältnis stehen Taufe und Entwicklungsdienst? Wir sollten uns des Patenamtes als eines der ältesten Ämter der Kirche erinnern, das mit der Anmeldung zum Taufunterricht begann und dem Paten die Stellung eines Bürgen gab.

Neumann berichtet aus einer Arbeitsgruppe vom Vortage, daß ein Teil der Gruppe die diakonisch-soziale Bedeutung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes hervorgehoben habe, während der andere Teil vor allem auf seine kirchliche Bedeutung Wert gelegt habe. Einigkeit herrschte, daß wer Kirchlichen Entwicklungsdienst betreibt, auf Befragen deutlich sagen soll, daß er einen christlich kirchlichen Dienst tut. Weil es an diesem offenen Bekenntnis in der Praxis oft fehlt, unterbleibt oft die Unterscheidung zwischen staatlichen und sonstigen Entwicklungsdiensten.

Dr. Lehmann-Habeck legt zum Thema Taufe - Menschenrechte dar: Im Mittelalter war "Mensch", wer dem Corpus Christi angehörte, also getauft war; wer nicht getauft war, stand außerhalb der Gesellschaft. Heute darf man die Herrschaft Gottes nicht mit den Menschenrechten identifizieren, aber man soll erkennen, daß, wo Jesus Christus herrscht, es keine Verletzung der Menschenrechte, keine Entmündigung oder Entrechtung der Menschen oder Verlust der Menschenwürde geben darf. Die Erklärung der Menschenrechte und ihre Aufrechterhaltung liegt auch im Interesse der christlichen Kirche.

TOP 12. Abschluß

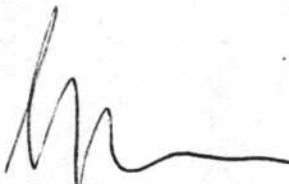
Mit allgemeiner Zustimmung übernimmt Tischer die Mitunterzeichnung des anzufertigenden Protokolls.

Syten gibt bekannt, daß die nächste Sitzung am Freitag, dem 26.2.1982 und evtl. auch am Sonnabend, dem 27.2.1982, stattfinden wird.

Thema: Tätigkeitsbericht 1981.

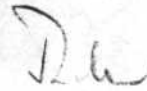
Krause schließt die Sitzung mit Gebet.

Schluß der Tagung: 12.25 Uhr.



Syten

Vorsitzender



Tischer

Schriftführer

B. I. O S T A S I E N

Partner in Ostasien: Dialog Kirche und Staat

1. Auch im Berichtszeitraum kam es in den Partnerkirchen Ostasiens zu Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Staaten im Zusammenhang kirchlicher Arbeit. So hat in Südkorea das 1980 an die Macht gekommene neue Regime unter dem Präsidenten Chun, Doo Whan einseitig Arbeitsbeschränkungen für die Kirche verfügt.

Auf der Insel Taiwan hat die Presbyterianische Kirche in Taiwan (PCT) zu spüren bekommen, daß kirchliche Mitarbeiter bei Amnestien übergangen werden.

Der Prophet Hesekiel gibt Israel Gottes Zusage weiter: "Ich will euch ein neues Herz und einen neuen Geist in euch geben" (Kap. 36,26). Dieses Wort hat Christen in Ostasien zur Hoffnung und zu lebendigem Zeugnis ermutigt. In der im Evangelium begründeten Wahrheit und durch Festhalten am Bekenntnis bleiben Christen in Ostasien für die in Südkorea und Taiwan totalitär regierenden Machthaber eine ständige Herausforderung. Darüber hinaus darf man aber auch feststellen, daß Christen weiterhin bereit sind, im Dialog mit ihren Regierungen am friedlichen Aufbau ihrer Gesellschaftsordnungen zu bauen, von denen sie jedoch Achtung der Menschenrechte und Unabhängigkeit kirchlicher Arbeit erwarten.

Im einzelnen ist aus den Partnerkirchen der drei ostasiatischen Länder mit einigen Einzelbeispielen auf diese Gesamtproblematik hinzuweisen.

2. Taiwan

- 2.1 Das Verhältnis von Kirche und Staat ist weiterhin gespannt; wenn auch ökumenische Besucher, die Taiwan besuchen, dem Staat ständig signalisieren, daß die Presbyterianische Kirche in Taiwan nicht allein steht. Damit wird Solidarität und Bruderschaft deutlich.
- 2.2 Diese wachsende Partnerschaft wird durch regelmäßige Besuche betont. Im Sommer 1981 war Dr. Hsieh, der neue Moderator der PCT, in Berlin. Umgekehrt besuchten der Ostasienreferent im Juni sowie der Referent für Mission und Ökumene im Konsistorium, Oberkonsistorialrat Dr. Uwe Runge, im Oktober Taiwan. Erstmals konnte mit der Partnerkirche ein Studienprogramm begonnen werden. Professor Wang, Dozent der Kirchlichen Hochschule in Tainan, hielt sich vier Monate in Berlin und im Bundesgebiet auf. Es ist Ziel der Presbyterianischen Kirche in Taiwan, durch Kennenlernen der kirchlichen Situation in Deutschland ein besseres Verständnis der Partnerkirche zu gewinnen und dies den eigenen Studenten zu vermitteln.

- 2.3 Projekte der PCT konnten durch das Berliner Missionswerk vermittelnd weitergegeben werden. Die Vermittlung hat zu Bewilligungen in den Mittelausschüssen bei "Brot für die Welt" und der "Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst" geführt. So konnte der Neubau des Druckhauses der kirchlichen Wochenzeitschrift "Taiwan weekly" und eine neue Druckmaschine finanziert werden. Ebenso wurde ein Zuschuß zum Ausbau der Theologischen Hochschule in Tainan gewährt.
- 2.4 Die Presbyterian Church in Taiwan hat die Bitte geäußert, in absehbarer Zeit deutsche Mitarbeiter im Bereich der Ausbildung oder Stadt- und Industriemission zu bekommen. Dies erfordert baldmöglichst eine Antwort.
3. Südkorea
- 3.1 Auch die Partnerkirche in Südkorea, Presbyterian Church in the Republic of Korea (PRoK), sieht sich weiterhin Beschränkungen durch die Regierung ausgesetzt. Die regelmäßigen Gebetsgottesdienste sind immer noch verboten. Die Industriemissionsarbeit ist wesentlich eingeschränkt. Die Programme der christlichen Akademie unterliegen strenger Aufsicht und Zensur. Einzelne Kirchengemeinden, kirchliche Mitarbeiter, Professoren und Pfarrer werden ständig überwacht oder haben Berufsverbot.
- 3.2 Nach dem Machtwechsel 1980 hat die PRoK anfangs nur zögerlich auf das neue Regime mit Kritik reagiert. Bemerkenswert ist deshalb die Wahl des neuen Moderators der PRoK auf der Synode im September 1981 als Signal für die Arbeit der Kirche zu sehen. Abweichend vom üblichen Verfahren wurde Pfarrer Park, Hyung-Kyu gewählt, der durch sein unerschrockenes Eintreten für die Freiheit der Verkündigung und den sozialdiakonischen Dienst in den Slums der Hauptstadt Seoul bekannt ist. Damit trat die Synode Tendenzen zur Assimilierung an das neue Regime entgegen.
- 3.3 Erste Stellungnahmen nach dieser Synode zeigen deutlich die neue Bekenntnishaltung der Kirche. Zum einen hat die PRoK inhaltlich mitgewirkt bei Erklärungen zur Rettung und Befreiung ihrer im Gefängnis befindlichen Angehörigen. Zum anderen ist sie mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, in der sie die Beschränkung der Urban-Rural-Mission-Arbeit durch Regierung und Management deutlich kritisiert.
- 3.4 Durch gegenseitige Besuche konnte die Partnerschaft zwischen PRoK und Berlin vertieft werden. Zum Kirchentag und anschließend auch in Berlin weilte eine neunköpfige Gruppe der Partnerkirche in Deutschland. 1982 wird als Erwidierung des Besuches eine Gruppe kirchlicher Mitarbeiter und Multiplikatoren aus Berlin nach Korea reisen.
- 3.5 Die evangelische Schwesternschaft "Diakonia" in Mokpo ist erstmals mit der Bitte um verstärkte Zusammenarbeit an das Berliner Missionswerk herantreten. Konkret wird um

Hilfe zum "Bau einer Kapelle" gebeten. Dieses Projekt hat bereits in den Berliner Gemeinden Aufmerksamkeit gefunden und wird weitergeführt.

4. Japan

- 4.1 Kontinuierlich wird die Zusammenarbeit mit der kleinen japanischen Christenheit (1 % Christen in Japan) durch das Berliner Missionswerk gefördert. Seit dem 15.12.1980 ist Herr Vikar Ninomiya aus unserer Partnerkirche Kyodan als Vikar in Deutschland. Er hat am 1.11.1981 sein Spezialvikariat beim Berliner Missionswerk begonnen.

Bei seinem Besuch unterstrich der Moderator des Japanischen Christenrates in Japan (NCC/J), Pfarrer Kishimoto, der gleichzeitig Vize-Moderator des Kyodan und Kollege von Pfarrer Ingo Feldt in Yokohama an der Momijizaka-Kirche ist, in seinen Grußworten, für wie notwendig er die verstärkte Partnerschaft durch Entsendung von Mitarbeitern und Austauschprogramme zwischen Japan und Deutschland hält.

- 4.2 Bei seinem Heimaturlaub brachte dies Pfarrer Ingo Feldt (Juli bis September 1981) auch für die Gemeindedienstarbeit durch Predigt, Vorträge und Teilnahme an Seminaren sowie Fachgesprächen deutlich zum Ausdruck.

- 4.3 Professor Murakami hat dies bei seinem Kurzbesuch in Berlin als Mitglied der Deutschlandkommission des Kyodan ausdrücklich bestätigt und den Wert der personellen Zusammenarbeit gewürdigt.

- 4.4 Im Oktober 1981 besuchte eine Delegation des NCC/J die Bundesrepublik Deutschland und Berlin, um mit deutschen Christen ihre Infragestellung des Yasukuni-Schreins zu erörtern. Yasukuni bedeutet die Verehrung aller Kriegstoten Japans, die seit 1868 in vielen Kriegen gefallen sind. Von der Nation werden sie als Helden und gleichsam als Götter verehrt. Nationalistische Kreise in Japan versuchen, diesen seit 1945 privaten Shinto-Schrein erneut zu einer staatstragenden Ideologie zu erheben. Gesetzesvorlagen im Parlament sind eingebracht und deuten auf einen erstarkenden japanischen Nationalismus hin. Japanische Christen wehren sich gegen diese Einflußnahme und indirekte Beschränkung der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit. Sie weisen auf die Gefahr eines möglichen neuen Militarismus hin.

Bislang hat die japanische Regierung diesen Einspruch der Christen und anderer gesellschaftlicher Gruppen in Japan immer berücksichtigt. Es gibt jedoch in Japan Tendenzen, die zu einer Rückkehr traditioneller (sprich: konservativer) Denkweise Anlaß geben. Hier versucht die Kirche im Dialog mit dem Staat zu bleiben.

Die japanische Delegation nahm an Seminaren, Vorträgen und Gottesdiensten in der DDR, Berlin (West) und Westdeutschland (dabei Pressekonferenz auf der EKD-Synode in Fellbach) teil und bat die deutsche Christenheit um Kenntnisnahme dieses ureigenen japanischen Problems.

5. Konsultationen

- 5.1 Das Berliner Missionswerk arbeitet verantwortlich in der Deutschen Ostasien-Kommission (DOAK) des Evangelischen Missionswerkes, Hamburg, mit. Aus Deutschland bestehende Partnerschaften und Kontakte zu Kirchen und christlichen Gruppen in Taiwan, Japan und Südkorea werden hier koordiniert und in die Regionen der EKD vermittelt.

Durch regelmäßig durchgeführte Konsultationen in Asien oder in Gliedkirchen der EKD wird versucht, die ökumenische Gemeinschaft zu stärken, das theologische Gespräch zu verbreitern und gemeinsame, die Partnerschaft stärkende Programme zu entwickeln.

Im Berichtszeitraum hat eine Delegation der DOAK auf einer dreiwöchigen Asienreise (26.5.-23.6.1981) Konsultationen in Taiwan (PCT), Japan (NCC/J) und Korea (KNCC) durchgeführt.

- 5.2 In Taiwan ging es um die Fortsetzung der im November 1980 in Berlin begonnenen theologischen Gespräche. Die Synodalerklärungen der PCT zum Verhältnis von Kirche und Staat spielten darin ebenso eine Rolle wie eine Diskussion zu einem neuen taiwanesischen Glaubensbekenntnis.

- 5.3 Mit dem Nationalen Christenrat in Japan wurden in
5.3.1 zweierlei Hinsicht Gespräche geführt. Einmal ging es um die Evaluation bisheriger gemeinsamer Arbeit seit 1965, als eine Japanische Deutschlandkommission und eine Deutsche Japankommission gegründet wurden. Beide Partner stellten fest, daß die gemeinsamen Kontakte ständig ausgebaut wurden und sich in vielfältigen Aktionen, Einzelinitiativen und Studienprogrammen bewährt haben. Personalaustausch, durch die Kommission gefördert, hat Partnerschaft (Zweibahn-Verkehr) wachsen lassen.

- 5.3.2 Ein weiterer Gesprächsbereich der deutschen Delegation galt dem Kennenlernen von gesellschaftlichen Problemen Japans. Christen in Japan versuchen, angesichts eines sich verstärkenden Nationalismus, angesichts der wachsenden Desensibilisierung für den Frieden kritische und weiterhelfende Beiträge zu leisten.

- 5.4 Im Mittelpunkt des theologischen Gespräches in Südkorea stand die vierte Koreanisch-Deutsche Kirchenkonsultation vom 8.-10.6.1981 in Seoul. Zum Thema "Schuldbekenntnis und neue Verantwortung" wurde an drei Tagen jeweils mit Referat und Korreferat theologisch, soziologisch und historisch gearbeitet. Koreaner nahmen Motive und Erfahrungen des Kirchenkampfes und kirchliche Erklärungen der ersten Nachkriegsjahre in Deutschland zur Kenntnis. Sie antworteten mit einer Analyse koreanischer Kirchengesetze und den bescheidenen Möglichkeiten der Kirchen, die schmerzlichen Spannungen im Lande mit abbauen zu

helfen. Gemeinsam suchte man nach Modellen zur Vertiefung der gewachsenen Beziehungen in Theologie, Austausch und seelsorgerlicher Begleitung von Koreanern und Deutschen im jeweiligen Lande.

- 5.5 Die Deutsche Ostasien-Kommission hat im November 1981 eine ausführliche Evaluation ihrer Arbeit durchgeführt. Grund war das Auslaufen des Mandates des Vorstandes des Evangelischen Missionswerkes in Hamburg, der im September neu gewählt wurde. Der Vorstand wird befinden, ob und wie die Kommissionsarbeit zukünftig zu regeln ist.

Die Deutsche Ostasien-Kommission war der Meinung, daß ihre Zusammenarbeit hilfreich für die Kooperation der regionalen Missionswerke im Bereich Ostasien war, und könnte sich eine Ausweitung auf andere Länder (Philippinen, Vietnam, Kambodscha etc.) vorstellen.

II. N A H O S T

1. Der Mittlere Osten

Der ganze Mittlere Osten von Iran über die Türkei, Irak und Syrien, den Libanon, Israel/Palästina/Jordanien und Ägypten bis zu Lybien und dem Sudan ist auch in diesem Jahr ein Herd von Konflikten gewesen und sorgte daher unentwegt für Schlagzeilen in der westlichen Presse. Einige dieser Konflikte sind alt, andere dagegen sind weit jüngeren Datums bzw. sind erst vor kurzem durch erneuten Ausbruch von Gewalt zum Bewußtsein der westlichen Welt vorgedrungen.

All diese Konflikte haben gewisse gemeinsame Merkmale, ob es das neu in unser Bewußtsein eindringende Armenierproblem ist, der wiederbelebte Kurdenaufstand im türkisch-iranischen Grenzgebiet, die irakisch-iranische Waffenschlacht, der noch nicht beigelegte Bürgerkrieg im Libanon, die inneren Auseinandersetzungen in Syrien und Ägypten oder der Dauerkonflikt um Israel/Palästina. Sie sind alle Konflikte um die Sicherung von Existenz und Recht von nationalen oder ethnisch-religiösen Minderheiten bzw. um Rechts- und Gesellschaftsform des Islam in der modernen Welt. Entgegengesetzte national-religiösthokratische Ansprüche stehen demokratisch-säkularen Tendenzen feindlich gegenüber. Hinzu kommen ideologische Gegensätze in bezug auf Revolution und Sozialismus und die entgegengesetzten Interessen der beiden Großmächte von heute, die einer Beruhigung der Auseinandersetzungen entgegenstehen.

Das Besondere an dem Engagement des Berliner Missionswerkes in diesem Gebiet erklärt sich nur ungenügend aus dem geschichtlichen Erbe. Christliches Zeugnis und christlicher Dienst im heutigen Mittleren Osten sind als Beitrag zum Frieden in einem besonders konfliktgeladenen Teil der Welt und über die national-religiösen Grenzen hinweg zu begreifen und zu gestalten.

2. Israel/Westbank/Jordanien

- 2.1 Die politischen Fronten diesseits und jenseits der "unsichtbaren Grenze", die zwischen Israel und den besetzten Gebieten verläuft, sind im vergangenen Jahr härter geworden. Auf israelischer wie auf arabischer Seite ist die Zahl der Skeptiker groß, ob das ägyptisch-israelische Friedenswerk von Camp David Grundlage für eine echte Befriedung der gesamten Region Israel/Palästina sein kann. Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) stehen als die Hauptkontrahenten einander gegenüber, erkennen sich aber bis jetzt nicht an und verhandeln nicht miteinander. In einer Nahosterklärung "Israel, Palästina und wir" (Abdruck in "Im Lande der Bibel", 2/81, auch als Sonderdruck erhältlich) hat das Berliner Missionswerk versucht, für Ortsgemeinden und Freundeskreise

in Deutschland eine Orientierung über die Problematik in die Hand zu geben und gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Begrenzung von Ansprüchen auf beiden Seiten zugunsten des Friedens hinzuweisen. Bei aller verständlichen Parteinahme für die einen oder die anderen Betroffenen in diesem Konflikt gilt es für uns, hilfreich das Verständnis für die Angst aller Beteiligten vor der Bedrohung ihrer Existenz zu wecken, die Friedenskräfte in beiden Lagern zu stärken und so zu versuchen, Solidarität mit Israelis wie mit Arabern, mit Muslimen wie mit Juden zu erweisen und den bedrohten christlichen Minderheiten in der gesamten Region zur Seite zu stehen.

- 2.2 Die Evangelisch-lutherische Kirche in Jordanien (ELCJ), die aus den verschiedenen Zweigen der deutsch-evangelischen Palästina-Mission, vor allem aus der Arbeit des Jerusalemsvereins hervorging, ist in diesem Gebiet die Partnerkirche des Berliner Missionswerkes. Neben ihren 6 Gemeinden (Jerusalem, Bethlehem, Beit Jala, Beit Sahour, Ramallah und Amman mit offiziell 1630 Gliedern, hat sie 4 Schulen (Bethlehemer Schule, "Lutherische Schule der Hoffnung" in Ramallah, "Martin-Luther-Schule" in der Altstadt Jerusalems und die Evangelische Schule in Beit Sahour) mit insgesamt 1300 Schülern und 70 Lehrern, wobei sie für diese Arbeit über das Berliner Missionswerk vor allem auf Subventionen aus den deutschen Landeskirchen angewiesen ist.
- 2.3 Die erhoffte Konsolidierung des evangelischen Schulwesens im Raum südlich von Jerusalem ist wegen der Kontroverse um Talitha Kumi (siehe 2.5) nur zum Teil erfolgt. Christliche Privatschulen können von den Unruhen in dem von Israel besetzten Gebiet naturgemäß nicht herausgehalten werden. Sie bieten z.Z. aber eine bessere Chance für Schulung und Erziehung als die direkt unter der israelischen Militärverwaltung stehenden ehemaligen jordanischen Regierungsschulen, wie der Andrang an unseren Schulen zeigt. Koedukation, eine gewisse Hervorhebung der musischen Fächer, evangelische Andachten und der evangelisch-christliche Religionsunterricht zeichnen das kleine Schulwesen der ELCJ von anderen aus. Wegen der allgemeinen Qualität der christlichen Privatschulen schicken muslimische Eltern ihre Kinder in diese Schulen. Muslimen bilden ca. 20 % der Schülerschaft an den ELCJ-Schulen und in Talitha Kumi. Sie werden gerne aufgenommen, um christlicherseits Toleranz in einer immer intoleranteren Situation und Gesellschaft zu zeigen und zu verbreiten.
- 2.4 Das Berliner Missionswerk, das für die ehemalige Kaiserswerther Mädchenschule und Internat Talitha Kumi bei Beit Jala direkte Verantwortung trägt, hat in Abstimmung mit der ELCJ im Schuljahr 1980/81 begonnen, die Ober- und Unterstufe der Bethlehemer Schule aufzunehmen und somit die Koedukation einzuführen. Was unter 2.3 über die Anziehungskraft und Ausrichtung der ELCJ-Schulen gesagt worden ist, gilt in besonderem Maße für Talitha Kumi. Im Schuljahr 1981/82 sind 611 Kinder in Talitha Kumi registriert, die von 26 vollamtlichen Lehrern unterrichtet werden. Es kommen noch 11 teilzeitbeschäftigte Lehrer

und 12 Erzieherinnen und Lernkindergärtnerinnen dazu. Im Zuge der Verwirklichung des 1978 von der ELCJ und ihren Partnern akzeptierten Schulentwicklungsplanes wurden im Herbst 1980 der Anbau eines neuen Unterrichtsgebäudes und die Errichtung einer Sporthalle in Angriff genommen, die im Laufe des Schuljahres 1982/83 hoffentlich fertiggestellt werden können. Die Durchführung des Bauprogrammes macht uns gewisse Sorgen: Der Wertverfall der Deutschen Mark im Vergleich zum US-Dollar, in dem in Israel und den besetzten Gebieten die Verträge abgeschlossen werden mußten, hat 1981 eine Finanzierungslücke eröffnet. Wir sind froh, daß die Freunde von Talitha Kumi, die Paten und andere Spender es uns ermöglichen, daß gerade Kindern von minderbemittelten Familien der Vorzug bei der Aufnahme in die Schule und das Internat gewährt werden kann.

- 2.5 Im vorigen Tätigkeitsbericht war von Unstimmigkeiten bei der Bauvergabe in Talitha Kumi und der anschließenden Kontroverse zwischen Berliner Missionswerk und ELCJ über Talitha Kumi die Rede (siehe Tätigkeitsbericht 1980, S.6). 1981 brachte insofern eine Klärung, als die von der ELCJ zunächst geforderte und vom Missionsrat empfohlene Integration Talitha Kumis in die Verwaltungskompetenz der ELCJ an der mangelnden Bereitschaft der mit dem Berliner Missionswerk verbundenen Landeskirchen, die Integration zu tragen, scheiterte. Inzwischen hat der Koordinierungsausschuß der Überseepartner der ELCJ (COCOP) in einer Sondersitzung getagt und neue Überlegungen zur Gestaltung der Partnerschaft mit der ELCJ angestellt. Diese sehen u.U. die Schaffung eines internationalen Gremiums für die lutherischen Schulen (einschl. Talitha Kumi) vor sowie möglicherweise die Gründung einer Nachfolgeorganisation für COCOP, die über die ELCJ hinaus weitere Kirchen und Organisationen einschließen sollte. Man erhofft von solchen neuen Konstruktionen einen Abbau der angestauten Spannungen und die Hinwendung zur sachlichen Partnerschaft in den zu bewältigenden vielfältigen Aufgaben im Raume Jerusalems, Israels und der Westbank.
- 2.6 Der ökumenische Kontext der Nahostarbeit des Berliner Missionswerkes und des Dienstes der ELCJ tritt immer deutlicher zutage. Anlässlich der diesjährigen COCOP-Sitzung fand im Mai 1981 in Amman eine von den Überseepartnern der ELCJ initiierte anglikanisch-lutherische Konsultation statt, die Schritte zur Kooperation und zur kirchlichen Einheit zwischen Anglikanern und Lutheranern vorsieht. Missionsrat begrüßte diese Willensbekundung und hat zum Ausdruck gebracht, daß das Berliner Missionswerk konkrete Schritte in dieser Richtung unterstützen würde.
- 2.7 Am Ende des Schuljahres 1980/81 kehrten folgende Mitarbeiter des Berliner Missionswerkes von ihrem Einsatz auf der Westbank zurück:

- | | |
|--|---|
| Karin Baldenius | - Musiklehrerin in Talitha Kumi, Bethlehem und Beit Sahour |
| Dr. Jürgen Bohne | - Schulleiter von Talitha Kumi und Ratgeber in Schulentwicklungsfragen bei der ELCJ |
| Christa Knels | - Lehrerin für das Fach Deutsch als Fremdsprache |
| Ursula Gärtner | - Gruppenmutter im Internat Talitha Kumi |
| Susanne Albrecht }
Barbara Wenzlaff } | - Diakonisch-missionarische Helferinnen in der Gästebetreuung Talitha Kumi |

Besonders schmerzlich für alle Beteiligten ist der Weggang von Dr. Bohne und seiner Frau, der durch die Spannungen, die die Kontroverse um Talitha Kumi ausgelöst hatten, verursacht wurde.

Im Schuljahr 1981/82 sind folgende Mitarbeiter des Berliner Missionswerkes auf der Westbank tätig:

- | | |
|--------------------|--|
| William Abu Dayyeh | - Lehrer in Ramallah und Koordinator für das Fach Deutsch als Fremdsprache |
| Ernst Schlack | - Lehrer in Talitha Kumi für das Fach Deutsch als Fremdsprache |
| Ingrid Sontheimer | - Lehrerin in Talitha Kumi und Bethlehem für das Fach Deutsch als Fremdsprache |

Allen Mitarbeitern gebührt der Dank des Berliner Missionswerkes für ihren Einsatz in einer gespannten Situation.

3. Ägypten

- 3.1 Die Spannungen innerhalb Ägyptens nahmen im vergangenen Jahr merklich zu. Sie hängen mit der "Re-islamisierung" zusammen, die besonders seit dem Tode Nassers zunehmend an Gewicht gewonnen hat. Im Juni gab es gewalttätige Auseinandersetzungen in Kairo zwischen orthodoxen Kopten und fanatischen Muslimen. Im September sah sich Präsident Sadat veranlaßt, auch gegen den Papst der Koptisch-orthodoxen Kirche vorzugehen, als er besonders zum Schlag gegen die fanatische muslimische Opposition ausholte. Der Tod Präsident Sadats verstärkte die Spannungen und die Unsicherheit. Größte Zurückhaltung kennzeichnet die Haltung der Koptisch-evangelischen Kirche Ägyptens in den Spannungen und Auseinandersetzungen der letzten Zeit. Falls es gelingt, zu einer für die Palästinenser und die meisten arabischen Staaten annehmbaren Lösung des Palästina-problems zu kommen, werden wohl der Druck nach innen in Ägypten nachlassen und Schritte zur christlich-muslimischen Verständigung im Lande unternommen werden können.
- 3.2 Im Berichtszeitraum fanden Besuche aus der evangelischen Kirche (Nilsynode) in Berlin und umgekehrt statt. Sie haben den Austausch und die Beziehungen zwischen Berlin und dieser, der größten evangelischen Kirche des Mittleren Ostens (250.000 Mitglieder, 160 Pfarrer) verstärkt. Nur zu einem unerheblichen Teil wurde bis jetzt die Arbeit

der Gemeinden und die sozialen Dienste der Gesamtkirche durch die Spannungen im Lande beeinträchtigt. Wegen der noch nicht gefestigten Beziehungen zwischen Ägypten und der Westbank mußte aber eine Intensivierung der Kontakte zwischen der ELCJ und der Koptisch-evangelischen Kirche hinausgeschoben werden. An der Mission dieser Kirche hat das Berliner Missionswerk einen nur sehr bescheidenen Anteil. Beiträge für die Reparatur von kirchlichen Gebäuden und die Ausbildung und Fortbildung von Kindergärtnerinnen konnten weiter gegeben werden sowie kleinere Beträge für die Ausbildung von Mitarbeitern und die Einrichtung eines Versammlungsraumes für das Hilfsprogramm einer der Gemeinden zugunsten der Bewohner einer Müll-Deponie am Stadtrand von Kairo. Der innere Friede in Ägypten und eine annehmbare Lösung für das Palästinenserproblem würden es erleichtern, daß die Koptisch-evangelische Kirche einen ihrer Größe und ihrer geistlichen Gaben entsprechenden Anteil am christlichen Zeugnis und Dienst im gesamten Mittleren Osten anzunehmen vermag und daß sie Projekte zur Förderung eines sowohl umfassenden als auch in die Tiefe hineinwirkenden Friedens verwirklichen kann.

4. Heimatarbeit

Die Heimatarbeit für den Nahostbereich des Berliner Missionswerkes geschieht naturgemäß in Zusammenarbeit mit den Referaten Gemeindedienst und Öffentlichkeit. Die Zeitschrift "Im Lande der Bibel" bringt regelmäßig für die Freunde und Förderer der Arbeit mit einer Auflage von ca. 10.000 für das ganze Bundesgebiet einschl. Berlin Information über und aus dem Mittleren Osten. Der Referent war beratend tätig bei der Herstellung eines Fernsehfilms ("Christen in Bethlehem/Fremde im eigenen Lande"), der in der Erwachsenenbildung des Missionswerkes in bezug auf unsere Arbeit unter den Palästinensern gebraucht wird. Aus der Anstellung einer Mitarbeiterin im Reise- und Vortragsdienst mit Schwerpunkt Nahost (vgl. Bericht Referat Gemeindedienst, Pkt. 1, Abs.2), um die seit 4 Jahren vom Beirat Nahost gebeten wurde, erhoffen wir eine Unterstützung und Verstärkung der Arbeit der Vertrauenspfarrer des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk in den west-deutschen Landeskirchen.

III. SÜDLICHES AFRIKA UND TANZANIA

Im Berichtszeitraum haben die Aufgaben im Afrika-Referat stark zugenommen. Die anfallenden Arbeiten konnten kaum bewältigt werden. Ständig zunehmende Gesprächstermine, vor allem mit eventuellen Anwärtern für den missionarischen Einsatz, mit Hilfesuchenden aus afrikanischen Ländern und mit Besuchern aus Gemeinden und Partnerschaftskreisen lassen die Nähe zu Missionsfreunden und Gemeinden wachsen, sind zeitlich aber kaum mehr zu schaffen. Die häufige Abwesenheit des Referenten durch Teilnahme an Konferenzen und Ausschusssitzungen in Berlin und Westdeutschland (an 67 Tagen), durch Gemeindeeinsätze und Gottesdienste (42) und durch Auslandsdienstreisen (94 Tage) erfordert eine Neubesinnung auf die Prioritätensetzung bei der Arbeit im Referat. Zusätzlich zu diesen Terminen wurden Besucher aus unseren Partnerkirchen in Ost- und Südafrika betreut, eine Arbeit, die zwar viel Freude und Stärkung für den Dienst schenkt, aber auch enorm zeitintensiv ist. All diese Arbeit konnte das Referat nur schaffen mit der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, in der Leitung und im Gemeindedienst. Ihnen allen soll an dieser Stelle gedankt werden.

Das Referat ist für die Beziehungen zu den Kirchen in Südafrika, Swasiland, Botswana, Zimbabwe und Tanzania verantwortlich.

1. Die kirchliche Arbeit in der Evangelisch-Lutherischen Kirche im südlichen Afrika hat sich weiter konsolidiert. Die Verwaltung in den Kirchenleitungen wurde verbessert, und damit wuchs das Vertrauen zwischen Gemeinden und Leitungsorganen. Drei der fünf Diözesen haben eine gute Steigerung des Eigenaufkommens zu verzeichnen und konnten das Rechnungsjahr ohne Defizit abschließen. Sorgen in dieser Beziehung bereiten die South Eastern Diocese und die Cape Orange Diocese, deren Defizite ständig zunehmen. Erfreulich sind die wachsenden Gemeinden. Die Gesamtkirche zählte Ende 1980 ca. 540.000 Christen.
- 1.2 In den Konflikt zwischen Staat und Kirche wird in zunehmendem Maße auch unsere Partnerkirche verwickelt. Sie ist besonders betroffen durch Zwangsumsiedlungen und das damit verbundene Zerschlagen vieler ihrer Gemeinden. Zwei Kirchenleitungsmitgliedern wurden die Pässe zur Reise nach Deutschland verweigert und ein Dekan verhaftet. Die seelsorgerlichen Aufgaben an Menschen, die unter den Auswirkungen der Apartheidspolitik leiden, sind oft nur schwer wahrzunehmen. Hier ist unsere Hilfe und unsere Fürbitte besonders gefordert.

- 1.3 Anfang 1981 wurde die Auflösung der Geschäftsstelle des Berliner Missionswerkes in Pretoria abgeschlossen. Da die Übertragung der Berliner Missionsgrundstücke an die einheimische Kirche aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, wurde eine Generalvollmacht registriert, die es der Evangelical Lutheran Church Property Management Company (PMC) ermöglicht, den BM-Grundbesitz in Südafrika im Interesse und zum Gewinn der dortigen Kirche zu verwalten. Die übrigen Aufgaben der Geschäftsstelle, die in ihrer Blütezeit mit drei hauptamtlichen Kräften besetzt war, wurden in die Geschäftsstelle Berlin übernommen.
- 1.4 Im September trafen sich die Mitarbeiter des Berliner Missionswerkes im südlichen Afrika zu einer Rüste, zu der das Berliner Missionswerk alle zwei Jahre einlädt. Hauptproblem der Mitarbeiter war die Einarbeitung neuer Missionare und deren Begleitung in dieser schwierigen Phase. Da dies ein Problem auch der mit uns in ELCSA zusammenarbeitenden anderen Missionen ist, soll dies bei der nächsten Konsultation mit ELCSA im Februar 1982 besprochen werden.
- Neu ausgereist nach Südafrika sind im Berichtszeitraum Pfarrer Gottfried Kraatz mit Familie für den Dienst in den Mischlingsgemeinden in Mitchells Plain/Kapstadt, Frau Heidrun Kuttner zum Aufbau eines Kindergärtnerinnenseminars in Kratzenstein und die missionarisch-diakonische Helferin Susanne Schöler.

2. Botswana

- 2.1 In Botswana haben die Vereinigte Evangelische Mission vom Westen, die Church of Sweden Mission vom Norden, die Hermannsburger Mission vom Osten und die Berliner Mission vom Süden kommend mit der Missionsarbeit begonnen. Aus dieser Arbeit, zu der noch die Mission der lutherischen Freikirche in Südafrika hinzukam, sind Gemeinden entstanden, die seit mehreren Jahren an der Gründung einer Evangelical Lutheran Church in Botswana arbeiteten. Nach Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden, die aus der Hermannsburger Mission hervorgegangen und nun der Western Diocese der ELCSA unterstellt waren, und der Kirchenleitung der Western Diocese hatten sich diese Gemeinden von ELCSA getrennt und als neue Evangelical Lutheran Church in Botswana registrieren lassen. Nachträglich hatten sie die anderen lutherischen Gruppierungen eingeladen, sich dieser neuen Kirche anzuschließen. Viele Gemeinden taten dies, andere blieben aber ihren Bindungen an ihre Kirchen in Südafrika und Namibia treu, so daß es zu einer schmerzlichen Kirchenspaltung gekommen ist, in der sich die Fronten im Berichtszeitraum zusehends

verschärft haben. Die ELCB hat sich mit drei Kirchenkreisen konsolidiert und im September Pfarrer Robinson als Bischof in sein Amt eingeführt. Die Kirche in Namibia hat ihren Gemeinden in Botswana empfohlen, sich der neuen Kirche anzuschließen, während ELCSA eine eigene Botswana-Diözese gegründet und bereits einen Bischof gewählt hat. Die Spannungen zwischen den Missionen - die die Anerkennung der neuen Kirche und die Zusammenarbeit mit ihr empfehlen - und der Kirche in Südafrika belasten das Miteinander von Missionen und ELCSA empfindlich. ELCSA hat daher im Februar 1982 zu einer Konsultation eingeladen, und wir hoffen, daß eine Lösung in diesem Konflikt gefunden werden kann.

- 2.2 Die Arbeit von Schwester Anneliese Lüling unter den Buschleuten in Botswana wird durch diese Kirchenspaltung behindert. Trotzdem ist die kleine Schar von ihr betreuter Christen gewachsen. Neu entsandt werden konnte zu ihrer Unterstützung die missionarisch-diakonsische Helferin Ruth Theurer. Schwester Christel Hoyer, seit mehreren Jahren als Missionskrankenschwester in Werda/Südbotswana tätig, erlitt Anfang des Jahres einen Schlaganfall und liegt nun in Berlin im Haus Schönow. Ihre Wiederausreise ist kaum denkbar, obwohl die vollkommene, halbseitige Lähmung schon ein wenig zurückgegangen ist.

3. Zimbabwe

- 3.1 Wie schon im letzten Jahresbericht erwähnt, hat die Berliner Mission enge Bindungen zu der Evangelical Lutheran Church in Zimbabwe. Die ersten Berliner Missionare hatten schon 1892 in diesem Gebiet mit der Arbeit begonnen. Der Bitte durch Bischof Shiri um Intensivierung der Beziehungen zwischen seiner Kirche und dem Berliner Missionswerk konnte noch nicht nachgekommen werden. Missionsratsmitglied Oberkonsistorialrat Dr. Runge besuchte im Berichtszeitraum diese Kirche und hat dem Missionsrat berichtet. Anfang 1982 erwartet das Berliner Missionswerk Bischof Shiris Besuch in Berlin, um über eine stärkere Zusammenarbeit zu beraten. Das Berliner Missionswerk hat in Zimbabwe noch keine Mitarbeiter, darüber wird mit Bischof Shiri besonders zu sprechen sein, der im Einverständnis mit dem bisherigen alleinigen Partner der ELCZ, der Church of Sweden Mission, um Wiederbelebung der alten Beziehungen bittet, um vor allem etwas aus der sehr starken schwedischen Tradition herauszukommen.

4. Tanzania

- 4.1 Am 25.9.1891 - also vor 90 Jahren - hatte die Berliner Mission mit der Missionsarbeit im Süden Tanzanias begonnen. Viele Missionsstationen - wie zum Beispiel Itete, Matema, Bulongwa, Ilembula, Kidugala, Kissarawe, Maneromango und viele andere - mit Kirchen,

Häusern und Gräbern sind stumme Zeugen dieser Pioniermission. Die lebendigen Gemeinden sind Zeichen dafür, daß der Herr der Kirche diese Arbeit gesegnet hat. Jährlich wachsen die Gemeinden um ca. 10 %, viele Gebiete sind jedoch noch gar nicht erreicht. Mit Dank soll erwähnt werden, daß das Interesse einzelner Missionskonferenzmitglieder an der kirchlichen Arbeit in Tanzania (und auch Südafrika) gewachsen ist und sie im Berichtszeitraum auf eigene Kosten die Partnerkirchen besucht und kennengelernt haben.

- 4.2 Im Berichtszeitraum waren Höhepunkte der kirchlichen Aktivitäten in Tanzania die Bischofseinführungen von Bischof Swallo (Südzentral-Diözese) und Bischof Kiwovele (Süddiözese) sowie die Jahrestagung des Lutheran Coordination Service (East Africa).

Die Bischofseinführungen warfen jedoch theologische Fragen auf, die mit den Partnern noch besprochen werden müssen. Besonders geht es dabei um das Verständnis des Bischofsamtes in Tanzania.

- 4.3 Auf der Sitzung des Lutheran Coordination Service wurde - wie alljährlich - die Zusammenarbeit der Evangelical Lutheran Church in Tanzania (ELCT) mit den 12 Missionen aus Finnland, Schweden, Dänemark, USA und Deutschland im Bereich der Finanzen, des missionarischen Personals sowie der Stipendien beraten. Wichtigste Probleme waren:

- 4.3.1 Auf Grund der Schwäche der europäischen Währungen gegenüber dem tanzanischen Schilling ergaben sich im Haushalt der Kirche große Defizite, die durch besondere Zuwendungen seitens der Missionen im Haushalt 1981 fast aufgefangen werden konnten. Bei den Beratungen des Haushalts 1982 konnten ähnliche Hilfen nicht von allen Missionen in Aussicht gestellt werden. Der Missionsrat des Berliner Missionswerkes hat zugunsten der kirchlichen Arbeit in Tanzania beschlossen, daß Defizite aus Währungsverlusten durch das Berliner Missionswerk getragen werden sollen.

- 4.3.2 Beratungen über das missionarische Personal innerhalb der ELCT ergaben, daß zwar einige Planstellen "afrikanisiert", d.h. durch einheimische Kräfte besetzt werden konnten, gleichzeitig wurden aber neue Stellen eingerichtet, so daß sich die Zahl der missionarischen Planstellen um 6 auf fast 250 erhöht hat. Diese Zahl gibt wegen der Überfremdung der Kirche zu großer Sorge Anlaß.

Das Berliner Missionswerk hatte im Berichtszeitraum zwei Pfarrer mit Familien, eine Krankenschwester und eine missionarisch-diakonische Helferin in Tanzania. Eine weitere Stelle steht zur Besetzung an. Eine Erhöhung der Planstellen ist durch das Berliner Missionswerk nicht vorgesehen.

- 4.3.3 Bei der LCS-Tagung wurde eine Reihe von weiteren Stipendien gewährt. Das Berliner Missionswerk konnte davon jedoch keines übernehmen. Allerdings konnte mit Unterstützung der Gemeinde Staaken und dem Konsistorium Pfarrer Hermann und Frau aus Tanga für 18 Monate nach Berlin eingeladen werden, und durch eine Sonderaktion war es möglich, Dr. Mvungi aus dem Krankenhaus Ilembula ein Zusatzstudium an der Universität in München zu finanzieren.
- 4.3.4 Neu wurden die in der "Gemeinsamen Einrichtung Ökumene" zusammenarbeitenden Kirchen der DDR als "Associated Member" in den Lutheran Coordination Service aufgenommen. Die sich daraus für die Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenisch-Missionarischen Zentrum und dem Berliner Missionswerk ergebenden Fragen konnten noch nicht alle gelöst werden.

IV. ÄTHIOPIEN UND FLÜCHTLINGSHILFE SOMALIA / SUDAN

Das Jahr 1981 hat im Äthiopien-Referat unter dem Zeichen einer dramatischen Verschlechterung der Situation im Lande und einer gewissen Konsolidierung der Flüchtlingshilfe in Somalia und im Sudan gestanden.

- 1.1 Im August 1981 sind die Büros jener Synoden der Mekane Yesus Kirche (West Wollega/Illubabor) von der äthiopischen Regierung geschlossen worden, denen der Beitrag des Berliner Missionswerkes (DM 30.000,--) bestimmt war. Dabei wurden auch alle Kassen der Kirche konfisziert (Berliner Sonntagsblatt 4-10-81, epd ZA 31-8-81). So ist es ungewiß, ob der Betrag des Berliner Missionswerkes zum Haushalt der Ethiopian Evangelical Church Mekane Yesus (EECMY) je ans Ziel gekommen ist.
- 1.2 Im Zuge jener Ereignisse ist es zu massiven Aktionen gegen die Kirchen und Moscheen gekommen. Fast alle religiösen Führer in dieser Region wurden verhaftet; Bibeln, besonders die Oromo-Bibeln, wurden konfisziert und zerstört.
- 1.3 Am 11. November wurde das Zentralbüro der EECMY entschädigungslos enteignet. Es ist noch nicht abzusehen, was diese Maßnahme im Einzelnen für Folgen haben wird für das Leben in der Kirche. Man muß mit tiefgreifenden Störungen der Funktionsfähigkeit der Gesamtkirche rechnen.
- 1.4 Ein durch Indiskretion bekanntgewordenes Geheimpapier der Militärregierung zur Religionsverfolgung (al sherk al Awsat 16-7-81 /FAZ 13-11-81 / Mission 6/81 / Africa Now 1/82) zeigt deutlich, daß diese Maßnahmen nach einem Plan verlaufen, der die totale Ausrottung der Religion zum Ziel hat. Es läßt sich schwer voraussagen, wie Kooperation der EECMY mit ausländischen Partnern in Zukunft überhaupt noch möglich sein wird.
- 2.1 Der Äthiopien-Referent ist von Organisationen, die die Flüchtlingsarbeit unter den Oromos unterstützen, nach Holland, Schweden, Norwegen und den USA eingeladen worden, zum Konflikt am Horn von Afrika zu sprechen unter besonderer Berücksichtigung der kirchlichen und humanitären Aspekte.
- 3.1 Die unter Punkt 1 genannten Ereignisse führen zu einem verstärkten Elend unter den Oromos an der Sudangrenze (Wollega und Illubabor). Hilfe zu den 38.000 Menschen, die dem Hungertod nahe sind, wird von Addis Abeba aus nicht zugelassen. Der Zugang zu jenen Gebieten ist fast ganz versperrt.
- 3.2 Nach Enteignung des Kirchenbüros wird es umso mehr zweifelhaft, wie effektiv Hilfe sein kann, die über die Zentrale in Addis Abeba geleistet wird: sei es für Projekte, die mit Regierungsstellen abgewickelt werden, oder für kirchliche Programme - jederzeit droht die Enteignung oder Schließung von Institutionen etc.

- 4.1 Die Hilfsmaßnahmen der humanitären Eigenorganisation der Oromos, die unter anderem vom Berliner Missionswerk ermöglicht wurden, haben in Somalia und im Sudan Fortschritte gemacht. Die Infrastruktur wurde gestärkt, Arbeitsplätze für Flüchtlinge geschaffen (Weben, Nähen etc.), medizinische Hilfe geleistet, die Alphabetisierungskampagne unterstützt und vor allen Dingen : Verpflegung und Kleidung beschafft.
- 4.2 Für diese besonderen Ausgaben sind 1981 (bis 31.12.) ca. DM 310.500,25 Spenden eingegangen (1980 insgesamt DM 425.561,66) .
- 4.3 Die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West) hat bei der Tagung vom 12.-14.11. 1981 zwei Beschlüsse Äthiopien betreffend gefaßt, in denen die Hilfsprogramme und die Informationsarbeit (einschließlich des in Arbeit befindlichen Grundsatzpapiers) des Berliner Missionswerkes im Bereich Äthiopien ausdrücklich begrüßt werden und der Bischof gebeten wird, erneut über die EKD die Bundesregierung zu ersuchen, bei der äthiopischen Regierung vorstellig zu werden, um die Freilassung von Pastor Gudina Tumsa und freie Religionsausübung und Achtung der Menschenrechte in Äthiopien zu erwirken (Drucksache 103 und 125). Das Schicksal von Pastor Gudina Tumsa ist bis heute ungewiß.
- 5.1 Das Berliner Missionswerk ist weiterhin in Kontakt mit anderen humanitären Organisationen in verschiedenen Ländern, die bereit sind, durch Stärkung der Eigenorganisation der Oromos den Flüchtlingen zu helfen.
- 5.2 Die Umschreibung des Oromo- Neuen Testaments in die von den Oromos entwickelte Schreibweise wird weiterhin verfolgt. Gespräche mit der Bibelgesellschaft Stuttgart und ELM/Hermannsburg sind eingeleitet.
- 5.3 Das Berliner Missionswerk hat die "Schirmherrschaft" eines Komitees "Freiheit für Gudina Tumsa und Tsehay" übernommen. Dieses Komitee ist von Freunden Gudinas in mehreren Ländern Europas und den USA gegründet worden.

V. G E M E I N D E D I E N S T

1. Personalia

Im abgelaufenen Jahr wurde Pfarrer Manfred Golda vom Missionsrat als Gemeindedienstreferent in sein Amt, das er vorher kommissarisch leitete, berufen und am 1. Advent von Superintendent Detlef Minkner im Rahmen eines Gottesdienstes eingeführt.

Als weitere Mitarbeiterin konnte Frau Brigitte Stanko-Uibel gewonnen werden, die als Schwerpunktaufgabe den Reisedienst Nahost übernehmen wird.

2. Neben der kontinuierlichen Arbeit mit Partnerschaftskreisen, Informationsarbeit und Gästebetreuung sind die Organisation und Durchführung von

2.1 Gottesdiensten, Missionsfesten, Basar und die Tournee der 'Sounds of Soweto' hervorzuheben.

Erstmals wurde ein Epiphaniastages-Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche gehalten und ist als Wiederaufnahme einer Tradition anzusehen, die auch in Form eines zentralen Gottesdienstes die kirchliche Aufgabe der Mission wahrnehmen soll.

Das Frauenmissionsfest unter dem Thema 'Mission im Wandel' im Johannesstift war mit 400 Teilnehmern gut besucht und verknüpfte die Anfänge der Mission mit der heutigen missionarischen Tätigkeit.

Mitarbeitend und beratend konnten wir auch beim Oromo-Fest die Verbundenheit mit diesen Menschen vertiefen.

Beim Jahresfest des Berliner Missionswerkes in Steglitz wurden zwei Mitarbeiterinnen nach Übersee ausgesandt (Frau Heidrun Kuttner nach Kratzenstein/Südafrika und Frau Elisabeth Höller nach Itete/Tanzania), und auf Einladung der Kirchengemeinde Resse (Gelsenkirchen) konnte ein Missionstag veranstaltet werden.

Die Tournee der 'Sounds of Soweto' diente in Zusammenarbeit mit einigen Partnerschaftskreisen dazu, die Probleme der Apartheidspolitik mit Elementen des Musiktheaters weit über die kirchlichen Kreise hinaus den Berlinern nahe zu bringen.

Der traditionelle Basar in der Matthäus-Gemeinde fand regen Zuspruch und beschloß die Reihe der punktuellen Veranstaltungen.

2.2 Die kontinuierliche Arbeit wurde auf verschiedenen Ebenen geleistet.

2.2.1 Partnerschaftsarbeit

Neben der kontinuierlichen Begleitung der Partnerschaftskreise lagen die Hauptakzente der vier Partnerschaftskonvente in der Klärung des Begriffs Partnerschaft, der praktischen Auswertung für die Arbeit der Kreise und der

Suche nach stärkerer Verankerung in den Gemeinden. Die Frage nach der Rolle des Geldes als Hilfe zur Selbsthilfe oder Verstärkung der Abhängigkeit von den Überseepartnern spiegelte sich immer wieder in den Gesprächen wider. Der Partnerschaftsbrief, der an einem der Partnerschaftskonvente mit Teilnehmern aus den Partnerschaftskreisen erarbeitet wurde, bringt einen guten Überblick der jeweils spezifischen Arbeit der einzelnen Kreise.

2.2.2 Kreismissionspfarrer-Konferenz

Die Kooperation mit der Kreismissionspfarrer-Konferenz in praktisch-organisatorischer Hinsicht sowie im Austausch über anstehende missions-theologische Fragen (Partnerschaft) wurde weiter fortgeführt.

2.2.3 Besucherbetreuung

Zahlreiche Gäste aus den Partnerkirchen hatten die Gelegenheit, Berlin zu besuchen und in Berliner Gemeinden zu berichten, u.a.:

Pfr. Mehani, Pfr. Assad und Frau von der Koptisch Evangelischen Kirche in Ägypten, Pfr. Samuel Habib, Generalsekretär der Koptisch Evangelischen Kirche in Ägypten, Pfr. Park, Jae Bong, Generalsekretär der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea, mit einer 8 Personen umfassenden Delegation, Prof. Wang, Taiwan, eine Delegation von 4 Vertretern des National Council of Churches Japan, Bischof Dlamini und Frau, Südafrika, Bishop elect Kiwovele und Frau, Tanzania, Bischof Haddad und Pfr. Nassar aus der Evangelisch Lutherischen Kirche Jordanien.

2.2.4 Referenteneinsätze

Mehr als 150 Vorträge wurden von den Referenten des Berliner Missionswerkes bei Gesprächskreisen und Gemeindeguppen zu Fragen aus der Missionsarbeit gehalten. In 103 Gottesdiensten konnten ebenfalls Erfahrungen aus der Missionsarbeit vermittelt werden.

2.2.5 Informationsarbeit

Durch Informationsnachmittage und Gemeindeblattinformationen, die einen großen Kreis von Interessenten erreichten, konnte jeweils Aktuelles aus den Partnerkirchen weitergegeben werden. Durch die Spendenbedankung wurden mit dem Dank für die jeweilige Spende Informationen aus Mitarbeiterrundbriefen und eigenen Reiseerlebnissen vermittelt, um die Spender mit der Arbeit unserer Mitarbeiter in Übersee in Verbindung zu halten.

2.2.6 Dienste von Heimaturlaubern

Drei unserer Mitarbeiter aus Übersee konnten ihren Heimaturlaub nehmen und verbanden diesen mit Berichten in Berliner Gemeinden, aber auch Besuchen in Berlin-Ost und Gemeinden in der DDR. Pfarrer Richard Schiele, Swaziland, Schwester Anneliese Lüling, Kalahari, und

Pfarrer Ingo Feldt, Yokohama, hatten insgesamt 83 Vorträge und 13 Gottesdienste in Berlin gehalten. Nicht nur die Verbindung mit Berliner Gemeinden zur Arbeit unserer Mitarbeiter, sondern auch die Kenntnis heutiger Missionsarbeit hat sich auf diese Weise vertieft.

3. Die Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Werken nahm zu.

Die Vorbereitung und Mitarbeit in der Kojé der Weltmission beim Hamburger Kirchentag stärkte die Verbindung mit Mitarbeitern anderer Werke, ökumenische Gäste konnten 'vermittelt' werden und die Weiterarbeit an der Vorbereitung des nächsten Kirchentages wird diese Ansätze noch vertiefen.

Die Mitarbeit am Rogate Arbeitsmaterial brachte eine erfreuliche 'Nebenwirkung': So hatte der Abdruck eines eritreischen Flüchtlingsschicksals dazu geführt, daß dem Asylansuchen nach sechs Jahren endlich positiv entsprochen wurde. Die Zusammenarbeit einer Berliner Pfarrgemeinde, dem Äthiopienreferat und dem Gemeindedienst hatte auf diese Weise einem unserer Mitbrüder aus der Dritten Welt neue Hoffnung gegeben.

Mit dem Haus der Kirche wurden Veranstaltungen zu Fragen des Lebensstils - besonders aus der Sicht der Dritten Welt - durchgeführt. Die Vorbereitung und weitere Mitarbeit in der Reihe 'Kirchliche Arbeit an muslimisch-türkischen Mitmenschen' gibt uns die Möglichkeit, Erfahrungen aus der Ökumene weiterzugeben und sie für den Dienst der Gemeinden nutzbar zu machen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtmission war bei zwei Veranstaltungen, dem Missionsfest und der Bußtagsveranstaltung, ebenfalls ein Zeichen dafür, daß die gemeinsamen Anliegen mehr betont werden als die verschiedenen Aufgaben.

4. Zwei Reisen - Pfarrer Golda fuhr nach Tanzania und Herr Karzek nach Israel/Palästina - gaben die Möglichkeit, die Arbeit der Kirchen, deren Probleme und Vorstellungen zukünftiger Zusammenarbeit vor Ort kennenzulernen und zu diskutieren. Die ausführlichen Gespräche mit unseren Mitarbeitern brachten neue Einsichten und Erfahrungen über Aufgaben und Lebensbedingungen unserer Missionare in der Dritten Welt. Diese selbst gewonnenen Informationen erlauben eine bessere Vermittlung der kirchlichen Arbeit in den Berliner Gemeinden.

5. Perspektiven

Es ist auch in diesem Jahr nicht gelungen, die Arbeit einer ökumenischen Werkstatt weiter voranzutreiben. Eine Besuchsreise zu ökumenischen Werkstätten in der Bundesrepublik (Hermannsburg, Wuppertal, Frankfurt/M.)

sowie Gespräche während des Kirchentages mit Mitarbeitern von Dienste in Übersee wiesen einige Möglichkeiten des Beginnens auf. Aber weder die Raum- noch die Personalfrage konnte bisher befriedigend geklärt werden. Vordringlich ist die Lösung des Raumproblems, da sich erst dann eine diesen Möglichkeiten angepaßte Konzeption verwirklichen läßt.

Die Absicht, durch den Gemeindedienst neue Gruppen zu erreichen, wird weiter verfolgt, z.B. waren Gespräche und Pläne für ein Engagement in der Kindergottesdienstarbeit sehr ermutigend. Verstärkte Mitarbeit in anderen kirchlichen Arbeitszweigen ist ein Anliegen des Berliner Missionswerkes, um Vorurteile in bezug auf 'Weltmission ist nichts für hier' überwinden zu helfen. Dies ist aufgrund des gewandelten Missionsverständnisses immer noch eine vordringliche Aufgabe und bedarf weiterer theologischer und methodologischer Überlegungen.

VI. Ö F F E N T L I C H K E I T U N D P R E S S E

1. In den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Presse haben Veränderungen stattgefunden: Frau Ulrike Löbs hat die Nachfolge des früheren Öffentlichkeitsreferenten Hans Melzer angetreten, der im Juli dieses Jahres in den Ruhestand trat. Die Presse wurde dem Referat Öffentlichkeit angegliedert. Die Zusammenlegung beider Referate war insofern sinnvoll, als in einer komplexen Institution wie der unsrigen Pressearbeit als Teil der Öffentlichkeitsarbeit fungiert und eine ihrer wichtigsten Stützen ist.

2. Öffentlichkeitsarbeit

- 2.1 Öffentlichkeitsarbeit richtet sich dem Wortsinn nach an die Öffentlichkeit, also nach außen, setzt sich zum Ziel, einen möglichst großen oder relevanten Teil der Gesellschaft zu erreichen, diesen zu informieren und zu beteiligen. Sie will bestimmte Tatsachen oder Meinungen verbreiten, Informationen oder auch Kontroversen in die öffentliche Kommunikation einbringen.

Öffentlichkeitsarbeit ist im weiteren Sinne das bewußte, geplante und dauernde Bemühen, das Verständnis und das Vertrauen aller an diesem Prozeß Beteiligten zu erwerben.

- 2.2 Kirchliche Öffentlichkeitsarbeit unterscheidet sich von der anderer Institutionen in erster Linie dadurch, daß Verkäuflichkeit kein primäres Kriterium für publizistische Erzeugnisse ist und für die Bewertung evangelischer Öffentlichkeitsarbeit daher nicht ausschlaggebend sein kann. Aus funktionellen wie inhaltlichen Gründen kann es in der Öffentlichkeitsarbeit nicht vordergründige Absicht der Information sein, Erlöse zu erzielen. Denn kirchliche Öffentlichkeitsarbeit wendet sich mit einem Anspruch und einem Auftrag an die Gesellschaft: "daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen" (1. Tim. 2,4).

Dieser Auftrag erlegt unserer Öffentlichkeitsarbeit die Verpflichtung auf, gerade auch jene Menschen vor der Öffentlichkeit zu vertreten, die nicht in der Lage sind, ihre Interessen selbst zu artikulieren, oder ihnen zu helfen, sich Gehör zu verschaffen.

In der Praxis des Öffentlichkeitsarbeiters und aller, die ihn darin unterstützen, bedeutet der Auftrag zur Nächstenliebe und zur Erkenntnis der Wahrheit, daß Probleme, derer wir uns annehmen, nicht nur im Sinne der Soforthilfe aufgegriffen und gelöst werden sollen, sondern auch, daß ihre Ursachen aufgedeckt und angegangen werden. Zusammenhänge müssen bewußt gemacht und erklärt werden, die Ursachen von Mißständen analysiert und aufgezeigt werden. Kirchliche Öffentlichkeitsarbeit sollte sich als langfristiger Prozeß des Umdenkens verstehen, in dessen

Verlauf sich Adressaten wie Kommunikatoren aufgrund engagierter und die Wahrheit aufzeigender Darstellungen ein Urteil bilden können, das christlicher Ethik gerecht wird.

2.3 Human Relations

Auch die Mitarbeiter des Berliner Missionswerkes und seiner Gremien sind Teile der Öffentlichkeit und wirken in der Öffentlichkeit. "Human relations", wie interne Öffentlichkeitsarbeit im Fachjargon auch heißt, soll die Mitarbeiter zunächst über das Umfeld, die Ziele und die Absichten der Organisation informieren. Sie strebt an, daß sich die Mitglieder der Institution möglichst mit ihr identifizieren, sich zusammengehörig und gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen und bereit sind, sich voll einzusetzen.

2.4 Druckerzeugnisse

In der Praxis ist Öffentlichkeitsarbeit schlecht, wenn sie als Informationsüberflutung empfunden werden kann. Es ist nicht Sinn unserer Arbeit, undifferenziert viele Informationen auszuschütten. Gute Öffentlichkeitsarbeit ist gezielt, knapp und anschaulich.

2.4.1 Die Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Missionswerkes hat die Möglichkeit, in der Hausdruckerei eigenständig Drucksachen verschiedener Formate und Auflagenhöhen zu erstellen, schwerpunktmäßig dazu genutzt, auf aktuelle Nöte und Probleme der betroffenen Menschen in den Partnerkirchen unmittelbar und flexibel zu reagieren und durch gezielte Aufklärungsschriften in großer Verbreitung - etwa als Beilage zu kirchlichen / säkularen Zeitungen - eine breite Öffentlichkeit auf brennende Fragen hinzuweisen mit dem Appell, zu ihrer Linderung oder Lösung beizutragen (z.B. Flugblattaktion zur Hungersnot in Äthiopien).

2.4.2 In Eigenproduktion wurden darüber hinaus Druckerzeugnisse gefertigt, die den notleidenden Menschen in Katastrophengebieten unmittelbar als Unterstützung ihrer Arbeit zugestellt werden konnten (z.B. Erste-Hilfe-Buch in der Oromosprache für Flüchtlinge in Somalia).

2.4.3 Grundsätzlich werden alle Druckerzeugnisse der Öffentlichkeitsarbeit, die das Format DIN A 4 nicht überschreiten, in der hauseigenen Druckerei erstellt (Tätigkeitsbericht, Projektberichte, Haushaltspläne, Programme für Veranstaltungen, Partnerschaftsbriefe, Dokumentationen, Erste Hilfe Äthiopien, COCOP-Protokolle).

2.4.4 In regelmäßigen Publikationen (Projektkalender, Weltmission aktuell) wird schwerpunktmäßig die projektbezogene Arbeit des Berliner Missionswerkes wie auch die kirchlichen, politischen und sozialen Arbeitsgebiete der Partnerkirchen vorgestellt. Produktionen wie diese, von aufwendigerer Art, mit größeren Auflagenhöhen und mehrfarbigem Lithodruck, werden außer Haus gegeben.

2.5 Veranstaltungen

Öffentlichkeitsarbeit soll die Chance des Dialogs eröffnen. Aus Rückmeldungen auf Informationen lernen wir die Einstellungen, Stimmungen und Meinungen unserer Adressaten kennen. Sie ermöglichen uns zugleich, Kontrolle über die eigene Arbeit zu gewinnen. Rückmeldungen müssen daher auch konkret gefördert und gefordert werden. In Veranstaltungen, in denen Gemeinden, Freundeskreise und darüber hinaus Publikumskreise erreicht wurden, die mit der Arbeit des Berliner Missionswerkes nicht vertraut oder bekannt sind, wurde die Gelegenheit zum Gespräch, zur Information, Kritik und konstruktiver Unterstützung gegeben. So etwa bei:

- Kirchentag
- Oromofest, Sounds of Soweto
- Jahresfest des Berliner Missionswerkes
- Frauenmissionstag im Johannesstift
- Sommerkirche
- Gemeindebasar
- Weihnachtsmarkt.

2.6 Buchhandlung / Versand

Durch gezielte Veröffentlichung von Anzeigen, durch den Versand ansprechend gestalteter Werbemappen, die Herstellung von Plakaten usw. wurde kontinuierlich für Buchhandlung und Dritte-Welt-Laden geworben. Eine in den Räumen der Buchhandlung veranstaltete Dichterlesung (mit James Matthews) eröffnete darüber hinaus die Chance, neue Zielgruppen der Öffentlichkeit mit den Problemen der Betroffenen in unseren Partnergemeinden zu konfrontieren und sie auf die Arbeit des Berliner Missionswerkes aufmerksam zu machen. Die Reaktionen waren überwiegend positiv, und die Reihe der Lesungen soll fortgesetzt werden.

2.7 Medienarbeit

- 2.7.1 Das Verleihangebot der AV-Medien und Geräte richtet sich an Pfarrer, Gemeindehelfer, Gruppenleiter, Katecheten, Lehrer, Jugendarbeiter und Vertreter anderer interessierter Gruppen zur Unterstützung ihrer Arbeit zu missions-spezifischen und entwicklungspolitischen Themen. Je nach Zielsetzung des Einsatzes des Mediums, der Zusammensetzung der Rezipienten und der Interessenlage des Vorführenden wurden Beratungen zur Didaktik gegeben und jeweils passendes Begleit- und Verteilungsmaterial zusammengestellt.

Die quantitative Angabe zur Verleihtätigkeit ist folgende:

- neu eingestellt wurden in den Verleih 5 Farbfilme, 5 Ton-Dia-Serien und 6 Dia-Reihen;
- die 37 16 mm-Farbfilme im Bestand wurden im Jahr 1981 140mal ausgeliehen; 66 Ton-Dia-Serien wurden 155mal verliehen; 16 Dia-Reihen 22mal; 7 Ausstellungen 21mal; die 3 Filmprojektoren waren 56mal im Einsatz, die 4 Dia-Projektoren 50mal.

Die Medien, die am häufigsten genutzt wurden, waren sozialkritischen oder politischen Inhaltes, etwa zum Thema der Apartheidspolitik in Südafrika oder Filme über die äthiopische Flüchtlingsbewegung in Somalia. Medien mit eng gefaßter missionarisch-verkündender Aussage oder Beschreibungen von Missionstätigkeiten in einzelnen Ländern wurden weniger häufig abgefragt; auch erscheinen solche Filme oder Ton-Dia-Serien als Angebot kaum mehr auf dem Markt.

2.7.2 Zwei Ton-Dia-Serien wurden vom Öffentlichkeitsreferat produziert und verkauft:

- die Serie "Das verlorene Land" zur Problematik der Zwangsumsiedlungen in Südafrika ist eine ins Deutsche übertragene und überarbeitete Produktion der Anglikanischen Kirche in Südafrika und dem Südafrikanischen Kirchenrat. Die Auflagenhöhe betrug 60 Serien;
- die Serie "Back to Life - Zurück zum Leben" - eine biblische Geschichte des Zolleinnehmers Zachäus, dargestellt von Christen in Malawi - wurde in Zusammenarbeit mit dem Gemeindedienst für Weltmission der Vereinigten Evangelischen Mission, Wuppertal, in einer Auflagenhöhe von 50 Serien hergestellt.

Mit Hilfe der Reproduktionskamera der Hausdruckerei wurde eine Ausstellung mit 16 Tafeln zur Darstellung entwicklungspolitischer Zusammenhänge im DIN A 3 Format reproduziert.

Das Öffentlichkeitsreferat übernahm die Rechte für den Vertrieb des 28-minütigen Farbfilms "Christen in Bethlehem", der vom Westdeutschen Rundfunk mit Hilfe der Beratung des Nahostreferates des Berliner Missionswerkes produziert wurde (z.Z. noch in Verhandlung).

2.7.3 In der Medienarbeit besteht eine gute Zusammenarbeit mit den Medienstellen anderer Missionswerke, die in der Bildstellenleiterkonferenz für Weltmission zusammengeschlossen sind, dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik in Frankfurt/Main, der Medienstelle des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums in Berlin (Ost) und der Evangelischen Medienzentrale Berlin (EMZ).

3. Presse

3.1 Das Pressereferat hat schwerpunktmäßig seine Arbeit der letzten Jahre fortführen können. In eigenen Pressemeldungen konnten wichtige Veranstaltungen des Berliner Missionswerkes sowie Informationen aus Übersee dargestellt werden. Dabei hat sich die Zusammenarbeit mit den Kirchenfunkredaktionen bei RIAS und SFB weiter bewährt.

3.2 Wie im Vorjahr ist mit dem Gemeindedienstreferat auch bei Programmgestaltung und Betreuung überseeischer Gruppen sowie christlicher Journalisten zusammengearbeitet worden. Die Konzerte des afrikanischen Ensembles "Sounds of Soweto" fanden ebenso Beachtung

(Berliner Abendschau) wie eine zehnköpfige Gruppe von Journalisten aus dem französischsprachigen Raum Afrikas, die im Zusammenhang mit der Organisation "Dienste in Übersee" Berlin besuchten.

- 3.3 Die hauseigenen Zeitschriften "MISSION" (13.000) und "Im Lande der Bibel" (8.000) und "Weltmission aktuell" (100.000) erscheinen weiterhin in regelmäßiger Folge. Die Mitarbeit am Berliner Sonntagsblatt und in "Das Wort in der Welt" wurde fortgeführt.

VII. VERWALTUNG

1. Finanzen

Die nachfolgende Aufstellung soll einen Überblick geben, wie die finanzielle Entwicklung in den letzten vier Jahren verlaufen ist. Im Gaben- und Spendenbereich haben wir die Entwicklung von 1975 bis 1981 um des Gesamtüberblickes willen dargestellt. Da bislang wegen fehlender Überseekontenabstimmung der Jahresabschluß nicht erstellt werden konnte, sind für 1981 die Sollansätze aufgeführt.

1.2	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
1978	DM 8.878.093,26	DM 8.790.539,77
1979	" 10.307.772,65	" 10.096.994,30 (Hauskauf)
1980	" 10.930.430,53	" 11.054.472,65 (dto.)
1981	" 10.656.400,--	" 10.998.708,--

1.3 Zuschuß der EKIBB (Berlin West) zum Gesamtetat

1978	=	43,2 %
1979	=	38,3 %
1980	=	37,6 %
1981	=	39,6 %

1.4 Zuschüsse und Zuwendungen von den übrigen Landeskirchen oder kirchlichen Einrichtungen zum Gesamtetat

1978	=	32,5 %
1979	=	23,9 %
1980	=	26,5 %
1981	=	23,7 %

1.5 Spenden- und Kollektenentwicklung

1975	=	DM 1.084.676,--
1976	=	" 1.203.178,--
1977	=	" 1.320.177,--
1978	=	" 1.493.881,--
1979	=	" 1.570.096,--
1980	=	" 1.917.076,--
1981	=	" 1.900.000,--

1.6 Spendenaufkommen nach Gebieten in %

	<u>1978</u>	<u>1979</u>	<u>1980</u>
Äthiopien	4,1	4,1	25,1
Japan/Korea	1,9	1,6	3,2
Nahost	38,-	34,5	31,6
Südafrika	20,2	28,5	16,5
Tanzania	3,2	4,3	1,7
Indien, Nepal			
Sambia	1,3	0,9	0,9
Allgemein	31,3	26,1	21,-

1.7 Der Ausgabenbereich gestaltet sich wie folgt:

	<u>1978</u>	<u>1979</u>	<u>1980</u>	<u>1981</u>
Heimatbereich	35,9 %	42,1 %	33,5 %	36,1 %
Zuschüsse und Zuwendungen an Dritte (EMW, Gossner)	11,5 %	8,2 %	6,6 %	8,4 %
Ausgaben in Übersee	52,6 %	49,7 %	59,9 %	55,5 %

1.8.1 Verhältnis Personalausgaben zu den Sachausgaben und Zuschüssen stellt sich wie folgt dar in %:
(zuerst sind die Personalkosten aufgeführt)

1978	36,7	:	63,3
1979	37,2	:	62,8
1980	36,-	:	64,-
1981	44,7	:	55,3

1.8.2 Verhältnis Personalausgaben Heimat / Übersee in %

	<u>Heimat</u>	<u>Übersee</u>
1978	44,9	55,1
1979	46,8	53,2
1980	47,4	52,6
1981	49,5	50,5

1.9 Die Überseeausgaben (100 %) verteilen sich auf die Gebiete wie folgt in %:

	<u>1978</u>	<u>1979</u>	<u>1980</u>	<u>1981</u>
Äthiopien	0,8	0,7	2,1	3,9
Japan/Korea	5,7	4,4	4,4	4,2
Nahost	28,1	21,2	24,3	19,1
Südafrika	55,9	64,4	61,8	66,1
Tanzania	9,5	9,3	7,4	6,7

1.10 Die Gesamtentwicklung zeigt eine kontinuierliche Erhöhung des Haushaltes des Berliner Missionswerkes in Einnahmen und Ausgaben. 1979 muß berücksichtigt werden, daß im Berichtsjahr das Haus Handjerystr. 19/20 von der Gossner Mission gekauft worden ist und daß deshalb erhebliche Beträge aus den Rücklagen genommen werden mußten. Von 1975 bis 1981 haben sich die Gaben und Spenden beim Berliner Missionswerk nahezu verdoppelt. Wir hoffen, auch wenn wir nur DM 1,9 Mio. geplant haben, dieses Jahr über DM 2 Mio. in den Einnahmen zu kommen. Dies bringt erhebliche Arbeitsbelastung für alle unsere Mitarbeiter mit sich. Die Spender geben überwiegend ihre Gabe zweckgebunden, denn sowohl durch die Vielzahl der eingehenden Spenden als auch durch die häufige Zweckbindung ist der Arbeitsanfall kaum noch zu bewältigen.

2. Spenden- und Adreßdienst

Im Berichtszeitraum wurde die in Talitha Kumi geführte Kartei des Freundeskreises uns übergeben und die ca. 3.000 Freunde Talitha Kumis bei uns in die Kartei aufgenommen, im Stammsatz erfaßt und zur Eingabe an den Computer vorbereitet. Damit umfaßt unser Adreßbestand ca. 19.000 Personen. Einen großen Arbeitsaufwand verlangt die Bearbeitung der an uns zurückgesandten Briefe, deren Rücksendung durch Tod oder Umzug verursacht wurde.

Wir bemühen uns, den Adreßbestand dann sofort zu bereinigen, so daß der jeweils gültige Stand gewährleistet ist.

Ein anderer arbeitsaufwendiger Bereich ist, daß unleserliche Angaben der Spender geklärt werden müssen. Dies kann oft nur durch zeitaufwendige Rückfragen bei den Geldinstituten erfolgen.

Durchschnittlich werden von uns monatlich ca. 1.200 Dankbriefe an die Spender versandt. In Zusammenarbeit mit dem Referat Gemeindedienst werden diesen Dankbriefen aktuelle Informationen aus unseren Partnerkirchen beigelegt. Darüber hinaus werden Spenden über DM 100,-- von den Gebietsreferenten mit einem individuellen Brief bedankt.

Zum Spenden- und Adreßdienst gehört auch die Poststelle mit dem Versand. Von hier aus werden alle Publikationen (vergl. Bericht Öffentlichkeitsarbeit) für den Postversand vorbereitet. Die Poststelle übernimmt auch den Versand von Büchern und "Dritte-Welt"-Artikeln für die Buchhandlung.

3. Die Häuser in Berlin

1981 haben wir uns mit häufigen Reparaturen an den Häusern Handjerystr. 19/20 und Augustastr. 24, 24a und 25 befassen müssen. Die Hauptausgaben waren durch die Reparatur bzw. Erneuerung der Heizungen und durch weitere energiesparende Maßnahmen bedingt. Da in der Augustastr. 24 der Zustand der Fassade nicht so bleiben kann wie er ist, hat sich der Haushaltsausschuß in zwei Sitzungen sehr intensiv mit den Fragen der Grundstücke in Berlin und den Defiziten im Gästebereich befaßt. Mit Sicherheit wird es auch ein Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Jahren sein, für die räumliche Verbesserung bzw. für die Werterhaltung der Häuser zu sorgen.

4. Kooperation mit der Morgenländischen Frauenmission

Im Berichtszeitraum wurde der Kooperationsvertrag mit der Morgenländischen Frauenmission im März des Jahres unterschrieben, und wir haben bereits in Verfolg des Kooperationsvertrages bei Verwaltungsmaßnahmen Hilfestellung geleistet: Kleinere Reparaturen ausgeschrieben, Aufträge vergeben, einen größeren Lottoantrag vorbereitet, Gehälter berechnet.

5. Kontakte zu den Landeskirchen

Der Geschäftsführung unterliegt im finanziellen Bereich der Kontakt zu den westdeutschen Landeskirchen und zu den großen Geberorganisationen. Wir haben auch im Berichtszeitraum wieder eine Fülle von Sonderprojekten beantragt und dann abgewickelt. An dieser Stelle muß man die großzügige Unterstützung auch für dringend notwendige Einzelprojekte in unseren Partnerkirchen, die wir nicht finanzieren konnten, durch die Evangelische Kirche von Westfalen mit Dank erwähnen.

6. Nahost

Durch die Tatsache bedingt, daß die Nahostarbeit durch westdeutsche Landeskirchen mitfinanziert wird, stellt die Nahostarbeit sowohl hinsichtlich der Einwerbung der Mittel als auch hinsichtlich der Unterrichtung dieser Kirchen über die Arbeit eine außerordentlich große Belastung für die Geschäftsführung dar. Im Jahre 1981 führte die Frage der Integration Talitha Kumis in das Schulsystem der ELCJ und die Umstände des Weggangs von Dr. Bohne dazu, daß die uns unterstützenden westdeutschen Landeskirchen sehr viel zurückhaltender mit ihrer Förderung wurden.

Dennoch wurde im Berichtszeitraum der Schulerweiterungsbau in Beit Jala, Talitha Kumi/Bethlehem vorangetrieben. Auf Grund der enormen Kostenexplosion in Israel wurde in einem neuen Kosten- und Finanzierungsplan - zusammen mit der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe - das Gesamtvolumen des Neubaus auf DM 5,54 Mio. festgesetzt. Das Berliner Missionswerk muß einen Eigenbetrag von DM 1,97 Mio. erbringen. Dank nationaler und internationaler Hilfe ist davon bislang ein Betrag von DM 1,3 Mio. gesichert.

7. Übersee allgemein

Im Überseebereich hatte uns insbesondere die DM-Schwäche große Probleme bereitet. Wir haben unsere finanziellen Zusagen den Überseekirchen gegenüber - mit Ausnahme der ELCJ, die seit alters her auf DM bestanden hat - in der Ortswährung gemacht. Dadurch, daß sich innerhalb kürzester Zeit die Parität zum US-Dollar von DM 1.8 = 1 Dollar auf über DM 2.50 = 1 Dollar verändert hatte, mußten fast 30 % mehr zur Erfüllung der Rechtsverpflichtungen unseren Partnerkirchen gegenüber aufgebracht werden, als ursprünglich geplant wurde. Dies betrifft jedoch nicht nur die Bloc-grants, sondern auch angefangene Einzelprojekte, wie z.B. Talitha Kumi oder Kirchbauten im südlichen Afrika.

8. Buchhandlung

Die Buchhandlung hatte 1981 wiederum den Schwerpunkt, eine angemessene Stellung im Rahmen der "Dritte-Welt"-Läden zu finden. 1981 haben wir uns auf "Dritte-Welt"-Artikel aus der Westbank (Hebron) konzentriert. Die Keramik- und Glasartikel finden großen Anklang auch bei Basaren in Kirchengemeinden oder beim Weihnachtsmarkt und ähnlichen Veranstaltungen. Nicht zuletzt auf Grund des ungünstigen Standortes der Buchhandlung ergeben sich jährliche Defizite. Wir müssen uns fragen, ob bei knapper werdenden Finanzen das Berliner Missionswerk diese noch tragen kann.

9. Schlußbemerkung

Im Berichtszeitraum hat der arbeitsmäßige Druck bis zur Grenze des Zumutbaren zugenommen. Die Arbeit war nur durch gute Kooperation und großen Einsatz aller Mitarbeiter zu bewältigen.

C. KIRCHLICHER ENTWICKLUNGSDIENST

Die KED-Arbeit vollzieht sich hauptsächlich in den folgenden Bereichen : Arbeit in Kommissionen, in Gemeinden, an der U-Bahn-Aktion 'Jumbo und Chelonia', Öffentlichkeitsarbeit in der Thematik 'Horn von Afrika' sowie Einzelberatung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus der Dritten Welt.

- 1.1 Die Kommission für entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung hat sechs Mal getagt und neben der Vorbereitung und Erarbeitung der Plakataktion in der U-Bahn und der Erörterung des kontroversen Komplexes 'Hilfe im Spannungsgebiet Horn von Afrika' vor allem thematische Vorarbeit geleistet für die Weiterführung des Dialogprogramms der Kirche mit den gesellschaftlichen Gruppen in der Region Berlin (Entwicklungspolitischer Kongreß Bonn, Januar 1979) .
- 1.2 Die erste Begegnung mit Vertretern der römisch-katholischen Kirche fand im November 1981 statt. Von seiten der katholischen Kirche besteht Interesse und Bereitschaft, sich an dem Dialogprogramm in Berlin zu beteiligen. Wissenschaftler aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Mitarbeiter aus dem Industriepfarramt sind zu den Beratungen hinzugezogen worden.
- 1.3 Mit einer intensiven Tagung (20-1-82), bei der die Beauftragten des Dialogprogramms der Kirchen in Bonn, Dr. K. Lefringhausen (ev.) und Frau H. Rapin (kath.) und Vertreter je von der Industrie-und Handelskammer und dem DIW anwesend waren, hat die ev.-kath. Gruppe in Berlin den ersten Schritt auf dem sicher sehr langen und mühsamen Weg des Dialogprogramms getan.
2. Die Plakataktion 'Jumbo und Chelonia' wird im Januar 1982 auslaufen. Damit sind zwei vom Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)finanzierte Aktionen in der Berliner U-Bahn abgeschlossen. Sie haben viel Arbeit gekostet. Mit ihnen war Neuland betreten worden auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung. Sie haben auch Widerspruch hervorgerufen; die Zustimmung aber überwog bei weitem.
- 3.1 Weiter ist entwicklungsbezogene Bewußtseinsbildungsarbeit geleistet worden anhand der kritischen und tätigen Begleitung der Ereignisse am Horn von Afrika sowohl in der Öffentlichkeit (publizistisch) als auch in Gremien, Gruppen und Gemeinden.
- 3.2 Die internationale Konsultation (31.8.-2-9-1981) in Berlin, d.h. die Anhörung von Oromo- und Tigray-Flüchtlingen zur Klärung der Ursachen der Flüchtlingsströme, zu der der Bischof auf Anregung der Synode eingeladen hatte, hat innerhalb der AGKED-Stäbe eine gewisse Einheitlichkeit der Beurteilung der Ereignisse am Horn von Afrika erzielt. Es wurde festgestellt, daß Eigenorganisationen der Flüchtlin-

ge, sofern es keine andere Möglichkeit gibt, die Notleidenden zu erreichen, durchaus als Partner zu akzeptieren und zu unterstützen sind.

- 4.1 Zunehmend schwieriger wird die Situation der Asylbewerber in Berlin. Dies erfordert verstärkte Anstrengungen der Gruppe KED/KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS (KED/KO) und besonderes Bemühen bei der Beratung von Asylbewerbern in Einzelfällen. Enger Kontakt besteht hier mit Aktionsgruppen und Einzelpersonen, die ai, Caritas, verschiedenen Ausländergruppen, dem DRK etc. nahestehen. Ein wertvoller Austausch von Informationen findet hier statt u.a. über die Situation der Asylbewerber. Hilfsaktionen werden abgesprochen, Resolutionen und Petitionen an Politiker, Behörden etc. geschrieben und Vorschläge für einen menschlicheren Umgang mit den Asylbewerbern erarbeitet.
- 4.2 Diese Arbeitsgruppe versteht sich als Flüchtlingsrat. Es ist allerdings noch nicht gelungen, ihm eine eigene Rechtsform zu geben.
- 4.3 Als ein neues Thema im Bereich KED tritt das Ausländerproblem und damit zusammenhängend die Frage des Verhältnisses zum Islam in den Vordergrund; in Gemeindeveranstaltungen und Seminaren arbeitet der Referent auch an diesem Thema mit.

D. Anlage zum Bericht des Berliner Missionswerkes

Jahresbericht der GOSSNER MISSION 1981

1. Bundesrepublik Deutschland

Eine dreitägige Studientagung unseres Kuratoriums im Februar in Mainz hat sich mit der Aufgabe beschäftigt, die die Gossner Mission für sich in der BRD im nächsten Jahrzehnt erkennt. Die missionarische Hauptaufgabe aller Christen auf der Erde liegt heute in ihrer Heimat. Die Gossner Mission will sich aufgrund ihrer bisherigen Arbeit in Mainz vor allem den Randgruppen in der Industrie und den Auswirkungen weltweiter Wirtschaftsprobleme in Deutschland zuwenden. Die Friedensfrage wird dabei eine große Rolle spielen. Die Gossner Mission arbeitet darum auch als Mitglied im Friedenszentrum "Martin-Niemöller-Haus" e.V. in Dahlem mit.

2. Indien

Die sich seit Jahren vollziehende Spaltung einer "Nordwest-Gossnerkirche" von der Gossnerkirche ist weiter vorangeschritten und läßt sich nun nicht mehr rückgängig machen.

Im März ist ein Vermittlungsversuch im Streit zwischen beiden Gossnerkirchen gescheitert. Die "Nordwest-Gossnerkirche" hat anschließend die Beziehungen zur Gossner Mission abgebrochen. Die "Gossnerkirche" ist 1981 durch eine schwere Krise gegangen. Die Theologiestudenten und die Jugend der Gemeinde Ranchi sind unruhig geworden. Die turnusmäßige Wahl einer neuen Kirchenleitung Anfang November und die Bestellung eines neuen Direktors der Theologischen Hochschule lassen auf eine Beruhigung der Lage hoffen. Mit dem neuen Kirchenpräsidenten Dr. Bage erhoffen wir uns eine konstruktive Zusammenarbeit.

3. Nepal

Die nepalesische Christengemeinde ist auf über 10.000 Mitglieder angewachsen. Sie hat einen hauptamtlichen Generalsekretär und acht Evangelisten angestellt sowie eine Bibelschule eröffnet und einen ehrgeizigen Haushaltsplan aufgestellt. Damit ist eine Kirchenorganisation im Entstehen, die jedoch noch keine juristische Person ist. Religionsfreiheit ist auch in die geänderte Verfassung Nepals nicht aufgenommen worden.

Die Vereinigte Nepal-Mission plant mehrere neue Großprojekte bzw. hat sie bereits begonnen: Krankenhaus, berufsbezogenes Schulzentrum, technisches Ausbildungs- und Produktionszentrum, Wasserkraftwerk. Demgegenüber versuchen wir, die Dorfberatungsprogramme zu stärken.

4. Zambia

Die zambische Regierung hat ihren Kooperationsvertrag mit der Gossner Mission bis 1985 verlängert, ist allerdings nicht mehr in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen voll zu erfüllen. Wir müssen uns in Europa um Zusatzfinanzierung bemühen. Gleichzeitig wird der Rückzug der Gossner Mission aus dem Gwembe-Süd-Entwicklungsprojekt, beginnend etwa in drei Jahren, gemeinsam geplant. Wenn auch die wirtschaftliche Lage im Gwembetal noch nicht stabil ist, so haben sich doch das Selbstbewußtsein und die Hoffnung der Bevölkerung so gefestigt, daß wir an einen schrittweisen Rückzug denken können. In dieser neuen Phase will die zambische Regierung sich stärker im Projekt engagieren.

Die Zusammenarbeit mit der Vereinigten Kirche von Zambia hat sich auf die theologische berufsbegleitende Ausbildung konzentriert. Diese Zusammenarbeit soll auf Wunsch beider Seiten intensiviert werden.

ABKÜRZUNGEN

ABP	Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik
AGKED	Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst
ai	Amnesty International
ANC	African National Congress
AV-Medien	Audiovisual-Medien
BMW	Berliner Missionswerk
COCOP	Coordination Committee of Overseas Partners of ELCJ
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DOAK	Deutsche Ostasien-Kommission
EECMY	Ethiopian Evangelical Church Mekane Yesus
EKD	Ev. Kirche in Deutschland
EKiBB	Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
ELCB	Ev. Luth. Church in Botswana
ELCJ	Ev. Luth. Church in Jordan
ELCSA	Ev. Luth. Church in Southern Africa
ELCSA-CD	Ev. Luth. Church in Southern Africa - Central Diocese
ELCSA-COD	Ev. Luth. Church in Southern Africa - Cape Orange Diocese
ELCSA-ND	Ev. Luth. Church in Southern Africa - Northern Diocese
ELCSA-SED	Ev. Luth. Church in Southern Africa - South Eastern Diocese
ELCSA-WD	Ev. Luth. Church in Southern Africa - Western Diocese
ELC-PMC	Ev. Luth. Church Property Management Company
ELCT	Ev. Luth. Church in Tanzania
ELCZ	Ev. Luth. Church in Zimbabwe
ELM	Ev. Luth. Missionswerk in Niedersachsen - Missionsanstalt Hermannsburg - Ev. Luth. Mission (Leipziger Mission)
EMOK	Ev. Mittelost-Kommission
EMS	Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland
EMW	Ev. Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West e.V.
EMZ	Ev. Medienzentrale
EZE	Ev. Zentralstelle für Entwicklungshilfe
GM	Gossner Mission
GSDP	Gwembe-South-Development-Projekt
KCCJ	Korean Christian Church in Japan
KNCC	Korean National Council of Churches
KED	Kirchlicher Entwicklungsdienst
KED-KO	Kirchlicher Entwicklungsdienst - Koordinierungsausschuß
Kyodan	United Church of Christ in Japan
LCS	Lutheran Coordination Service
LWB/CDS	Lutherischer Weltbund / Community on Development Service
MECC	Middle East Council of Churches
NCCJ	National Council of Churches in Japan
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
ORA	Oromo Relief Association
PCT	Presbyterian Church in Taiwan
PLO	Palestine Liberation Organisation
PR	Public Relations
PRoK	Presbyterian Church in the Republic of Korea
UMN	United Mission Nepal (Vereinigte Nepal-Mission)

Äthiopien
Revolution und Nation, Menschenrechte und Flüchtlingshilfe

Eine Erklärung des Berliner Missionswerkes zum christlichen Dienst
am Horn von Afrika

-.-.-.-.-

"Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde ... Schweigen hat seine Zeit, Reden hat seine Zeit ... Streit hat seine Zeit, Friede hat seine Zeit." (Prediger 3; 1,7,8)

I

VORBEMERKUNG

"Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden."
(Matth. 5; 4)

- (1) Das Berliner Missionswerk hat 1975 einen Kooperationsvertrag mit der Äthiopisch-Evangelischen Kirche Mekane Yesus (EECMY) abgeschlossen. Seitdem ist das Berliner Missionswerk gebeten worden, durch Besuche im Lande Kontakte mit den Muslimen aufzunehmen, damit die Muslime und Christen gemeinsam theologische und religionspolitische Fragen erörtern können, die gerade in der revolutionären Umwälzung von Wichtigkeit sind. Das Berliner Missionswerk hat weiterhin auf anderen Gebieten wie Stipendien, Konsultationen etc. mit der EECMY kooperiert und auch zur Deckung ihres Haushalts beigetragen. Den Beitrag des Berliner Missionswerkes hatte die Kirche jenen Gemeinden zugeteilt, die jetzt besonders durch Hungersnöte betroffen sind (Westwollega und Illubabor). Zur geplanten Aussendung von Missionaren ist es nicht mehr gekommen. Ende 1977 brach der von der äthiopischen Revolutionsregierung offiziell verkündete "Rote Terror" über das Land herein, der die Ausmerzung der Opposition zum Ziel hatte und zur Ermordung unzähliger vor allem Jugendlicher, sich auch als sozialistisch verstehender Opponenten der etablierten Militärregierung und zur Verhaftung, zum Verschwinden und zur Emigration anderer geführt hat. Der Generalsekretär der Mekane Yesus Kirche, Pastor Gudina Tumsa, wurde zweimal festgenommen, wieder freigelassen und Ende Juli 1979 verschleppt. Es wurde nie Anklage gegen ihn noch gegen die unzähligen anderen Verhafteten erhoben. Seitdem ist nichts von ihm gehört worden. Die Regierung gibt widersprüchliche Informationen über ihn und sein Schicksal. Tausende von Menschen sitzen ohne Prozeß in Gefängnissen und Gefangenenlagern, darunter auch die Frau von Pastor Gudina. Je nach Gutdünken ergreifen die örtlichen

Machthaber Maßnahmen gegen Religionsführer und -einrichtungen. Diese Maßnahmen richten sich seit der Machtübernahme Mengistu Haile Mariams (Februar 1977) und verstärkt seit dem Ausbruch des Ogadenkrieges (Juni 1977) besonders gegen Muslime und evangelische Christen. Die militärische und innere "Befriedung" des Landes mit massiver Hilfe von Ländern der sozialistischen Gemeinschaft (vor allem der Sowjetunion, Kubas und der DDR), die Kollektivierung der Landwirtschaft, die gebietsweise auftretende Religionsverfolgung, die Zwangsrekrutierungen zur Miliz und die Nationalitätenpolitik der Militärs haben dazu beigetragen, daß der Flüchtlingsstrom aus Äthiopien in die Nachbarländer Somalia, Djibouti und Sudan nicht versiegt.

- (2) Diese Ereignisse haben das Berliner Missionswerk zu seinen besonderen Hilfsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Menschen Äthiopiens veranlaßt. Es hat sich vor allem der äthiopischen Flüchtlinge - Muslime wie Christen - in Somalia und im Sudan angenommen und arbeitet mit den Flüchtlingen zusammen, um ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen und um auf die Zustände, die den Flüchtlingsstrom verursacht haben, aufmerksam zu machen.
- (3) Da die Ursachen zur Flucht aus Äthiopien mit den politischen Maßnahmen der äthiopischen Militärregierung zusammenhängen, bleibt es nicht aus, daß die Hilfe an den Flüchtlingen als "politisch" bezeichnet wird. Jede humanitäre Hilfe kann so verdächtigt werden, erst recht, wenn gleichzeitig auf die politischen Ursachen für Flucht und Elend aufmerksam gemacht wird.
- (4) Das Interesse des Berliner Missionswerkes und darum auch dieser Stellungnahme konzentriert sich auf den Süden, Osten und Westen des Landes. In diesem Gebiet ist die orthodoxe Kirche spärlicher vertreten als unter der amharisch und tigrinja sprechenden Bevölkerung des abessinischen Stammlandes, das Begemder, Godschar, Teile von Tigray, Eritrea und Schoa umfaßt. Dieses Gebiet deckt sich in etwa mit dem christlichen Abessinien der Antike und des Mittelalters. Es ist nicht zufällig, daß die Vertriebenen gerade aus den südlichen Provinzen nach Somalia geflüchtet sind und daß die Regierung in diesen nichtamharischen Provinzen Maßnahmen gegen die Mekane Yesus Kirche und Muslime ergreift. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der jüngeren (Missions-) Geschichte Äthiopiens und andererseits in der Entwicklung der Revolution. Unsere Stellungnahme beschäftigt sich nur mit diesem Aspekt der äthiopischen Geschichte und Politik. Wenn wir uns damit auseinandersetzen, so verstehen wir das als Teil unseres Bemühens, den Betroffenen zu helfen. Eine Gesamtwürdigung

der revolutionären Vorgänge in Äthiopien wurde nicht angestrebt. Die besondere Situation im Norden, besonders in Eritrea und Tigray, wurde ausgeklammert.

- (5) Aus der Sicht des Berliner Missionswerkes haben zur Zeit die Hilfsmaßnahmen an Äthiopiern außerhalb des Landes Vorrang vor einem erweiterten Einsatz an Finanzen und Mitarbeitern im Lande. Vor allem solche Organisationen, die innerhalb des Landes noch mit Personal oder Projekten vertreten sind, werden versuchen, ihre Arbeit im Lande aufrechtzuerhalten. Die Sicht der Flüchtlinge ist nicht ohne kritische Rückfragen zu akzeptieren. Aber auch die Äußerungen der im Lande Lebenden und Arbeitenden können nicht ohne weiteres übernommen werden. Auch wenn sie Ausländer sind, haben sie wegen der schlechten und kontrollierten Verbindungen nur einen begrenzten Einblick. Die Situation in Äthiopien verbietet es derzeit, eine Stellungnahme zum christlichen Dienst am Horn von Afrika mit der Mekane Yesus Kirche abzusprechen.

II

RELIGION, NATION, REVOLUTION

"Er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen."

(Lukas 1, 52)

- (6) Im Februar 1974 brach nach jahrzehntelanger Herrschaft des Kaisers Haile Selassie die äthiopische Revolution in der Hauptstadt Addis Abeba aus und erfaßte bald das ganze Land. Schon 1960 hatte es den Versuch eines Staatsstreiches gegeben. Der Aufstand der Leibgarde des Kaisers wurde damals mit Hilfe der anderen Streitkräfte und starker amerikanischer Unterstützung niedergeschlagen. Eine tabellarische Aufzeichnung der Hauptereignisse seit 1974 gibt einen Überblick über den Gang der zunächst scheinbar "unblutigen" Revolution (siehe Anhang).
- (7) Drei Hauptfaktoren haben die Revolution ausgelöst: der religiöse Faktor, das Nationalitätenproblem und der wirtschaftliche-soziale Faktor.

Der religiöse Faktor:

- (8) Äthiopien galt bis zur Absetzung des Kaisers im September 1974 als das älteste christliche Kaiserreich der Welt. Das Christentum erhielt in der äthiopisch-orthodoxen Kirche eine besondere, im Alten Testament wurzelnde Prägung, die sich in einer semitisch-christlich bestimmten und in Afrika einzigartigen Kultur auswirkte. Nach äthiopischen Verständnis befindet sich das Original der Bundeslade in der Stadt Aksum; ein Abbild muß in jeder orthodoxen Kirche vorhanden sein. Die staats-

tragende Legende des Kaiserreichs war die Begegnung König Salomos mit der Königin von Saba (1. Könige 10). Jeder Herrscher mußte seinen Stammbaum auf dieses biblische Paar zurückführen. Die äthiopischen Kaiser haben dieses biblische Erbe als staatstragende Ideologie adoptiert.

- (9) In neuerer Zeit versuchte Äthiopien durch wechselnde Verbindungen mit geistigen Strömungen Europas und der Vereinigten Staaten sowohl seine Eigenständigkeit zu bewahren als auch Anschluß an die moderne christliche Welt zu gewinnen. Dies geschah auch, um Verbündete gegen den Islam zu finden, der das christliche Hochland von allen Seiten umgab. Darum haben sich die äthiopischen Kaiser mit europäischen Großmächten liiert: Portugal im 17. Jahrhundert, Großbritannien und Frankreich im 19. Jahrhundert. Bei aller Bewahrung ihrer Unabhängigkeit versuchten die letzten Kaiser, das Land zu modernisieren. Um die Entwicklung voranzutreiben, bedienten sie sich u.a. westlicher christlicher Missionen verschiedener Prägung.
- (10) Die christlichen amharischen Kaiser haben ihren Staat immer als Bollwerk gegen den Islam und als Ausgangspunkt der Ausbreitung ihres Christentums verstanden. Hierin liegt auch die Wurzel für einen amharischen Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus. Muslime, von denen es viele im Lande gibt, vor allem im Osten und Süden, mußten sich als Bürger zweiter Klasse fühlen und wurden auch so behandelt; zum Beispiel sind nur fünf Prozent der Studenten Muslime, während der islamische Bevölkerungsanteil bei fünfzig Prozent liegt. Von der Revolution erhofften sie sich volle Religionsfreiheit und Gleichberechtigung.

Das Nationalitätenproblem

- (11) Das moderne Äthiopien erhielt seine Grenzen in Konkurrenz zu den europäischen Kolonialmächten des 19. Jahrhunderts. Menelik II. ist der einzige afrikanische Herrscher, der es vermocht hat, gleichzeitig und gleichberechtigt mit europäischen Großmächten ein Kolonialreich zu errichten. Dabei hat er viele nichtamharische Völker, darunter die verschiedenen, nur mit Speer, Pfeil und Bogen ausgerüsteten Oromostämme, mit Hilfe der modernsten europäischen Waffen unterworfen und ihr Land erobert. Menelik verfolgte eine Kolonialpolitik, die den stark dezimierten unterworfenen Völkern so gut wie alle Rechte (Landbesitz) nahm, sofern sie sich nicht rechtzeitig freiwillig zu hohen Tributzahlungen verpflichteten.

- (12) Die Kulturpolitik der Kaiser Menelik und Haile Selassie lief auf

eine Amharisierung der nichtamharischen Völker hinaus. Regierungssprache war Amharisch. Wo es Schulen gab, war Amharisch Unterrichtssprache, sogar in Gebieten, wo tigrinja gesprochen wurde, eine dem Amharischen verwandte und bereits voll alphabetisierte Sprache. Sozialer Aufstieg war nur auf dem Weg der Assimilierung möglich. Der Widerstand gegen diese Politik, vor allem auf dem Schulsektor, wuchs und wurde zu einem der Gründe für die Revolution. Unter den Oromo und den anderen Völkern des Südens erhofften viele von der Revolution eine Änderung dieser Politik. Sie erstrebten ein föderatives Äthiopien und die Einführung der regionalen und kulturellen Autonomie.

Der wirtschaftlich-soziale Faktor

- (13) Landbesitz war auch in Äthiopien die Quelle des Reichtums und der politischen Macht. Großgrundbesitzer waren hier die königliche Familie, der Adel und die orthodoxe Kirche, denen die Pächter bis zu 75 Prozent des Ertrages abliefern mußten. "Land to the tiller!" (Land dem Bebauer!) wurde zum Schlagwort für die von breiten Kreisen, auch der Mittelschicht, geforderte Bodenreform. Schon vor der Revolution hatte die Generalversammlung der Mekane Yesus Kirche (Januar 1973) als einzige religiöse oder gesellschaftliche Gruppe eine Landreform befürwortet.
- (14) Am 29. April 1975 wurde eine Landreform proklamiert, derzufolge alles Land nationalisiert und jedem, der willig war, Land zu bebauen, zehn Hektar zugesprochen wurden (epd Entwicklungspolitik 13/76). Diese Landreform wurde von den Pächtern der Südvölker begeistert begrüßt, erhielten sie doch jetzt ihr Land zurück, das Menelik II., als er ihr Land erobert hatte, den amharischen Soldaten gegeben hatte. In den folgenden Jahren der Revolution wurde die Landreform fast überall rückgängig gemacht durch Zwangskollektivierung, Einrichten großer Staatsfarmen und Zwangsumsiedlungen.
- (15) Die Hungerkatastrophe von 1973 in der Provinz Wollo, bei der über eine Viertelmillion Menschen (nichtamharische Muslime) starben, ehe die kaiserliche Regierung das Ausmaß der Katastrophe erkannte, Informationen hierüber publizierte und Hilfsmaßnahmen zuließ, führte zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und Macht. Die Preissteigerungen Ende 1973/Anfang 1974 lösten die Meutereien in der Armee und schließlich die Revolution gegen das kaiserliche Regime aus. An den Hochschulen und Oberschulen, wo neben der Armee die revolutionären Kräfte zu finden waren, war Sozialismus als Ziel der Revolution so gut wie unumstritten. Uneinig war man sich darüber, ob Äthiopien nach einem religiösen,

afrikanischen oder "wissenschaftlichen" Sozialismus neugestaltet werden sollte. Auch darüber bestand Uneinigkeit, wer die Revolution führen sollte und welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden sollten.

III

ZUR NOT DER MENSCHEN IN DER REVOLUTION

"Was ihr nicht getan habt einem unter diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan." (Matth. 25, 45b)

Menschenrechte

- (16) Die Revolution hat gleich zu Beginn die kaiserliche Verfassung abgeschafft und damit auch die Ansätze zu einer parlamentarischen Demokratie beseitigt. Durch die Außerkraftsetzung der Rechtsordnung trat für die Bürger totale Rechtsunsicherheit ein. Seit der blutigen Wende der Revolution im November 1974, als sechzig ehemalige prominente Politiker und Mitglieder des Adels ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurden, zeigt das neue Regime in Addis Abeba in immer neuer Weise seinen Charakter als Gewaltherrschaft. Der von der Militärregierung öffentlich propagierte und vornehmlich gegen jugendliche Gegner durchgeführte "Rote Terror" (November 1977 bis März 1978), als jeden Morgen Dutzende von Leichen in der Nacht Ermordeter demonstrativ in den Straßen zur Schau gelegt wurden, war ein besonders deutlich sichtbarer Höhepunkt jenes Terrors, der bis heute in anderer Gestalt im Lande herrscht. Es gehört zum christlichen Dienst für die Menschen am Horn von Afrika, gegen die Rechtlosigkeit der Opfer dieser Gewaltherrschaft einzutreten.

Religionsfreiheit/Religionsverfolgung

- (17) Zu Beginn der Revolution ist Religionsfreiheit verkündet worden. Das wurde besonders von den Muslimen und den nichtorthodoxen Christen (ca. 1,5 Mio.) begrüßt, da sie unter den christlichen Kaisern als Bürger zweiter Klasse galten. Aber ein in arabischen, deutschen und englischen Veröffentlichungen bekannt gewordenes Geheimdokument des Ministeriums für Information und Propaganda der Militärjunta (Derg) macht jetzt deutlich, daß Kirche und Islam als Agenten des Imperialismus und der Konterrevolution angesehen und darum systematisch zerstört werden mußten. Die einheimischen afrikanischen Pfingstler wurden schon zur Kaiserzeit 1972 und wieder ab 1976 verfolgt. Als "Pfingstler" wurden auch viele Christen der Mekane Yesus Kirche inhaftiert und gefoltert. Im März 1977 wurden der Sender des Lutherischen Weltbundes und die Einrichtungen der Medienarbeit der Mekane Yesus Kirche und im

November 1981 in Addis Abeba die zentralen Bürogebäude von vier nichtorthodoxen Kirchen beschlagnahmt: der Mekane Yesus Kirche, der Mennoniten und zwei großer baptistischer Kirchen (Kale Hiwot und Emmanuel). Im August 1981 wurden Hunderte von Kirchen und viele Moscheen in Westwollega geschlossen und fast alle geistlichen Führer verhaftet.

- (18) In dem erwähnten Geheimdokument wird besonders auf die äthiopische orthodoxe Kirche abgezielt. Wenn die bislang ausgeübte Religionsverfolgung nahezulegen scheint, daß der Islam und die nichtorthodoxen Kirchen am meisten unter dem Druck der marxistisch-leninistischen Regierung zu leiden haben (Vertreibung von ca. 1,5 Mio. Muslimen, Verhaftung von vielen nichtorthodoxen christlichen und islamischen Geistlichen), so muß doch damit gerechnet werden, daß die orthodoxe Kirche mehr an Substanz verloren hat oder verlieren wird als jede andere religiöse Gruppierung: durch die Landreform sind die orthodoxen Kirchen (ca. 15 000) und Klöster (ca. 950) ihrer Existenzgrundlage beraubt. Damit ist die gesamte Ausbildung des Klerus unmöglich gemacht. Die dramatischen Folgen dieses tiefen Eingriffs in den ökonomisch-sozialen Bereich der orthodoxen Kirche wird sich erst in einigen Jahren voll auswirken.
- (19) Die Verfolgung der Muslime und der nichtorthodoxen Christen wird oft als die Unterdrückung von Aufständen gegen die Zentralregierung dargestellt. Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, um der Einheit des Reiches willen seien die Opfer gerechtfertigt. Viele der Muslime jedoch, die hauptsächlich aus den Provinzen Hararghe, Bale, Sidamo und Arssi nach Somalia geflohen sind, geben als Fluchtgrund an, daß Moscheen zerstört, Korane vernichtet, Imame erschossen und die Muslime gezwungen wurden, die ihnen verhaßte amharische ("christliche") Sprache und Schrift zu lernen. Sie erleben die Unterdrückung und Vertreibung als Bedrohung oder Zerstörung ihrer Identität als nicht-amharische Muslime (Oromo, Sidama, Somali etc.).
- (20) Von den nichtorthodoxen Christen (lutherisch, presbyterianisch, baptistisch etc.) im Süden und Westen des Reiches, deren Gemeindeleben schweren Pressionen ausgesetzt ist, wird ebenfalls gerne irreführend gesagt, sie gehörten einer Oromo Stammeskirche an, und darum würden sie verfolgt. Das ist scheinbar richtig, denn die deutschen und schwedischen Missionare hatten, angeregt durch die Schriften des Pioniermissionars L. Krapf (1810-1881), den Wunsch, im "Gallaland" (= Oromoland) zu arbeiten. Kaiser Haile Selassie

erlaubte protestantische Missionsarbeit nur im nichtorthodoxen d.h. nichtamharischen Gebiet. Darum haben alle nichtorthodoxen Kirchen ihre größte Verbreitung unter den nichtamharischen Südvölkern gefunden. Die Mekane Yesus Kirche (ca. 500 000 Mitglieder) ist aber, im Gegensatz etwa zur orthodoxen Kirche, eine multinationale Kirche geworden; denn in vielen Sprachen wird in ihren Gemeinden das Evangelium verkündigt, und sie ist demokratischer organisiert als alle anderen Institutionen des Landes; dadurch hat sie wesentlich zum Erwachen des Selbstbewußtseins der Südvölker beigetragen.

Alphabetisierung/Amharisierung

- (21) Im Jahre 1974 waren etwa 90 Prozent der Bewohner des Landes Analphabeten. 50 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, deren Kinder nach Möglichkeit die rein religiösen Koranschulen besuchen. Dieser Teil der Bevölkerung war nicht am Besuch von Regierungs- und Missionsschulen interessiert, da hier nur amharisch gelehrt wurde, und amharisch war für den Muslim weithin gleichbedeutend mit "christlich" und damit gleichbedeutend mit der Kultur der die Südvölker unterdrückenden amharischen Oberschicht. Da auch nach 1974 eine neue, wiederum amharische Oberschicht an die Macht kam, ist dem Muslim auch heute noch die amharische Sprache verhaßt: als Sprache der Christen, als Sprache des amharischen Kolonialherren und nun als Sprache der religionsfeindlichen Ideologie.
- (22) Die Mekane Yesus Kirche hat schon vor der Revolution ein großes Alphabetisierungsprogramm durchgeführt (ca. 1000 Schulen), das natürlich amharisch sein mußte. Zu Beginn der Revolution, als eine freie Entwicklung und Entfaltung der verschiedenen Sprachen und Kulturen versprochen worden war, wurde das Programm auf andere Sprachen ausgedehnt. Bald aber wurde es teils vom Staat übernommen teils unterbunden. Heute bietet die Militärregierung Alphabetisierungsprogramme angeblich in fünf Sprachen an, aber 99 Prozent der Programme werden in Amharisch durchgeführt. Nach Aussage vieler Flüchtlinge ist die Zwangsalphabetisierung in der verhaßten Kultur und Sprache einer der Fluchtgründe.
- (23) In den Schulferien von Juni bis August, der Hauptarbeitszeit der Bauern, wird seit Jahren durch Schüler die Zwangsalphabetisierung durchgeführt. Jeder Schüler muß in dieser Zeit achtzig Personen unterrichten. Dies ist eine der Ursachen für die Hungersnot in Westwollega, da die Bauern nicht ihrer Arbeit nachgehen können. Trotzdem wurde dieses Programm, das Kultur, Sprache und Religion der unter Zwang Amharisierten zerstört und zu Hungersnot und Flucht führt, im Jahre

1981 von der UNESCO mit einem Preis ausgezeichnet. Das Berliner Missionswerk unterstützt zur Zeit ein Alphabetisierungsprogramm, das die vertriebenen Oromo selbst entwickelt haben: die Oromosprache in lateinischer Schrift.

Die Vertriebenen

- (24) Die Bundesrepublik Deutschland hat bei den Vereinten Nationen den Antrag eingebracht, die Ursachen der Flüchtlingsströme in der Welt zu untersuchen, um nicht nur den Flüchtlingen helfen zu müssen, sondern um auch die Ursachen zu bekämpfen. Am Horn von Afrika werden widersprüchliche Gründe für die großen Flüchtlingsströme angegeben. Aus politischen Gründen werden die wahren Ursachen selten genannt. Es wird gesprochen von "Dürre in Äthiopien", aber keiner stellt die naheliegende Frage, warum hunderttausende angeblich von Dürre geplagte Menschen ausgerechnet in die somalische Wüste wandern sollten, und keiner fragt, wieso die Militärregierung gerade in jenem Gebiet, das von Dürre betroffen sein soll, Amharen in großer Zahl (ca. 260 Siedlungen im Jahr 1981) ansiedelt. Es wird gesprochen vom "Ogadenkrieg" und daß die Bevölkerung durch die Kriegshandlungen vertrieben worden sei; dabei waren die eigentlichen Kriegshandlungen (1977/78) von kurzer Dauer, fanden im wenig besiedelten Ogaden statt und waren zur Zeit der Vertreibung längst beendet.
- (25) Von den Vertriebenen selbst werden als Hauptfluchtgründe genannt: die Alphabetisierung/Amharisierung, die massenhafte Zwangsrekrutierung zur Miliz, die die kräftigen jungen Männer der Landwirtschaft entzieht und mit zur Hungersnot führt; die hohe Besteuerung, um die Kriegskosten zu bezahlen; Zwangskollektivierung der Landwirtschaft; Vertreibung der im Süden, Westen und Osten des Landes einheimischen nichtamharischen Bevölkerung durch Ansiedlung von Amharen aus dem Norden; Rechtsunsicherheit, willkürliche Verhaftungen, Folter, Religionsverfolgung.
- (26) Der Hauptstrom der Flüchtlinge aus dem Süden des Landes ging und geht nach Somalia (35 sehr große Lager; Angaben über die Gesamtzahl schwanken zwischen 600 000 und zwei Millionen), Djibouti (ca. 50 000 Flüchtlinge) und in den Sudan (ohne Berücksichtigung von Eritrea, einige tausend). Nicht alle Vertriebenen finden Aufnahme in den Flüchtlingslagern. Viele jener Bauern, die durch verschiedene Maßnahmen der Militärregierung von ihrem Land vertrieben werden, erreichen zwar nicht das Nachbarland, befinden sich aber außerhalb der Reichweite der Zentralverwaltung und des äthiopischen Militärs.

Wieder andere, die durch eine schwere Hungersnot betroffen sind (z.B. in Westwollega) und die nicht geflohen sind, erreicht durch Addis Abeba keine Hilfe.

- (27) Ein erheblicher Teil der Flüchtlinge sind Oromo. Ihre eigene humanitäre Hilfsorganisation, die in Übereinstimmung mit den Kriterien des kirchlichen Entwicklungsdienstes arbeitet, erreicht jene Menschen, die nicht Aufnahme in den Lagern gefunden haben. Das Berliner Missionswerk unterstützt folgende ihrer Maßnahmen: Versorgung mit Nahrung und Kleidung, Alphabetisierung (in der eigenen Sprache und Schrift), medizinische Versorgung, Arbeitsbeschaffung (Handwerk) und Wiedersiedlung Vertriebener.

IV

ZUM FRIEDEN AM HORN VON AFRIKA

"Petrus aber tat seinen Mund auf und sprach: Nun erfahre ich in Wahrheit, daß Gott die Person nicht ansieht; sondern in jeglichem Volk, wer ihn fürchtet und recht tut, der ist ihm angenehm."

(Apostelgeschichte 10; 34,35)

- (28) Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat, wie es zum Beispiel das Habsburger und das Osmanische Reich waren. Äthiopien in seinen jetzigen Grenzen ist erst um die Jahrhundertwende als Ergebnis der kolonialen Eroberungen von Menelik II. entstanden. Die eroberten Völker hatten erst damals fast alle Rechte verloren. Die freien Bauern wurden zu abhängigen Pächtern. Der Süden Äthiopiens ist nach dem Zweiten Weltkrieg, der Periode der Entkolonialisierung Afrikas, nicht entkolonialisiert worden. Die Weltöffentlichkeit hat es übersehen, daß es auch eine afrikanische Kolonialmacht gab.
- (29) Von allen Versuchen, das Joch der brutalen Kolonialmacht Abessinien abzuschütteln, ist die Eingabe der Konföderation der westlichen Oromo vom 25. Mai 1936 an den Völkerbund am bemerkenswertesten. Diesem Verlangen nach Selbstbestimmung wurde nicht entsprochen. Nach dem abessinischen Kolonialherrscher kam der italienische und danach wieder der abessinisch-amharische, der über die Revolution hinaus erhalten blieb. Kolonialismus ist so bis heute lebendig erfahrene Wirklichkeit. Die Völker am Horn von Afrika möchten in der eigenen Kultur, Religion und Sprache, gleichberechtigt nebeneinander und miteinander, auf dem Lande, das ihre Väter bebaut haben, ihr Leben selbst gestalten. Die Oromo, Tigre, Eritreer, Kambatta, Hadiya, Sidama, Afar, Somali etc. sind unterschiedlich große Völker. Sie fordern heute gleiche Rechte

wie die Amharen und die Beteiligung an der Macht. Über eine politische Ordnung (Föderation o.ä.) kann nach ihrer Meinung erst geredet werden, wenn ihre Gleichberechtigung anerkannt wird. Diese Völker empfinden es als eine Diffamierung, wenn ihr Streben nach gleichen Rechten als verdammungswürdige Sezessionsbewegung abqualifiziert wird.

- (30) Wo es möglich ist, unterstützt das Berliner Missionswerk die Gemeinde- und Verkündigungsarbeit der Mekane Yesus Kirche. Wir tun das in der festen Überzeugung, daß evangelische Verkündigung weder durch Hinderung kirchlicher Arbeit noch durch Verfolgung noch durch Unterbindung jeglicher Unterstützung von außen unterdrückt werden kann. "Gottes Wort ist nicht gebunden" (2. Tim. 2; 9). Diese urchristliche Erfahrung wiederholt sich im heutigen Äthiopien. Die Zahl der evangelischen Christen nimmt trotz Behinderung und Verfolgung ständig zu. Das Berliner Missionswerk ruft auf zum Gebet für Zeugnis und Dienst der äthiopischen Christen, vor allem derjenigen, die Verfolgung leiden, die in Gefängnissen und Lagern oder sonst verschollen sind. Möge Gott die Zeit der Bedrängnis verkürzen!
- (31) Wir sind überzeugt, daß aus der Verkündigung der Versöhnung der Welt mit Gott Folgerungen zu ziehen sind. Wir machen uns folgenden Abschnitt einer Verlautbarung der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung zu eigen:
- "Aufgabe der Kirche ist es, öffentlich gegen Unrecht einzutreten und die Durchsetzung des Rechts zu fordern. Sie darf nicht davor zurückschrecken, konkrete Menschenrechtsverletzungen, z.B. rassische, religiöse oder politische Diskriminierungen, beim Namen zu nennen und beim Eintreten gegen diese Rechtsverletzungen auch ihre ökumenischen Verbindungen zur Geltung zu bringen. Dabei liegt ein besonderes Gewicht kirchlichen Handelns auf dem Einsatz für die Rechte sonst vergessener Gruppen, für die Rechte von Minderheiten, die sich selbst kein Gehör verschaffen können."
- ("Die Menschenrechte im ökumenischen Gespräch", Gütersloh 1979, S. 26)
- (32) Zu einem verantwortlichen christlichen Friedensdienst gehört es auch, "die politischen Probleme selbst zu erkennen, die den Konflikten zugrunde liegen und die deswegen einer friedlichen Lösung bedürfen, weil wir sie nicht einfach aus der Welt schaffen können, sondern mit ihnen leben müssen. Die Friedensaufgabe zielt darauf ab, Frieden auch in Konflikten zu bewähren, d.h. ihn politisch zu gestalten in Schritten, die gemeinsames Leben ermöglichen. Die politische Verantwortung für den Frieden unter den Völkern muß sich ... an der gegenseitigen Anerkennung von unausweichlichen Unterschieden und Differenzen orientieren. Eine solche Verantwortung unterscheidet sich deutlich von der Vorstellung, man könnte Gegensätze und Konflikte durch die einseitige Unterwerfung des einen unter den anderen beseitigen."
- (Denkschrift der EKD 1981 "Frieden wahren, fördern, erneuern", S. 52)
- (33) Es kann keinen Frieden am Horn von Afrika geben, wenn die neue Elite die Macht für sich beansprucht, wenn die Religionen durch eine

Ideologie bekämpft, wenn die Religionsgemeinschaften durch Zerstörung ihrer Lebensbasis behindert werden und wenn ein Volk die vielen Völker mit ihren Sprachen und Kulturen zu unterwerfen versucht. Eine pax amharica ist kein Friede.

- (34) Friede kann nur darin liegen, daß sich die vielen Völker und die verschiedenen Religionsgemeinschaften gegenseitig anerkennen und daß sie zur Aussöhnung und Versöhnung unter den Menschen ermutigen. Dazu müssen sich die Machthaber selber einer Rechtsordnung unterordnen und die Menschen- und Bürgerrechte respektieren, damit die verschiedenen Kräfte zur Behebung von Not und zum Abbau der Unterentwicklung frei werden. Den jetzigen Machthabern in Äthiopien ist klarzumachen, daß sie durch Gewalt und Verfolgung die Mitarbeit von Christen und Muslimen zum Aufbau und zur Entwicklung eines freien, gerechten und friedlichen Äthiopiens und eines gerechten und friedlichen Ausgleichs unter den Völkern am Horn von Afrika unmöglich machen. Deswegen ruft das Berliner Missionswerk nicht nur zur Hilfe für die Opfer der Gewaltherrschaft auf. In das Gebet für den Frieden in und um Äthiopien schließt es die Machthaber und ihre Helfer ein: Möge Gott die Herzen bekehren, die Menschen auf den Weg des Friedens stellen und sie auf diesem Weg begleiten!

Beschlossen vom Missionsrat des Berliner Missionswerkes am 25.1.1982

L i s t e

DER MITGLIEDER DER 2. MISSIONSKONFERENZ DES BERLINER MISSIONSWERKES

I. Von den Kreissynoden gewählte Mitglieder und Stellvertreter
(§ 7 Abs. 1 Ziff. 1 des Missionswerkesgesetzes)MitgliederStellvertreterCHARLOTTENBURGUllrich Hollop

Pfarrer

Eichenallee 55a, 1/19

T.: 304 97 77

Dietrich Knorn

Kammergerichtsrat

Jungfernheideweg 23, 1/13

T.: 381 56 15

Renate Malinowski

Lehrerin

Mierendorffplatz 18, 1/10

T.: 344 74 28

SCHÖNEBERGJoachim Ruff

Pfarrer

Rubensstr. 87, 1/41

T.: 855 18 91

Herbert Krause

Pfarrer

Sundgauer Str. 160, 1/37

T.: 817 90 88

Dr. Ursula Besser

M.d.A.

Apostel-Paulus-Str. 21/22, 1/62

T.: CDU-Fraktion, Rathaus Schöneberg 7831

Brigitte Schwarz

Ephoralsekretärin

Thorwaldsenstr. 6, 1/41

T.: 855 26 23

KREUZBERGChristoph-Heinr. Foerster

Pfarrer

Wartenburgstr. 7, 1/61

T.: 785 92 90

Günter Feder

Katechet

Dankelmannstr. 31, 1/19

T.: 321 62 05

Frau Liselotte Graeser

Kreiskatechetin

Jochen-Nüßler-Str. 39, 1/47

T.: 606 37 06

NEUKÖLLNUlrich Vogelsang

Pfarrer

Im Amtmannsgarten 4, 1/47

T.: 604 10 23

Horst Neumann

Oberstudienrat

Wildenbruchplatz 6, 1/44

T.: 686 26 87

Claus Marcus

Pfarrer

Backbergstr. 38, 1/47

T.: 606 35 92

Dr. Heinz Rothenburg

Liningstr. 59, 1/47

T.: 606 12 94

REINICKENDORF

Friedrich Wasserfall
Pfarrer
Silberhammerweg 35, 1/27
T.: 431 73 60

Gottfried Rieger
Pfarrer
Im Amseltal 10, 1/28
T.: 401 23 89

Frau Erika Grüneberg
Lampesteig 2, 1/51
T.: 496 29 33

Herr Berthold Ritter
Markgrafenstr. 52, 1/28
T.: 401 58 66

SPANDAU

Eva-Maria Koch
Pfarrerin
Schlehenweg 2-8, 1/20
T.: 335 10 19

Anne-Mone Kraft
Pfarrerin
Im Spektefeld 28-30, 1/20
T.: 373 62 82

Frau
Renate Obst
Groenerstraße 6, 1/20
T.: 333 32 76

Herr
Klaus-Dieter Sachse
Wilzenweg 23, 1/20
T.: 361 97 11

STEGLITZ

Max Dietrich Wewerke
Pfarrer
Fabeckstr. 69, 1/33
T.: 831 21 59

Dr. Wilhelm Hüffmeier
Pfarrer
Alt-Lankwitz 9, 1/46
T.: 774 20 70

Frau Elisabeth Dilschneider
Ringstr. 12, 1/45
T.: 833 55 33

Herbert Müller
Lehrer
Belßstr. 97, 1/46
T.: 775 38 76

TEMPELHOF

Lieselotte Bessert
Pressereferentin
Badener Ring 38, 1/42
T.: 786 29 80

Theodor Schapp
Pfarrer
Holzmannstr. 34, 1/42
T.: 626 38 61

Klaus-Ludwig Wirbel
Riegerzeile 16, 1/42
T.: 706 26 02

Günther Noack
Bau-Ingenieur
Bacharacher Str. 16, 1/42
T.: 626 42 73

TIERGARTEN-FRIEDRICHSWERDER

Valerie Hamra
Pfarrerin
Kirchstr. 21, 1/21
T.: 391 25 18

Dr. Hans-Heinz Damm
Pfarrer
Stolpmünder Weg 9, 1/27
T.: 431 57 60

Karin Zajewski
Katechetin
Werftstr. 18, 1/21
T.: 392 89 93

Gerlinde Völker
Hausfrau
Bochumer Str. 1, 1/21
T.: 392 43 83

WEDDING

Manfred Fischer
Pfarrer
Bernauer Str. 111, 1/65
T.: 463 60 34

Hellmuth Gutjahr
Nazarethkirchstr. 49, 1/65
T.: 465 57 74

Frau Gisela Abonyi
Lehrerin
Gawanstr. 51, 1/28
T.: 401 37 29

Frau Renate Schulz
Büchsenweg 28, 1/51
T.: 495 96 29

WILMERSDORF

Michael Kennert
Pfarrer
Nassauische Str. 66, 1/31
T.: 87 10 68

Günter Stephanek
Pfarrer
Hanauer Str. 79, 1/33
T.: 821 57 79

Wolfgang Herter
Amtsrat
Hohensteiner Str. 5, 1/33
T.:

Christiane Ritter
Bankkaufmann
Nassauische Str. 45, 1/31
T.: 87 53 72

ZEHLENDORF

Wilfried M. Heidemann
Pfarrer
Straße zum Löwen 1, 1/39
T.: 805 10 01

Heinrich Rötting
Dipl.-Ing.
Elvirasteig 28, 1/38
T.: 801 61 79

Harald Tischer
Dipl.-Phys.
Hohenzollernstr. 31, 1/37
T.: 801 66 87

Frau Gertraude Waechter
Heimat 78, 1/37
T.: 815 81 06

EVANGELISCH-REFORMIERTE

Präses Dr. Arnd Hollweg
Pfarrer
Holbeinstr. 15, 1/45
T.: 833 87 54

Frau Astrid Hollweg
Holbeinstr. 15, 1/45
T.: 833 87 54

Frau Maria Heisinger
Presbyterin
Britzer Damm 83, 1/47
T.: 606 46 83

Michael Zöllner
Suarezstr. 26, 1/19
T.: 321 67 36

FRANZÖSISCHE KIRCHE ZU BERLIN

Herta Canon
Dipl.-Ing.
Albiger Weg 6, 1/38
T.: 803 62 37

Albrecht Prüfer
Pfarrer
Fontanepromenade 9, 1/61
T.: 691 94 33

II. Von der Regionalen Synode gewählte Mitglieder und
Stellvertreter für die 2. Missionskonferenz
(§ 7 Abs. 1 Zf. 2 des Missionswerksgesetzes)

Mitglieder:

Pfr. Gerhard Kiefel
Stadtmissionsdirektor
Lenastr. 1-4, 1/44
T.: 693 51 99

Axel Luther
Pfarrer
Alt-Lübars 24, 1/28
T.: 402 72 85 u. 402 30 14

Christof Karzig
Superintendent
Hohenzollerndamm 130 a, 1/33
T.: 823 43 12

Detlef Minkner
Superintendent
Nazarethkirchstr. 50, 1/65
T.: 462 20 60

Christa Treichel
Pastorin
Burbacher Weg 4, 1/20
T.: 372 20 19

Heinz Schladebach
Superintendent
Alt-Wittenau 70, 1/26
T.: 411 19 19

Prof. Dr. Joachim Wagner
Arzt
Rheinbabenallee 45, 1/33
T.: 824 24 47

Frau Margarete Cleinow
Ev.Fam.Bild.stätte/Eltern-u.Fam.
Am Volkspark 73, Arbeit (KM)
1000 Berlin 31, T.: 853 75 21

Reinhold George
Superintendent
Heilbronner Str. 20, 1/30
T.: 24 96 70

Rolf Schindel
Redakteur
Klopstockstr. 43, 1/38
T.: 802 82 00

Wolfgang Nehring
Pfarrer
Plattenhoferweg 82, 1/27
T.: 431 10 65

Karlheinz Schmale, D.D.
Oberkirchenrat
Terrassenstr. 16, 1/38
T.: 801 80 01

Dr. Carstensen
Professor
Buckower Damm 183, 1/47
T.: 604 94 93

Dr.med. Joachim Drossel
Chefarzt
Camphausenstr. 15, 1/37
T.: 810 23 59

Gottfried Rieger
Pfarrer
Im Amseltal 10, 1/28
T.: 401 23 89

Herbert Krause
Pfarrer
Sundgauer Str. 160, 1/37
T.: 781 15 38

Ernst Wilh. Winterhager
wiss. Assistent
Niedstr. 27, 1/41
T.: 851 95 27

Dr. Hans Storck
Superintendent
Gierkeplatz 4, 1/10
T.: 341 55 24

Dr. Lothar Münn
Amtsgerichtspräsident a.D.
Starkenburger Str. 25, 1/37
T.: 813 29 29

Wolfgang Schüler
Kfm. Angestellter
Wassertorstr. 65, 1/61
T.: 614 63 94

III. Vom Missionsrat für die Missionskonferenz berufene Mitglieder und Stellvertreter

(§ 11 Abs. 1 Zf. 6 und § 7 Abs. 1 Zf. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 2 des Missionswerksgesetzes)

Mitglieder

Walter Sylten
Ltd. Magistratsdirektor
Kramstawei 22, 1/37
T.: 802 83 61

Walter Boeckh
Pfarrer
Lohengrinstr. 20a, 1/39
T.: 803 76 73

Helmut Sieglerschmidt
M.d.B.
Nibelungenstr. 5 a, 1/39
T.: 803 68 86

Dr. Peter Bloth
Professor
Troppauer Str. 6 a, 1/45
T.: 812 10 54

Manfred Voegele
Redakteur
Parallelstr. 11, 1/45
T.: 772 54 69

Knut Soppa
Pfarrer
Lietzenburger Str. 39, 1/30
T.: 24 27 96

Susanne Peters
stud.theol.
Rathausstr. 88, 1/42
T.: 705 21 15

Stellvertreter

Ursula Brennecke
Gritznerstr. 46, 1/41
T.: 822 45 61

Eberhard Reuter
Pfarrer
Rixdorfer Str. 59, 1/42
T.: 703 30 17

Ton Veerkamp
Pfarrer
Falterweg 21, 1/19
T.: 302 69 82

Wolfgang v.Selchow
Senatsrat
Schweitzerstr. 6a, 1/37
T.: 801 39 93

Gerd Hönscheid
Geschäftsführer ASW
Friedrichstr. 236, 1/61
T.: 251 02 65

Käte Riedel
Parchimer Allee 85 e, 1/47
T.: 601 54 57

Martin Stoelzel
cand.theol.
Kaiserin-Augusta-Str. 10, 1/42
T.: 752 29 10

Heinz Schilling
Religionspädagoge
Seestr. 35, 1/65
T.: 453 60 64

Kriebel

Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



Berliner Missionswerk Handjerystraße 19 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder der Missionskonferenz
des Berliner Missionswerkes
und
an die Stellvertreter

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: MISSIONSKONFERENZ

Telefon: (030) 85 10 21

cable: Weltmission Berlin

27. Januar 1982

Betr.: Einladung zur 8. Tagung der Missionskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Mit vorliegendem Schreiben lade ich Sie zu der 8. Tagung der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes ein, die am 26. und 27. Februar 1982 im Haus der Mission, Handjerystr. 19, Berlin 41 (Friedenau), stattfindet.

Wir beginnen am

Freitag, 26. Februar 1982, um 17.00 Uhr,
Sonntag, 27. Februar 1982, um 9.00 Uhr.

Schwerpunkte der Beratung werden die Besprechung des Tätigkeitsberichtes 1981 des Missionsrates sowie die vom Grundsatzausschuß gearbeitete Erklärung des Berliner Missionswerkes zum christlichen Dienst am Horn von Afrika sein.

Als Unterlagen der Beratungen werden Ihnen rechtzeitig - ohne besonderes Anschreiben - folgende Papiere zugehen:

1. Protokoll der 7. Tagung der Missionskonferenz,
2. Tätigkeitsbericht 1981 des Missionsrates,
3. Text der Äthiopienklärung des Berliner Missionswerkes ("Äthiopien - Revolution und Nation, Menschenrechte und Flüchtlingshilfe. - Eine Erklärung des BMW zum christlichen Dienst am Horn von Afrika").

/ Den vorgeschlagenen Ablauf der Missionskonferenz wollen Sie bitte der beigefügten vorläufigen Tagesordnung entnehmen.

Ich möchte nicht versäumen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Missionskonferenz eine öffentliche Veranstaltung ist, so daß auch die Damen und Herren Stellvertreterinnen und Stellvertreter eingeladen

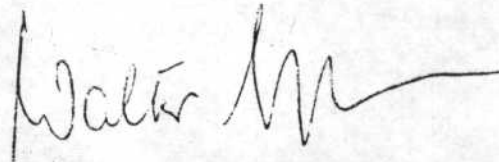
b.w.

sind, an den Verhandlungen teilzunehmen, auch wenn der Vertretungsfall nicht gegeben ist.

- / Die Mitglieder werden jedoch gebeten, auf beigefügter Antwortkarte - oder telefonisch über Frau Kunze (Tel.Nr. 85 10 21 App. 63/64) - die Geschäftsstelle möglichst umgehend zu benachrichtigen, ob sie teilnehmen, damit im Falle ihrer Verhinderung der Stellvertreter noch rechtzeitig und ausdrücklich verständigt werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Ihr



(Walter Sylten)

Anlagen

Vorläufige Tagesordnung

8. Tagung der MISSIONSKONFERENZ des BERLINER MISSIONSWERKES
am 26. und 27. Februar 1982 im Haus der Mission, Handjerystraße 19
in Berlin 41 (Friedenau)

Freitag, 26. Februar 1982

Beginn: ----- 17.00 Uhr

- | | |
|---|----------------|
| 1. Andacht / Grußwort | OKR. Dr. Runge |
| 2. Eröffnung und Begrüßung der Gäste | Vorsitzender |
| 3. Feststellung der Anwesenheit
und Beschlußfähigkeit | Vorsitzender |
| 4. Feststellung der Tagesordnung | Vorsitzender |
| 5. Genehmigung des Protokolls
vom 11./12. 12.81 | Vorsitzender |
| 6. Einführung in den Tätigkeitsbericht 1981
des Missionsrates:
"Anleitung zum Dienst der Sendung" | Dr. Gruhn |

Imbißpause

- | | |
|---|------------------------|
| 7. Erläuterungen zu den einzelnen
Teilen des Tätigkeitsberichtes | Referenten |
| 8. Informationen über jüngste
Entwicklungen in den Partner-
kirchen | Referenten |
| 9. Abendsegen | <u>gegen</u> 21.00 Uhr |

Sonnabend, 27. Februar 1982

Beginn: ----- 9.00 Uhr

- | | |
|--|---|
| 10. Grußwort | Pfr. Hermann/Tanz. |
| 11. Einbringung des Äthiopien-Papiers
des Grundsatzausschusses:
"Äthiopien - Revolution und Nation,
Menschenrechte und Flüchtlingshilfe.
- Eine Erklärung des BMW zum christlichen
Dienst am Horn von Afrika" | Frau E. Dilschneider
/ Dr. Hasselblatt |
| 12. Aussprache | |
| 13. Beschlußfassung | |
| 14. Verschiedenes | |
| 15. Abschluß
(<u>gegen</u> 12.15 Uhr) | |

9.11.1981

PROTOKOLL:

der Sitzung des Haushaltsausschusses der Missionskonferenz des Berliner Missionswerkes in 1000 Berlin 41, Handjerystr. 19/20 am 9.11.1981 um 16:00 Uhr.

Anwesende Mitglieder: Knorn, Minkner, Neumann, Obst,
Dr. Rhein, Rieger, Dr. Seeber (Vors.)

Beratend für das BMW: Dr. Gruhn, Dreusicke, Wenzel (Protokoll)

Entschuldigte Mitglieder: Seemann

Dr. Seeber eröffnet die Sitzung mit der vorliegenden Tagesordnung.

TOP 1 Bericht über die finanzielle Situation

Dreusicke gibt einen Überblick über die Einnahmesituation und den vorliegenden Zwischenabschluß.

Die Finanzierung des Haushalts ist gesichert, u.a. durch die Zuschüsse der EKIBB, Westfalen, EKD und der westdeutschen Landeskirchen für Nahost. Eine Ausnahme bildet hier die Evangelische Kirche im Rheinland, die sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem BMW bezüglich Nahost im Jahre 1982 entziehen will.

Der geplante Zuschuß für den Besucherdienst wird wegen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung nicht zum Tragen kommen. Eventuell ist eine Förderung von Einzelprojekten möglich.

Das Spendenaufkommen zeigte bis zum 31.10.81 eine erfreuliche Entwicklung: Sämtliche Projekte ohne Äthiopien/Somalia brachten einen Zuwachs von DM 77.983.61 = 8,3%. Das Nothilfeprojekt Äthiopien-Flüchtlinge zeigte erwartungsgemäß eine rückläufige Entwicklung von 31,2% = DM 102.596.95, da die begleitende Werbung in den Medien im laufenden Haushaltsjahr nicht erfolgte. Das Gesamt-Spendenaufkommen stagnierte, wenn man Äthiopien mit berücksichtigt, mit - 1,9%. Das Gesamtergebnis des Zwischenabschlusses ist auf der Seite 5 erkennbar. Per 30.9.81 bestand ein Ist-Überschuß von DM 652.327.56, der jedoch teilweise zur Finanzierung der Sonderzahlung 1981 (Weihnachtsbezüge) dient.

HA bittet die Verwaltung bei künftigen Computer-Unterlagen die Zwischenüberschriften der Haushaltsgruppen zu vermerken.

TOP 2 Überschreitung von Haushaltstiteln 1981

Verwaltung erläutert die in der Vorlage aufgeführten Überschreitungen von Haushaltsstellen und HA beschließt die Finanzierung und Sollumbuchung folgender Stellen:

(siehe: Aufstellung/Anlage)

Die Frage des Lehrstuhls bei der KiHo ist noch nicht geklärt mit dem Senat. Hier sollte eine Verzahnung des BMW-Direktors mit der KiHo durch wöchentliche Vorträge angestrebt werden. HA empfiehlt hier die Einrichtung eines missionstheologischen Seminars.

TOP 3 Neubau 'Talitha Kumi'

HA erörtert die Vorlage der Verwaltung wonach die Finanzierung des Projektes mit DM 1,970.000.-- aus Eigenmitteln erforderlich ist.

Von dem als Defizit ausgewiesenen Betrag von	DM	751.519.--
sind gedeckt im Haushalt 81 (AHSt 45.783),	"	100.000.--
so daß noch finanziert werden müssen	DM	651.519.--
		=====

Die Bauverträge werden auf US \$-Basis abgeschlossen, um starke Kurseinbußen aufzufangen. Die weitere Bauabwicklung dürfte sich über 2 1/2 Jahre erstrecken.

HA beschließt die vorläufige Sperrung der Nahost-Bau- und Grundstücksrücklagen von z.Zt. DM 1,077.000.-- (Stand 31.12.81) für diesen Zweck. Die Geschäftsstelle erhält Auftrag, die Eigenfinanzierung des Projektes durch Einwerbung von Zuschüssen weiterhin zu ermöglichen.

TOP 4 Morgenländische Frauenmission/Augustastraße

Dreusicke berichtet kurz über die Besprechungen im Konsistorium bezüglich der Zukunft der MFM. Das Konsistorium überprüft neu den gesamten kirchlichen Gebäudegrundstückbestand in Berlin und erwägt auch teilweisen Verkauf zur Sanierung anderer Grundstücke. Mit Wirkung vom 1.1.83 werden die Mittel für die MFM im Rahmen des EKIBB-Zuschusses für das BMW abgerechnet. Da künftig finanzielle Mehrbelastungen bei der MFM zu erwarten sind, beauftragt der HA das Kollegium des BMW zusammen mit der Leiterin der MFM Konzeptionen zu erarbeiten, wie man sich die Nutzung der Grundstücke MFM, Augustastr. und Handjerystr. vorstellt. HA tendiert zu einer gemeinsamen Nutzung BMW/Konsistorium, wobei sich das BMW nicht die Initiative aus der Hand nehmen lassen sollte. Die Finanzierung spielt hier eine wichtige Rolle. Es werden von HA verschiedene Möglichkeiten der Konzeption erörtert.

Termin:

Die Ausschußsitzung über das 'Missionswerksgesetz' findet am 25.11. 1981 um 15:30 in der Handjerystr. 19/20 statt. Vorher, um 15:00 Uhr wird den interessierten Mitgliedern des HA der Computer in der Verwaltung II. OG, Raum 219 vorgeführt.

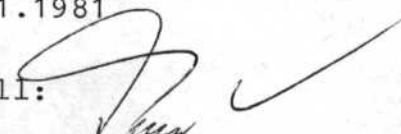
Es ist veranlaßt, daß die 8 weiteren Plakate aus der U-Bahn-Werbung, die in der Broschüre nicht enthalten sind, zum 25.11.81 im Sitzungszimmer aufgehängt werden.

Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

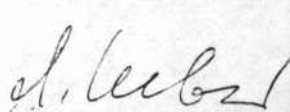
Dieses Protokoll gilt als genehmigt, wenn innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung an die Mitglieder von keiner Seite Änderungswünsche angemeldet werden.

Berlin 41, den 10.11.1981

Protokoll:


(Wenzel)

Vorsitz:


(Dr. Seeber)

Anlage

AHSt.	Bezeichnung	Soll DM 1981	Ist DM per 30.9.81	Sollerhöhung um DM	Finanzierung aus AHSt
31.453	Aushilfen	22.500.--	31.983.84	15.000.--	31.499 Personalbez. Sachausgaben
31.55	Techn.Inventar	40.000.--	47.891.67	20.000.--	31.942 Vermögenswirk. Ausgaben
31.631	Büromaterial	33.000.--	41.432.45) (10.000.--	31.668 Verbrauchsmaterial
32.55	Techn.Inventar Lichterfelde	7.000.--	8.601.29	10.000.--	33.551 Inventar geringwertig
32.639	Prospekte L'felde	-.--	3.129.01	3.000.--	33.551 dito.
32.951	Instandsetzungen Lichterfelde	7.000.--	53.853.81) (3.200.--	31.671 Werbung Öffentlichkeit
33.942	Inventar Haus Handjerystraße	9.000.--	9.244.18	20.000.--	33.951 Baumaßnahmen
51.742	Projekte Korea	2.000.--	5.000.--	27.000.--	Ausgleich nach Jahresab- schluß bzw. aus Rücklagen
71.711	ELCT Tanzania pausch.	135.000.--	145.000.--	1.000.--	33.951 Baumaßnahmen
80.74	Nothilfe Äthiopien	200.000.--	314.241.98	-.--	EHSt. 30.039 ABP-Mittel durchlaufend
80.79	Zuwendungen an Dritte	10.000.--	25.197.80	10.000.--	35.746 Kirchliche Hochschule
					Deckung aus Spenden
					dito.

9.11.1981

Kriebel
Evangelische Kirche
Evangelical Church
in Berlin-Brandenburg (Berlin West)
West Germany



Berliner Missionswerk Handjerystraße 19 · 1000 Berlin 41

An die
Mitglieder der Missionskonferenz
des Berliner Missionswerkes

nachrichtlich:
an die Stellvertreter

**BERLINER
MISSIONSWERK**
DIVISION FOR WORLD MISSION

Referat/Dept.: MISSIONSKONFERENZ
Telefon: (030) 85 10 21
cable: Weltmission Berlin

13. November 1981

Betr.: Einladung zur 7. Tagung der Missionskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Wie mit unserem Schreiben vom 20. Oktober 1981 bereits mitgeteilt,
wird die 7. Tagung der Missionskonferenz am 11. und 12. Dezember 1981
wie bisher im Haus der Mission, Handjerystr. 19 in Berlin 41,
stattfinden. Ich lade Sie dazu herzlich ein.

Wir beginnen

am Freitag, 11. Dezember 1981, um 17.00 Uhr
am Sonnabend, 12. Dezember 1981, um 9.00 Uhr.

Die Tagung soll unter dem Thema stehen

"DER KIRCHLICHE ENTWICKLUNGSDIENST IN DEN ACHTZIGER JAHREN".

Dr. Hasselblatt wird sowohl die Entwicklungsziele - Einsichten und
bisherige Ergebnisse aus der ökumenischen Debatte - als auch die
Schritte, die zur Erreichung des Entwicklungszieles vorgenommen
werden sollen, darstellen.

Der Direktor des Evangelischen Missionswerkes, Dr. Lehmann-Habeck/Ham-
burg, wird ein Korreferat zum Thema "Entwicklungsförderndes Handeln
der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland" halten.

Für die Arbeit in den Gruppen gehen Ihnen zunächst folgende Unter-
lagen zu:

1. Faltblatt KED
2. Auszug aus dem Zusammenfassenden Bericht des
Arbeitskreises Welthungerhilfe
3. 2 Auszüge aus DÜ 3/81
4. Vortrag Dr. Linnenbrink - Novembersynode 1980

Es werden noch Thesen zum Thema erarbeitet, die wir noch rechtzeitig vor der Sitzung versenden werden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Missionskonferenz eine öffentliche Veranstaltung ist.

- / Die Mitglieder werden gebeten, auf beigefügter Antwortkarte - oder telefonisch - die Geschäftsstelle möglichst umgehend zu benachrichtigen, ob sie teilnehmen, damit im Falle ihrer Verhinderung rechtzeitig der Stellvertreter verständigt werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Ihr


(W. Sylten)

Anlagen

7. Tagung der MISSIONSKONFERENZ des BERLINER MISSIONSWERKES
am 11. und 12. Dezember 1981 im Haus der Mission, Handjerystr.19,
Berlin 41 (Friedenau)

Vorläufige Tagesordnung

Freitag, 11. Dezember 1981

Beginn: 17.00 Uhr

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1. Andacht | Frau Brennecke |
| 2. Eröffnung und Begrüßung der Gäste | Vorsitzender |
| 3. Feststellung der Anwesenheit und
Beslußfähigkeit | Vorsitzender |
| 4. Feststellung der Tagesordnung | Vorsitzender |
| 5. Genehmigung des Protokolls
vom 29.4.1981 | Vorsitzender |
| 6. Einführung in das Thema:
DER KIRCHLICHE ENTWICKLUNGSDIENST IN
DEN ACHTZIGER JAHREN
- Ziele und erste Schritte -
- Imbißpause - | Dr. Hasselblatt |
| 7. Gespräch in Arbeitsgruppen | |
| 8. Abendsegen in den Gruppen | <u>gegen</u> <u>21.00 Uhr</u> |

Sonnabend, 12. Dezember 1981

Beginn: 9.00 Uhr

- | | |
|--|--------------------|
| 9. Grußwort | |
| 10. Korreferat: Entwicklungsförderndes
Handeln der Kirchen in der BRD | Dr. Lehmann-Habeck |
| 11. falls gewünscht: Fortführung des
Gesprächs in Arbeitsgruppen | |
| 12. Berichte aus den Arbeitsgruppen | |
| 13. (evtl.) Dokumentarfilm aus dem KED | Dr. Hasselblatt |
| 14. Abschluß (gegen 12.15 Uhr) | |

11./12. Dez. 1981

AUSZUG aus dem
ZUSAMMENFASSENDEN BERICHT des

ARBEITSKREISES WELTHUNGERHILFE

- eingesetzt vom Ausschuß für Ökumenische Diakonie -
- zugleich Verteilungsausschuß 'Brot für die Welt' -

Stuttgart, im Februar 1976

9. In der ökumenischen Entwicklungsdiskussion haben sich nach und nach fünf zentrale Entwicklungsprinzipien herausgeschält, die das Konzept einer "andersartigen Entwicklung" umreißen:

- self-reliance: Hierbei geht es darum, daß die Menschen jeder einzelnen gesellschaftlichen Einheit im "Vertrauen auf die eigene Kraft" die Entwicklungsbemühungen selbständig in die Hand nehmen und sich dabei weitgehend von den Abhängigkeiten gegen übergeordnete Einheiten freimachen.
- social justice: Ohne eine (relativ) gleichmäßige Beteiligung aller Glieder einer Gesellschaft sowohl an den Entscheidungsbildungsprozessen als auch an den Ergebnissen des Wandels kann der Entwicklungsbegriff nicht sinnvoll definiert werden.
- people's participation: Im obigen Sinne ist Entwicklung ebenfalls nicht erfaßbar ohne die ständige Befreiung der Menschen von ihrer Unterordnung unter einmal eingefahrene technische, ökonomische, politische und weltanschauliche Zwänge.
- liberation:

- qualitative growth: Nicht nur die rein quantitative Zunahme der materiellen Güter und Dienstleistungen sind sinnvolle Entwicklungsindikatoren, sondern vor allem die Art ihrer Erstellung, Zusammensetzung und Verteilung bestimmen das Maß der Entwicklung.⁽⁴⁾

7. Hierbei ist entscheidend, daß diese fünf Prinzipien sich gegenseitig bestimmen. Nur in ihrer integrativen Wirkung zeigen sie eine andersartige Entwicklung auf. Wird dagegen auch nur eines dieser Prinzipien vernachlässigt, verlieren auch die anderen ihre qualitative Bedeutung.

Wie sich diese fünf Prinzipien zu einem in sich geschlossenen System einer konsistenten "andersartigen Entwicklung" vereinen, kann nur in der Konkretion aufgezeigt werden. Diese Aufgabe ist im folgenden ansatzweise vom AK versucht worden. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei nur um tentative Vorüberlegungen handeln kann, die noch einer weiteren Vertiefung bedürfen.

8. Vorausschicken muß man jedoch, daß hinter diesen Prinzipien und dem Versuch, eine andersartige Entwicklung zu umreißen, ein bestimmtes Bild vom Menschen und von sozio-ökonomischen Zusammenhängen steht. Es wird nämlich unterstellt, daß der Mensch selbst -auch die Ärmsten der Armen- ein kreatives Wesen ist. Seine Kreativität, die sich vornehmlich in der Arbeit vermittelt, hängt zum großen Teil von den Beziehungen des einzelnen zu seiner gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt ab. Diese Umweltfaktoren können die Kreativität bestimmter Menschen fördern und wecken, aber auch töten und unterdrücken; d.h. sie sind es, die das produktive Potential einzelner Bevölkerungsschichten maßgeblich prägen (und nicht primär die Höhe der Kapitalausstattung, die angewandten Kapitalgüter, bestimmte Verfahrenstechniken im Produktionsprozeß, der Grad der formalen Schulausbildung usw.). Wie anders können wir versuchen, heute sinnvoll von der Verheißung zu reden, die uns mit der Rechtfertigung freisetzt von der Schuldverflochtenheit (Röm. 8, 19 ff.)?

Entwicklungspolitik oder Menschenzukunft?

Für unser Engagement reicht »Entwicklungspolitik« als Überschrift nicht aus

Diese Meditation wurde bei einer Arbeitstagung von DÜ-Mitarbeitern im Frühjahr 1981 gehalten. Sie gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Das, was man gemeinhin »Entwicklungspolitik« nennt, hat abgewirtschaftet. Natürlich glauben wir – Informierte und Engagierte in der »Szene«, zu der auch DÜ gehört – zu wissen, wie sie eigentlich sein mußte. Aber lassen wir alle Augenwischerei beiseite, sehen wir, was tatsächlich ist:

Entwicklungspolitik hat in der Praxis versagt, ist abhängig geworden von Macht- und Marktpolitik – eine Randerscheinung, die für den gewöhnlichen Menschen kaum noch Bedeutung hat. Nicht von entwicklungspolitischen Konzepten oder Strategien werden Menschen bewegt oder betroffen, sondern von grundlegenden Existenzfragen wie

- in Frieden leben oder vom Krieg vernichtet werden
- satt werden oder verhungern
- ein Heim haben oder flüchten müssen
- Land nutzen dürfen oder vertrieben werden
- Hoffnung haben oder in Hoffnungslosigkeit verdorren
- einen inneren Halt haben oder entwurzelt sein.

Auch an der DÜ-Praxis geht diese »Entwicklung« nicht vorbei: In Übersee werden die Rufe nach Fachkräften für Überlebenshilfe immer stärker gegenüber denen nach »Entwicklungshelfern«; DÜ vermittelt inzwischen fast ein Viertel der Ausreisenden in Flüchtlings- und Nothilfeprogramme in Kooperation mit dem Diakonischen Werk, mit UN-Organisationen und humanitären Hilfswerken. Das stand bisher sicherlich in diesem Ausmaß nicht im Programm.

In der Inlandsarbeit lassen die Sorgen um Rüstungsexpansion und Friedensbedrohung es auch nicht mehr zu, sich z.B. in Seminaren wie in einem Elfenbeinturm abgrenzt mit Entwicklungstheorien zu beschäftigen. Wer heutzutage sich ernsthaft mit Wesentlichem beschäftigen will, muß sich mit Politik für den ganzen Menschen beschäftigen.

DÜ-Arbeit verändert sich also. Grundsätzlich? Das freilich nicht. Dank den DÜ-Gründungsvätern kommt in unserem

Firmennamen das Wort »Entwicklung« nicht vor, nicht einmal im Untertitel. DÜ ist eine Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen und steht damit in einem umfassenderen Zusammenhang.

Natürlich kann DÜ seine Geschichte nicht verleugnen oder gar die Mitwirkung am »Entwicklungshelfer-Gesetz« als Rechtsrahmen für die Vermittlungsarbeit. Es wäre unrealistisch, an dieser Stelle für ein Aussteigen daraus oder aus allen gewachsenen Gremien zu plädieren. Aber man kann versuchen, seine Vergangenheit zu bewältigen und für neue Erkenntnisse zu nutzen.

Das Gute daran ist nämlich, daß die DÜ-Grundlagen sich nicht in »Entwicklungspolitik« erschöpfen, nicht damit stehen oder fallen. Sie waren bereits vorher da. Sie sind allerdings – und das kann zunächst mißdeutet werden – revolutionär. Denn zu diesen Grundlagen gehört das, was von und über Jesus gesagt wurde.

Jesus war kein Partei- oder Staatsgründer, wenn er »das Reich Gottes mitten unter uns« verkündete. Er war kein Politik-Konzipierer, sondern ein Menschen-Veränderer, insofern Träger der radikalsten Revolution, die es gibt.

Er hat gewußt, daß es nur e i n Menschheitsmodell gibt: allen Menschen und damit Gott gerecht zu werden; nur e i n e n Weg dahin: Liebe zu den Mitmenschen; nur e i n Instrument dazu: den Menschen selber.

Der einzelne Mensch muß sich in dieser Richtung verändern, um den Veränderungsprozeß weitertragen zu können. (Man kann das natürlich »Mission« oder »Entwicklung« nennen, aber wie unscharf sind diese Begriffe für den Inhalt der Sache). Jedenfalls konnte noch nie ernsthaft bestritten werden, daß ein solches »Reich Gottes« alle anderen Revolutionen, Strategien oder Ideologien überflüssig machen würde.

Die Machtverhältnisse auf dieser Welt sehen natürlich weitgehend anders aus, die Gegenkräfte sind ungeheuer stark. Ja, ein Jahrzehnt nach den großen Zukunftswarnungen internationaler Autoritäten muß man doch ohne Scheuklappen sa-

gen: Für vieles ist es schon zu spät. Das Gleissystem der Welt hält der Belastung nicht stand. Das Entgleisen mancher Züge ist schon jetzt nicht mehr aufzuhalten.

Die Wurzel des Übels kann man mit einem Wort nennen: Egoismus – ganz gleich, ob er in »Gewinnmaximierung«, »Wirtschaftskonzentration«, »Umweltzerstörung«, »Ausbeutung«, »nationalen Chauvinismus«, »Totalitarismus« oder »Imperialismus« westlicher oder östlicher Prägung umgemünzt wird.

Diese Gegenmacht ist auch den Autoren des Neuen Testaments nicht fremd, sie nennen sie nur anders. Mich hat beeindruckt, daß Ernst Käsemann sie auf der Weltmissionskonferenz 1980 in Melbourne »die Hölle auf Erden« genannt hat, gegen die es die »Widerstandsbewegung Jesu Christi« zu aktivieren gelte. Wohlge- merkt: nicht diese oder jene Widerstandsbewegung, sondern die gewalt- und schablonenfreie des Evangeliums.

Wenn wir über Grundlagen und Kriterien unserer Arbeit sprechen, dann – finde ich – ist hier unsere Linie. Zwar ermöglicht uns auch dies nicht, Erfolgsbausteine zu einem selbstkonstruierten Bauwerk aufzustapeln, aber gerade davon sind wir dann ja befreit.

In dieser Bewegung sind wir nicht allein. Die Zahl der Bündnispartner wächst, das zeigt sich am wachsenden Engagement überseeischer Kirchen für Menschenrechte und Befreiung, das zeigte aber auch der Deutsche Evangelische Kirchentag in Hamburg 1981, wo alte Profeten und junge Sucher auf gleicher Welle lagen. Diese Bewegung ist wahrhaft »ökumenisch«, sie ist Sauerteig, der die ganze Welt durchdringt. Sie kann manche Züge vielleicht noch bremsen, das Entgleisen anderer Züge nicht verhindern, aber sie kann profetisch darauf hinweisen. Sie kann viele Passagiere zum Abspringen bewegen, und schließlich wird sie das Personal stellen, das die neuen Gleise legt, das neue Züge in die richtige Richtung bewegt. Eine ungetrübtere Hoffnung, eine billigere Zukunft ist leider nicht zu haben. Aber kann dies nicht eine Zukunft sein mit mehr Zufriedenheit als Reichtum, mit mehr Solidarität als Selbstgerechtigkeit, mit mehr Wärme als Macht, mit mehr Sein als Haben?

Wir sollten in diesem Sinne beleuchten, was wir hier und in Übersee tun, und das kann eben nur die begrenzt meßbare, aber zuversichtliche, sich lebendig über Menschen fortpflanzende Dimension haben. Danach sollten wir Schwerpunkte setzen, daran sollten wir uns orientieren.

Was ist dagegen schon »Entwicklungspolitik«?

Gotz Hünemörder

Entwicklungspolitisch ratlos?

Die Grundbedürfnisstrategie der Bundesregierung –
Fragen zu einem neuen Konzept

von Hans H. Lembke

Seit der Begriff »Grundbedürfnisse« in der Entwicklungspolitik eine Rolle zu spielen begann, ist mehr als ein halbes Jahrzehnt vergangen. Hat die Orientierung an den Grundbedürfnissen in der Praxis etwas verändert oder handelt es sich hier einmal mehr um eine wohlklingende aber inhaltsleere Floskel? Die Antwort, die der folgende Beitrag gibt, kommt aus kompetenter Quelle: der Verfasser ist Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin und dort seit mehreren Jahren u.a. mit der Auswertung von Entwicklungshilfeprojekten der Bundesregierung befaßt.

Umwälzung oder Reform der ent- wicklungspolitischen Grundla- gen?

Während – oder besser weil – die sozialökonomische Entwicklung in vielen Teilen der Dritten Welt stagniert, ist die entwicklungstheoretische Diskussion in den letzten fünfzehn Jahren durch eine zunehmend schnellere Abfolge neuer Erklärungsansätze und strategischer Konzepte gekennzeichnet. In den fünfziger und noch bis zur Mitte der sechziger Jahre herrschte im Westen, aber auch im Süden weitgehend Einmütigkeit darüber, was Unterentwicklung und was Entwicklung sei und wie man den Übergang zwischen beiden bewerkstelligen könne. Das Leitbild für die in der Dritten Welt zu unternehmenden Entwicklungsanstrengungen war die moderne westliche Industriegesellschaft, die Strategie zum Erklimen dieser Entwicklungsstufe hieß wirtschaftliches Wachstum, und die wesentlichsten Komponenten dieser Strategie waren Kapitalakkumulation und Industrialisierung. Seit dem Ende der »Ersten Entwicklungsdekade« (Ende der sechziger Jahre) aber macht sich Ratlosigkeit breit, zumindest bei denjenigen, die versuchen wollen, aus der immer differenzierter werdenden entwicklungstheoretischen Diskus-

sion Handlungsanweisungen für die praktische Entwicklungspolitik abzuleiten.

Vereinfachend dargestellt, lassen sich zwei Hauptstränge unterscheiden, in denen sich das entwicklungswissenschaftliche Denken seit dem Ende der sechziger Jahre weiterentwickelt hat. Zum einen entstand aus der zunehmenden Erkenntnis, daß ein schnelles Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) keineswegs – wie angenommen – eine hinreichende Voraussetzung für sozialökonomische Entwicklung ist, eine »immanente« Kritik an der Wachstumsstrategie und der Verwendung des BSP als Hauptindikator (Gradmesser) für Entwicklung. Als Konsequenz wurde gefordert, neben das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums weitere sozialökonomische Ziele zu stellen: Beschäftigung, gleichmäßigere Verteilung des Einkommens und allmähliche Umverteilung des Produktionsvermögens als entscheidende Voraussetzungen für eine Einkommenserhöhung in der Armutsbevölkerung.

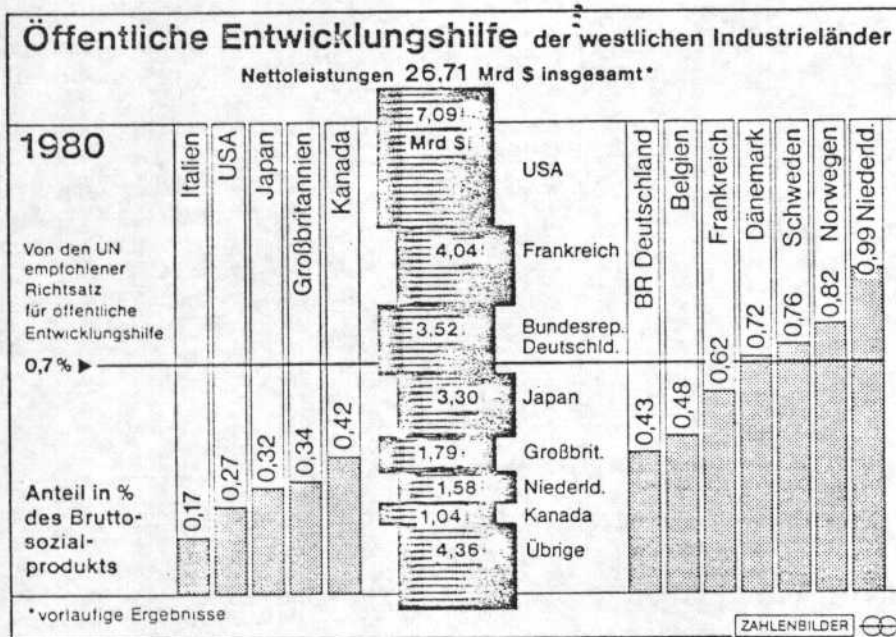
Auf einer »nicht-immanenten« Kritik der Wachstumsstrategie fußten die Theorieansätze, die dem zweiten Strang des entwicklungswissenschaftlichen Denkens zuzurechnen sind. Ihr Ausgangspunkt war nicht eine oberflächliche Kritik an den Ergebnissen der

ersten Entwicklungsdekade, sondern in erster Linie eine politische Sensibilisierung für die Frage der Abhängigkeit des Südens vom Norden. Die Strategieempfehlungen dieser Theoretiker beschränkten sich dementsprechend nicht auf eine Reform der Wachstumsstrategie – die nach dem Verständnis westlicher Theoretiker immer auch eine Integration in den Welthandel einschloß –, sondern sie zielten konsequenterweise auf eine Auflösung der als einseitig und die Unterentwicklung fördernd erkannten Abhängigkeit.

Der Grundbedürfnisansatz, der seit Mitte der siebziger Jahre einen der Brennpunkte der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion darstellt, ist – dies mag auf den ersten Blick überraschen – nicht nur als ein weiterer Schritt zur Reform der Wachstumsstrategie interpretiert, sondern auch mit strategischen Konzepten der »nicht-immanenten« Richtung in Zusammenhang gebracht worden. Kritiker, denen vor allem die »Vereinnahmung« dieses Ansatzes durch die Weltbank verdächtig erscheint, sehen hinter diesem Konzept eindeutig imperialistische Absichten: »Durchkapitalisierung« der bisher nicht in den Weltmarkt integrierten Gesellschaftsbereiche und vor allem Ablenkung von den Forderungen nach der »Neuen Weltwirtschaftsordnung«. Andere dagegen erkennen eine grundsätzliche Vereinbarkeit des Grundbedürfnisansatzes mit Konzepten der Gegenströmungen. Nach diesen Auffassungen kann eine auf Befriedigung der Grundbedürfnisse ausgerichtete Entwicklungsstrategie die kulturelle Identität in der Dritten Welt stärken, die Eigenverantwortlichkeit (self-reliance) der sich entwickelnden Gesellschaften fördern und insgesamt zu einer Verringerung der Abhängigkeit des Südens vom Norden beitragen.

Sucht man nach den Wurzeln des Grundbedürfnisansatzes, so findet man als stärkste – keinesfalls aber einzige – den Basic Needs Approach der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der auf der Weltbeschäftigungskonferenz 1976 in die internationale entwicklungspolitische Diskussion gebracht wurde. In dem auf dieser Konferenz beschlossenen Aktionsprogramm wurde festgelegt,

1. daß die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse als erklärtes Ziel in die Entwicklungsplanung und



© Erich Schmidt Verlag

- Entwicklungspolitik aufgenommen werden sollte,
2. daß unter *basic needs* zum einen die individuellen Bedürfnisse nach ausreichender Ernährung, Kleidung und Wohnung zu verstehen seien, zum anderen die überwiegend nur kollektiv zu erfüllenden Bedürfnisse nach einer hygienisch einwandfreien Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, nach Bildung und medizinischer Betreuung,
 3. daß eine grundbedürfnisorientierte Entwicklungspolitik die Beteiligung der Bevölkerung an den sie betreffenden Entscheidungen einschließen müsse,
 4. daß die Erfüllung der genannten materiellen Grundbedürfnisse in engem Zusammenhang mit der Verwirklichung der menschlichen Grundrechte stehe, und
 5. daß eine solche Strategie in der Regel Strukturveränderungen in Produktionsmustern, in der Einkommensverteilung, in dem Zugang zu Produktionsmitteln – ausdrücklich angesprochen wird die Landreform – und auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Voraussetzung habe.

Hiermit war zweifellos ein neuer Ansatz für entwicklungstheoretisches Denken und entwicklungspolitisches Handeln aufgezeigt, keinesfalls aber eine ausformulierte Entwicklungsstrategie und schon gar nicht eine umfassende Entwicklungstheorie aufgestellt worden. Weil aber das theoretische

Fundament fehlte oder zumindest nicht ausformuliert war und weil die strategischen Konsequenzen nur angesprochen, nicht aber in Form von Politikempfehlungen konkretisiert worden waren, konnte dieser Ansatz in durchaus sehr unterschiedliche Richtungen weitergeführt werden: Stellte man den zweiten der oben genannten fünf Punkte in den Vordergrund, konzentrierte man sich also auf eine Präzisierung des Armutsbegriffes durch Aufstellung von Minimumstandards für die angeführten materiellen Bedürfnisse, so entwickelte sich aus dem *Basic Needs Approach to Development* eine reformierte Variante technokratischer Sozialplanung. Sah man dagegen den wesentlichen Inhalt des Ansatzes in den drei letzten Punkten, so ließe sich daraus durchaus ein Konzept radikaler Strukturveränderung ableiten, in dem die Neuverteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht als eine unabdingbare Voraussetzung für Entwicklung herausgestellt wurde.

Die Grundbedürfnisstrategie der Bundesregierung: Ablösung oder Ergänzung bestehender Konzepte?

Neue Themen in der entwicklungswissenschaftlichen Diskussion schaffen, sobald sie eine stärkere Resonanz erzeugen, Reaktionszwänge in der Entwicklungshilfeadministration. Diese wirken sich – und das ist sicherlich nicht von vornherein negativ zu

bewerten – aber keineswegs unmittelbar auf die praktische Vergabepolitik aus. Vorgeschaltet ist die konzeptionelle Ebene, von der sich die rhetorische nicht immer sauber trennen läßt. Bleibt also ein Thema für längere Zeit im Zentrum der Diskussion, so findet es zumindest Eingang in die entwicklungspolitische Konzeption. Nun ist allerdings der Neuerungsdrang auf der Ebene politisch zu verantwortender Konzeptionen in der Regel erheblich geringer als auf der wissenschaftlichen Ebene. Während ein neuer entwicklungstheoretischer Ansatz das bisherige wissenschaftliche Denken durchaus in Frage stellen kann, wird er in die entwicklungspolitische Konzeption keinesfalls mit der gleichen Tragweite eingehen können. Ein zu häufiges und vor allem zu radikales Verändern der Konzeptionen erscheint nach außen als Konzeptionslosigkeit und schafft innerhalb der Administration Verwirrung. Konzeptionen werden daher in der Regel nicht umgeworfen, sondern sie werden fortgeschrieben. Die alten Elemente werden zunächst einmal nicht hinausgeworfen; sie bleiben als »Sedimente« erhalten. Die neuen Elemente werden dann so gestaltet, daß sie sich möglichst ohne erkennbare Verwerfungen in dieses Gefüge einpassen.

Auf diese Weise hat auch der Grundbedürfnisansatz Eingang in die entwicklungspolitisch-konzeptionellen Vorstellungen der Bundesregierung gefunden. Die offizielle Redeweise war, daß man nunmehr eine verstärkt (!) grundbedürfnisorientierte Projektpolitik betreiben wolle. Das Konzept sei – so eine Presseverlautbarung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vom Dezember 1978 – »nichts substantiell Neues: es wurde vielmehr für wichtige entwicklungspolitische Aktivitäten ein neuer, übergreifender Begriff geprägt«. Konsequenterweise hielt man eine einschneidende Änderung in der Projektpolitik nicht für nötig, sondern nur eine gewisse Umverteilung der Mittel zugunsten solcher Förderungsbereiche, in denen sich nach Meinung des BMZ in erster Linie grundbedürfnisorientierte Projekte durchführen ließen. Dabei wies man darauf hin, daß man diese Bereiche auch in der Vergangenheit keineswegs vernachlässigt habe.

Damit war der Grundbedürfnisansatz bruchlos in die entwicklungspolitische Konzeption eingefügt. Gelingen

konnte dies, weil er im BMZ nicht als neuer *approach to development* (Entwicklungsansatz) aufgefaßt wurde, sondern als eine Anregung zur Präzisierung der bestehenden Konzepte für eine bereits etablierte Form der Mittelvergabe. Nur für diesen Ausschnitt der Vergabepolitik – die direkt armutsorientierte Entwicklungshilfe – wurde der Grundbedürfnisansatz als relevant akzeptiert. Als ein Aufruf, künftig sämtliche Mittel auf diesen Teilbereich zu konzentrieren, wurde er zu keinem Zeitpunkt verstanden.

Die Grundbedürfnisdiskussion hat also auf der konzeptionellen Ebene durchaus ihren Niederschlag gefunden, wenn auch nur nach dem herkömmlichen Muster der Fortschreibung bestehender Konzeption. Entscheidender aber ist die Frage nach den Auswirkungen auf die praktische Ebene. Diese umfassend zu beurteilen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Statistiken des BMZ, die den Anteil der grundbedürfnisorientierten an der Gesamtzahl der jährlich geplanten Projekte ausweisen, helfen hier kaum weiter. Sie beruhen auf einer sehr knappen „Schreibtischprüfung“ der Projekte, die auch im BMZ als nur vorläufige Abschätzung und keineswegs als eine endgültige Beurteilung der „Grundbedürfnisrelevanz“ angesehen wird. Eine erste, umfassendere Bewertung der „Grundbedürfnisstrategie“ des BMZ wird somit noch einige Zeit auf sich warten lassen. Sie sollte – will man im BMZ dem auf der konzeptionellen Ebene aufgestellten Anspruch gerecht werden – mittelfristig zu einer der Hauptaufgaben der in diesem Ministerium verankerten Erfolgskontrolle werden.

Zwei Beispiele aus der Praxis

Der im Grundbedürfnisansatz enthaltene Appell zu einem grundsätzlichen Überdenken der bisherigen Entwicklungspolitik wird sicherlich dann wirkungslos bleiben, wenn sich in der Verwaltung die oft gehörte Auffassung durchsetzt, man habe dies alles schon vorher praktiziert, wenn auch unter anderem Namen. Seit das BMZ dazu übergegangen ist, im Rahmen seiner Erfolgskontrolle Projekte nicht nur vor dem Hintergrund ihrer ursprünglichen Ziele, sondern auch unter dem Aspekt der „Grundbedürfnisrelevanz“ zu eva-

luieren, ist dieses Argument mehrfach an Hand gemachter Erfahrungen untersucht worden. Die Ergebnisse waren keineswegs durchaus positiv. Die beiden folgenden Beispiele illustrieren dies, wenn auch sicherlich nicht in repräsentativer Weise.

In einem südostasiatischen Land hatte man seit den Urzeiten der bundesdeutschen Entwicklungshilfe Stromverteilungsprojekte gefördert. Bei einer Erfolgskontrolle dieser Projekte im Jahre 1979 sollte nun unter anderem nach ihrem Beitrag zur Grundbedürfnisbefriedigung gefragt werden. Hierbei konzentrierte man sich auf die neuen Vorhaben, die in ländlichen Gebieten durchgeführt worden waren. Auch bei diesen neueren Projekten zählte die Grundbedürfnisbefriedigung – dies sei nochmals betont – nicht zu den ursprünglichen Zielen.

Die Auswertung dieser Projekte erbrachte zunächst durchaus positive Ergebnisse. Die laufenden Kosten des Strombezugs stellten auch für ärmere Haushalte keine unzumutbare Belastung dar; zudem war die elektrische Hausbeleuchtung billiger als die herkömmliche Beleuchtung mit Kerosinlampen. Die Anschlußgebühren waren zwar hoch, für die Ärmsten sicherlich zu hoch, aber man konnte sie durch einen quasi-illegalen Anschluß bei einem Nachbarn zumindest teilweise umgehen. Mit anderen Worten: Die Stromversorgung kam also keineswegs nur den Privilegierten zugute, sie schloß auch große Teile der armen Mehrheit ein.

Das Grundbedürfniskonzept, so wie es vom BMZ vertreten wird, verlangt allerdings mehr als dies. Grundbedürfnisorientierte Projekte sollen die Leistungsfähigkeit und Arbeitsproduktivität der betroffenen Bevölkerungsgruppen steigern und so zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen. Die von den Projekten erreichten Armen benutzen Elektrizität jedoch fast ausschließlich für die Hausbeleuchtung. Produktionserhöhungen, Effizienzsteigerungen oder Innovationen in Landwirtschaft und Gewerbe wurden durch die Einführung der elektrischen Energieversorgung nur in bescheidenem Maße ausgelöst; sie kamen zudem den ärmeren Haushalten nur in sehr geringem Maße zugute. Eine nennenswerte Steigerung und Mobilisierung der Selbsthilfefähigkeit der armen Bevölkerungsgruppen hatte das Projekt also

zumindest bis zum Zeitpunkt der Auswertung nicht mit sich gebracht.

Nach der Grundbedürfnisdefinition des BMZ ist die Versorgung mit elektrischer Energie keine vorrangige Aufgabe der Armutsbekämpfung, wohl aber die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser. Daraus läßt sich ableiten, daß grundsätzlich der Aufbau einer Stromversorgung erst dann gefördert werden sollte, wenn bereits eine qualitativ und quantitativ ausreichende Wasserversorgung besteht. Diesem Grundsatz war man jedoch in diesem Falle nicht gefolgt: Es fanden sich zahlreiche Orte, in denen die Elektrizitätsversorgung auf – oder bereits ausgebaut wurde, während das Grundbedürfnis nach sauberem Trinkwasser in einem großen Teil der Haushalte noch unerfüllt war.

Auch der folgende zweite Fall zeigt, daß man das Prädikat „grundbedürfnisorientiert“ erst nach einer sorgfältigen Prüfung vergeben sollte. In einer südamerikanischen Großstadt hatte man in Zusammenarbeit mit dem BMZ den Versuch unternommen, in einem Teil der den Stadtkern umschließenden Slumgebiete, in denen die Armutsbevölkerung konzentriert ist, eine zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung mit Hausanschlüssen aufzubauen. Auch hier zeigte die Erfolgskontrolle durch das BMZ, daß das Projekt keinesfalls nur Privilegierte erreicht hatte: die Anschlußquote lag bei nahezu 100%. Dies war schon deshalb bemerkenswert, weil den Anschlußnehmern durchaus hohe Baukostenzuschüsse abverlangt worden waren. Aufgrund dieses Ergebnisses hätte man also erwarten können, daß alle Voraussetzungen geschaffen waren, die angestrebte Verbesserung der Trinkwasser- und Abwassersituation in den Siedlungsgebieten zu erreichen. Die hohe Anschlußquote schien darüber hinaus anzuzeigen, daß die immer geforderte, aber nur selten erreichte Identifizierung der Betroffenen mit dem Projekt in diesem Falle eingetreten war.

Tatsächlich waren die Bewohner – dies war durch eine Haushaltsbefragung und durch Interviews mit Schlüsselpersonen zu erfahren – durchaus nicht mit dem Projekt zufrieden. Ein wesentlicher Grund hierfür war, daß sie das Projekt nicht als eine willkommene Unterstützung eigener Anstrengungen sondern als einseitigen staatlichen Eingriff erfahren hatten. Obwohl sie über durchaus leistungsfähige Selbsthilfeor-

ganisationen verfügten, die bereits aus eigener Kraft und weitgehend in eigener Regie eine gewisse Konsolidierung ihrer Siedlungen erreicht hatten (Straßenbau, Elektrifizierung, Verbesserung der Bausubstanz), hatten die staatlichen Stellen dieses Projekt ohne Anhörung der Bewohner geplant und – entgegen ausdrücklichen Forderungen – auch weitgehend ohne deren Arbeitsbeteiligung durchgeführt. Unter diesen Bedingungen kam eine Identifikation der Bewohner mit dem Projekt begreiflicherweise nicht zustande.

Eine einschneidende Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten war zum Zeitpunkt der Projektauswertung nicht zu erkennen. Hierin dürfte ein weiterer Grund für die indifferente bis negative Einschätzung des Projekts durch die Bewohner liegen. Da die Wasserversorgung häufig unterbrochen wurde, sahen sich die angeschlossenen Haushalte zur Vorratshaltung gezwungen. Sie benutzten hierfür in der Regel dieselben freistehenden Behälter außerhalb der Häuser, in die sie früher Wasser aus Tankwagen abgefüllt hatten – mit denselben Folgen für die Wasserqualität. Zudem hatte sich nur ein geringer Teil der Anschlußnehmer bisher finanziell in der Lage gesehen, eine Basisinstallation zur Nutzung des Trinkwasser- und Abwasseranschlusses im Haus zu schaffen (Waschbecken, Dusche, WC). Zwei Drittel der Haushalte benutzten nach wie vor die herkömmlichen Latrinen. Zwar ist zu erkennen, daß die Installation in der Regel mit zunehmender Anschlußdauer vervollkommen wird. Dieser Prozeß – und damit die Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten – verläuft jedoch nur langsam, in der Wahrnehmung der Bewohner offenbar zu langsam, um als eine ausgeprägt positive Auswirkung des Projekts zu erscheinen.

Die Vorstellung, man praktiziere die geforderte Grundbedürfnisorientierung der Entwicklungspolitik bereits, und könne sich daher darauf beschränken, für die unveränderte Praxis lediglich ein neues Vokabular zu entwickeln, könnte sich bei genauerer Betrachtung also durchaus als grundlegend falsch erweisen. Projekte, von denen neben anderen auch die Armen profitieren, und sogar solche, die für unmittelbare Armutsbekämpfung konzipiert wurden, sind – dies haben die beiden Fälle gezeigt – noch nicht notwendigerweise grundbedürfnisorientiert.



Wasserversorgung in einem lateinamerikanischen Slum

Ende oder Anfang der Grundbedürfnisdiskussion?

Das Grundbedürfniskonzept – so wie es von der Bundesregierung formuliert wurde – bedeutet sicherlich nicht das Ende der entwicklungspolitischen Ratlosigkeit. Es wirft im Gegenteil zahlreiche neue Fragen auf: Wie läßt sich Vorrang für grundbedürfnisorientierte Projekte gegenüber Regierungen durchsetzen, die an einer schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen in den Armutszonen ihrer Länder kein Interesse haben? Müssen nicht überhaupt erst einmal tiefgreifende Veränderungen der strukturellen Rahmenbedingungen ablaufen, ehe eine grundbedürfnisorientierte Vergabepolitik wirksam werden kann? Wer definiert die Grundbedürfnisse, wer bestimmt, wann sie befriedigt sind, und wer entscheidet, ob es an der Zeit ist, zu der Erfüllung der *less basic needs*, der „höheren Grundbedürfnisse“ überzugehen? Wie kann der Anspruch auf partizipatorische Planung in die Wirklichkeit umgesetzt werden, bedeutet dieser Anspruch – und überhaupt das gesamte Grundbedürfniskonzept – nicht eine unvermeidbare Verlangsamung des „Mittelabflusses“ durch erhöhten Projektfindungs- und Projektprüfungsaufwand? Was bedeutet das Grundbedürfniskonzept für andere Politikbereiche, etwa für die Außenwirtschaftspolitik und die auswärtige Kulturpolitik?

Das Grundbedürfniskonzept – oder sagen wir besser wieder: der Grundbedürfnisansatz – bedeutet nicht Resignation, er ist nicht der Ausdruck von Ratlosigkeit in dem Sinne, daß nunmehr die Entwicklungspolitik auf Überlebenshilfe für die Armen beschränkt werden sollte. Er ist – richtig verstanden – ein neuer Hintergrund für entwicklungspolitisches Denken und Handeln, der aus einer umfassenden Kritik an falschen Ansätzen der bisherigen Entwicklungspolitik entstanden ist: an der einseitigen Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum, an dem Denken in „Förderungsbereichen“ anstelle der Konzipierung von sektorübergreifenden, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen orientierten Ansätzen, an der Planung „von oben“ und an der Vernachlässigung des Selbsthilfepotentials der armen Bevölkerungsmehrheit. Dieses Infragestellen der bisherigen Entwicklungspolitik, verbunden mit dem Aufzeigen eines neuen Ansatzes ist das bisher wesentlichste Ergebnis der Grundbedürfnisdiskussion. Wer heute den Grundbedürfnisansatz als eine von vielen überlebten Moden zu den Akten legen will, wer darin ein bereits durch neue Diskussionsthemen (z.B. „Kultur als neue Dimension der Entwicklungspolitik“) überlagertes „Sediment“ sieht, hat dies entweder nicht – oder aber sehr gut verstanden. ◇

11./12. Dez. 1981

Zum Thema Entwicklungsdienst

V o r t r a g

auf der Novembersynode 1980 der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West) von Landessuperintendent Dr. Günter Linnenbrink.

Der kirchliche Beitrag zur Entwicklung in den 80-er Jahren
(Die Aufgabe des kirchlichen Entwicklungsdienstes)

1. Im Westen Kenias, in der Nyanza-Provinz, läuft seit einiger Zeit ein ländliches Entwicklungsprogramm. Träger ist die dortige anglikanische Kirche. Ein Team ist gebildet worden, dem ein Landwirt, eine Krankenschwester, eine Ernährungsberaterin, ein Anbautechniker und ein Projektleiter angehören. Von 1976 bis 1979 sind unter Mitwirkung dieses Teams in 23 von den insgesamt 26 Pfarrbezirken dieser Provinz lokale Entwicklungskomitees ins Leben gerufen worden. In diesen Komitees beraten Pastoren und Laien zusammen mit den Fachleuten darüber, welches die besonderen Bedürfnisse im Agrar- und Gesundheitsbereich sind und wie diese Bedürfnisse befriedigt werden können. Es arbeiten gegenwärtig etwa 170 Selbsthilfegruppen auf Gemeinde- und Dorfebene mit diesen Komitees zusammen.

Das Team berät, organisiert fachliche Weiterbildung und bietet Dienstleistungen an. Außerdem versorgt das Team die lokalen Gruppen mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie mit Medikamenten für die von den Selbsthilfegruppen eingerichteten "Dorfapotheken". Das Ergebnis dieses Programmes, das zunächst bis 1982 geplant ist, steht schon heute fest:

Der Anbau von Nahrungskulturen ist vielseitiger und ertragreicher geworden. Der Anbau von Verkaufsfrüchten wurde intensiviert und erbrachte sogar Überschüsse. Bessere Techniken wie geplante Fruchtfolge, organisierte Düngung sowie neue Kulturen wurden eingeführt. Viele Familien ernähren sich durch Gemüse und Fischeiweiß gesünder. Der Ernährungszustand fehlernährter Kinder hat sich erheblich verbessert. Impfkampagnen wurden durchgeführt, die dazu beigetragen haben, daß sonst epidemisch auftretende Krankheiten spürbar zurückgingen.

Darüberhinaus hat sich die örtliche und private Hygiene durch gezielte Maßnahmen der Abfallbeseitigung, durch den Bau von Latrinen, das Abkochen des Trinkwassers und besondere Kinderpflegekurse entscheidend verbessert. In diesem Jahr ist zusätzlich ein Experte für Dorftechnologie in das Team gekommen. Er soll die örtlichen Selbsthilfegruppen beraten in Fragen der Vorratshaltung, Trinkwasserbeschaffung etc.

Das Projekt selbst wird aus Mitteln der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungsdienst (Bundesmittel) und des kirchlichen Entwicklungsdienstes (Kirchensteuermittel) gefördert.

2. Gunnar Myrdal, einer der geistigen Väter der Entwicklungshilfe der westlichen Industrienationen, hat kürzlich vernichtende Kritik zum Ergebnis der staatlichen Entwicklungshilfe in der bisherigen Form geübt. Unter Hinweis auf die "skandalösen politischen Zustände in vielen Entwicklungsländern" hat er eine Abkehr von der bisherigen Praxis der bi- und multilateralen staatlichen Entwicklungshilfe gefordert und stattdessen die Einrichtung einer direkten "internationalen Armenfürsorge" empfohlen. Die pessimistische Bilanz zieht Myrdal aufgrund der Erkenntnis, daß die bislang in die sog. Dritte Welt geflossenen Gelder und Hilfen die wenigen Reichen dort noch reicher und die Masse der Armen durchweg ärmer gemacht hätten. Weil Myrdal die Bereitschaft der meisten Regierungen in den Entwicklungsländern zu umfassenden sozialen Reformen in ihrem eigenen Land äußerst gering einschätzt, hat er auch Skepsis gegenüber den Empfehlungen der "Brandt-Kommission" geäußert.

Er kommt zu dem Schluß, daß es eigentlich sinnlos sei, über eine neue internationale Wirtschaftsordnung (NIEO) zu reden, solange die Regierungen der Entwicklungsländer selbst in der Mehrheit reformunwillig seien. Ähnliches hatte der leider viel zu früh gestorbene indische Nationalökonom Samuel Permar

auf der ÖRK-Vollversammlung in Nairobi 1975 gesagt.

In der ökumenischen Diskussion wird der Entwicklungsprozess gegenwärtig seinem Kern nach als Befreiungsprozeß beschrieben. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die historisch vorfindlichen Formen von Abhängigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung nicht das Ergebnis naturnotwendiger Bedingungen, sondern Folge von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen sind, die von Menschen verantwortet werden und deshalb auch veränderbar sind. Zugleich signalisiert der Begriff "Befreiung", daß die Aufhebung solcher Abhängigkeiten nicht von selbst erfolgt, sondern entschlossen gewollt und auch gegen Widerstand realisiert werden muß.

Was nun das Subjekt dieses Befreiungsprozesses angeht, wird auf die "Armen" hingewiesen. Diese "Armen" in ihrem Kampf um Befreiung von den vielfachen Formen der Abhängigkeit, Diskriminierung und Unterdrückung zu unterstützen, wird als die Aufgabe der Kirche erklärt. Es wird behauptet, daß nur in der Solidarität der Kirche mit den Armen die Kirche ihren biblischen Auftrag gerecht wird. An dieser Forderung ist viel Kritik geübt worden. Insbesondere wird - wie ich meine zu Recht - die heilsgeschichtliche Prädikation der Armen, wie sie in der biblischen Begründung für die Konzentration der Entwicklungsanstrengungen auf diese Zielgruppe hervorgehoben wird, kritisiert. Der kirchliche Entwicklungsbeitrag wird dadurch ideologisiert. Hilfreicher wäre stattdessen, wenn eine rationale und präzise Beschreibung der Bedingungen für Abhängigkeit, Diskriminierung und Unterdrückung erfolgte, eine genaue soziale und ökonomische Definition der jeweiligen Zielgruppe geleistet würde. Die "Armen" sind ein in vielfacher Hinsicht unpräziser Begriff - so so Ansatzpunkte für ein gezieltes entwicklungspolitisches Handeln zu gewinnen (vgl. Beispiel von vorhin!).

Es ist wichtig, daß Entwicklungsprozesse, die diesen Namen verdienen, nur von den Betroffenen selbst in Gang gesetzt werden können.

In der Masse der Armen sind, davon bin ich überzeugt, erhebliche Potentiale vorhanden, die es zu fördern gilt. Die Fähigkeit, sich selbst zu organisieren, die Ziele des Entwicklungsprozesses eigenständig zu artikulieren und die erkannten Ziele auch durchsetzen zu wollen, ist ein nicht hoch genug zu veranschlagendes entwicklungspolitisches Potential. Erst wenn Menschen aus einer bloßen Objektsituation herauskommen wollen und sich selbst als Subjekte des Handelns begreifen und erleben, findet so etwas wie ein Entwicklungsprozeß statt. Doch darf die wichtige Entdeckung dieses entwicklungspolitischen Grundsatzes und dieses menschlichen Potentials nicht dazu führen, die "Armen" anthropologisch und theologisch zu idealisieren. Die nächste entwicklungspolitische Enttäuschung ist dann schon vorprogrammiert.

4. Der Entwicklungskonflikt ist nicht lösbar in einer konsequenten Begrenzung auf den Mikro-Bereich, d. h. die lokale Ebene. Er ist ebensowenig lösbar, wenn lediglich die Makro-Bedingungen, d. h. die nationalen und internationalen politischen und wirtschaftlichen Strukturen geändert werden. Er ist auch nicht lösbar, wenn sozusagen nur eine soziale Gruppe als der eigentliche Adressat und Träger des Entwicklungsprozesses angesehen wird. Eine solche Beschränkung auf jeweils einen Aspekt des Entwicklungsproblems verkürzt die Gesamtproblematik und hat eine unkoordinierte und darum letztlich sich gegenseitig behindernde Entwicklungsstrategie zur Folge. Schließlich muß auch darauf hingewiesen werden, - was übrigens die Kirchen seit Beginn der "Entwicklungshilfe" nicht müde geworden sind zu betonen, - daß die religiösen und kulturellen Besonderheiten der Völker und Menschen einen entscheidenden Faktor im Entwicklungsprozess darstellen. Wirtschaftliche und soziale Reformen können nicht greifen, wenn sie nicht mit den kulturellen und religiösen Traditionen vermittelt werden.

Erst wenn alle diese Aspekte zusammengesehen werden, ergibt sich ein zutreffendes Bild der gesamten Entwicklungsproblematik. Wer die Komplexität des Problems auf einfache entwicklungspolitische Formeln und ihnen entsprechende Strategien zurückführen will, verfehlt letztlich die Realität.

Es ist deshalb wichtig, daß der kirchliche Beitrag zur Entwicklung die verschiedenen Aspekte der Entwicklungsproblematik in ihrer Besonderheit wie auch in ihrer wechselseitigen Beziehung berücksichtigt.

- 5.1 Es wäre daher trotz der pessimistischen Bilanz Gunnar Myrdals falsch, wenn z. B. die Frage der künftigen Wirtschafts- und Handelsstrukturen im internationalen Bereich, wie sie in den verschiedenen UNCTAD-Konferenzen diskutiert worden ist, von den Kirchen nicht mehr weiter verfolgt würde.

Ich bin der Meinung, daß die "Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" (GKKE), die aus Anlaß der V. Weltkonferenz für Handel und Entwicklung im Jahre 1979 in Manila sich mit ihrem Memorandum "Gerechtigkeit und Solidarität in der internationalen Wirtschaftsordnung" an Bundesregierung, Parteien und Verbände gewandt hat, einen wichtigen Dienst geleistet hat und auch auf diesem Wege fortfahren sollte. Wie in den vorausgegangenen Memoranden zu den früheren Welthandelskonferenzen wurden die Forderungen wiederholt bzw. präzisiert, die von den Kirchen erhoben werden. Da ist das von der Bundesrepublik Deutschland schon vor geraumer Zeit erklärte Ziel, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Der jetzige Prozentsatz liegt bei 0,30 %. Schließlich ist nach wie vor aktuell, daß unser Markt für Produkte aus den Entwicklungsländern weiter geöffnet bzw. offengehalten wird, wo mächtige Interessengruppen auf Importbeschränkungen drängen.

In dem Memorandum wurde nicht verschwiegen, daß damit für bestimmte Wirtschaftsbereiche und die dortigen Arbeitsplätze erhebliche Risiken verbunden sind.

Aber um der Glaubwürdigkeit des eigenen marktwirtschaftlichen Ansatzes willen dürfen diese Risiken nicht gescheut werden. Es darf nicht so gehen, daß Marktwirtschaft nur dort vertreten wird, wo der unmittelbare Vorteil bei uns selbst liegt.

Daß der Einfluß auf die Wirkungsmöglichkeit der Kirchen in diesem Bereich begrenzt ist, wissen wir sehr wohl. Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, die politisch und wirtschaftlich verantwortlichen Kräfte in Staat und Gesellschaft auf ihre entwicklungspolitische Verantwortung konkret anzusprechen. Dabei ist natürlich für die Glaubwürdigkeit der Kirche von entscheidender Bedeutung, was die Kirche selbst als eigenen Beitrag leistet. So wäre es z. B. eine Frage der Glaubwürdigkeit, wenn die Kirche mit Recht die Erhöhung der öffentlichen Hilfe fordert, selbst aber nicht einmal das Minimalziel an Spenden 1968, d. h. 2 % des Kirchensteueraufkommens zusätzlich für Entwicklungsförderungen bereitzustellen, erreicht. Die Mittel, die für den KFD zur Verfügung gestellt werden, sind ein unverzichtbarer Eckstein für die entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit der Kirche. Sie dürfen daher genausowenig zur Disposition stehen wie andere finanzielle Rechtsverpflichtungen.

Im Jahre 1980 haben die Gliedkirchen der EKD dem KFD insgesamt 32 Mio DM zur Verfügung gestellt.

In Relation zu dem gesamten Kirchensteueraufkommen von ca. 3,4 Mrd DM sind das knapp 2 %. Ich bin zuversichtlich, daß auch in den kommenden Jahren dieser Anteil gehalten werden kann. Mehr zu erwarten, hieße unrealistisch zu sein.

Wir brauchen diese Mittel dringend. Die Projekte und Programme unserer Partner, die Jahr für Jahr uns vorgelegt werden, übersteigen das Mittelvolumen nicht nur der EKD, sondern auch das der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, der Aktion "Brot für die Welt" und des Evangelischen Missionswerkes weit. In diesem Jahr stehen den in der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst zusammengeschlossenen Organisationen (KED, EZE, Brot für die Welt, EMW und Dienste in Übersee) insgesamt knapp 281 Mio DM zur Verfügung. Von diesen Mitteln fallen knapp 260 Mio DM auf Entwicklungsprogramme und -projekte in Übersee, auf entwicklungsbezogene Bildung im Inland 6.6 Mio DM und 14.5 Mio DM auf Verwaltungskosten der AG-KED-Stäbe. Das bedeutet: etwas mehr als 5 % werden für Verwaltungsaufwendungen verbraucht. Die Qualität der kirchlichen Entwicklungsförderung sowohl im Programm- und Projektbereich wie auf dem personellen Felde erfreut sich hoher Anerkennung.

Dabei wird gerade auch von staatlicher Seite anerkannt, daß die Kirchen mit ihren Projekten und Programmen sehr nahe bei den Menschen und ihrer Not sind. In den nächsten Jahren werden wir noch größere Anstrengungen machen müssen, unseren Partnern noch mehr eigene Entscheidungskompetenz über den Einsatz von Mitteln zu geben. Das bedeutet z. B. die Stärkung jener Ansätze, wo unseren Partnern Entwicklungsfonds zur Verfügung gestellt werden, über die sie völlig selbständig entscheiden können und wo lediglich eine Berichterstattung über die Verwendung der Mittel erfolgt. In 20 Jahren haben sich bewährte und vertrauensvolle Partnerbeziehungen entwickelt. Zugleich werden die Bemühungen um den Aufbau von Genossenschaftsgruppen, Selbsthilfebewegungen auf den verschiedenen Gebieten u. dgl. verstärkt werden müssen. Große Schul- oder Gesundheitsprojekte, die viele Millionen kosten, gehören heute schon zur Vergangenheit.

Für die Entwicklungsförderung im Mikro-Bereich gibt es keinen Ersatz, auch nicht in den 80-iger Jahren.

5.3 Auf der Entwicklungs-Synode der EKD im Jahre 1973 in Bremen wurde festgestellt:

"In der Arbeit des kirchlichen Entwicklungsdienstes hat sich gezeigt, wie notwendig Informationen, Bewußtseinsbildung und Gewissensschärfung im eigenen Lande sind. Entwicklungsdienst ist nicht nur in Übersee geboten, sondern stellt auch für uns in der Bundesrepublik eine Herausforderung dar. Hier wie dort ist der Entwicklungsbeitrag eine Aufgabe, die aus der Mitte des christlichen Glaubens kommt und in gesellschaftsbezogenem Handeln wahrgenommen werden muß. In Entfaltung der Spandauer Beschlüsse (s. EKD-Synode Berlin-Spandau 1968) gehört daher das entwicklungspolitische Engagement in der Bundesrepublik Deutschland zu den Aufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, für das ein stärkerer personeller und finanzieller Einsatz der Landeskirchen der EKD erforderlich ist."

Und in der Denkschrift der EKD zur Entwicklungsfrage aus dem gleichen Jahr heißt es u. a.:

"Entwicklungspolitische Informationsarbeit darf sich nicht auf die Darstellung von Not, Elend und Armut beschränken. Eine dadurch geförderte Spendenbereitschaft könnte zugleich ein Überlegenheitsgefühl entwickeln, das die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Armut übersieht. Vielmehr geht es darum aufzudecken, daß die Probleme der Dritten Welt auch im Wirtschaftsverhalten der Industrienationen ihre Ursachen haben ... Die Entwicklungspolitik hat auch Konsequenzen für unsere eigene Innenpolitik. Es wird künftig notwendig sein, in eine Diskussion mit den davon betroffenen Gruppen einzutreten....."

Beide Feststellungen gelten heute genauso und werden auch in den nächsten Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Es ist deshalb eine konsequente Entscheidung des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz gewesen, den sogenannten "Rahmenplan für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik" in diesem Jahr zu beschließen. Dieser Plan sieht vor, welche Bereiche der Bildungsarbeit der Kirchen im entwicklungspolitischen Sinne qualifiziert werden sollen und wie das geschehen soll.

Der Förderungsrahmen reicht von der Errichtung von Personal bzw. Fachstellen auf regionaler und überregionaler Basis über Seminare, Studienreisen und Partnerschaften, Journalistenreisen, Bücher, Filme und Diaserien, Aktionsgruppen, Informationszentren, Dritte-Welt-Läden bis hin zu Zeitschriften, Ausstellungen.

Im Rahmen dieses Plans wird auch das Dialog-Programm "Entwicklung als internationale soziale Frage", das mit dem Kongreß im Januar 1979 öffentlich vorgestellt wurde, auf regionaler Basis weitergeführt. D. h. der Dialog mit Parteien, Gewerkschaften, Verbänden wird auf landeskirchlicher Ebene fortgesetzt.

Für diese Aufgabe der entwicklungsbezogenen Bildung sind 10 - 12 % der KED-Mittel als Obergrenze vorgesehen. Ich halte diesen Prozentsatz für angemessen, aber auch für notwendig. Denn wir sind noch weit davon entfernt, in Kirche und Gesellschaft einen Grundkonsens als gegeben voraussetzen zu können, wonach entwicklungspolitisch notwendige Opfer nicht hinterfragt werden.

Die bescheidenen Erfolge der Entwicklungspolitik in der Vergangenheit haben dazu geführt, daß mancherorts resignative Töne zu hören sind. Auch sind Stimmen vernehmbar geworden, und zwar nicht nur einzelne, die einen konsequenten Rückzug auf die eigenen nationalen Interessen und ihre Durchsetzung fordern, unabhängig davon, welche Auswirkungen ein solches Verhalten auf die Menschen in den Entwicklungsländern hat.

Der letzte Wahlkampf im Bundesgebiet hat noch einmal in erschreckender Deutlichkeit gezeigt, welchen geringen Stellenwert die Entwicklungspolitik im Bewußtsein der Wähler, aber auch wohl der Wahlkämpfer hat.

Unser christlicher Glaube wie auch das Aufeinanderangewiesensein in der einen Welt zwingt uns jedoch dazu, Wege der Zusammenarbeit zu finden, die einen Kompromiß der wechselseitigen Interessen darstellen.

5.4 Zum Schluß möchte ich noch einige Bemerkungen zum viel diskutierten Verhältnis zwischen Mission und Entwicklungsdienst machen.

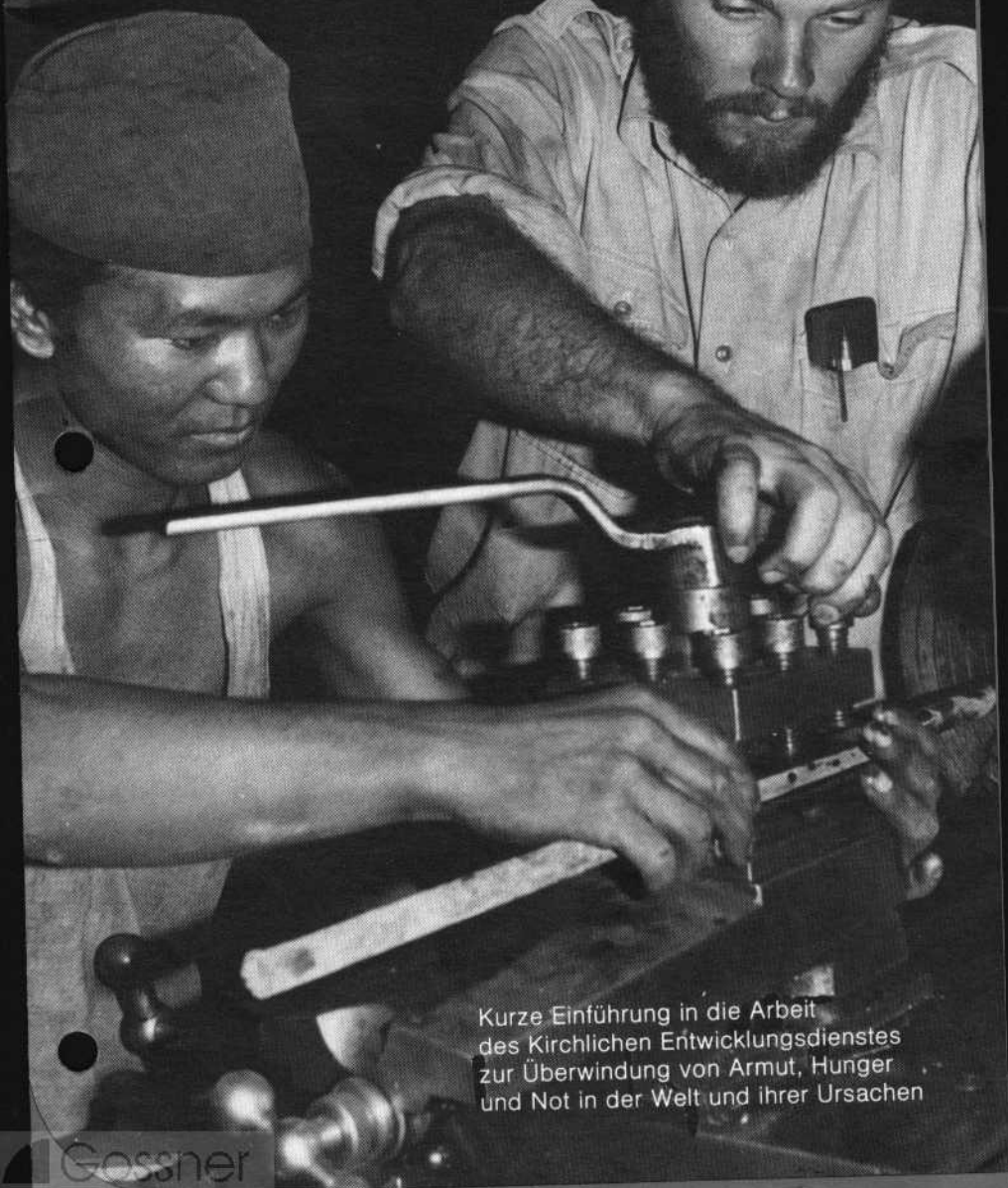
Für die missionarische Verkündigung der Kirche, die auf Glauben, d. h. Hinwendung zu Christus als dem Herrn der Kirche und der Menschen zielt, gibt es keinen Ersatz. Die Weitergabe der Botschaft von der grundlosen Barmherzigkeit Gottes, die allen Menschen angeboten ist, ist der entscheidende Auftrag der Kirche.

Auftrag und Ziel der Mission der Kirche kann aber nicht abgelöst von der tatsächlichen Gestalt der Existenz der Kirche als Institution in Geflecht der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse diskutiert werden. Eine Kirche, die in ihrem Verhalten erkennen läßt, daß sie von dem Wohlwollen oder der Duldung der Mächtigen abhängig ist, die an einer Aufrechterhaltung der bestehenden und sie begünstigenden Zustände ein Interesse haben, wird in den Augen und Ohren jener, die unter diesen bestehenden Zuständen leiden, unglaublich sein, selbst wenn ihre Botschaft von der Erlösung in Christus über jenen dogmatischen Zweifel erheben ist. Damit wird aber auch die Botschaft vom Heil selbst fragwürdig. Darum ist es wichtig für die Botschaft vom Heil, daß die Kirche in Verkündigung und Praxis nicht als religiöser Garant gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Interessen angesehen werden kann, die eine Aufrechterhaltung bestehender ungerechter Verhältnisse zwischen

Industriestaaten und Entwicklungsländern wie auch zwischen Herrschenden und Unterdrückten in den jeweiligen Ländern selbst anstreben. Selbst ein hohes finanzielles Engagement im Entwicklungsdienst in Übersee hilft da nicht, die Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Dann in den Augen der Menschen in den Entwicklungsländern ist die Kirche, die Entwicklungsdienst leistet und die so ihre Mission versteht, ein- und dieselbe Kirche. Es ist daher Aufgabe der Kirche, diese ungerechten Verhältnisse scharf zu kritisieren und auf eine Änderung zu drängen. Dabei versteht es sich m. E. von selbst, daß die Kirche kein anderes Mittel als das selbst gelebte Beispiel einsetzen darf, um die Glaubwürdigkeit ihrer Botschaft zu stützen. Ihre Aufgabe ist es nicht, ein politisches Programm zur Umverteilung der Macht zu entwerfen oder gar selbst als politische Partei aufzutreten. Daß ihr Einsatz für soziale Gerechtigkeit politisch wirkt und politisch gewertet wird, das wird sie in Kauf nehmen müssen. Da ist sie ihrem Herrn keinen Schritt voraus.

KED

*Kirchlicher
Entwicklungsdienst der EKD*



Kurze Einführung in die Arbeit
des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
zur Überwindung von Armut, Hunger
und Not in der Welt und ihrer Ursachen